

AUSGABE **B**

THIS IS AN ENCLOSURE TO
DO NOT DETACH

NUMMER

17

DEUTSCHE FINANZWIRTSCHAFT

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE FINANZWESSEN

mit amtlichen Nachrichten des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik

Mit Beilagen:
„Das Neue Abgaben-
recht“
und „Handbuch des
Hauptbuchhalters“

Aufruf der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik	897
Die Sowjetunion — Führerin des Weltfriedenslagers	898
Manfred Böttcher: Die Methoden der Saboteure Hoppe und Lenk ..	899
Prof. Dr. Bögelsack: Zur Durchsetzung des Vertragssystems	902
Heinz Lutter: Brigaden in den Verwaltungen, Banken und Versicherungen beim Aufbau des Sozialismus	906
Kurt Koch: Die Herabsetzung der Untergrenze des Bankeninkassos ..	909
Entspricht unser gegenwärtiges Abgabensystem dem Stande der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik?	909
Dr. Karl Kaiser: Die Methoden der Errechnung der differenzierten Umsatzsteuer	913
Dr. Alfred Lemnitz: Theoretische Grundlagen der sozialistischen Planwirtschaft im Band II des „Kapitals“ von Karl Marx	915
Aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien	
Die Bankensysteme in den volksdemokratischen Ländern	920
Finanzen der volkseigenen Wirtschaft	
Erstes Betriebswirtschaftliches Kabinett bei der Deutschen Reichsbahn	931
Peukert und Ludwig: Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Handel	932
Karl-Heinz Steinert: Zweifel beim Nachweis der überplanmäßigen Selbstkostensenkung	935
Preise	
Martin Albrecht: Gelten die gesetzlichen Preisanordnungen nicht mehr für die Bau-Union?	936

Rudolf Lorenz: Preisüberwachung im Einzelhandel — überflüssig? ..	937
Staatshaushalt	
Horst Uhlig: Die Lage der Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe bedarf einer Klärung	939
Abgaben	
Siegfried Grummt: Normativsteuern sind anpassungsfähig	940
Gerhard Bahr: Die Sozialversicherungsbeiträge des Handwerkers ..	941
Alfred Krätzschmar: Trinkgelder unzeitgemäß	942
Banken	
Grünberg-Lehmann: Das landwirtschaftliche Kreditwesen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Rolle der Deutschen Bauernbank (II. Teil)	943
Kurt Brückner: Die Aufgaben der Bargeldprüfer	946
Versicherung	
Albrecht Willrich: Kulturarbeit nicht vernachlässigen!	948
Unsere Volkskorrespondenten haben das Wort	948
Buchbesprechungen	950
Nachrichten	951
Anweisungen der Abgabenverwaltung	
Anweisung Nr. 182	951
Anweisungen Nr. 185, 187, 189	952
Fachnachrichten für die Hauptbuchhalter, Kontroll- und Revisionsorgane der volkseigenen Wirtschaft Nr. 11	(37) 921
Abgabenblatt Nr. 14	(45) 923
Nachrichten für den Geld- und Kreditverkehr Nr. 6	(17) 925
Preisnachrichten Nr. 6	(11) 927

JAHRGANG 6

1. SEPTEMBERHEFT 1952

VERKAUFSPREIS 1,25 DM

VERLAG „DIE WIRTSCHAFT“ GMBH

BERLIN W8 · FRANZÖSISCHE STR. 51

SECRET

*Gut organisiert
wirtschaftlich gearbeitet
stets tagfertig*

BBO

System Reichenbach

Buchhaltung - Betriebsabrechnung - Organisationsmittel

Ausstellung und Beratung

MESSEHAUS STENTZLERS HOF

Stand 355 bis 359

**VEB Organisationsmittel-Verlag
Reichenbach**

Burroughs - Vorsteckwagen

neues System, automatisch arbeitend, mit verkürztem Arbeitsgang und automatischer Saldenwahl liefert kurzfristig

PAUL ELZE, Leipzig C 1, Barfußgasse 11 II, Telefon 3 09 09

Spezialwerkstatt - Kundendienst

Kurzfristige Überholungen nach Fabrikvorschrift

Früherer Werkstatteiter der Burroughs-Rechenmaschinen A. G.

Architekt O. M. Rothmann

Spezialist für Banken und Sparkassen

Neueste Referenzen

Leipzig N 22, Coppistraße 21 — Ruf 5 28 88

Burroughs-Kundendienst

Spezial-Reparatur-Workstätten

für Rechen-, Buchungs-, Fakturier- und Schreibmaschinen

An- und Verkauf von Büromaschinen

Rudolf Piltz, Leipzig C 1

Rosenthalgasse 1 — Telefon 31917

Alfred Plehl, Dresden-Blasewitz

Spohrstraße 3 — Telefon 31552

Carl Pässler, Chemnitz 30

Zwickauer Straße 288 — Telefon 35611

Walter Güdeke, Plauen (Vogtl.)

Stresemannstraße 52 — Telefon 3674

Neuerscheinung

M. SONIN

Die betriebliche Ausbildung und Qualifizierung der Arbeiter

Übersetzung aus dem Russischen

DIN A5 — 152 Seiten — mit zahlreichen Tabellen — 1,50 DM

Für die Weiterentwicklung unseres gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens brauchen wir qualifizierte Facharbeiter, die auf Grund ihrer neuen Einstellung zur Arbeit und ihres großen Wissens und Könnens ständig bestrebt sind, die Produktionstechnik zu verbessern und die Arbeitsproduktivität durch Anwendung neuer Arbeitsmethoden weiter zu steigern.

Die vielseitigen Möglichkeiten einer systematischen betrieblichen Ausbildung werden in der vorliegenden Veröffentlichung unter Verwendung von Themenplänen vom Verfasser eingehend behandelt. Er erläutert nicht nur allgemeine Fragen, sondern auch die in der Sowjetunion aufgestellten Schulungspläne für individuelle und Brigadeschulungen sowie für Stachanowschulen. Weiterhin gibt das Buch instruktive Hinweise für die Ausarbeitung von Schulungsplänen und Schulungsmaterial. Die Qualifikations-Charakteristik eines Arbeiters sowie eine Rahmenanweisung für die richtige Aufstellung der Bilanz der qualifizierten Arbeitskader und Tabellen geben wertvolle Anregungen für unsere Betriebsleitungen und Betriebsgewerkschaftsleitungen.

Für alle Mitarbeiter in den Planungsorganen und in den Betrieben, die sich mit den Fragen der betrieblichen Ausbildung und Qualifizierung der Arbeitskräfte beschäftigen, für alle Funktionäre sowie für Studenten der Hochschulen ist dieses Buch eine wertvolle Hilfe.

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt beim



VERLAG DIE WIRTSCHAFT GMBH

Berlin W 8, Französische Str. 53 — 55, Sammelruf: 22 53 71

EDB-MITTEILUNGEN



Vordruckleitverlag
Einheits - Durchschreibe - Buchhaltung - Freiberg/Sachsen

1952

Messeausgabe

Nr. 7

PREISSENKUNG

für Vordrucke der Einheits-Durchschreibe-Buchhaltung ab 1. Oktober 1952

Infolge fortschreitender Vereinheitlichung der Vordrucke des Rechnungswesens und der damit verbundenen höheren Auflagen, sowie durch verbesserte Arbeitsmethoden unseres Vordruck-Leitverlages können wir der volkseigenen Wirtschaft die notwendigen Vordrucke zu bedeutend herabgesetzten Preisen liefern.

Die Preissenkung, die den größten Teil unserer EDB-Vordrucke umfaßt, bewegt sich zwischen 10 und 20 Prozent. Unsere neue Preisliste gibt genaue Auskunft.

Wir werden die Arbeit unseres Verlages weiter verbessern, und hoffen dabei auf die Mithilfe unserer volkseigenen Betriebe. Wir können nur dann planmäßig arbeiten und unseren Plan erfüllen oder sogar übererfüllen, wenn die Hauptbuchhalter oder die beauftragten Kollegen der Materialversorgung ihre Bestellungen planmäßig aufgeben.

Durch gute Zusammenarbeit zwischen unserem Leitverlag und der volkseigenen Wirtschaft hoffen wir, bald eine weitere Preissenkung vornehmen zu können.

VORDRUCK-LEITVERLAG - EDB - FREIBERG

Richtlinien für die Vordruckbestellung und Lieferbedingungen

1. Bestelle rechtzeitig!

Denke daran, daß Du nicht allein bestellst, sondern tausende volkseigener Betriebe! Auch der bestorganisierte Vertriebsapparat kann eintretende Auftragsfluten nicht sofort bewältigen. Bestelle Deine Vordrucke möglichst sechs Wochen eher, als Du sie unbedingt brauchst!

2. Bestelle einen Quartalsbedarf!

Viele Betriebe haben sich in der Vergangenheit auf ein Jahr eingedeckt, andere wieder, und das war die Mehrheit, bestellten, wenn sie den letzten Vordruck aus dem Fach nahmen. Beides ist falsch. Denke daran, daß wir das Papier fürs Quartal zugeteilt bekommen! Auch Vordrucke müssen der Planung unterliegen. Rechne aus, wieviel Du im Quartal Vordrucke brauchst und gib Deinen Auftrag geschlossen! Du erleichterst Dir und uns die Arbeit, wir haben geringere Selbstkosten und können die Preise weiter senken. Außerdem können wir schneller liefern, weil ein großes Paket viel weniger Arbeit kostet als zehn kleine und weil eine große Rechnung sich schneller schreibt als zehn kleine. Mindestens spart man neunmal das Einspannen des Bogens, neunmal die Adresse und 27 Rechnungsformulare.

3. Bestelle mit Brief oder Postkarte!

Telegrafische, telefonische oder fernschriftliche Bestellungen haben keinerlei Rechtsverbindlichkeit und werden von uns nicht bearbeitet. Sie belasten außerdem unsere volkseigene Wirtschaft mit riesigen Kosten. Ein Brief — auch aus der entferntesten Ecke der DDR — ist durch die Post spätestens in zwei bis drei Tagen in Freiberg. Da telegrafische, telefonische oder fernschriftliche Bestellungen sowieso der schriftlichen Bestätigung bedürfen, kannst Du auch gleich eine schriftliche Bestellung einreichen. Schreibe die Bestellung auf einen Bogen für sich! Hast Du irgendwelche Anfragen, Vorschläge oder Beschwerden, dann lege sie dem gleichen Brief auf einem anderen Blatt bei! Warum? Weil für Bestellungen ein anderer Sachbearbeiter zuständig ist und weil sich sonst eines oder das andere unliebsam verzögert.

4. Nimm die Bestellung genau!

Denke daran, daß jeder Vordruck eine Bestell-Nummer hat. Sie steht auf dem Vordruck, aber auch in der Preisliste. Diese Bestell-Nummer muß auch auf der Bestellung stehen. Kürze nicht ab, sondern schreibe „Blatt, Block, Stück und Satz“ immer aus, damit es keine unliebsamen Verwechslungen gibt. Wenn Du „5000 Bl.“ schreibst und der betreffende Vordruck ist „geblockt“, dann bist Du böse, weil Du 5000 Blocks bekommst, obwohl Du nur 5000 Blatt gemeint hast. Dabei ist der Sachbearbeiter wirklich unschuldig. Also keine Abkürzungen!

5. Verzichte auf Auftragsbestätigung!

Auch die Auftragsbestätigung kostet unnötige Verlustzeit. Hast Du Deine Bestellung richtig adressiert, dann wird sie auch erledigt. Denke daran, daß wir in den Zeiten des Hochdrucks täglich bis zu 1500 Bestellungen erhalten, und da hemmen die Auftragsbestätigungen die produktive Tätigkeit gewaltig.

6. Mahne nicht unnötig!

Deine Bestellung wird so schnell erledigt wie es uns nur möglich ist. Wir wollen zu einer längsten Lieferfrist von 14 Tagen kommen. Halten sich alle an unsere Richtlinien, dann können wir auch bei stärkstem Druck spätestens innerhalb 14 Tagen liefern. Werden unsere Auftragsbearbeiter durch briefliche oder telefonische Anfragen nach dem Verbleib der Sendung von der laufenden Arbeit abgehalten, verlängert sich der Termin der Auslieferung. Denke daran, daß ein Telefongespräch die Zeit kostet, in der man zwei bis zehn Aufträge bearbeiten kann. Ein unnötiger Antwortbrief nimmt der Schreibkraft die Zeit, in der sie mehrere Rechnungen schreiben kann. Sind Anfragen unbedingt nötig, dann nur schriftlich. Telefonische Anfragen ergeben Mißverständnisse und unnötigen Ärger, müssen in der dicksten Arbeit erledigt werden und haben nie denselben Wert wie etwas Schriftliches.

7. Bestelle das Richtige!

Laufend haben wir Rücksendungen, weil der Besteller etwas Falsches verlangte oder weil er sich zuviel Vorrat hinlegte. Denke daran, daß wir zwar gängige Vordrucke zurücknehmen, daß aber dafür 20 Prozent des Wertes für Verwaltungskosten, Verpackung und Fracht in Rechnung gestellt werden müssen! Kontrollberichte und nicht mehr verwendbare Vordrucke werden grundsätzlich nicht zurückgenommen.

8. Vergiß das Bezahlen nicht!

Sage nicht, das sei ein unnötiger Punkt in unseren Richtlinien. Leider ist es so, daß rund 30 Prozent unserer Besteller erst gemahnt werden müssen, ehe sie bezahlen. Welch unnötiger Aufwand und welcher Verlust für uns alle! In Zukunft werden säumigen Bezahlern nach Benachrichtigung des zuständigen Ministeriums weitere Lieferungen gesperrt.

Unsere Lieferbedingungen

Der Versand der bestellten Vordrucke und des Zubehörs erfolgt verpackungs- und frachtfrei an den nächsten Bahnhof des Bestimmungsortes auf dem frachtgünstigsten Weg (Bahnfracht), wenn ordnungsgemäß Quartalsbestellung aufgegeben wurde. Bei Einzelnachbestellung innerhalb eines Quartals wird Verpackung und Fracht berechnet. Ist infolge Papiermangels dem Verlag nur eine Teillieferung möglich, wird die Fracht für die weiteren Sendungen vom Verlag getragen.

Soll eine schnellere Belieferung erfolgen als sie durch Bahnfracht möglich ist, muß auf der Bestellung ausdrücklich vermerkt werden, daß die Sendung durch Expresß gewünscht wird. Die Differenz zwischen Fracht- und Expresßkosten trägt der Besteller.

Die Sendungen laufen auf Gefahr des Bestellers.

Rabatte werden grundsätzlich nicht gewährt.

Selbstabholungen sind nach vorheriger schriftlicher Bestellung und schriftlicher Bestätigung durch den Verlag möglich. Eine Direktabholung aus Freiberg ohne vorherige Bestellung wird im Interesse einer gerechten Belieferung aller volkseigenen Betriebe vom Verlag abgelehnt.

Die Zahlung ist durch gesetzliche Bestimmungen geregelt.

Sonderanfertigungen

Bestellungen von Vordrucken des betrieblichen Rechnungswesens, die nicht in der Preisliste verzeichnet sind, müssen gemäß Ziffer 4 der „Anweisung vom 4. 8. 1951 (Ministerialblatt 24 vom 16. 8. 1951) zur Durchführung der Dienst-anweisung über die Vereinheitlichung und Zentralisierung des Vordruckwesens“ der Organisationsberatung des Vordruck-Leitverlages - EDB - Berlin N 54, Zionskirchstr. 27, eingereicht werden. Die Organisationsberatung entscheidet über die Genehmigung der Sonderanfertigung und erteilt gegebenenfalls den Druckauftrag an eine der Vertragsdruckereien des Leitverlages. Für jeden benötigten Vordruck sind zwei Druckvorlagen der Bestellung beizufügen.

Neuerscheinungen

Materialrechnung:

- Die in Nr. 6 der EDB-Mitteilungen angekündigten Einlageblätter zur Materialdispositionskartei sind fertiggestellt und können unter der Bezeichnung
Fortsetzungsblatt zum Artikelblatt,
Best.-Nr. 260/05
und Fortsetzungsblatt zum Positionsblatt,
Best.-Nr. 261/05
bezogen werden.
- Erläuterungen zur EDB-Materialdispositionskartei, mit Buchungsbeispiel und Schaubild
Best.-Nr. 726/00.
- Erläuterungen zur EDB-Lagerbuchhaltung, Best.-Nr. 720/00.

Arbeitsrechnung:

- In Zusammenarbeit mit einem Arbeitskreis aus Kollegen der Betriebe wurde für die Braunkohlenindustrie ein Vordrucksatz „Fertigungsvorbereitung Werkstätten“ entwickelt. Die Vordrucke sind fertiggestellt und können wie folgt bezogen werden:
Auftragsanforderung DIN A 6
Best.-Nr. 855/9001

Auftragsanforderung DIN A 5

Best.-Nr. 855/9002

Auftragsleitkarte, Best.-Nr. 855/9003

Leistungs-Zeitlohnschein DIN A 4

Best.-Nr. 855/9004

Leistungs-Zeitlohnschein DIN A 5

Best.-Nr. 855/9005

Materialverbrauchskarte, Best.-Nr. 855/9006

Arbeitsschein, Best.-Nr. 855/9007

- Erläuterungen zur erweiterten Grundform der Bruttolohnrechnung, Best.-Nr. 730/01.
- Schaubilder zur Organisation der Arbeitsrechnung
Bruttolohnrechnung im Einblatt-Verfahren
und Nettolohnrechnung, Best.-Nr. 730/02
Bruttolohnrechnung im Zweiblatt-Verfahren
und Nettolohnrechnung, Best.-Nr. 730/03
Bruttolohnrechnung im Dreiblatt-Verfahren
und Nettolohnrechnung, Best.-Nr. 730/04
- Nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen wurde ein Vordruck

Lohnabrechnung DIN A 5 hoch, geblockt

• 2×50 Blatt, Best.-Nr. 339/02

entwickelt, der an Stelle eines Lohnstreifens den Lohnempfängern zum Nachweis ihrer Leistungsansprüche und der Abzüge ausgehändigt wird. Die „Lohnabrechnung“ stellt ein Hilfsmittel für die Vorbereitung der Nettolohnrechnung dar bzw. dient sie ihr als Buchungsbeleg.

- Zur Beschriftung mit einer vorhandenen Adremanlage wurde eine neue

Abschlagszahlungsliste für 2 Zahlungen mit Quittungsspalten, Best.-Nr. 338/05

entwickelt. Diese Abschlagszahlungsliste kann selbstverständlich auch manuell ausgeschrieben werden. Sie tritt an die Stelle der Abschlagszahlungsliste Best.-Nr. 338/03. Zukünftige Bestellungen auf die letztgenannte Liste werden automatisch mit der neuen Abschlagszahlungsliste beliefert.

Kostenrechnung

- Für die Betriebe der Bau-Industrie sind lieferbar:
Baustellen-BAB,
kpl. Vordrucksatz einschl. Einlagebogen und Streifenlisten, Best.-Nr. 810/8003 bis 810/8024 BAB I,
kpl. Vordrucksatz einschl. Einlagebogen und Streifenlisten, Best.-Nr. 810/8025 bis 810/8037
Für den BAB II kommen die EDB-Standard-Vordrucke „BAB neutral“, Best.-Nr. 424/10—18 zur Verwendung.

Allgemeines

Betr. Warenbegleitscheinplicht für Lieferungen an Berliner Betriebe

Vordrucklieferungen sowie Lieferungen von Zubehör an Betriebe im demokratischen Sektor Groß-Berlins sind warenbegleitscheinpflichtig. Sofern nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, bei dem als Abholerlager eingerichteten Auslieferungslager Berlin N 54, Schwedter Straße 263, zu bestellen, sind den an den Vordruck-Leitverlag - EDB - Freiberg/Sa. Scheunenstraße 9, gerichteten Bestellungen Warenbegleitscheine beizufügen.

Der

VORDRUCK-LEITVERLAG – EDB –

liefert der volkseigenen Wirtschaft

Vordrucke für die **Finanzrechnung**
Anlagenrechnung
Materialrechnung
Arbeitsrechnung
Kostenrechnung
Hilfsmittel – Geräte – Zubehör

Bestellungen auf EDB-Standardvordrucke und Zubehör sind an den

Vordruck-Leitverlag – EDB – Freiberg

Freiberg/Sa., Scheunenstraße 9
zu richten.

Für Betriebe im demokratischen Sektor von Groß-Berlin besteht die Möglichkeit, EDB-Standardvordrucke und Zubehör gegen Vorlage einer schriftlichen Bestellung und nach Vereinbarung des Abholettermins vom

Auslieferungslager Berlin des Vordruck-Leitverlages – EDB

Berlin N 54, Schwedter Straße 263
zu beziehen.

Für besondere Probleme bei der Organisation des Rechnungswesens Ihres Betriebes und zur Klärung von Zweifelsfragen beim Einsatz der EDB-Arbeitsmittel steht Ihnen die

Organisationsberatung des Vordruck-Leitverlages – EDB –

Berlin N 54, Zionskirchstraße 27
beratend zur Verfügung.

Bestellungen von Vordrucken des betrieblichen Rechnungswesens, die nicht in der EDB-Preisliste verzeichnet sind, müssen unter Beifügung von 2 Druckvorlagen an die Organisationsberatung des Vordruck-Leitverlages – EDB – Berlin N 54, Zionskirchstraße 27, gerichtet werden.

VORDRUCK-LEITVERLAG – EDB –

zur *Leipziger Messe 1982*

Messehaus »Stenzlers Hof«, II. Stock, Stand 237–39 und III. Stock, Stand 375–77

*Kampf dem
Generalkriegsvertrag*

DEUTSCHE FINANZWIRTSCHAFT

NUMMER 17

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE FINANZWESEN
mit amtlichen Nachrichten des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik

JAHRGANG 6

BERLIN · 1. SEPTEMBERHEFT 1952

Aufruf der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik An das deutsche Volk!

Männer und Frauen des deutschen Volkes! Deutsche Patrioten!

In den nächsten Tagen soll mit der Ratifizierung des Bonner Separatpaktes Deutschlands Schicksal als gespaltenes Land, Westdeutschlands Los als eines besetzten, unterdrückten und abhängigen Teiles unserer Heimat und als Hauptaufmarschgebiet für einen neuen Weltkrieg besiegelt werden.

Die deutschfeindlichen Regierungen der Westmächte und die von ihnen abhängige Bonner Regierung wollen mit der Ratifizierung des verderblichen Versklavungs- und Kriegspaktes die friedliche Lösung der deutschen Frage unmöglich machen. Der Generalvertrag beschwört die Gefahr eines mörderischen Bruderkrieges zwischen den Deutschen, die Gefahr eines neuen Völkergemetzels in Europa herauf.

Das darf nicht geschehen!

Es gibt einen realen und direkten Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage. Diesen Weg weist die Note der Sowjetregierung vom 23. August 1952. Die Sowjetregierung schlägt die sofortige Einberufung einer Konferenz der vier Großmächte unter Teilnahme von Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik vor. Auf dieser Viermächtekonferenz soll über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen beraten werden. Gleichzeitig soll der Termin des Abzuges der Besatzungstruppen aus Deutschland festgelegt werden.

Diese Vorschläge entsprechen sowohl den nationalen Interessen des deutschen Volkes als auch dem Frieden und der Sicherheit der Völker Europas.

Dieser Weg wird zum Ziele führen, wenn das deutsche Volk diese Vorschläge aktiv unterstützt, einmütig und entschlossen für diese friedliche Lösung der deutschen Frage kämpft und die Ratifizierung des Generalvertrages verhindert.

Deutsche in Ost und West!

Einigt euch über alle Schranken der Parteien, Weltanschauungen und Konfessionen hinweg zur gemeinsamen nationalen Tat für schnellste Einberufung einer Viermächtekonferenz zum Abschluß des Friedensvertrages und zur Wiedervereinigung Deutschlands! Es ist ein Gebot des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, unverzüglich eine gesamtdeutsche Verständigung über die Entscheidung von Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Viermächtekonferenz und über die Bildung einer gemeinsamen deutschen Kommission zur Prüfung der Bedingungen für freie gesamtdeutsche Wahlen herbeizuführen.

Der Generalvertrag muß fallen, wenn wir Deutsche einig und friedlich leben wollen! Der Generalvertrag wird fallen, wenn wir gemeinsam und kühn den Kampf entfalten!

Nieder mit dem Bonner Kriegspakt!

Für sofortige Viermächteverhandlungen zur friedlichen Lösung der deutschen Frage!

Für den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes!

Für freie gesamtdeutsche Wahlen!

Für den Abzug aller Besatzungstruppen!

Für ein einiges, friedliebendes, demokratisches und unabhängiges Deutschland!

Volkskammer wählte Delegation für Verhandlungen mit dem westdeutschen Bundestag

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt dem Bonner Bundestag Vorschläge zur Verständigung über den Weg zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als eines demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Staates, über eine deutsche Mitwirkung beim Abschluß eines Friedensvertrages sowie über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen gemacht.

Das deutsche Volk will den Frieden. Es will die Einheit seines Vaterlandes und stellt mit größtem Nachdruck seine berechnete Forderung auf Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Zur friedlichen Lösung dieser Lebensfragen unseres Volkes ist die Verständigung sowohl unter den vier Großmächten als auch unter den Deutschen selbst notwendig.

In der Note der Sowjet-Regierung vom 23. August dieses Jahres werden den Regierungen der USA, Englands und Frankreichs neue positive Vorschläge zur Lösung aller Deutschland betreffenden Fragen gemacht und insbesondere die Einberufung einer Viermächtekonferenz spätestens im Oktober dieses Jahres vorgeschlagen. Das friedliebende deutsche Volk hat durch diese Aussicht neuen Mut und neue Hoffnung in seinem Kampf um Frieden, Einheit und Demokratie gewonnen.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hält es daher für ihre vaterländische Pflicht, ungeachtet der Ablehnung ihrer bisherigen Vorschläge, dem Bonner Bundestag auf neue die Hand zur Verständigung zu reichen.

Das deutsche Volk begrüßt den Vorschlag der Sowjet-Regierung, auf einer Viermächteberatung die Fragen der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland, der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung, der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und des Termins für den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland zu erörtern. Jeder Deutsche begreift, daß der Vorschlag der Sowjet-Regierung, Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik zur Beratung, der entsprechenden Fragen hinzuzuziehen, dem nationalen Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes entspricht und die Perspektive des Abschlusses eines gerechten Friedensvertrages eröffnet.

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß eine Einigung unter den Deutschen selbst über die Entsendung von Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik zu dieser Viermächtekonferenz als auch eine Einigung über die Frage der Prüfung der Bedingungen für die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen eine Verständigung unter den vier Großmächten beträchtlich erleichtern wird.

Das deutsche Volk im Osten und Westen unserer Heimat hat in den Fragen, die auf der Viermächtekonferenz zur Erörterung stehen sollen, gemeinsame Interessen. Ist es nicht von selbst geboten, sie auch gemeinsam zu vertreten? In Besprechungen von Vertretern der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und des westdeutschen Bundestages können die Meinungen geklärt und in den Lebensfragen unseres Volkes ein gemeinsamer Standpunkt gefunden werden.

Diese Verständigung unter den Deutschen ist angesichts des außerordentlichen Ernstes der Situation, die durch die Unterzeichnung des Generalkriegsvertrages geschaffen worden ist, um so dringlicher.

Im Bonner Bundestag soll nach den Plänen Ridgways und Adenauers in kürzester Frist die Ratifizierung des sogenannten Generalvertrages und des mit ihm verbundenen Militärabkommens erfolgen. Auf diese Weise soll Westdeutschland, selbst unter Bruch der Verfassung der Bundesrepublik, der Generalkriegsvertrag durch die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs aufgezungen werden.

Der Generalkriegsvertrag ist nach den Plänen seiner Initiatoren darauf gerichtet, den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit Deutschland und die

Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu verhindern, die Spaltung Deutschlands aufrechtzuerhalten und zu vertiefen sowie die Besetzung durch ausländische Truppen und die nationale Unterdrückung Westdeutschlands auf unabsehbare Zeit zu verlängern und zu verschärfen. Dieser Separatvertrag stellt ein unverhülltes aggressives Kriegsbündnis dar. Das ist der Weg zur Entfesselung eines neuen Völkergemetzels, das zugleich ein mörderisches Blutvergießen unter den Deutschen sein würde. So bedroht der Generalkriegsvertrag auf das Ernsteste die Existenz und Zukunft des deutschen Volkes sowie den Frieden und die Sicherheit aller friedliebenden Völker in Europa. Darum fordert das deutsche Volk die Ablehnung des Generalkriegsvertrages und die Durchführung von Viermächteverhandlungen.

Aus allen diesen Erwägungen heraus beschließt die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik:

1. eine Delegation zu wählen, die den Auftrag hat, dem Präsidium des westdeutschen Bundestages, und persönlich Herrn Dr. Ehlers, ein Schreiben mit entsprechenden Vorschlägen an alle Abgeordneten des Bundestages zu überreichen;

2. die Delegation zu bevollmächtigen, falls bei den Abgeordneten des Bundestages die vom ganzen Volke gewünschte Bereitschaft zur Verständigung vorhanden ist, die erforderlichen Besprechungen bezüglich der Entsendung von Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik zur Teilnahme an der Viermächtekonferenz sowie alle Modalitäten zur Bildung der Prüfungskommission für freie gesamtdeutsche Wahlen und zur Festlegung des Beginns ihrer Tätigkeit zu führen. Die Bildung einer solchen Kommission sollte beschleunigt werden, damit keine Zeit mehr für die Vereinigung Deutschlands verlorengeht.

Als Mitglieder der Delegation werden gewählt
die Abgeordneten der Volkskammer

Hermann Matern
Otto Nuschke
Dr. Karl Hamann
Heinrich Homann
Ernst Goldenbaum

Das Präsidium der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, der Ältestenrat und die Mitglieder dieser Delegation werden mit der Abfassung des Schreibens an den westdeutschen Bundestag beauftragt.

Die Sowjetunion --- Führerin des Weltfriedenslagers

Die neue Note der Sowjetregierung an die Westmächte zur Einberufung einer Viermächtekonferenz mit dem Ziel des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland, der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung und freier gesamtdeutscher Wahlen zeigt allen Deutschen erneut, wie sehr die Sowjetunion ein Freund des deutschen Volkes ist. Klar wird in dieser Note dargestellt, daß die USA-Regierung sowie die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs Verhandlungen mit der Sowjetunion über die deutsche Frage bisher ausgewichen sind. Sie haben in der Regelung einer so wichtigen Frage, wie der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, bisher eine Taktik des Verschleppens angewandt. Erneut versucht die Sowjetregierung in ihrer Note das deutsche Problem in friedlicher Verständigung mit den anderen Mächten zu lösen. Offen und brutal enthüllte aber die bisherige Handlungsweise der USA und der ihr hörigen Regierungen Englands und Frankreichs, daß diese nicht gewillt waren, von ihrem Kurs der Kriegsvorbereitungen abzugehen.

Die Menschen Westdeutschlands erkennen mehr und mehr, wohin sie die skrupellose Politik der amerikanischen Regierung Adenauers führt. Die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sind, während sie den Notenwechsel mit der Sowjetregierung zur deutschen Frage hinauszögerten, ein Komplott mit der Adenauer-Regierung eingegangen. Das sogenannte „Abkommen“ über die Beziehungen zwischen den drei Westmächten und der Deutschen Bundesrepublik und die am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichnete sogenannte „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ sind ein Bruch des Potsdamer Abkommens. Sie verhindern den Zusammenschluß Deutschlands auf friedlicher Grundlage. Die Note der Sowjetunion entlarvt ebenfalls den Versuch der Westmächte, die Schutzmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik gegen die verbrecherischen Maßnahmen der Bonner Regierung als „die Vertiefung der Spaltung Deutschlands“ hinzustellen. Eindeutig stellt die Note fest: Die Vorschläge der Westmächte für ihre berüchtigte „Untersuchungskommission“ sind eine Beleidigung des deutschen Volkes.

Trotz dieser Verschleppungstaktik der Westmächte ist die Sowjetunion bemüht, dem deutschen Volke die Herstellung seiner Einheit auf friedlicher Grundlage zu ermöglichen.

Leuchtend steht uns der großartige friedliche Aufbau der Sowjetunion als Beispiel vor Augen. Immer wieder gibt sie dem deutschen Volke Hilfe auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens bei der Erringung seiner Einheit und jetzt beim Aufbau des Sozialismus.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) hat für den 5. Oktober 1952 den XIX. Parteitag der KPdSU (B) einberufen. Wir wissen aus der Geschichte der letzten Jahrzehnte, daß diese Parteitage der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse nicht nur in der Sowjetunion, sondern der Arbeiterklasse der ganzen Welt, stets von richtungsweisender Bedeutung waren. Die Genauigkeit, mit der Stalin auf dem XVIII. Parteitag die politische Entwicklung vorausgesagt hatte, ist ein außerordentlich eindrucksvoller Beweis für die Klarheit und Tiefe der marxistisch-leninistischen Erkenntnisse. Die Veröffentlichung der „Richtlinien des XIX. Parteitages für den fünften Fünfjahrplan der Entwicklung der UdSSR 1951—55“ zeigt die ganze Größe der bisherigen Erfolge der Sowjetunion und die noch viel größeren Friedenspläne der Völker der Sowjetunion in den nächsten fünf Jahren. Die bisherigen Fünfjahrpläne sind Meilensteine auf dem Wege zum Kommunismus geworden. Es besteht kein Zweifel, daß auch der fünfte Fünfjahrplan ein solcher Meilenstein ist.

Auf die Sowjetunion blicken heute die Völker der ganzen Welt. Sie wissen: Die gewaltigen Erfolge der Sowjetunion, der Führerin des Weltfriedenslagers, sind die Erfolge der ganzen friedliebenden Menschheit. Sie sehen den untergehenden Imperialismus, das Lager der Kriegshetzer und Mörder friedliebender Völker unter der Führung der USA auf der einen und die wachsende Stärke des Weltfriedenslagers auf der anderen Seite.

Die Begeisterung der Sowjetmenschen bei der Vorbereitung zum XIX. Parteitag der KPdSU (B) sollte uns Vorbild für den Aufbau des Sozialismus bei uns sein. Unsere Werktätigen erkennen: Hier ist unser großer Lehrmeister, hier ist der Weg, den auch wir gehen müssen! Steigerung der Investitionen in der Industrie in den Jahren 1951—55 auf etwa das Doppelte gegenüber 1946—50, Weiterführung der Großbauten des Kommunismus, neue große Kraftwerke, neue großartige Erfolge in der Landwirtschaft, Steigerung des Volkseinkommens um mindestens 60 %, Hebung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung, Steigerung der Produktion wichtiger Bedarfsartikel der Bevölkerung um 100 bis 350 % gegenüber 1950, das sind einige der

Ziele, die am Ende dieses fünften Fünfjahrplans erreicht sein werden.

Bei der Erfüllung unseres Fünfjahrplans und beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in unserer Republik können und müssen die Richtlinien des großen Friedensplans der Sowjetunion unser Vorbild sein: Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung der Baukosten, Senkung der Selbstkosten, Vervollkommen einer fortschrittlichen Technik in allen Zweigen der Wirtschaft, Verbesserung der Arbeitsorganisation, Hebung des kulturellen und technischen Niveaus der Werktätigen, Preissenkungen als Hauptmittel der systematischen Erhöhung des Reallohns der Arbeiter und Angestellten, das sind die Ziele des fünften Fünfjahrplans des Sowjetvolkes. Dies sind die Ziele, die auch wir uns in der heutigen Entwicklungsstufe unseres Aufbaus stellen.

In der Massenbewegung der Erfinder und Rationalisatoren, in der Steigerung der Rentabilität der Betriebe und strengster Sparsamkeit bei der Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel, in der Erhöhung der Umschlaggeschwindigkeit der Umlaufmittel, in der Kontrolle der Erfüllung der Wirtschaftspläne durch die Finanzorgane usw., ist uns die Sowjetunion Vorbild. Das Studium der Dokumente zur Vorbereitung des XIX. Parteitages hilft uns bei unserem Aufbau.

Ein Volk, das sich die Durchführung so gewaltiger Pläne zum Ziel gesetzt hat, muß eine konsequente Friedenspolitik zur Grundlage seines gesamten Schaffens haben, denn solche gewaltigen Pläne haben zur Voraussetzung den Frieden; sie sind daher der ganzen Welt ein Beweis für die Friedenspolitik der Sowjetunion.

Wie schmachlich nimmt sich dagegen die verräterische Politik der Adenauer-Regierung aus, welche den Menschen in Westdeutschland nur neue Schulden zu den zwölf Milliarden Vorkriegsschulden, Krisen, Arbeitslosigkeit und rapide steigende Kriegslasten bringt.

Wie schmachlich enthüllt das sogenannte „Aktionsprogramm“ der SPD, das politische Testament Schumachers, den ganzen Verrat der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer des Bonner Separatstaates. Alle Prinzipien der Arbeiterbewegung sind darin über Bord geworfen, keine Lehre der Altmeister des Sozialismus Marx, Engels und selbst Liebknechts und Bebel ist darin vorhanden. Es werden keine Lehren aus den geschichtlichen Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse gezogen. Die Politik Schumachers, die die rechte SPD-Führung fortsetzt, war und ist die gleiche Politik des Verrates, die die Adenauer-Clique verfolgt.

Die Menschen in Westdeutschland, alle Deutschen erkennen, welche Perspektiven sich für ein einheitliches, demokratisches Deutschland ergeben würden, wenn nicht nur ein Teil, sondern ganz Deutschland diesen Weg des friedlichen Aufbaues an der Seite der Sowjetunion gehen würde.

Die Methoden der Saboteure Hoppe und Lenk

Manfred Böttcher

Am 8. und 9. August stand erneut eine Gruppe von Agenten der sogenannten „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“ und des amerikanischen Geheimdienstes vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik, vor dem sie sich wegen fortgesetzter Boykott- und Kriegshetze sowie wegen Spionage und Sabotageakten gegen die Deutsche Demokratische Republik — Verbrechen nach Artikel 6 un-

serer Verfassung in Verbindung mit Direktive Nr. 38, Artikel III, des Alliierten Kontrollrates — zu verantworten hatten.

Der Prozeß vom 8. und 9. August führt uns deutlich vor Augen, daß die westlichen Provokateure und Saboteure versuchen, nicht nur durch Sprengstoffattentate, Brandstiftungen usw. ihr verbrecherisches Ziel zu erreichen, sondern sich auch anderer Methoden bedienen. Sie ver-

suchen, von innen heraus unseren wirtschaftlichen Aufstieg zu sabotieren und beauftragen ihre Agenten, unseren demokratischen Verwaltungsapparat zu zersetzen, die dem Wohle des gesamten Volkes dienende Verwaltungstätigkeit zu lähmen und somit die Maßnahmen unserer Regierung unwirksam werden zu lassen. Diese Methode ist deshalb besonders heimtückisch und gefährlich, weil jene Tätigkeit nicht so leicht als verbrecherisch entlarvt werden kann, und weil oft die Agenten selbst Angestellte unserer Verwaltung sind.

Diese Spionage- und Sabotagetätigkeit richtet sich dabei vornehmlich gegen die Maßnahmen unserer Regierung auf dem Gebiet der Finanzen. Das ist verständlich.

Für unseren Staat ist ein geordnetes Finanzsystem besonders wichtig, wenn wir an den Aufbau des Sozialismus herangehen. Durch das Finanzsystem erhält unser Staat einmal die Mittel, die zur Bewältigung der großen Aufgaben auf dem Gebiet der Volkswirtschaft nötig sind. Das Finanzsystem sorgt weiterhin dafür, daß diese Mittel entsprechend dem Volkswirtschaftsplan auf die einzelnen Zweige der Volkswirtschaft verteilt werden und damit die Gewähr für ein systematisches Anwachsen des gesellschaftlichen Reichtums gegeben wird. Schließlich reguliert das Finanzsystem im Interesse der gesamten Gesellschaft die Einkommens- und Akkumulationsverhältnisse.

Gerade diese Bedeutung der Finanzen für unseren Staat und seine Vorwärtsentwicklung haben jene Kriegstreiber, denen die Deutsche Demokratische Republik ein Dorn im Auge ist, erkannt, und darum versuchen sie mit allen Mitteln, unser Finanzsystem zu erschüttern.

Eine der Methoden, mit denen sie das zu erreichen versuchen, zeigt das Beispiel Hoppe. Hoppe ist ein ehemaliger Angestellter der Landesfinanzdirektion Brandenburg. In seiner Eigenschaft als Angestellter des Finanzapparates hatte er Einblick in unser Finanzsystem und wußte Bescheid über den Arbeitsablauf unseres Finanzapparates. Seine Kenntnisse wertete er bewußt zum Schaden der Deutschen Demokratischen Republik aus.

Was hat der Agent Hoppe getan?

1. Hoppe trieb Spionage, indem er alle Rundverfügungen, Anordnungen, Strukturpläne über sämtliche Finanz- und Hauptzollämter, Telefonverzeichnisse, Verzeichnisse über betriebsprüfungspflichtige Betriebe u. a., der sogenannten „Kampfgruppe“ — Sachgebiet administrative Störungen — zur Einsichtnahme vorlegte. Damit hat er nicht nur dem Hetzsender RIAS Material in die Hand gegeben, durch Unwahrheiten gegen die finanzpolitischen Maßnahmen unserer Regierung zu hetzen, vielmehr hat er damit den Boden für aktive Sabotagemassnahmen der „Kampfgruppe“ vorbereitet.

2. Er hat gefälschte Nachrichten über angebliche Änderungen von Steuernummern sowie gefälschte Mahnungen und gefälschte Verfügungen über den Erlaß von Steuerzahlungen an Steuerpflichtige unserer Republik versandt. Da seine Maßnahmen im Verkehr der Steuerpflichtigen mit den Finanzämtern Verwirrungen hervorrufen mußte, hat er durch diese Handlungen das Vertrauensverhältnis zwischen den Bürgern und den Finanzorganen unserer Republik zu zerstören versucht.

3. Hoppe versuchte die Arbeitsfähigkeit der unteren Organe des Finanzapparates zu untergraben. In einem Fall hat er beispielsweise den Finanzämtern eine gefälschte Anweisung zugehen lassen, nach der eine sehr schwierige und arbeitsmäßig sehr umfangreiche Statistik erarbeitet werden sollte. In einem anderen Fall hat er Finanzämtern Erinnerungen in bezug auf die Erledigung nicht existierender Vorgänge zugehen lassen und hat auf diese Weise eine planmäßige Arbeit der Finanzämter zu verhindern versucht.

4. Schließlich hat Hoppe die Erfüllung unserer Finanzpläne direkt beeinträchtigen wollen. So hat er den Or-

ganen des Finanzapparates zum Beispiel eine Rundverfügung des Inhalts zugestellt, daß ab sofort die Kulturbelastung nicht mehr erhoben werden soll. Durch die Anwendung der Rundverfügung wären dem Kulturfonds erhebliche Beträge verlustig gegangen. Solche und ähnliche gefälschte Rundverfügungen hat Hoppe den Finanzämtern des öfteren zugehen lassen.

Alle Handlungen Hoppes waren in ihrer Gesamtheit gegen die Finanzpolitik unserer Regierung gerichtet, denn sowohl das gute und einwandfreie Funktionieren des Finanzapparates, die planmäßige Erfüllung der Finanzpläne, als auch das Vertrauen der Bevölkerung in den Finanzapparat sind Voraussetzungen ihrer erfolgreichen Verwirklichung. Das spezifische Verbrechen Hoppes, die Finanzsabotage, geht in seinem allgemein verbrecherischen Verhalten der Boykott- und Kriegshetze und der Spionage und Sabotage auf. Im Artikel 6 unserer Verfassung heißt es, daß Boykott- und Kriegshetze Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches sind. Art. II A III der Direktive 38 des Alliierten Kontrollrates besagt, daß, wer durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung oder Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder der Welt gefährdet, als Naziaktivist einzustufen und danach zu behandeln ist. Diese Strafbestimmungen treffen in vollem Umfang auf das Verhalten Hoppe's in seiner Gesamtheit zu. Er wurde deshalb nicht etwa nach Befehl 160 SMAD betreffend Diversions- und Sabotageakte, sondern nach Artikel 6 der Verfassung in Verbindung mit der Direktive 38 mit 15 Jahren Zuchthaus bestraft.

Eine andere Form der Finanzsabotage wurde offenbar in einem Prozeß vor dem Landgericht Zwickau. Am 15. Mai 1952 wurde in der Hauptverhandlung vor der Großen Strafkammer des Landgerichtes ein gewisser Dr. Lenk des Verbrechens der Sabotage angeklagt.

Der Angeklagte war seit 1932 als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater tätig gewesen und übte seinen Beruf in den sächsischen Kreisen Zwickau, Glauchau, Annaberg und Chemnitz aus. Er betreute jahrelang eine Reihe großer und größter Unternehmen, vor allem aus der Textilbranche, u. a. eine Textilfirma Rössler GmbH und eine Firma Rössler OHG. Die Gesellschafter beider Gesellschaften waren die gleichen. Die OHG war lediglich zum Zwecke der Verwaltung der Grundstücke und Maschinen der GmbH gegründet worden. Sie wurde zu diesem Zwecke Eigentümerin aller Immobilien und Mobilien des Unternehmens und verpachtete diese wiederum an die GmbH.

In beiden Firmen spielten sich folgende finanzielle Vorgänge ab, die der Angeklagte durch die von ihm aufgestellten Bilanzen mit seiner Unterschrift deckte:

Im Jahre 1949 wurde an die Gesellschafter der OHG ein Betrag in Höhe von 190 000,— DM ausgezahlt. Diesen Betrag hatte sich die OHG kurz zuvor von der GmbH geliehen, ohne daß für ein solches Darlehen ein besonderer Grund vorgelegen hätte.

In den Pachtgrundstücken der GmbH mußten 1948 zum Zwecke der Erhaltung Einbauten vorgenommen werden. Die erheblichen Kosten für diese Einbauten wurden von der GmbH getragen. In dem am 1. Januar 1934 abgeschlossenen Vertrag zwischen der GmbH und der OHG war festgelegt worden, daß sämtliche Kosten für die Unterhaltung der Baulichkeiten der Grundstücke von der OHG zu tragen sind.

Die jährliche Pacht, die vertraglich mit 23 000,— DM festgelegt worden war, wurde tatsächlich von der GmbH in Höhe von 36 000,— DM bezahlt.

Zum Verständnis der Vorgänge ist es notwendig, weniger die formell-rechtliche Seite dieser Vorgänge zu beleuchten, als sich vielmehr ihre wirtschaftlichen Aus-

wirkungen vorzustellen. Mit der Hingabe des Darlehens an die OHG und der nachfolgenden Auszahlung der Gelder an die einzelnen Gesellschafter wurde erreicht, daß die Gesellschafter der GmbH, die ja mit denen der OHG identisch waren, in den Genuß freierwerdender Mittel der GmbH kamen. Sie erlangten also praktisch einen Gewinn der GmbH auf dem Umweg über ihre Tochtergesellschaft. Die Auszahlung der 190 000,— DM an die Gesellschafter wird buchungsmäßig bei der OHG als Privatentnahme bezeichnet. Eine besondere Versteuerung der entnommenen Beträge erfolgte also nicht, da die Gesellschafter ja nur ihren anteiligen Gewinn — und nicht die Entnahmen — als Einkommen versteuern. Hätten sie dagegen die Gelder direkt von der GmbH empfangen, so würden diese als Gewinnausschüttung behandelt und den steuerpflichtigen Einkommen der Gesellschafter hinzugerechnet worden sein. Daneben wäre noch eine Kapitalertragsteuerschuld entstanden. Das wirtschaftliche Ergebnis dieser finanziellen Manipulation wird danach klar: Eine Verkürzung von Steuern, die bei den zur Auszahlung gelangenden Beträgen naturgemäß sehr hoch sein mußte.

Rechtlich ist diese Steuerhinterziehung gar nicht so leicht zu entlarven, da jeder einzelne Vorgang für sich, z. B. die Entnahme der Gelder aus den Mitteln der OHG oder die Darlehensaufnahme, an sich möglich und erlaubt ist. Nur die Verbindung der einzelnen Vorgänge mit dem Ziel und in der Absicht der Auszahlung von Gewinnen der GmbH an ihre Gesellschafter schafft hier den verbrecherischen Tatbestand. Es liegt ein Fall der Steuerumgehung vor, weil pflichtwidrig und mit Wissen und Willen der Steuerverkürzung gehandelt wurde.

Die gleiche wirtschaftliche und rechtliche Betrachtungsweise führt im zweiten Fall zur Erkenntnis des verbrecherischen Tuns des Angeklagten. Die Buchung der Kosten für den Erhaltungsaufwand der Gebäude schmälerte den Gewinn der GmbH und erhöhte den der OHG nur zum Teil, da die OHG die für die Einbauten verausgabten Kosten z. T. hätte aktivieren müssen. Durch die Buchung der Kosten zu Lasten der GmbH war also einerseits eine Gewinnschmälerung und andererseits eine Gewinnverlagerung erfolgt. Damit ergab sich für die Gesellschaft ein doppelter steuerlicher Vorteil. Durch die Gewinnverlagerung entstand einmal ein finanzieller Vorteil insoweit, als die OHG im Gegensatz zur GmbH nicht Körperschaftsteuerpflichtig ist. Es wurden also in Höhe des verlagerten Gewinnes Körperschaftsteuern „gespart“. Zum zweiten hatte die Gewinnschmälerung eine Einkommensteuerverkürzung zur Folge. Die gleiche Wirkung wurde erreicht durch die überhöhte Zahlung von Pacht an die OHG.

In einer anderen Firma, der Fa. Ernst Seifert GmbH, spielten sich unter Mitwirkung des Angeklagten folgende einzelnen Vorfälle ab: Die GmbH war Eigentümerin von Aktien im Nennwerte von 44 000,— DM. Die Aktien wurden von dem Gesellschafter Ernst Seifert 1948, kurz vor der Währungsreform, gegen Barauszahlung von 44 000,— DM erworben. Nach der Währungsreform ordnete der Angeklagte Dr. Lenk an, daß dem Ernst Seifert auf dessen Konto bei der Firma 44 000,— DM gutzuschreiben seien, da die Wertpapiere von der Firma wieder zurückgekauft worden wären. Praktisch waren diese Aktien aber absolut wertlos. Der Gesellschafter Seifert hatte 1948 das Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone für immer verlassen. Bevor er es verließ, entnahm er dem Depot der Deutschen Notenbank Glauchau Wertpapiere der GmbH in Höhe von 955 000,— DM. Es handelt sich hierbei um

Wichtige Ergänzung zum „Handbuch des Hauptbuchhalters“

Anfang Oktober erscheinen in unserem Verlage die auf dem Sonderlehrgang für Instruktoren des Rechnungswesens in Leipzig vom 11. bis 31. August 1952 gehaltenen Vorlesungen. Diese Vorlesungen sind neben dem ebenfalls im Oktober herauskommenden Heft 25 der Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft „Das Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe“ die unerläßliche Grundlage für die Einführung des neuen Rechnungswesens ab 1. Januar 1953.

Um dieser Veröffentlichung die zweckmäßigste Form zu geben, bringen wir sie als Ergänzung zum Handbuch des Hauptbuchhalters (Loseblatt-Form, vorgelocht). Alles Nähere finden Sie auf einem Sonderprospekt in der nächsten Nummer (18) unserer Zeitschrift.

sächsische Staatsanleihe, die er Anfang des Jahres 1948 gekauft hatte. Diese Wertpapiere gingen der Firma verlustig. Was mit ihnen geschah, konnte in der Hauptversammlung nicht festgestellt werden. Der Angeklagte Dr. Lenk, der die Abschlußbilanz für das Jahr 1948 anfertigte, führte die entnommenen Wertpapiere in Höhe von 955 000,— DM jedoch weiterhin unter den Aktivposten auf.

Die Firma, bei der es sich ebenfalls um eine Textilfirma handelt, unterhielt ein Musterlager von etwa 1000 m Stoff. Nach Anweisung des Seifert und mit Kenntnis des Angeklagten Dr. Lenk wurde das Musterlager nach 1945 auf 21 000 m Stoff erhöht. Ein Grund für Erhöhung des Musterlagers war nicht vorhanden. Das Musterlager wurde trotz des außerordentlichen Umfangs nicht inventarisiert.

Welche wirtschaftlichen Hintergründe haben die von dem Angeklagten Dr. Lenk unterstützten Machenschaften?

Sehen wir uns zunächst den ersten Fall an. Durch den An- und Verkauf der Aktienpapiere ermöglichte es der Angeklagte dem Gesellschafter Seifert 44 000,— DM privates Barvermögen im Verhältnis 1:1 durch die Währungsreform zu bringen, und zwar auf Kosten des Staates. Es ging dem Angeklagten und dem S. gar nicht um den Erwerb oder die Veräußerung der Aktienpapiere, denn diese waren sowieso wertlos. Die Aktien waren ihnen nur Mittel zum Zweck. Hätten sie den Weg der Bareinlage und der -entnahme von Geld aus dem Betriebsvermögen nach der Währungsreform gewählt, so würde, da die Entnahme Gewinnausschüttung gewesen wäre, Einkommen- und Kapitalertragsteuer fällig geworden sein. Das wollten sie jedoch gerade vermeiden. Sie konstruierten deshalb einen Ankauf und Verkauf betriebseigener Wertpapiere. Rechtlich ist für die Beurteilung des Sachverhaltes entscheidend, daß die GmbH die wertlosen Aktien mit ihrem Nennwert von 44 000,— DM zurückkaufte. Das hätte nicht geschehen dürfen. Ein strafbarer Tatbestand ist mithin gegeben.

Noch bedeutender ist der Schaden, der durch das Verhalten des Angeklagten unserem Staat zugefügt wurde im Falle zwei. Obwohl Dr. Lenk wissen mußte, daß die Wertpapiere in Höhe von 955 000,— DM sich nicht mehr im Bankdepot der Firma befanden, brachte er sie als Aktivposten in die Bilanz ein. Damit täuschte er das Finanzamt und verhinderte, daß das Finanzamt entsprechende steuerliche Maßnahmen wegen der Entnahme der Papiere einleiten konnte. Welche steuerliche Auswirkung hätte nämlich die Entnahme der Wertpapiere durch den Gesellschafter Seifert zur Folge haben müssen? Auch das ist nicht auf den ersten Blick zu erkennen, weil die Entnahme der Papiere an dem Gewinn der GmbH zunächst nichts ändert, Körperschaftsteuer durch diese Maßnahme also nicht verkürzt werden konnte. Dem gegenüber ergibt sich aber praktisch, daß dem Betrieb für beinahe 1 Mill. DM Werte entzogen wurden, die er, selbst wenn rechtlich eine Forderung gegenüber dem S. entstanden wäre, nicht wieder erlangen würde. Wirtschaftlich stellt die Entnahme also eine verdeckte Gewinnausschüttung dar und hätte zur Einkommen- und Kapitalertragsteuer herangezogen werden müssen. Rechtlich ausschlaggebend ist dabei, daß der Seifert die Wertpapiere gem. § 30 GmbH-Gesetz gar nicht in sein Privatvermögen hätte überführen dürfen, weil mit der Entnahme das Gesellschaftsvermögen unter das Stammkapital sinkt, daß er aber zumindest dann die entnommenen Beträge seinem steuerpflichtigen Einkommen hinzuzurechnen und als Gewerbeertrag zu versteuern hatte.

Schließlich sei noch der Fall drei erläutert. Abgesehen davon, daß die Firma für die Erhöhung des Musterlagers in größerem Maße die Möglichkeit erhielt, mit Stoffen Kompensationsgeschäfte, Schwarzverkäufe u. a. zu tätigen, hat dieser Vorgang eine nicht unerhebliche finanzielle Auswirkung. Dadurch, daß das Musterlager nicht inventarisiert wurde, kamen ganz beträchtliche, von dem Betrieb geschaffene Werte (setzt man 1 m Stoff nur mit 10,— DM an, so hat das Musterlager einen Wert von 210 000,— DM) nicht in den Bilanzen zum Ausdruck. Der Gewinn der Firma in den Jahren 1945—1948 wurde damit ganz beträchtlich geschmälert. Die Folge davon war wiederum eine hohe rechtswidrige Steuerverkürzung.

Das waren einige Ausschnitte aus dem Ergebnis der Hauptverhandlung gegen den Wirtschaftsprüfer Dr. Lenk vor der Großen Strafkammer des Landgerichtes Zwickau. Wie das Urteil feststellt, konnte dem Angeklagten eine Mitwirkung bei widerrechtlichen Steuerverkürzungen von insgesamt etwa 1 000 000,— DM nachgewiesen werden. Das Verhalten des Angeklagten war somit geeignet, die Finanzpläne zu beeinträchtigen, sowie auf die richtige Verteilung der Kaufkraft, wie sie sich nach den Volkswirtschaftsplänen ergibt, einzuwirken. Dadurch richtet sich die Tat des Angeklagten direkt gegen das Finanzsystem unserer demokratischen Ordnung. Das Gericht hat demzufolge den Angeklagten nicht nur wegen Steuerhinterziehung gem. §§ 6 und 7, sondern wegen Finanzsabotage gem. Befehl Nr. 160 SMAD zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Warum ist es notwendig, daß wir uns mit diesen beiden Prozessen beschäftigen? Wir befassen uns mit ihnen, um uns erneut davon zu überzeugen, daß die Feinde unserer Ordnung bestrebt sind, den sozialistischen Aufbau unserer Heimat gerade durch die Störung unseres Finanzsystems zu hemmen, und zum zweiten, weil wir die Formen und Methoden ihrer Angriffe erkennen müssen, um sie rechtzeitig und wirksam abwehren zu können. Gerade die Prozesse gegen Hoppe und Lenk sind charakteristisch und Beweis für die verbrecherischen Absichten der westlichen Spionage- und Sabotagezentralen in bezug auf das Finanzgefüge der Deutschen Demokratischen Republik. Sie sind ferner für die Formen und Methoden der Finanzsabotage lehrreich. Aufschlußreich ist vor allem der Prozeß gegen Lenk, kann man doch an ihm studieren, wie die Feinde unserer demokratischen Ordnung unter dem Deckmantel des überlieferten kapitalistischen Rechts unsere Finanzpolitik zu sabotieren versuchen. Diesen Angriffen auf unseren Staat gilt es die demokratische Wachsamkeit unserer Werktätigen und die Organisation einer wirklich demokratischen Kontrolle entgegenzustellen. Jedoch genügt die Bereitschaft zur demokratischen Kontrolle allein nicht immer zur Aufdeckung von Sabotagefällen, wenn sie nicht gleichzeitig gepaart ist mit der Fähigkeit, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen. Einige Zusammenhänge aufzudecken, sollte der Zweck dieses Beitrages sein.

Zur Durchsetzung des Vertragssystems

Mit Überblick über die für den Abschluß von Verträgen maßgeblichen Bestimmungen

Prof. Dr. Bögel sack, Berlin

Gliederung:

Einleitung

1. Lieferungen und Leistungen unterliegen der Vertragspflicht
2. Verantwortung der Leiter
3. Gleichgestellte Wirtschaft
4. Vertragsstrafe und Verzugszinsen
5. Vertragssystem und Treuhandbetriebe
6. Bedeutung der Klauseln „frei Haus“, „frei Station des Empfängers“ usw.

Die rechtliche Selbstständigkeit der nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitenden Betriebe, die in der Abhandlung: „Der volkseigene Betrieb als juristische Person“¹⁾ behandelt worden ist, hat zur Folge, daß die ökonomischen Beziehungen der Betriebe eine bestimmte Rechtsform haben müssen, die ihnen die Erfüllung ihres Produktionsplanes sichert. Wenn die Präambel zur Vertragssystemverordnung davon spricht, daß „alle schädlichen Auffassungen über den Selbst-

lauf der Durchführung der Volkswirtschaftspläne zu überwinden“ sind, so wird damit auf den entscheidenden Gesichtspunkt für die Beurteilung der sozialistischen Wirtschaftsführung hingewiesen. „Die Zuerkennung subjektiver Rechte an die staatlichen Wirtschaftsorganisationen bietet die Gewähr für die Erfüllung des Staatsplans“²⁾. Die dem Betrieb zuerkannten Vermögensrechte bleiben ihm als Subjekt des Zivilrechts auch in dem Fall erhalten, wenn wir den Betrieb selbst als Rechtsobjekt sozialistischen Staatseigentums betrachten. Die juristische Selbstständigkeit der volkseigenen Betriebe bedeutet nicht etwa eine Auflockerung der Verantwortung; diese juristische Selbstständigkeit ist vielmehr nur die Voraussetzung für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und des allgemeinen Vertragssystems und damit der Durchsetzung des Volkswirtschaftsplans. In diesem Zu-

¹⁾ DFW 1952, I. Halbb., Heft 11, S. 566.

²⁾ Bratus: „Über die Wechselbeziehungen zwischen ziviler Rechtsfähigkeit und den subjektiven Zivilrechten“ in Sowjetstaat und Recht 1949 N. 8, S. 35 — russ.

sammenhang muß auch noch auf das Bankeninkasso, auf das Verbot von Anzahlungen und Vorauszahlungen und auf die Stellung des Hauptbuchhalters hingewiesen werden.

Die Rechtsform der ökonomischen Beziehungen zwischen den Betrieben sind die Liefer- und Absatzverträge. Unter den sozialistischen Betrieben ist der Vertrag ein Mittel zur Erfüllung des Planes mit Hilfe der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Die Betriebe arbeiten gemeinsam an ihren Vertragsverpflichtungen. Sowohl der Besteller als auch der Lieferer haben ein gemeinsames Ziel und gemeinsame Aufgaben: Die reale Erfüllung des Vertrags im Interesse des gesamten Staates und Volkes.

Der gegenwärtige Zeitpunkt rechtfertigt es, einmal alle neuen gesetzlichen Bestimmungen, die für den Abschluß von Verträgen maßgebend sind, zusammenzufassen. Sie geben zugleich einen Überblick über die Weiterentwicklung des Rechts (siehe Anhang).

Zur Durchsetzung des Vertragssystems sei im folgenden auf einige wichtige Fragen hingewiesen, wobei vorausgesetzt wird, daß die Grundzüge des Vertragssystems bekannt sind, die überdies in dem Sonder-rundschreiben Nr. 4/452 des Ministeriums für Maschinenbau vom 20. Juni 1952¹⁾ erläutert sind:

1. Der Vertragspflicht unterliegen alle sich aus den Volkswirtschaftsplänen ergebenden wechselseitigen Beziehungen, welche die Lieferung und Abnahme von Grund- und Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten sowie aller sonstigen Waren zum Inhalt haben. Die Vertragspflicht dient somit der Durchsetzung des Volkswirtschaftsplans. Daraus ergibt sich auch, daß hier ein allgemeines Prinzip der Wirtschaftsführung gesetzlich niedergelegt wird und der Begriff „Ware“ nicht aus § 1 HGB definiert werden kann, sondern auch Leistungen wie Bauten, Transporte und ähnliches einschließt. Die Meinung von Schaul²⁾ hat sich durchgesetzt und ist herrschende Lehre der Praxis geworden. Hinweis auch auf die im Anhang zitierten Musterverträge.

2. Verantwortlich für den Abschluß der Verträge sind die Leiter der jeweils beteiligten Organe. Sie sind persönlich verantwortlich. Der Plan wird nicht einem Selbstlauf überlassen, wobei zu beachten ist, daß die staatlichen Pläne zur Entwicklung der Volkswirtschaft die Kraft von Gesetzen haben. Sie sind eine Notwendigkeit zur Regelung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit im volkseigenen Sektor.

3. Als den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft gleichgestellt im Sinne der Vertragssystemverordnung gelten nicht nur die SAG, sondern auch alle mit dem Staatshaushalt verbundenen Verwaltungsdienststellen, wie die Ministerien der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Räte der Städte und Kreise, Schulen, Krankenhäuser usw. Auch die neu errichteten Räte der Bezirke werden darunter fallen; denn es gilt nicht nur für die finanzplangebundenen Rechtsträger, sondern auch für die haushaltplangebundenen Rechtsträger das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Auch die letzteren müssen die Mittel für unrechtmäßiges Verhalten aus dem Vertragssystem aus ihren Haushaltsmitteln entnehmen. Gerade dadurch soll erreicht werden, daß solche Erscheinungen an das Tageslicht treten, beanstandet und ihnen abgeholfen werden kann. Es würde dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung widersprechen, wenn dieses wichtige Kontrollsystem bei den haushaltplangebundenen Rechtsträgern keine Anwendung finden würde. Es fallen so-

mit unter das Vertragssystem die haushaltplangebundenen und finanzplangebundenen Rechtsträger, d. h. hinsichtlich der letzteren auch alle sonstigen Einrichtungen, die als eigene Rechtspersonen selbständig bilanzierende und planende Einheiten sind und einen Finanzplan nach den Bestimmungen für die volkseigene Wirtschaft aufzustellen haben³⁾. Auch die Betriebe des genossenschaftlichen Teils der Wirtschaft gelten als den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft gleichgestellt.

4. Für den Abschluß der Verträge ist die Bekanntgabe der Planaufgabe maßgebend. Der Verwaltungsakt der Planaufgabe begründet für die Organe, an die er gerichtet ist, die Verpflichtung, die in dem Verwaltungsakt enthaltene Anweisung auszuführen. Um aber die aus der Planaufgabe entstehenden Verpflichtungen zu erfüllen, muß der Betrieb Vertragsverhältnisse eingehen. Die Absatz-, Versorgungs- und Leistungsverhältnisse müssen die Rechtsform eines Vertrages erhalten. Die vertraglichen Verbindlichkeiten sind mit zivilrechtlichen Sanktionen zu versehen. Eine Grundform des Vertrages ist in dem Mustervertrag⁴⁾ abgedruckt. Unabdingbare Bedingungen sind: Erfüllungsort, Gefahertragung, Ergänzung, Änderung und Aufhebung des Vertrages. Neben die Vertragsstrafe bei Vertragsverletzung treten als unabdingbare Bedingung die Bestimmungen der Sechsten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Wirtschaft vom 15. Juli 1949⁵⁾ und die Bestimmungen der Preisverordnung Nr. 233 — Verordnung über Lieferungs- und Zahlungsbedingungen beim Geschäftsverkehr der privaten Betriebe mit der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft vom 5. März 1952⁶⁾. Die volkseigenen Betriebe müssen nicht nur als Lieferer Verzugszinsen verlangen, sondern sind auch verpflichtet, Verzugszinsen zu zahlen, wenn Privatbetriebe als Lieferer auftreten. Hinsichtlich der Rechtsfrage, die die Verschuldensfrage im Vertragssystem betreffen, wird, um Wiederholungen zu vermeiden, auf die Ausführungen von Dr. Kohn, stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Vertragsgerichts: „Aus der Praxis des Staatlichen Vertragsgerichts der DDR“⁷⁾ hingewiesen.

Als den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft gleichgestellt im Sinne der Sechsten Durchführungsbestimmung und der Preisverordnung Nr. 233 gilt dasselbe, was oben zu der gleichgestellten Wirtschaft gesagt worden ist. Zu beachten ist, daß der Ablauf der Frist sich um einen Tag auf den nächstfolgenden Werktag verlängert, wenn der letzte Tag der Frist auf einen Sonntag oder einen staatlich anerkannten allgemeinen Feiertag fällt.

5. Soweit noch Treuhandbetriebe auf Grund des Potsdamer Abkommens und seiner Durchführungsbestimmungen zur Demokratisierung der Wirtschaft vorhanden sind, unterliegen diese dem Vertragssystem. Nach dem Wortlaut der Gesetze ist dieses Eigentum am rationellsten für die Bedürfnisse der Bevölkerung auszunutzen. Bei diesen Betrieben, hinsichtlich deren ein Einwirkungsverbot des alten Eigentümers besteht, fließt der erzielte Gewinn nicht privaten Zwecken, sondern dem öffentlichen Haushalt zu. Diese Betriebe sind hinsichtlich ihrer ökonomischen Struktur der volkseigenen Wirtschaft eng angeschlossen, so daß auch für diese das Vertragssystem Anwendung findet.

¹⁾ Vgl. § 2 der 19. DB zur Finanzwirtschaftsverordnung vom 15. Januar 1951 (GBl. 1951, S. 32; HdH — 8—11, S. 10).

²⁾ Min.BI 1952, S. 7.

³⁾ ZVOB 1949, S. 548.

⁴⁾ GBl. 1952, S. 204.

⁵⁾ Vgl. „Die Wirtschaft“, Nr. 31 vom 1. August 1952.

⁶⁾ Zu beziehen durch den Vordruckleitverlag in Weimar.

⁷⁾ In „Neue Justiz“ 1952, Heft 2, S. 51 ff.

Bei Treuhandbetrieben, für die auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ein öffentlicher Treuhänder bestellt ist und für Verwalterbetriebe, deren Verwaltung nach den Vorschriften der Verordnung vom 6. September 1951¹⁰⁾ durchzuführen ist, wird die Eigentumsfunktion des alten Eigentümers in keiner Weise berührt. Das Mehrprodukt fließt nicht in den Staatshaushalt. Auf den Zeitpunkt des Beginnes einer solchen Treuhandenschaft ist eine Eröffnungsbilanz mit Inventur aufzustellen und der Treuhänder verpflichtet, die Einnahmen des Betriebes zur Abdeckung der Schulden (Kredite, Steuern usw.) zu verwenden. Verbleibt ein Überschuß, so ist dieser dem Eigentümer gutzuschreiben. Aber auch diese Betriebe haben die Aufgabe, der Erfüllung des Volkswirtschaftsplans zu dienen. Der Erfüllung dient das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung mit der notwendigen Ergänzung des Vertragssystems. Sowohl Treuhandbetriebe dieser Art wie auch Verwalterbetriebe sind in den Volkswirtschaftsplan einbezogen, wenn sie eine Produktionsaufgabe haben. Daraus ergibt sich, daß diese Betriebe unter das Vertragssystem fallen. Unabhängig davon fallen sie auch dann unter das Vertragssystem, wenn als Treuhänder eine Einrichtung der volkseigenen Wirtschaft eingesetzt worden ist.

6. Die Klauseln „frei Haus“ oder „frei Station des Empfängers“ oder „frachtfrei Empfangsstation“ enthalten keine Änderung des Erfüllungsortes und der Vorschriften aus dem Vertragssystem, wonach der Versand auf Gefahr des Bestellers erfolgt. Die genannten Klauseln betreffen lediglich Regelungen der Transportkosten oder sonstiger Kosten. Die Frage, ob den Besteller oder Lieferer die Gefahr des Transportes trifft, besteht unabhängig von den Klauseln und wird von ihnen nicht berührt. Die Zulässigkeit und Auslegung von Kostenklauseln können durch die Preisbehörde rechtsverbindlich geregelt werden¹¹⁾. Die Gefahrtragungsvorschriften und unabdingbaren materiell-rechtlichen Vorschriften des Vertragssystems werden durch diese Klauseln nicht abgeändert. Auch bei den genannten Klauseln erfolgt der Versand auf Gefahr des Bestellers, d. h., daß die Gefahr auf den Besteller in dem Zeitpunkt übergeht, wenn der Verkäufer die Ware absandt bzw. alles zur Absendung Erforderliche getan hat.

Anhang

1. Grundsatzgesetze

- a) Verordnung über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems für Warenlieferungen in der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft vom 6. Dezember 1951 — GBl. S. 1141
- b) Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems für Warenlieferungen in der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft vom 21. März 1952 — GBl. S. 323¹²⁾
- c) Verordnung über die Bildung und Tätigkeit des Staatlichen Vertragsgerichts vom 6. Dezember 1951 — GBl. S. 1143
- d) Verfahrensordnung für das Staatliche Vertragsgericht vom 6. März 1952 — GBl. S. 208

2. Musterverträge

- a) Bekanntmachung eines Mustervertrages mit allgemeinen Lieferbedingungen vom 10. Januar 1952 — Min.Bl. S. 7
- b) Bekanntmachung über die Gültigkeit des Mustervertrages mit allgemeinen Lieferbedingungen für die Fachanstalten Deutscher Innen- und Außenhandel vom 1. April 1952 — Min.Bl. S. 39
- c) Bekanntmachung der Allgemeinen Bedingungen der volkseigenen Bauindustrie für die Übernahme und Durchführung von Bauarbeiten (ABB) nebst Mustervertrag vom 31. Mai 1952 — Min.Bl. S. 75

¹⁰⁾ GBl. 1951, S. 889.

¹¹⁾ Siehe hierzu „Lieferungen „ab Werk“ und „franko Waggon“ in DFW 1951, II, Hsbb., Heft 19 (Preisnachrichten) S. 507 (21).

¹²⁾ Während der Drucklegung erschienen: 2. DB vom 19. August 1952 (GBl. S. 793) und 3. DB vom 20. August 1952 (GBl. S. 794).

- d) Bekanntmachung von Allgemeinen Bedingungen für bautechnische Projektierungsarbeiten nebst Mustervertrag vom 23. Juli 1952 — Min.Bl. S. 113

3. Versandverpflichtung

- a) Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheins vom 2. Dezember 1948 — ZVOBl. S. 560
- b) 1. DB ersetzt durch 2. DB
- c) Zweite Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheins vom 15. Juli 1949 — ZVOBl. S. 607; aufgehoben durch 8. DB
- d) Dritte Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheins vom 26. Januar 1950 — GBl. S. 64; aufgehoben durch 6. DB
- e) Vierte Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheins vom 22. Juni 1950 — GBl. S. 600
- f) Fünfte Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheins vom 23. Juni 1950 — GBl. S. 613; aufgehoben durch 8. DB
- g) Sechste Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheins vom 4. Oktober 1950; GBl. S. 1087; die 6. DB ordnete die Aufhebung der 3. DB an
- h) Siebente Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheins vom 27. Oktober 1950 — GBl. S. 1187
- i) Achte Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheins vom 6. Juni 1951 — GBl. S. 554

4. Vertragsbeziehungen zwischen privaten Betrieben und VEB

- a) Anordnung über die Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen privaten Betrieben und volkseigenen sowie genossenschaftlichen Betrieben und anderen Organisationen mit Erster Durchführungsbestimmung vom 18. Mai 1949 — ZVOBl. S. 385
- b) Zweite Durchführungsbestimmung zur Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen privaten Betrieben und volkseigenen sowie genossenschaftlichen Betrieben und anderen Organisationen vom 15. Juni 1949 — ZVOBl. S. 468
- c) Dritte Durchführungsbestimmung über die Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen privaten Betrieben und volkseigenen sowie genossenschaftlichen Betrieben und anderen Organisationen — Export und Interzonenaufträge — vom 3. August 1949 — ZVOBl. S. 604
- d) Anweisung über die Durchführung der Anordnung über die Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen privaten Betrieben und volkseigenen sowie genossenschaftlichen Betrieben und anderen Organisationen vom 12. August 1949 — ZVOBl. S. 615
- e) Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951—1955) vom 1. November 1951 — GBl. S. 973 § 2 Abs. 8

5. Verteilungsanordnungen

- a) Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren (Verteilungsanordnung) vom 2. Dezember 1948 — ZVOBl. S. 562; vgl. auch 13. und 14. DB
- b) Erste Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren (Verteilungsanordnung) vom 10. Dezember 1948 — ZVOBl. S. 563; Berichtigung ZVOBl. 1949 S. 16; vgl. auch 3., 7. und 9. DB
- c) Zweite Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren — Verteilung von Kraftstoffen und sonstigen Mineralölprodukten — vom 20. Januar 1949 — ZVOBl. S. 35
- d) Dritte Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren vom 2. März 1949 — ZVOBl. S. 160
- e) Vierte Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren vom 27. April 1949 — ZVOBl. S. 320
- f) Fünfte Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren — Verteilung von Holz — vom 2. Mai 1949 — ZVOBl. S. 329

- g) **Sechste Durchführungsbestimmung** zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren vom 25. November 1949 — GBl. S. 78; vgl. auch 7. DB
- h) **Siebente Durchführungsbestimmung** zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren vom 3. Februar 1950 — GBl. S. 101
- i) **Achte Durchführungsbestimmung** zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren vom 4. März 1950 — GBl. S. 154
- j) **Neunte Durchführungsbestimmung** zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren vom 22. Juni 1950 — GBl. S. 599
- k) **Zehnte Durchführungsbestimmung** zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren vom 22. Dezember 1950 — GBl. S. 1241
- l) **Elfte Durchführungsbestimmung** zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren vom 22. Dezember 1950 — GBl. S. 1243
- m) **Zwölfte Durchführungsbestimmung** zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren vom 29. Dezember 1950 — GBl. 1951 S. 9
- n) **Dreizehnte Durchführungsbestimmung** zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren vom 29. Dezember 1950 — GBl. 1951 S. 10
- o) **Vierzehnte Durchführungsbestimmung** zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren vom 29. Dezember 1950 — GBl. 1951 S. 11
- 6. Deutsche Handelszentralen**
- a) Verordnung über die **Verbesserung der Arbeit der Deutschen Handelszentralen** vom 6. Dezember 1951 — GBl. S. 1145
- b) **Erste Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Verbesserung der Arbeit der Deutschen Handelszentralen vom 7. Februar 1952 — GBl. S. 151
- c) **Zweite Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Verbesserung der Arbeit der Deutschen Handelszentralen vom 8. Februar 1952 — GBl. S. 152 Ber. S. 186
- d) **Dritte Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Verbesserung der Arbeit der Deutschen Handelszentralen vom 17. Juni 1952 — GBl. S. 500
- 7. VVEAB — MAS**
- a) Verordnung über die **Pflichtablieferung und den Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse** für das Jahr 1952, Neufassung vom 23. November 1951 — GBl. S. 1082
- b) Verordnung über die **Errichtung von Staatlichen Kreiskontoren für landwirtschaftlichen Bedarf** vom 6. Dezember 1951 — GBl. S. 1157
- c) **Erste Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Errichtung von Staatlichen Kreiskontoren für landwirtschaftlichen Bedarf vom 20. Dezember 1951 — GBl. S. 1199
- d) Anweisung über die **Durchführung der differenzierten Veranlagung zur Pflichtablieferung und der Aufteilung der Planmengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse** im Jahre 1952, Abschnitt 7, vom 29. Dezember 1951 — GBl. S. 1189
- e) Verordnung über den **Vertragsabschluß zwischen Maschinenaustleihstationen und Bauern** für das Jahr 1952 — Achte Durchführungsbestimmung zur Verordnung vom 14. Dezember 1950 über die Bildung von Vereinigungen Volkseigener Maschinenaustleihstationen vom 17. Januar 1952 — GBl. S. 39
- f) Richtlinien über die **vertragliche Ablieferung** von landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch die volkseigenen Güter vom 13. März 1952 — Min.Bl. S. 37
- 8. Vertragssystem für Nahrungsgüter**
- a) Verordnung über die **Einführung des Vertragssystems für Nahrungsgüter** vom 28. Juni 1951 — GBl. S. 647
- b) **Erste Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Einführung des Vertragssystems für Nahrungsgüter vom 28. Juni 1951 — GBl. S. 669
- c) **Zweite Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Einführung des Vertragssystems für Nahrungsgüter vom 28. Juni 1951 — GBl. S. 671
- d) **Dritte Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Einführung des Vertragssystems für Nahrungsgüter vom 28. Juni 1951 — GBl. S. 673
- e) **Vierte Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Einführung des Vertragssystems für Nahrungsgüter vom 27. Juli 1951 — GBl. S. 725
- f) **Fünfte Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Einführung des Vertragssystems für Nahrungsgüter vom 17. Januar 1952 — GBl. S. 64
- g) **Sechste Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Einführung des Vertragssystems für Nahrungsgüter vom 26. Juni 1952 — GBl. S. 519
- h) Anordnung über den **Abschluß von Verträgen für Nahrungsgüter zwischen den VEAB und den Bedarfsträgern** (außer Bedarfsträgern der Nahrungs- und Genussmittelindustrie) vom 2. Juli 1952 — Min.Bl. S. 107
- 9. Export und Import**
- a) Verordnung über die **Einführung des neuen Außenhandels-Verfahrens für Export** vom 30. Juni 1950 — GBl. S. 639
- b) Bekanntmachung der **Neufassung der Verordnung** über die Einführung des neuen Außenhandels-Verfahrens für Export vom 31. Januar 1951 — GBl. S. 57
- c) **Erste Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Einführung des neuen Außenhandels-Verfahrens für Export vom 17. April 1951 — GBl. S. 304 eingearbeitet in e)
- d) **Zweite Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Einführung des neuen Außenhandels-Verfahrens für Export vom 26. Mai 1951 — GBl. S. 504
- e) **Dritte Durchführungsbestimmung** zur Verordnung über die Einführung des neuen Außenhandels-Verfahrens für Export vom 12. November 1951 — GBl. S. 1041; Ber. 1952 S. 73
- f) Bekanntmachung der **Richtlinien für die Bearbeitung von Importaufträgen** über Warenbezüge aus dem Ausland und Westdeutschland sowie Westberlin vom 1. Juli 1952 — Min.Bl. S. 105
- g) Hinweis auf 3 e) und 4 c)

Vorwärts zum Aufbau des Sozialismus!

Bitterfeld will 1 Million Kilowattstunden einsparen

Die Belegschaft des Aetznatronbetriebes im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld verpflichtete sich, bei der Aetznatronlauge-Produktion in diesem Jahr 1 Million Kilowattstunden Strom und 13 000 Tonnen Dampf einzusparen.

„Da wir wissen, daß die Energie das Blut auch für unseren sozialistischen Aufbau ist, gilt es für uns Kraftwerker — nach dem Vorbild der Sowjetunion, welche im 5. Fünfjahrplan eine Steigerung der Energieproduktion

um 70 Prozent vorsieht — die Energiewirtschaft auf das höchste zu steigern“, erklärte Elektromonteur Ruff vom Kraftwerk Potsdam. Die Belegschaft des Werkes verpflichtete sich, die Produktionsauflage eines Kessels, dessen Einbau nicht rechtzeitig geschafft wurde, mit zu übernehmen, um den Plan hundertprozentig zu erfüllen. Durch rationelle Verwendung der Brennstoffe soll in den letzten vier Monaten dieses Jahres eine Einsparung von 30 000 DM erreicht werden.

Brigaden in den Verwaltungen, Banken und Versicherungen beim Aufbau des Sozialismus

Heinz Lutter, Zentralvorstand VBV

Die Brigadenbewegung in den Verwaltungen, Banken und Versicherungen ist eine junge Bewegung. Sie reicht kaum zwei Jahre zurück. Entsprechend der auf der Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 26. und 27. Oktober 1950 durch ihren Generalsekretär Walter Ulbricht gestellten Forderung

„in der Verwaltung ebenfalls Brigaden zu bilden, die jede Abteilung, jedes Ministerium und jede Kreisverwaltung durcharbeiten, um festzustellen, wie die Verwaltungsarbeit zu vereinfachen ist und wie eingespart werden kann“

tief der Zentralvorstand der Gewerkschaft Verwaltungen, Banken, Versicherungen zur Brigadenbildung in der Verwaltung auf).

In vielen Verwaltungen, Banken und Versicherungen bildeten sich Brigaden, die sich aus den fortschrittlichsten Kollegen zusammensetzten. Ihre Aufgabe war es, die Verwaltungsarbeit zu vereinfachen, neue Arbeitsmethoden zu entwickeln und mitzuteilen, eine volksverbundene Verwaltung zu schaffen, die dem Fortschritt dient.

Wurde dieses Ziel erreicht? Zweifelschne wurden beachtliche Erfolge in der Verbesserung und der Vereinfachung der Verwaltungsarbeit erzielt. Auf Grund der Tätigkeit der Brigaden wurden in vielen Verwaltungen Pläne zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit entwickelt, die zum Teil beträchtliche Einsparungen der Verwaltungskosten mit sich brachten. So wurden z. B. beim Rat der Stadt Leipzig innerhalb eines Jahres insgesamt 578 000,— DM eingespart.

Trotz der guten Erfolge ist die Brigadenbewegung noch nicht zu einer Massenbewegung geworden, die dem Staatsapparat, als wichtigste Institution des Überbaus, beim Umbau der alten Ökonomik, bei Organisation des Neuen und Fortschrittlichen den Stempel aufdrückte.

Welches sind die Ursachen dafür? Es war seinerzeit richtig, als Hauptform die Brigade zu wählen, die jede Abteilung usw. durcharbeitete und mit deren Hilfe Mißstände in kürzester Frist beseitigt werden sollten.

Wie arbeiteten diese Brigaden? Entstanden aus der Initiative der fortschrittlichsten Verwaltungsangestellten, einer oder verschiedenen Abteilungen angehörend, waren sie während ihrer eigentlichen Arbeitszeit nicht Brigade, sondern arbeiteten unabhängig voneinander, jeder an seinem Arbeitsplatz, an dem sie bemüht waren, beispielgebend zu arbeiten. Die eigentliche Brigadenarbeit führten die Kollegen während ihrer Freizeit, vor oder nach Dienstschaft, aus. Ihre in der Freizeit erarbeiteten Vorschläge zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit wurden dann in den Abteilungen unter ihrer Mithilfe verwirklicht.

Diese Brigaden haben in ihrer Anfangszeit zum Teil gut gearbeitet und die Arbeitsorganisation und die Methoden verbessert. Sehr bald zeigte sich aber die Schwäche, daß ihre Arbeit den Charakter einer Kampagne trug. Nachdem einige Verbesserungen erreicht wurden, glaubten viele, nun sei alles bestens organisiert und es gebe nichts mehr zu ändern. Sie setzten sich also zur Ruhe. Typisch dafür ist das Beispiel der Deutschen Notenbank Greifswald. Hier stellte man sich die Aufgabe, die Tagfertigkeit in der Bearbeitung der Geschäftsvorfälle zu erreichen. Dieses Ziel wurde

auch tatsächlich mit Anleitung und Hilfe der Brigaden der Landeszentrale der Deutschen Notenbank in Schwerin erreicht. Die Brigaden führen seit dieser Zeit nur noch ein Schattendasein und treten nicht mehr in Erscheinung.

Interessant ist folgendes: Man sollte meinen, daß, angeregt durch die Tätigkeit der fortschrittlichen Kollegen in den Brigaden, die Zahl der Kollegen, die in Brigaden arbeiten, wächst. Zentral gesehen ist die Zahl der in Brigaden arbeitenden Kollegen absolut größer geworden, was darin begründet ist, daß immer mehr Verwaltungen, Banken und Versicherungen Brigaden bildeten. Betrachtet man jedoch die Entwicklung der Brigadenbildung innerhalb der einzelnen Verwaltungen, so stellt man das Gegenteil fest. Es bestanden z. B. in der Stadtverwaltung Leipzig anfangs 208 Brigaden. Bis zur Durchführung der Verwaltungsreform waren es lediglich noch 30 Brigaden, die nicht mehr als 1% der in der Stadtverwaltung beschäftigten Kollegen erfaßten. Im allgemeinen muß man zumindest von einer Stagnation in der Brigadenarbeit sprechen.

Was tat der Zentralvorstand der Gewerkschaft Verwaltungen, Banken, Versicherungen?

Das Moment der Stagnation in der Brigadenarbeit nach einem verhältnismäßig guten Auftakt hätte dem Zentralvorstand der Gewerkschaft Verwaltungen, Banken, Versicherungen Anlaß sein müssen, in ernsthaftem, wissenschaftlichem Studium die Ursachen dafür zu ergründen, um rechtzeitig durch Verallgemeinerung der besten Erfahrungen in der Weiterentwicklung der Brigadentätigkeit einen neuen Aufschwung zu erzielen. Stattdessen wurden in der Organisation unfruchtbare und formale Diskussionen darüber geführt, inwieweit es richtig sei, daß in den Verwaltungen, Banken und Versicherungen Begriffe oder Bezeichnungen Anwendung fanden wie Zentrale-, Plan-, Kopf-, Spezial-, Operativ-, Komplex- oder Qualitäts-Brigaden. Während hierüber diskutiert und dogmatisch die Initiative der nach neuen Wegen suchenden Kollegen in den Verwaltungsbetrieben getötet wurde, entwickelten sich in einer Anzahl von Verwaltungen schüchtern neue Formen arbeitsfähiger Brigaden, die sich bewußt waren, daß es darauf ankommt, unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung zu festigen, das Volkseigentum zu mehren, und die erkannten, daß die Stärke des Staatsapparates sich aus der engen Verbindung zu den Millionenmassen der Werktätigen ergibt. Diese in der Praxis entstandenen Brigaden stellten eine Weiterentwicklung der ursprünglichen Brigaden dar. Es wurde von ihnen erkannt, daß eine Brigadentätigkeit praktisch außerhalb der eigentlichen Arbeit nicht zu ständigen Erfolgen führen kann.

Was ist das typisch Neue an diesen Brigaden?

Das sind Brigaden, die direkt mit dem Arbeitsprozeß verbunden sind, Brigaden also, die nicht mehr in der Freizeit die Funktion von Brigaden ausüben.

Das sind Brigaden, die sich das Ziel stellen, die ihnen übertragenen Verwaltungsaufgaben besser, billiger und in kollektiver Arbeit unter Wahrung des Prinzips der vollen persönlichen Verantwortung zu erledigen.

Das sind Brigaden, die einen Kampf führen gegen Bürokratismus und Schlendrian und die systematisch und beharrlich um eine Verbesserung des Staatsapparates durch ständige Anwendung der Kritik und Selbstkritik ringen.

¹⁾ Siehe „Die Gewerkschaft“, Dezember 1950.

Das sind Brigaden, deren Mitglieder sich gegenseitig helfen und unterstützen, d. h. daß der Fortgeschrittene dem Zurückgebliebenen hilft und ein allgemeiner Aufschwung erzielt wird.

Das sind Brigaden, deren Mitarbeiter sich gegenseitig qualifizieren, d. h. daß das Niveau jedes einzelnen auf eine höhere Stufe gebracht wird.

Auch Anton Plenikowski beschreibt in seinem Artikel²⁾ die Erfolge von Brigaden, die in ihrer Aufgabenstellung, in ihrer normalen Arbeitszeit Brigaden sind. Allerdings unterscheiden sich diese Brigaden dadurch, daß sie sich nicht aus eigener Initiative bildeten, sondern durch die Verwaltungsleitung administrativ eingesetzt wurden.

Das Ausschlaggebende bei der Bildung dieser Brigaden ist, daß sie sich auf der Grundlage der Überzeugung selbst bilden. Deshalb ist der erste und entscheidendste Schritt, der von der Partei der Arbeiterklasse und insbesondere von der Gewerkschaft getan werden muß, die ideologische Aufklärung und Überzeugung, die Hebung des Staatsbewußtseins, die Erfüllung der Kollegen mit sozialistischem Bewußtsein. Es kommt darauf an, den pflichttreuen Angestellten zum begeisterten Mitarbeiter aus eigener Initiative zu machen.

Werden diese Voraussetzungen nicht geschaffen, sind die Brigaden ein formaler Zusammenschluß von Kollegen, die individuell nebeneinander statt miteinander arbeiten, wo jeder nur sein Aufgabengebiet sieht und womöglich noch Schadenfreude empfindet, wenn ein anderer Kollege aus dieser sogenannten „Brigade“ Fehler macht.

Wirkliche Brigadentätigkeit hat gerade eine umgekehrte Einstellung und, was von besonderer Bedeutung ist, hilft ständig, ein höheres Bewußtsein zu entwickeln.

So konnte der Kollege Richter auf einer Beratung des Zentralvorstandes mit den Leitern von Brigaden berichten, wie in ihren Brigaden mehr und mehr das Moment der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung zutage tritt. Während früher der Kollege, der mit seinem Arbeitspensum fertig war, sich um nichts mehr kümmerte, hilft er heute seinen Kollegen in der Brigade und ist bemüht, ihm seine Erfahrungen zu vermitteln. Für die Fehler und Schwächen eines Kollegen in der Brigade fühlt sich jedes Mitglied der Brigade verantwortlich.

Das ist also das Bedeutungsvolle daran. Nicht mehr der Kollege X hat einen Fehler gemacht, sondern wir — die Brigade — haben einen Fehler gemacht, und jeder ist bemüht, die Ursachen zu ergründen und Maßnahmen zu treffen, daß die gleichen Schwächen nicht wieder auftreten. Bedeutungsvoll ist ferner, daß diese Kollektivarbeit auch die Kritik und Selbstkritik breit entfaltet und ständig als scharfe Waffe im Kampf um bessere Arbeitsmethoden, eine bessere Arbeitsorganisation, Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral führt.

Die besten Erfolge vorstehend geschilderter Brigaden werden dort erzielt, wo die Methode Losinski-Opitz Anwendung findet. Bekanntlich hat diese Methode zum Ziel, eine kurzfristige Betriebsabrechnung zu erreichen. Sie geht im Prinzip von einer straffen Arbeitsorganisation, vom kollektiven Hand-in-Hand-Arbeiten bei fester Terminstellung aus und ist nicht nur in der Betriebsabrechnung anwendbar.

²⁾ „Neuer Weg“ 1952, Heft 3.

In ihren Teilplänen ist sie besonders bezüglich des Planes der Pflichten und des Planes zur Qualifikationssteigerung in allen Verwaltungen anwendbar.

Auf der II. Parteikonferenz brachte Walter Ulbricht zum Ausdruck, daß das Hauptinstrument bei der Schaffung des Sozialismus die Staatsmacht ist.

Der grundlegende Unterschied zwischen unserem neuen Staat und dem bürgerlichen Staat kommt in einer neuen Funktion unseres Staates zum Ausdruck: in der wirtschaftlich-organisatorischen und der kulturell-erzieherischen Arbeit der Staatsorgane. Sie haben die Aufgabe, eine neue, sozialistische Wirtschaft zu entwickeln und die Menschen im Geiste des Sozialismus umzuzeichnen.

Das erfordert Menschen im Staatsapparat mit hohem Bewußtsein. Menschen im Geiste des Sozialismus erziehen kann nur der, der selbst in diesem Geiste lebt, der von derselben Gesinnung durchdrungen ist, aus der heraus unsere Verwaltung geschaffen wurde.

Ich bin also der Meinung, daß die Brigaden, die mit dem Arbeitsprozeß unmittelbar verbunden sind, am besten in der Lage sind, die spezifischen Aufgaben des Staatsapparates, d. h. zum Wohle der Bevölkerung, im Interesse der Verteidigung der Heimat, für Fortschritt und Sozialismus zu erfüllen.

Jetzt, beim Aufbau des Sozialismus und nachdem die Neuregelung der Arbeitsweise und Struktur der staatlichen Organe die verstärkte Einbeziehung der Werktätigen zur ständigen und aktiven Teilnahme an der demokratischen Staatsverwaltung vorsieht, genügt es nicht mehr, daß sich einige wenige der besoldeten Verwaltungsangestellten Gedanken über die Verbesserung der Verwaltungsarbeit machen, sondern jetzt kommt es darauf an, daß sich die Massen der Verwaltungsangestellten ihrer Aufgabe als Angestellte im Staatsapparat beim Aufbau des Sozialismus bewußt werden. Eine große Rolle dabei werden die Betriebsparteiorganisation und die Betriebsgewerkschaftsleitung spielen.

Es wird auch notwendig sein, Überlegungen anzustellen, inwieweit das Leistungsprinzip im Staatsapparat mehr als bisher verwirklicht werden kann. Man sollte sich nichts vormachen. Die bestehende Fluktuation beweist, daß das Leistungsprinzip in der Verwaltung ungenügend verwirklicht ist. Ganz abgesehen davon, daß eine Disproportionalität in der Entlohnung der wirtschaftlichen und staatlichen Verwaltung besteht.

Das sozialistische Prinzip der Verteilung entsprechend der Leistung begründet das unmittelbare Interesse der Kollegen an der Steigerung der Arbeitsleistung und ist zugleich ein wichtiger Anreiz für die Entstehung und Entfaltung einer schöpferischen Arbeitsinitiative.

Ein Beispiel, das nichts mit Leistungsprinzip zu tun hat, sind sogenannte „Persönliche Konten“ in der Verwaltung. Was sind das für „Persönliche Konten“, wenn der Betreffende an der von ihm erzielten Einsparung nicht materiell beteiligt ist? Es wurden z. B. in der Versicherungsanstalt Sachsen in Leipzig für die Kollegen, die an Maschinen arbeiten, „Persönliche Konten“ eingerichtet. Ein Mechaniker hat einen sehr guten instruktiven Vortrag über Maschinenpflege und -behandlung gehalten und im Unterricht die Kollegen befähigt, daß sie die Einzelheiten ihrer Maschine kennenlernen und imstande sind, auch Reparaturen selbst durchzuführen. Über eine Beteiligung der Kollegen an den erzielten Einsparungen hat man sich jedoch keine Gedanken gemacht!

Kämpft für den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit nachfolgendem Abzug aller Besatzungstruppen und der Liquidierung aller ausländischen Militärstützpunkte in Deutschland!

Daß es auch anders geht, zeigt die Stadt- und Kreissparkasse Bitterfeld. Hier hat man ausgerechnet, was jede Maschine im vergangenen Jahr an Kosten verursacht und die Kollegen mit einem Prozentsatz an den Einsparungen beteiligt. Das scheint der bessere Weg zu sein. Teilweise findet man in einigen Verwaltungen eine dahin tendierende Meinung, daß in bezug auf Materialien ein strenges Sparsamkeitsregime nicht mehr so vonnöten sei, da es sich bei eventuellen Einsparungen nur um „kleine Summen“ handeln kann. Kleinigkeiten wirken sich sammeln im großen aus.

Ein einfaches Beispiel: Wenn jeder Kollege unserer Gewerkschaft im Jahr lediglich einen Blei- und einen Kopiertift einsparen würde, würde die eingesparte Summe ausreichen, rund vier Millionen Ziegelsteine zusätzlich dem Nationalen Aufbauprogramm Berlin zuzuführen. Das sind Ziegel für 400 Zweieinhalb-Zimmerwohnungen.

Man kann der Brigadenbewegung keine Fesseln anlegen. Kennzeichnend ist die Vielfalt der Formen, die sich ständig neu entwickeln. Sie werden durch immer neue und fruchtbare Vorhaben bereichert, die aus der Schöpferkraft und Initiative der besten Verwaltungsangestellten erwachsen. Ihr wichtigster Charakterzug besteht darin, die kollektive Zusammenarbeit zu organisieren und überall fortschrittliche Arbeitsmethoden einzuführen.

So berichtete der Kollege Richter von der Stadt- und Kreissparkasse Bitterfeld, daß sich ihre Brigaden am Schalter durch gute und höfliche Bedienung der Bevölkerung auszeichnen. Ich bin der Meinung, daß diese Brigaden auch die Bezeichnung „Brigade der guten und höflichen Bedienung“ annehmen und dies an ihrem Arbeitsplatz durch einen Aushang kenntlich machen sollten.

Das hat zumindest drei Vorteile:

1. werden die Kollegen Versicherungsangestellten bemüht sein, entsprechend dem Aushang zu handeln;
2. wird die Kritik und Selbstkritik innerhalb der Brigade und insbesondere die Kritik der Bevölkerung breit erfaltet (es muß doch jedem Werktätigen ins Gesicht schlagen, wenn an einem so kenntlich gemachten Arbeitsplatz eventuell die Bevölkerung Schlange steht und eine mürrische „Abfertigung“ erfolgt);
3. wird das Vertrauen der Bevölkerung zu ihrer Verwaltung wachsen und ein besserer Kontakt hergestellt.

Gerade die Kollegen in diesen Brigaden müssen bestrebt sein, sich ständig zu qualifizieren, damit sie bei Auslegung der Gesetze und bei ihren Auskünften diese so geben, daß der Bevölkerung klar wird, in welchem Zusammenhang alle Maßnahmen unserer Regierung im Kampf um Frieden, Einheit und Aufbau des Sozialismus stehen.

Daneben werden die Kollegen dieser Brigaden die Kritik, die praktisch an die Adresse anderer Abteilungen gerichtet ist, an die Brigaden dieser Abteilung zur Beseitigung der Mängel weitergeben.

Von größter Bedeutung für die bessere Erfüllung des Abgabenplanes ist die weitere Umstellung der Arbeit unserer Finanzämter auf Komplexbrigaden. Immer mehr Finanzämter gehen zu ihrer Bildung über. Gerade durch die Tätigkeit der Komplexbrigaden erhielt die Arbeit in den Finanzämtern diejenige Form, die eine schnellere Bearbeitung aller vorliegenden Fälle, von der Einreichung der Steuererklärung bis zu einer eventuell notwendig werdenden Vollstreckung, ermög-

licht. Wir werden in einem späteren Artikel zur Arbeit dieser Komplexbrigaden ausführlich Stellung nehmen.

Eine andere Form der Brigaden, die nach Ausführungen des Kollegen Dörner vom Rat der Stadt Leipzig sich entwickeln, sind Brigaden unter Einbeziehung der Bevölkerung zur Lösung von Verwaltungsaufgaben. Zum Beispiel wurden Erfolge mit dieser Methode im Wohnungsamt Leipzig erzielt, wo durch Mitarbeit der Bevölkerung faktisch von dieser selbst die notwendigen Maßnahmen der Wohnraumver- und -zuteilung gelöst wurden.

Andere Brigaden beschäftigen sich an ihrem Arbeitsplatz mit der Methode Kowaljow. Bekanntlich liegt die große Bedeutung der Kowaljow-Methode darin, daß man die besten Arbeitsmethoden der Neuerer an Hand der einzelnen Arbeitsvorgänge studiert und die besten Methoden zusammenfaßt zu einem Arbeitsvorgang. In der Verwaltung kommt es darauf an, das System zu erkennen und auf ihre Arbeit anzuwenden.

In den Formen der Brigaden darf es kein Dogma geben. Das einzige Kriterium muß sein: erfüllen sie den Willen der Werktätigen in der unbürokratischen und richtigen Auslegung und Durchführung der Gesetze, hilft ihre Initiative einen reibungslosen Verwaltungsablauf zu gewährleisten und die Verbindung zur Bevölkerung enger zu knüpfen?

Deshalb gilt es, jede neue Bewegung, die uns weiterhilft, die wir aus den großen Erfahrungen der Verwaltungsarbeit der Sowjetunion übernehmen können, und zwar:

- a) die Verkürzung des Verwaltungsweges,
- b) die Verbilligung der Verwaltungsarbeit,
- c) die moralische Gesundung

zu pflegen und zu fördern und im Erfahrungsaustausch zu verallgemeinern.

Wer ist für die Aufgabenstellung und Anleitung der Brigaden verantwortlich? Ist es die Verwaltungsleitung oder die Gewerkschaft?

Verwaltungsaufgaben werden durch die Verwaltungsleitung gestellt, insofern ist also für die Aufgabenstellung, die sich aus der Durchführung der Verwaltungsarbeit ergibt, die Verwaltungsleitung verantwortlich. Die Brigaden werden bestrebt sein, diese ihnen gestellten Aufgaben mustergültig zu lösen.

Aufgabe der Gewerkschaft ist es, die Kollegen für die Brigadenarbeit zu mobilisieren, ihnen ständig sozialistisches Bewußtsein zu vermitteln. Eine gute Brigadenarbeit ist also Sache der Verwaltungsleitung sowie der Gewerkschaft.

Die Kommissionen zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit, die sich aus den besten und fortschrittlichsten Kollegen der Verwaltung, die sich in der Neuererbewegung bewährt haben, zusammensetzen, haben hier ein verantwortungsvolles Tätigkeitsgebiet. Sie müssen ständig die Brigaden anleiten und im Erfahrungsaustausch die besten Methoden verallgemeinern.

Erkennen wir:

Die neuen und höheren Aufgaben des Staatsapparates verlangen kategorisch die Qualifizierung der Verwaltungsangestellten, verlangen eine bessere Arbeit. Indem wir mit fortschrittlichen Arbeitsmethoden unsere Staatsmacht, das wichtigste Instrument beim Aufbau des Sozialismus, stärken und festigen, führen wir erfolgreich den sich verschärfenden Klassenkampf und schaffen rascher die ökonomischen Grundlagen des Sozialismus.

Die Herabsetzung der Untergrenze des Bankeninkassos

Kurt Koch, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Notenbank

Durch die Verordnung über das Bankeninkasso — Rechnungseinzugsverfahren — vom 17. Juli 1952 ist die Grenze, von der an Geldforderungen auf Grund von Warenlieferungen und sonstigen Leistungen dem Rechnungseinzugsverfahren unterliegen, bekanntlich auf 500,— DM festgesetzt worden. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hat die Grenze für im Rechnungseinzugsverfahren einzuziehende Forderungen durch Beschluß vom 17. Juli 1952 jedoch — abweichend von dieser Bestimmung der VO — zunächst auf 5000,— DM festgesetzt und die Deutsche Notenbank ermächtigt, diese Grenze entsprechend den Erfahrungen bei der Einführung des Rechnungseinzugsverfahrens schrittweise auf den in der Verordnung festgesetzten Betrag zu ermäßigen. Diese Regelung war notwendig, weil bei sofortigem uneingeschränktem Anlaufen des Bankeninkassos befürchtet werden mußte, daß die Kreditinstitute die große Zahl der Rechnungseinzugsaufträge in Anbetracht der Neuartigkeit des Verfahrens und im Hinblick auf die gegenüber dem bisherigen Bank-Verrechnungsverkehr komplizierteren Arbeitsvorgänge des Rechnungseinzugsverfahrens nicht bewältigen würden. Die verantwortlichen Stellen waren sich darüber klar, daß die Begrenzung der dem Rechnungseinzugsverfahren unterliegenden Forderungen auf 5000,— DM für eine Reihe von Betrieben zu Schwierigkeiten führen würde. Trotz dieser Erkenntnis mußten solche Anfangsschwierigkeiten bewußt in Kauf genommen werden; denn die bei sofortigem uneingeschränktem Anlaufen des Rechnungseinzugsverfahrens befürchteten Stockungen im Arbeitsablauf der Banken hätten unter Umständen Störungen für die gesamte Volkswirtschaft auslösen und die mit dem Bankeninkasso angestrebte Entwicklung daher ernstlich hemmen können.

Die Deutsche Notenbank hat es von vornherein als ihr Ziel angesehen, die geschilderten Übergangsschwierigkeiten so schnell wie möglich dadurch zu beseitigen, daß der Kreis der im Rechnungseinzugsverfahren ein-

zuziehenden Forderungen kurzfristig auf die in der Verordnung festgelegte Grenze festgelegt wird. Das war selbstverständlich nur erreichbar, wenn die Kreditinstitute in der Lage sein würden, den durch die Herabsetzung der Betragsgrenze sprunghaft ansteigenden Rechnungseinzugsverkehr reibungslos zu bewältigen. Die ersten Ergebnisse über den Anlauf und die Abwicklung des Rechnungseinzugsverfahrens bei den Niederlassungen der Deutschen Notenbank zeigen, daß das Rechnungseinzugsverfahren — dank guter Vorbereitung — bisher fast überall reibungslos läuft und die Zahl der zu bewältigenden Rechnungseinzugsaufträge schon jetzt ohne größere Schwierigkeiten gesteigert werden kann. Das hat der Deutschen Notenbank Veranlassung gegeben, die Grenze, von der an Forderungen dem Rechnungseinzugsverfahren unterliegen, bereits ab 20. August 1952 auf 3000,— DM herabzusetzen. Damit ist auch die Betragsgrenze für Rechnungen, die der Übergangsregelung (§ 9 der Verordnung) unterliegen, mit Wirkung vom 20. August 1952 auf 3000,— DM herabgesetzt, d. h., Rechnungen zwischen 3000,— DM und 5000,— DM mit Ausstellungsdaten ab 1. Mai 1952 müssen binnen 14 Tagen seit Herabsetzung der Grenze (also bis spätestens 3. September 1952) unter Beachtung der Bestimmungen des § 9 der Bank eingereicht werden. Diese Bestimmung ist bindend. Teilnehmer, die sie nicht beachten, verstoßen gegen § 9 der Verordnung. Die Deutsche Notenbank trifft z. Z. Vorbereitungen, um das Bankeninkasso durch Herabsetzung der Betragsgrenze auf die in der Verordnung vorgesehene Begrenzung von 500,— DM in kürzester Frist voll wirksam werden zu lassen. Das soll voraussichtlich schon vom 15. September 1952 an geschehen.

Bankeninkasso — Rechnungseinzugsverfahren

Von der Deutschen Notenbank Berlin erhalten wir kurz vor Redaktionsschluß folgende Meldung: Die Grenze, von der an Forderungen dem RE-Verfahren unterliegen, wird vom 15. September 1952 an auf 500,— DM herabgesetzt.

Entspricht unser gegenwärtiges Abgabensystem dem Stande der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik?¹⁾

Institut für Finanzwesen an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin

III. Die besonderen Probleme der Planung und Erhebung der Staatseinnahmen in der volkseigenen Wirtschaft

Die Staatseinnahmen aus der Wirtschaft gliedern sich in Einnahmen aus der sozialistischen und aus der privaten Wirtschaft.

Da sämtliche Zahlungen an den Staatshaushalt in der sozialistischen Wirtschaft aus dem im Preise der Waren enthaltenen Überschuß über die Selbstkosten und in der privaten Wirtschaft aus dem Mehrwert bzw. Mehrprodukt (z. B. beim Alleinmeister im Handwerk) gezahlt werden, liegt es im Interesse einer exakten Planung und Kontrolle der Staatseinnahmen aus der Wirtschaft, den Überschuß der sozialistischen Wirtschaft und den Mehrwert bzw. das Mehrprodukt der privaten Wirtschaft so klar wie möglich von den übrigen Faktoren der Preisbildung und von den anderen Positionen des betrieblichen Rechnungswesens zu trennen.

¹⁾ Vgl. DFW 1952, I. Halbb., Heft 16, S. 844.

Also muß an dieser Stelle nochmals die Forderung erhoben werden: Wegfall aller „Kostensteuern“, sowohl für die sozialistische als auch für die private Wirtschaft. Entsprechend dieser Forderung kann es nur echte Selbstkosten und die Differenzen zwischen diesen und den planmäßig festgelegten bzw. staatlich genehmigten Preisen geben.

Diese Differenz wird aufgeteilt in:

- a) differenzierte Warensteuer, also den Teil, der direkt, vollständig und kurzfristig an den Staatshaushalt abgeführt wird,
- b) Gewinn, der in den verschiedenen sozialökonomischen Formationen unterschiedlich besteuert wird.

Die Zahlungen der volkseigenen Wirtschaft

Ausgangspunkt unserer Untersuchung muß die volkswirtschaftliche Gesamtbilanz sein. In unserer Volkswirtschaft entspricht die Gesamtsumme aller Preise der Gesamtsumme aller Werte. Im Einzelfall jedoch weicht der Preis einer Ware sehr oft vom Wert der Ware ab;

diese Abweichung wird planmäßig festgelegt und stellt eine Form der bewußten Anwendung des Wertgesetzes dar.

Wenn wir auch noch kein allen unseren Ansprüchen genügendes System von Planpreisen haben, so haben wir doch bereits Warenverzeichnisse mit festgelegten bzw. genehmigten Preisen. Diese Warenverzeichnisse müssen dauernd vervollkommen werden, einmal im Hinblick darauf, daß jedes neuerzeugte Produkt aufgenommen wird und zweitens mit der Perspektive, daß die in ihm enthaltenen Fest- und Kalkulationspreise auf Grund echter Selbstkostenberechnungen in Planpreise umgewandelt werden.

Die volkswirtschaftliche Gesamtbilanz und damit der Plan bestimmen die Verteilung des Erlöses aus dem Verkauf der erzeugten Waren, also welche Teile direkt durch den Betrieb verteilt werden und welche über den Staatshaushalt weiterverteilt werden. Uns interessieren in unserer Untersuchung nur die Teile des Erlöses, die über den Staatshaushalt neu verteilt werden.

Die Abführungen aus diesem Erlös, d. h. die Zahlungen an den Haushalt, müssen folgenden Anforderungen entsprechen:

1. Es darf nur wenige Abgabearter geben, die in möglichst kurzen Fristen, laufend über die Haushaltsperiode verteilt, dem Haushalt zufließen und die solide finanzielle Grundlage des Staatshaushaltes bilden.
2. Sie müssen einfach in der Erhebung und in der Kontrolle ihrer Abführung zu handhaben sein.

Die beste Lösung stellt das sowjetische Zweikanälersystem dar mit den beiden großen Steuern:

1. differenzierte Umsatzsteuer,
2. Gewinnabführung.

Wir wollen diese beiden Steuern in der weiteren Untersuchung differenzierte Warensteuer und Gewinnabführung nennen. Die Begründung dafür wird bei der Betrachtung der einzelnen Steuern gegeben.

Neben diesen beiden großen Steuern sollten von der volkseigenen Wirtschaft keine weiteren Zahlungen an den Staatshaushalt geleistet werden; auch keine sogenannten Gemeindesteuern, wie Grundsteuer und Kraftfahrzeugsteuer, denn diese würden entweder in den Kosten erscheinen und, wie schon vorher erwähnt, die Selbstkosten mit Teilen des Überschusses aufblähen oder sie stellen eine weitere Aufspaltung des Überschusses und damit eine Durchbrechung des Zweikanälersystems dar.

Unter diesen Umständen ist es müßig, zu untersuchen, welche von den alten Steuern durch neue ersetzt werden müssen. Es ist eine Frage der technischen Durchführung der Steuerreform, wenn man zunächst einzelne der alten Steuern zusammenfaßt und dann in einem Wirtschaftszweig nach dem anderen das neue System konsequent einführt, um dem Staatshaushalt eine Kontinuität seiner Einnahmen zu bewahren.

Der folgende Teil beschäftigt sich mit einer ausführlicheren Darstellung der differenzierten Warensteuer, der wichtigsten Stütze des Staatshaushaltes.

Die differenzierte Warensteuer kann grundsätzlich auf alle in der DDR erzeugten oder gehandelten Waren erhoben werden, gleichgültig, ob die Produktion oder der Handel mit diesen Waren im volkseigenen, genossenschaftlichen oder privaten Teil unserer Wirtschaft vor sich geht.

Weil das wichtigste Kriterium dieser Steuer die Besteuerung von Waren ist, weil sie keineswegs an alle Umsätze anknüpft, und um Verwechslungen mit unserer alten, von uns abgelehnten allgemeinen Umsatzsteuer zu verhindern, sollte man diese Steuer differenzierte Warensteuer nennen.

Die Grundzüge dieser Steuer können kurz folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. Sie knüpft an den Umsatz an und wird innerhalb des Produktions- und Zirkulationsprozesses einer bestimmten, an den Endverbraucher gelangenden Ware grundsätzlich **nur einmal** erhoben.
2. Sie wird mit differenzierten Sätzen auf bestimmte Waren gelegt und hat konsum- und produktionslenkend zu wirken.

Zu 1: Die Erhebung der Steuer.

Beim Anknüpfungspunkt an den Umsatz und in der Forderung, daß die differenzierte Warensteuer nur einmal im gesamten Produktions- und Zirkulationsprozeß einer an den Endverbraucher gelangenden Ware erhoben werden soll, liegen die eigentlichen Probleme der zu schaffenden differenzierten Warensteuer.

Um die Probleme klar zu erkennen, müssen wir uns kurz die Metamorphose der Waren in unserer Wirtschaft vor Augen halten.

Der geringste Teil der bei uns zum Verbrauch kommenden Waren durchläuft nur eine Produktionsstufe und gelangt dann über die Zirkulation in die Konsumtion. Oder, mit anderen Worten ausgedrückt: Die wenigsten Betriebe erzeugen ihre Waren vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat und leiten diese dann weiter über Großhandel und Einzelhandel an den Endverbraucher.

Vielmehr ist der Produktionsprozeß der meisten zum Endverbraucher gelangenden Waren zersplittert in viele Stufen, die immer wieder von Zirkulationsprozessen unterbrochen werden, da diese verschiedenen Stufen des Produktionsprozesses nicht in den einzelnen Abteilungen eines und desselben Werkes erfolgen, sondern in verschiedenen selbständigen Betrieben durchgeführt werden. Noch komplizierter wird das besonders dadurch, daß diese Zulieferbetriebe allen Teilen unserer Wirtschaft, also sowohl der sozialistischen als auch der privaten Wirtschaft angehören können.

Wenn wir also die Einmaligkeit der Erhebung der differenzierten Warensteuer verlangen, so genügt es nicht, zu fordern, daß sie nur einmal im Zirkulationsprozeß einer an den Endverbraucher gelangenden Ware, also beispielsweise beim Großhandel, erhoben wird, sondern man muß konsequenterweise fordern, daß sie nur einmal im gesamten Produktions- und Zirkulationsprozeß einer für den Endverbraucher bestimmten Ware erhoben wird. Dabei taucht natürlich gleich die Frage auf, ob man die Waren, die zum produktiven Konsumenten als Endverbraucher gehen, d. h. in der Produktion verbraucht oder gebraucht werden, überhaupt mit einer differenzierten Warensteuer belegen soll.

Jede Steuer auf diese Waren bläht nur die Selbstkosten des in der Produktion befindlichen und schließlich an den persönlichen Endverbraucher gehenden Produktes auf. Besonders, wenn es sich um eine Produktion handelt, die auf sehr viele Zulieferbetriebe angewiesen ist, kann man beim Endprodukt kaum noch die wirklichen Selbstkosten feststellen.

Daraus können wir folgende Schlußfolgerungen ziehen:

1. Die differenzierte Warensteuer ist nur auf Waren zu legen, die an den persönlichen Endverbraucher gehen.
2. Die differenzierte Warensteuer ist grundsätzlich nicht zu erheben auf:
 - a) Produktionsmittel (Maschinen, Werkzeuge usw.),
 - b) Waren, die weiter bearbeitet oder verarbeitet werden oder als Zubehörite dienen.

Diese Grundsätze können sowohl in der Sphäre des persönlichen als auch des produktiven Verbrauchs durchbrochen werden, nämlich wenn man mit Hilfe der differenzierten Warensteuer verbrauchslenkend wirken will. (Die Erläuterung dazu folgt unter der Position „Zu 2“.)

Soll die Steuer an den Warenumsatz anknüpfen und nur einmal im gesamten Produktions- und Zirkulationsprozeß einer bestimmten Ware erhoben werden, so erhebt sich die Frage, wo die einmalig für jede Ware zu erhebende differenzierte Warensteuer erhoben werden soll, beim Übergang von der Produktion zum Großhandel, beim Übergang vom Großhandel zum Einzelhandel oder beim Verkauf an den Konsumenten. Hierbei sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

1. Die Erhebung soll mit den geringsten Kosten und leicht kontrollierbar durchgeführt werden.
2. Mit der differenzierten Warensteuer soll der persönliche und in gewissen Fällen auch der produktive Konsum gelenkt werden.
3. Die Erhebung soll den Bedarf an Umlaufmitteln in der Volkswirtschaft möglichst nicht erhöhen.

Betrachten wir unter Berücksichtigung der drei Faktoren die möglichen Erhebungsstellen der differenzierten Warensteuer:

1. Der Umsatz vom Produktionsbetrieb kann erfolgen:
 - a) zum Produktionsbetrieb,
 - b) zum Großhandel,
 - c) zum Einzelhandel.

Der Umsatz vom Produktionsbetrieb zu Produktionsbetrieb ist grundsätzlich steuerfrei. Nur in den Fällen, wo zum Zwecke der Verbrauchslenkung Warensteuer erhoben wird, ist der Lieferbetrieb Steuerschuldner.

Bevor der Umsatz vom Produktionsbetrieb zum Großhandelsbetrieb betrachtet wird, müssen einige grundsätzliche Worte zum Großhandel gesagt werden.

Es ist nicht Aufgabe des Großhandels, sich unbedingt in alle Umsätze von Produktionsbetrieben zu dem produktiven und persönlichen Endverbraucher einzuschalten.

Der Großhandel hat im wesentlichen drei Funktionen zu erfüllen:

- a) Die Funktion der Warenverteilung mit Hilfe von Absatzorganisationen. Als Beispiel sei der Umsatz von Braunkohlenbriketts genannt. Die Produktion findet im mitteldeutschen Raum statt, der Verbrauch im gesamten Gebiet der DDR. Also müssen in allen Zentren des Verbrauchs Absatzorganisationen geschaffen werden, denn es ist nicht zu vertreten, daß die große Anzahl der Kohleneinzelhändler ihre Briketts direkt von der Brikettfabrik beziehen.

- b) Die Funktion der Sortiments- und Lagerhaltung mit Hilfe von Sortimentslagern.

Als Beispiel sei der Umsatz von kosmetischen und pharmazeutischen Produkten genannt. Es wäre unsinnig, zu verlangen, daß der Einzelhändler zwecks Auffüllung seines umfangreichen Sortiments direkt mit der großen Zahl von Produktionsbetrieben in Verbindung tritt. Der Großhandelsbetrieb hat die Warensortimente der Produktionsbetriebe an die Einzelhandelsbetriebe weiter zu verkaufen und andererseits die Sortimentswünsche der Einzelhandelsbetriebe an die Produktionsbetriebe weiterzugeben.

- c) Die Funktion des Aufkaufs von Produkten bei einer Vielzahl von Produktionsbetrieben.

Das typische Beispiel dafür sind die Einkaufsorganisationen für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Nur wo eine dieser drei Funktionen zu erfüllen ist, muß der Großhandel zwischengeschaltet werden, in allen anderen Fällen ist das Direktgeschäft von Produktionsbetrieb zu Produktionsbetrieb oder von Produktionsbetrieb zu Einzelhandelsbetrieb zu bevorzugen.

Wollte man den Umsatz vom Produktionsbetrieb zum Großhandelsbetrieb besteuern, so ergäbe sich folgende Lage:

- a) Eine große Anzahl von Steuerschuldnern wäre vorhanden, das bringt eine Verteuerung des Erhebungs- und Kontrollapparates mit sich.
- b) Die Ausstattung des Großhandels mit Umlaufmitteln muß entsprechend hoch sein, da der Großhandel an die Produktionsbetriebe den Preis einschl. Warensteuer zahlen müßte.

- c) Ferner muß berücksichtigt werden, daß das Direktgeschäft zwar gefordert wird, aber nie hundertprozentig verwirklicht werden kann. Der Großhandelsbetrieb hat nämlich zur Ausübung seiner Funktion als Sortiment- und Lagerhalter Lager sowohl für den persönlichen als auch für den produktiven Konsum zu halten. Es ist den Produktionsbetrieben nicht bekannt, ob die an den Großhandel gelieferten Waren an den Einzelhandel und damit an den persönlichen Konsumenten oder an den produktiven Konsumenten weitergeliefert werden.

Als Beispiel seien Autoreifen genannt, die, wenn sie an die Autofabrik zum Einbau in die produzierten Autos geliefert werden, steuerfrei zu liefern sind; werden sie dagegen an den Ersatzteileinzelhandel geliefert, sind sie warensteuerpflichtig.

Da die Entscheidung erst beim Großhandel gefällt wird, muß auch der Großhandel im entsprechenden Fall die differenzierte Warensteuer erheben.

Alles in allem kann gesagt werden, daß es uns ungünstig erscheint, den Umsatz vom Produktionsbetrieb zum Großhandel zu besteuern.

Beim Umsatz vom Produktionsbetrieb zum Einzelhandel ist der Produktionsbetrieb steuerpflichtig, da man den Einzelhandel nicht zum Steuerschuldner erklären kann. (Die Gründe hierfür werden noch dargestellt.)

2. Der Umsatz vom Großhandel kann erfolgen:

- a) zum Produktionsbetrieb,
- b) zum Einzelhandel.

Der Umsatz vom Großhandel zum Produktionsbetrieb ist grundsätzlich steuerfrei. Nur in den Fällen, wo zum Zwecke der Verbrauchslenkung Warensteuer erhoben wird, ist der Großhandel steuerpflichtig. Beim Umsatz vom Großhandel zum Einzelhandel ist der Großhandel steuerpflichtig, da man den Einzelhandel nicht zum Steuerschuldner erklären kann. (Die Gründe dafür werden noch dargestellt.)

Die Sowjetvölker schreiten unter Führung der siegreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion kühn und mutig auf dem Wege zum Kommunismus. Doch die Voraussetzung für die Verwirklichung der herrlichen Ideale der internationalen Arbeiterbewegung ist die Erhaltung des Friedens. Deshalb kämpft die Sowjetregierung mit so großer Leidenschaftlichkeit und harter Energie für die Erhaltung des Friedens, und deshalb ist sie dem deutschen Volk im Kampf um Frieden und Einheit der beste Freund und die stärkste Stütze.

Wilhelm Pieck

3. Der Umsatz vom Einzelhandel erfolgt an die Endverbraucher, die in der Hauptsache persönliche Konsumenten sind.

Kaufen Betriebe oder Behörden beim Einzelhandel Waren, werden sie wie persönliche Konsumenten behandelt.

Vergegenwärtigt man sich die drei Faktoren, die bei der Erhebung der differenzierten Warensteuer zu berücksichtigen sind, so erscheint es auf den ersten Blick bestechend, die differenzierte Warensteuer im Einzelhandel zu erheben.

Zum Einzelhandel gelangen grundsätzlich nur Waren, die an den persönlichen Konsumenten gehen. Der Großhandel und die Produktionsbetriebe kämen mit viel geringeren Umlaufmitteln aus, da der Preis der Waren bis zum Einzelhandel hin nur aus den Selbstkosten plus Gewinn der Produktion und Zirkulation besteht. Jedoch ist der Einzelhandel derartig differenziert und vielfältig in vieler Beziehung, in der Art und Größe der Betriebe, im Niveau der Buchführung, in der Art der Eigentumsform usw.; dazu kommt die große Anzahl der Einzelhandelsbetriebe, so daß die Erhebung und besonders die Kontrolle überaus schwierig und damit ungemein teuer wird. Die Erhebung der differenzierten Warensteuer beim Einzelhandel ist daher abzulehnen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden: Steuerschuldner kann sein:

1. Der Produktionsbetrieb bei Direktgeschäften von Produktionsbetrieb zu Produktionsbetrieb oder vom Produktionsbetrieb zum Einzelhandel.
2. In allen anderen Fällen ist der Großhandel Steuerschuldner.

Grundsätzlich ist der volkseigene oder der genossenschaftliche Großhandel bzw. der volkseigene oder genossenschaftliche Produktionsbetrieb Steuerschuldner. Werden in Ausnahmefällen private Produktionsbetriebe oder der private Großhandel zum Steuerschuldner erklärt, so unterliegen sie einer ähnlich strengen Kontrolle wie bisher verbrauchssteuerpflichtige Betriebe.

Zu 2: Die Differenzierung der Steuersätze.

Wir haben weiter vorn festgestellt, daß in unserer Volkswirtschaft die Summe der Preise gleich der Summe der Werte aller Waren ist, daß jedoch keineswegs alle Waren zu ihren Werten verkauft werden. Wir haben ferner gefordert, daß die Waren in der Produktions-Sphäre im wesentlichen zu ihren Selbstkosten plus Gewinnspannen, d. h. unter ihrem Wert gehandelt werden. Hat man diesen Wertteil in der gesamten oder nahezu in der gesamten Produktionssphäre nicht erhoben, so ist dies ein Ausdruck der bewußten Anwendung des Wertgesetzes; daß jedoch das Wertgesetz voll wirksam ist, zeigt sich darin, daß diese in der Produktionssphäre nicht erhobenen Wertteile in der Konsumtionssphäre erhoben werden müssen. Jedoch auch hier bietet sich in der Planwirtschaft wieder die Möglichkeit der bewußten Anwendung des Wertgesetzes in Gestalt einer differenzierten Erhebung dieser Wertteile auf bestimmte Waren. Der Unterschiedsbetrag zwischen den Selbstkosten der Produktion und der Zirkulation plus Gewinn einerseits und den staatlich festgelegten Einzelhandelspreisen andererseits muß mit Hilfe der differenzierten Warensteuer abgeschöpft werden. Je höher die Differenz zwischen den Selbstkosten der Produktion und Zirkulation plus Gewinn einerseits und den staatlich festgelegten Einzelhandelspreisen andererseits ist, desto höher muß der Warensteuersatz sein.

Die sowjetische differenzierte Umsatzsteuer kennt drei Formen der Erhebung:

1. nach festen Sätzen,
2. nach prozentualen Sätzen.
3. Eine Form, die in den meisten Übersetzungen mit Haushaltsdifferenz bezeichnet wird. Da sie die Differenz zwischen dem staatlich festgelegten Großhandelspreis einerseits und dem Einzelhandelspreis andererseits abzüglich Handelsspanne des Einzelhandels darstellt, sollte man sie besser Preisdifferenz nennen.

Erstrebenswert ist immer eine Besteuerung nach festen oder nach prozentualen Sätzen; jedoch beim Umsatz schnell wechselnder Warensortimente, wie z. B. in der Textilindustrie, empfiehlt sich die Abführung der Preisdifferenz.

Eine Differenzierung der Steuersätze in Form von Steuervergünstigungen wird man auch dann vornehmen, wenn man bestimmte Wirtschaftszweige fördern will, z. B. die Ausnutzung örtlicher Brennstoffe (Torf), die Produktion von Gütern des industriellen Massenbedarfs aus Alt- und Abfallstoffen, die Produktion von Blindenvereinen usw.

Durch die Festlegung verschiedener Preise in Verbindung mit differenzierten Steuersätzen für bestimmte Waren oder Warengruppen kann man konsum- und produktionslenkend wirken. Wenn man den Preis einer Ware niedrig festlegt und sie damit steuerbegünstigt, regt man direkt den Konsum und indirekt die Produktion dieser Ware an. Eine hohe Besteuerung wirkt sich umgekehrt aus.

Bei der Betrachtung des ersten Grundzuges stellten wir fest, daß alle Waren, die in den persönlichen Konsum gehen, mit der differenzierten Warensteuer belegt werden. Ausnahmen sind dann notwendig, wenn das Angebot bestimmter Waren die normale Nachfrage übersteigt und man diese Waren unter allen Umständen absetzen muß, z. B. nicht lagerfähiges Gemüse und Obst in der Zeit der Ernte, oder wenn man zur Hebung der Volksgesundheit oder des Volkswohlstandes den Verbrauch bestimmter Waren anregen will. In diesen Fällen wird man eine niedrige oder gar keine differenzierte Warensteuer erheben. Umgekehrt ist es dort, wo man prohibitiv wirken will. Die besten Beispiele sind Genußmittel, wie Alkohol und Tabak. In großen Mengen genossen, schädigen sie die Volksgesundheit, man wird sie daher mit einer hohen Steuer belegen.

Wir stellten ferner fest, daß alle Waren, die in den produktiven Konsum gehen, grundsätzlich nicht zu besteuern sind. Ausnahmen sind dann notwendig, wenn man den Verbrauch bestimmter Waren einschränken will. Ein Beispiel ist die Verwendung von Lagerschalen aus Buntmetall oder Preßstoff. Buntmetall ist Mangelware und soll eingespart werden. Also muß man den Einbau von Preßstofflagern anregen. Man wird dementsprechend Buntmetall für Lager mit einer hohen differenzierten Warensteuer belegen, während man Preßstoff für Lager gar nicht besteuert.

Ein weiteres Beispiel ist die Besteuerung von Treibstoff. Treibstoffe, sowohl Benzin als auch Dieselöl, sind bei uns Mangelware. Wir haben ein Interesse daran, daß sie sparsam verwendet werden; man wird sie also mit einer verhältnismäßig hohen Steuer belegen. Die Besteuerung der Treibstoffe hat noch eine weitere Bedeutung. Wir werden in der weiteren Untersuchung vorschlagen, die Kraftfahrzeugsteuer wegfallen zu lassen. Die gewisse Prohibitivwirkung, die mit Hilfe der Kraftfahrzeugsteuer erzielt wurde, nämlich eine Einschränkung der Kraftfahrzeughaltung, kann auch über den Preis des Kraftfahrzeuges erfolgen. Mit der weiteren Entwicklung unserer Wirtschaft und der Hebung des Volkswohlstandes wird die Frage der Einschränkung der

Kraftfahrzeughaltung in immer geringerem Maße zur Diskussion stehen. Will man jedoch die Vergeudung von Treibstoffen einschränken und ihre sparsame Verwendung anregen, so kann man das besser durch eine höhere Besteuerung der Treibstoffe erzielen.

★

Die Zahlungsfristen sind, je nach Höhe des Umsatzes, verschieden festzusetzen. Grundsatz muß sein: Je höher der Warenumsatz und je größer damit die Möglichkeit der Ansammlung freier Mittel, desto kürzer die Zahlungsfristen.

(Näheres darüber im ersten Teil unseres Aufsatzes¹⁾.)

¹⁾ Entspricht unser gegenwärtiges Abgabensystem dem Stande der Entwicklung in der DDR? DFW 1952, I. Halbb., Heft 4, S. 130.

Die differenzierte Warensteuer muß, unabhängig vom Betriebsergebnis, allein auf Grund der Tätigkeit steuerpflichtiger Warenumsätze, abgeführt werden.

Die differenzierte Warensteuer wird innerhalb des Gesamtsteuersystems die größte, wichtigste und ständig fließende Staatseinnahme werden.

Berichtigung:

Im ersten Teil dieses Artikels, in Heft 16, ist auf Seite 845 ein Druckfehler entstanden. Die Fußnote ²⁾ muß den Text der Fußnote ³⁾ erhalten und umgekehrt. Die Fußnoten lauten richtig:

²⁾ Erwin König: „Zur notwendigen Reform der Besteuerung der VEW“, DFW 1952, I. Halbb., Heft 11, S. 595.

³⁾ Siehe DFW 1951, II. Halbb., Heft 24, S. 569.

Die Methoden der Errechnung der differenzierten Umsatzsteuer

Dr. Karl Kaiser

Der historische Beschluß der II. Parteikonferenz der SED, den Sozialismus aufzubauen, eröffnete eine neue Etappe der Entwicklung unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Dieser Beschluß spiegelt sich auch in unserer Steuerpolitik wider, denn es hieße das Wesen unserer Gesellschaftsordnung und unseres Staates verkennen, würde man meinen, die Steuerpolitik sei in allen Etappen der Entwicklung dieselbe. So wie die Steuerpolitik seither ein Teil der Gesamtpolitik unserer Regierung war, so hat sie jetzt der neuen politischen Situation und Zielsetzung zu entsprechen. Die neue steuerpolitische Linie drückt sich nicht nur in einer energischen Realisierung der Steuerrückstände und der Neuorganisation des Abgabensystems aus, sondern auch darin, daß nunmehr an die Neugestaltung unseres Abgabensystems gegangen werden kann. Was manchem, der den engen Zusammenhang der Steuerpolitik mit der Gesamtpolitik der Regierung nicht kennt, als Untätigkeit oder Zögern vorkommen konnte, war die Auswirkung der damaligen politischen Situation auf die Arbeit des Abgabensystems auf all seinen Ebenen. Der Abgabensystemapparat handelt nicht losgelöst und eigenmächtig, sondern auf Weisung des Ministeriums der Finanzen und nach den politischen Richtlinien unserer Regierung. Grundfalsch wäre es jedoch — wie gesagt — zu meinen, was seither richtig war, müsse auch weiterhin richtig sein. Im Gegenteil, es ist nunmehr vor allem auf dem Gebiet der Neugestaltung des Abgabensystems der Weg für grundlegende Reformen frei.

Dies gilt zunächst für die Besteuerung der volkseigenen Wirtschaft. In den verschiedenen Etappen des Aufbaues des Sozialismus werden wir ein sozialistisches Steuersystem haben, welches eine wesentliche Rolle bei der Verwirklichung der vor uns stehenden Aufgaben spielen wird. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Hauptaufgabe die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes.

Unsere volkseigene Wirtschaft wird nun eine solche Besteuerungsform erhalten, wie sie den Erfordernissen auf diesem Gebiet entspricht. Aufbauend auf den Erfahrungen der Sowjetunion und auch der Volksdemokratien, werden wir die differenzierte Umsatzsteuer einführen, für welche seit längerer Zeit Vorarbeiten geleistet worden sind.

An Entwürfen für die Vereinfachung der Besteuerung auf dem Gebiet der volkseigenen Wirtschaft hatte es in der Vergangenheit nicht gefehlt. So hätte für das Planjahr 1952 die Gewerbesteuer als Kostensteuer weg-

fallen können unter gleichzeitiger Erhöhung der Körperschaftsteuer. Dies ist jedoch in der damaligen Situation nicht geschehen, vielmehr die seitherige Besteuerungsform aufrechterhalten worden.

Was ist der Sinn und der Vorteil der differenzierten Umsatzsteuer?

1. Die einzelne Ware soll mit einer einheitlichen Steuer belegt werden, die in ihrer Höhe nach Warenarten differenziert ist.
2. Durch diese Steuer wird die seither erhobene Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Verbrauchsteuer, Haushaltsaufschlag und Gewinnabführung abgelöst.
3. Die differenzierte Umsatzsteuer sowjetischen Typs wird bei mehrmaligem Umschlag der Ware nur einmal erhoben.

Das Ziel ist klar — wie aber wird es erringt?

Die Ermittlung der differenzierten Umsatzsteuer für die einzelne Wareinheit ist ein Zurechnungsproblem. Bei der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer wird der Gesamtgewinn- bzw. -ertrag, nicht aber der beim Verkauf der einzelnen Ware erzielte Gewinn besteuert. Im Gegensatz dazu kann die Umsatzsteuer, die Verbrauchsteuer und der Haushaltsaufschlag unschwer der einzelnen Wareinheit zugerechnet werden.

Es ist bekannt, daß wir ein Preissystem haben, das vollständig atomisiert ist. Meist sind die Preise entsprechend der betriebsindividuellen Kostenlage ganz verschieden, so daß eine Ware derselben Art, die in hundert verschiedenen Betrieben hergestellt wird, hundert verschiedene Preise haben kann.

Angesichts dieser Situation wußten sich offenbar diejenigen, welche bis jetzt schon die differenzierte Umsatzsteuer in der VEW gefordert hatten, nicht recht zu helfen. Die Preisleute sagten: „Bevor wir keine differenzierte Umsatzsteuer haben, können wir keine Planpreise festsetzen“, — und die Steuerleute erwiderten: „Bevor ihr uns die Planpreise nicht nennt, können wir nicht die differenzierte Umsatzsteuer festlegen.“ Also ein Teufelskreis, der durchbrochen werden mußte.

Die Gefahr einer großzügigen Festlegung von Planpreisen unter Einbeziehung der differenzierten Umsatzsteuer besteht darin, daß dem Staatshaushalt auf diese Weise wesentliche Mittel verlorengehen können, die er für die Erfüllung des Staatshaushaltsplanes und des Volkswirtschaftsplanes benötigt. Die Sicherung des Staatshaushalts muß also bei der Durchbrechung des Teufelskreises der leitende Gesichtspunkt sein.

punkt sein. Macht man unter die Vergangenheit allzu großzügig einen Strich, so kann dies den Ausfall von Hunderten von Millionen DM bedeuten.

Der Arbeitskreis Opitz, welcher seine Arbeiten an einem neuen Rechnungswesen und einer neuen Selbstkostenrechnung abschloß, hat für die Festsetzung von Planpreisen eine äußerst wertvolle Vorarbeit geleistet. Im weiteren Verlauf der Arbeiten wird es möglich sein, für die gleiche Warenart einheitliche Planselbstkosten zu errechnen. Da in diesen Selbstkosten jedoch keine Steuern eingeschlossen sind, muß der Abgabepreis unter Einbeziehung der Steuer festgelegt werden. Es bleibt also nach wie vor die Aufgabe zu lösen, diesen Steuerbetrag zu errechnen, und zwar so exakt und präzise, daß dem Staatshaushalt keine Ausfälle entstehen. Wie sind wir nun an die Lösung der Aufgabe herangegangen?

I. Zunächst hat die Abgabenverwaltung in einem Wirtschaftszweig eine Berechnung angestellt, wie es sich auswirken würde, wenn die Summe der geplanten Steuern in ein Verhältnis zum geplanten Umsatz gesetzt wird, und der so erhaltene Prozentsatz nunmehr als Steuersatz gelten würde

Beispiel:

Gesamtumsatz des Wirtschaftszweiges	1 Mrd. DM
Gesamtsumme der Steuer des Wirtschaftszweiges	300 Mill. DM
Zukünftiger Steuersatz vom Umsatz:	
$300 : 1000 =$	30%.

Dies schien zunächst der einfachste Weg zu sein, jedoch bedeutet er noch keine Differenzierung für die einzelnen Warenarten innerhalb des Wirtschaftszweiges. Außerdem bedeutet die Einführung während des Jahres, daß der einzelne Betrieb abweichend von richtig geplanten Gewinnen und Verlusten nunmehr je nach seiner Kostenlage ganz anders abschließen würde. Weiter zeigte sich bei dieser Rechnung, daß eine Änderung im Warensortiment trotz gleichbleibendem Umfang der Warenproduktion zu erheblichen Änderungen im Ergebnis führt. Gegenüber dem geplanten Gesamtgewinn oder -verlust treten durch die Sortimentsänderung starke Veränderungen im Ergebnis auf.

II. Um sicherzugehen und der VEW auf jeden Fall für das Planjahr 1953 eine vereinfachte Besteuerungsform zur Verfügung zu stellen, wurde zum 30. Juni 1952 eine Zusammenfassung der in der Republik erhobenen Steuern in zwei großen Steuergruppen erarbeitet.

Die erste Gruppe als „Gewinnabgabe“ faßt die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer in einem einheitlichen Satz von 70% zusammen.

Die zweite Gruppe löst als „Warenabgabe“ die bei einer großen Anzahl von Waren seither gesondert erhobene Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern und Haushaltsaufschläge in der Produktionsstufe oder Handelsstufe ab und faßt sie zu einheitlichen Sätzen zusammen.

Bei Dienstleistungen (z. B. Beförderung) tritt an die Stelle der „Warenabgabe“ die „Dienstleistungsabgabe“.

III. Als nächste Stufe wurde mit der Errechnung der differenzierten Umsatzsteuer bei einer Warenart begonnen, wobei die differenzierte Umsatzsteuer in die Produktionsstufe verlegt wird. Da wir uns nur schrittweise der differenzierten Umsatzsteuer in ihrer endgültigen Form — nämlich der einmaligen Erhebung in allen Zirkulationsstufen — nähern können, wird

die seitherige Form der einfachen Umsatzsteuer in den nachfolgenden Zirkulationsstufen (Großhandel, Einzelhandel) zunächst weiter erhoben.

Bei diesen Arbeiten zeigte sich folgendes:

Nicht jeder Betrieb hat in seinem Betriebsplan eine Selbstkostenrechnung für die einzelnen Wareneinheiten (Plan 73).

Lag eine Selbstkostenrechnung vor, dann war zunächst die Umsatzsteuer und die Gewerbesteuer aus den Kosten auszugliedern. Weiter waren die Verbrauchsteuer und die Haushaltsaufschläge je Wareneinheit festzustellen.

Dann war die Körperschaftsteuer je Wareneinheit zu berechnen.

Zu diesem Zweck wurde der absolute Gewinnbetrag je Wareneinheit mit der geplanten Produktionsmenge je Wareneinheit vervielfacht, wodurch sich der geplante Gewinn je Ware ergab. Dann wurde die Summe dieser geplanten Gesamtgewinne für alle Warenarten errechnet. Diese Summe wurde ins Verhältnis gesetzt zur geplanten Körperschaftsteuer, wodurch sich ein bestimmter Steuersatz ergibt. Dieser Steuersatz wurde auf den absoluten Gewinn je Wareneinheit angewandt und auf diese Weise die anteilige Körperschaftsteuer errechnet. Die anteilige Gewerbesteuer wurde ähnlich errechnet.

Nun waren die Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Verbrauchsteuer, Haushaltsaufschläge und die anteilige Körperschaft- und Gewerbesteuer zur differenzierten Umsatzsteuer für die betreffende Warenart zusammenzufassen.

Bei diesen Rechnungen traten folgende Probleme auf:

1. In Exportbetrieben wird ein Teil der Waren im Inland und ein Teil im Ausland abgesetzt. Bei derartigen Warenarten wurden seither im Inlandumsatz Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern und evtl. Haushaltsaufschläge zu erheben, — beim Auslandsumsatz aber nur die Umsatzsteuer. Es war also notwendig, bei solchen Waren zwei Sätze der differenzierten Umsatzsteuer festzulegen.

2. Es kann bei dem Warensortiment eines Produktionsbetriebes Waren geben, die mit Gewinn, und Waren, die mit Verlust verkauft werden. Innerhalb eines Betriebes können sich solche Verluste ausgleichen, so daß ein Gesamtgewinn oder -verlust übrigbleibt. Soll nun die anteilige Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer gleichermaßen auf alle Waren entsprechend den Selbstkosten verteilt werden? Wir denken: nein; sondern hier ist die Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer anteilig nur den gewinnbringenden Waren zuzurechnen.

3. Was die Einführung der differenzierten Umsatzsteuer im laufenden Jahr bei einzelnen Warenarten anbelangt, so zeigt sich, daß die Betriebe jetzt geänderte Pläne erhalten haben, so daß eine Abschreibung der errechneten Steuersätze der differenzierten Umsatzsteuer erfolgen müßte.

IV. Bis hierher zeigt sich als Ergebnis je nach der Kostenlage im einzelnen Betrieb eine Vielzahl von Steuersätzen für dieselbe Warenart. Die nächste Stufe der Arbeit muß also in der Vereinheitlichung der Steuersätze für dieselbe Warenart bestehen.

Soll der Haushalt vor Einnahmeausfällen geschützt sein, so ist dieser einheitliche Steuersatz aus dem gewogenen Durchschnitt zu errechnen.

V. Die letzte Stufe der Arbeit auf steuerlichem Gebiet wäre die Angleichung der Steuersätze ähnlicher Warenarten, so daß die Unzahl von Steuersätzen möglichst verringert wird.

Man sieht, es ist eine ungeheure Arbeit zu leisten, um die Steuerbeträge so exakt und zuverlässig zu errechnen, daß für den Staatshaushalt keine Einnahmeausfälle entstehen.

Nachdem das Entwicklungskollektiv der Abgabenverwaltung für die differenzierte Umsatzsteuer die Methode für die Errechnung der Steuer bei einzelnen Warenarten entwickelt hat, kann nunmehr eine größere Arbeitsgruppe angesetzt werden, welche die Besonderheiten der Berechnungsmethode für die einzelnen Wirtschaftszweige ermittelt. Im Hinblick auf die Notwendigkeit, viele Tausende von Rechnungen aufzustellen, ist es unmöglich, dies durch die Abgabenverwaltung oder auch durch die Fachministerien ausführen zu lassen. Diese Arbeit kann und muß vielmehr in die Betriebe verlegt werden. Die Qualifikation der Hauptbuchhalter der volkseigenen Betriebe erlaubt es, bei

einer leichtverständlichen Darstellung der Berechnungsmethode, richtiger Instruktion und Anleitung die Berechnungen durch die Hauptbuchhalter ausführen zu lassen. Die Abgabenverwaltung kann sich dann auf die Kontrolle dieser Arbeiten beschränken.

Dies ist die Methode, wie wir in der volkseigenen Wirtschaft von der Aufspaltung des Steuerrechtes in verschiedene Abgaben zu einer nach Warenarten differenzierten Umsatzsteuer kommen können. Damit ist der Weg frei für die Festlegung von Planpreisen.

Es dürfte zweckmäßig sein, die unter II genannte Gewinnabgabe und Warenabgabe bzw. Leistungsabgabe zum 1. Januar 1953 allgemein in der volkseigenen Wirtschaft einzuführen und sie für die einzelnen Warenarten abzulösen, sobald die differenzierte Umsatzsteuer hierfür errechnet ist. Dies müßte für eine größere Anzahl von Waren schon zum 1. Januar 1953 möglich sein.

Theoretische Grundlagen der sozialistischen Planwirtschaft im Band II des „Kapitals“ von Karl Marx

Dr. Alfred Lemnitz

I.

Lenin und Stalin haben wiederholt darauf hingewiesen, daß im Marxschen ökonomischen Hauptwerk „Das Kapital“ theoretische Hinweise auf die sozialistische Wirtschaft gemacht werden. Es sind Hinweise für die Arbeiterklasse, an welchen objektiven ökonomischen Bedingungen sie nach dem revolutionären Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats anknüpfen kann, nach welchen allgemeinen Prinzipien sie arbeiten muß, um die ökonomischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft zu schaffen und zu entwickeln. Solche theoretischen Hinweise auf die sozialistische Wirtschaft sind in allen drei Bänden des „Kapitals“ und in den „Theorien über den Mehrwert“ zu finden.

Sie bilden selbstverständlich noch kein wissenschaftliches System der Theorie der sozialistischen Wirtschaft und ihrer Gesetzmäßigkeiten. Die Theorie der politischen Ökonomie des Sozialismus konnte Karl Marx nicht schaffen; dazu mußte die politische und ökonomische Entwicklung erst einen bestimmten Stand und einen Wendepunkt erreicht haben, dazu mußte erst durch die proletarische Revolution eine grundlegende Umwälzung der politischen und ökonomischen Verhältnisse herbeigeführt worden sein. Dann erst war es möglich, die konkreten Bedingungen des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft zu erforschen und ihre Gesetzmäßigkeiten aufzudecken. Darum konnte ein wissenschaftliches System der Theorie über die sozialistische Wirtschaft, konnte die Wissenschaft von den Gesetzen der sozialistischen Wirtschaft erst nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution durch Lenin und Stalin geschaffen werden. Lenin und Stalin waren die Gründer der politischen Ökonomie des Sozialismus, die von Stalin zu einer grandiosen Wissenschaft vom Aufbau und der Entwicklung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus und des Übergangs zum Kommunismus ausgearbeitet wurde.

Abgesehen von den theoretischen Hinweisen auf die sozialistische Wirtschaft bieten auch die allgemeinen Erkenntnisse über die Gesetzmäßigkeiten der Produktion und Reproduktion, der Zirkulation und der Distribution (Verteilung), die von Karl Marx im „Kapital“ entwickelt werden, eine Fülle theoretischer und praktischer Hinweise für die Produktion, Zirkulation und Distribution der sozialistischen Wirtschaft. Das gilt z. B. für die

im ersten Band des „Kapitals“ enthaltenen Darlegungen über den Arbeitsprozeß und seine Elemente, für die Fragen der Kooperation und Arbeitsteilung und die damit verbundene Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit. Das gilt für die im dritten Band des „Kapitals“ enthaltenen Darlegungen über die Ökonomie des konstanten Kapitals und über die Rolle des Handels, über den Kredit, die Rente usw. Das gilt aber vor allem vom Inhalt des zweiten Bandes des „Kapitals“, von den allgemeinen Erkenntnissen, die sich aus der Untersuchung des Kreislaufs und Umschlags des Kapitals und der Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ergeben.

Von führenden marxistischen Ökonomen wurde der zweite Band des „Kapitals“ geradezu als Lehrbuch der Planwirtschaft bezeichnet, das uns die wissenschaftliche Erklärung und Anleitung zur Lösung der mannigfaltigen Aufgaben der sozialistischen Wirtschaft gibt. Das gilt natürlich nur in dem Sinne, daß die Erkenntnisse über die allgemeinen, von jeder besonderen gesellschaftlichen Form unabhängigen Vorgänge und Gesetze der Produktion und Zirkulation für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft angewendet werden können, denn Karl Marx hat sein Werk zur Analyse der kapitalistischen Wirtschaft und als Anleitung für den revolutionären Sturz der Herrschaft der Kapitalisten durch die Arbeiterklasse und nicht als Anleitung für den Aufbau des Sozialismus geschrieben. Es ist darum notwendig, auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse des zweiten Bandes des „Kapitals“, die für die Lösung der Aufgaben der sozialistischen Wirtschaft von Bedeutung sind, hinzuweisen und sie verständlich zu machen. Das soll im folgenden versucht werden.

II.

Der zweite Band des „Kapitals“ beschäftigt sich, wie wir schon andeuteten, mit den Fragen des Kreislaufs des Kapitals, des Umschlags des Kapitals und der Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Das sind drei so bedeutsame Komplexe der politischen Ökonomie, daß sie nicht in einem Artikel behandelt werden können. Wir beschäftigen uns daher im vorliegenden Aufsatz nur mit den für die sozialistische Wirtschaft wichtigen marxistischen Erkenntnissen, die sich aus der Untersuchung des Kreislaufs des Kapitals ergeben.

Die volle Überschrift des 1. Abschnittes des zweiten Bandes des „Kapitals“ lautet: „Die Metamorphosen des

Kapitals und ihr Kreislauf.“ Die grundlegende Erkenntnis dieses Abschnittes besteht darin, daß Karl Marx nachweist, wie entsprechend dem Warencharakter der kapitalistischen Wirtschaft das Kapital drei Stadien durchläuft und dementsprechend drei Formen, nämlich die Form des Geldkapitals, des produktiven Kapitals und des Warenkapitals annehmen muß.

Das erste Stadium ($G—W$) ist das vorbereitende Stadium, in dem der Kapitalist Arbeitskräfte (A) und Produktionsmittel (P_m) kauft. Er verwandelt damit sein Geldkapital (G) in die Elemente des produktiven Kapitals (A und P_m).

Das zweite Stadium (... P ...) ist die Produktion, die Funktion des produktiven Kapitals. Die Arbeiter produzieren mit Hilfe der Produktionsmittel den Kapitalisten Waren, die einen Mehrwert enthalten. Das produktive Kapital verwandelt sich im Produktionsprozeß in Warenkapital (W). Das dritte und abschließende Stadium des Kreislaufs des Kapitals ($W—G'$) ist schließlich die Verwandlung des Warenkapitals (W) in Geldkapital (G').

Damit hat das Kapital einen Kreislauf vollzogen. Es begann den Prozeß als Geldkapital und es vollendete ihn als Geldkapital, in dem jetzt zu der ursprünglichen Geldsumme ein Zuwachs, der Mehrwert, hinzuge treten ist.

Das Kapital vollzieht in seinem Kreislauf einen dreifachen Formwechsel (Metamorphose) und nimmt dementsprechend drei Formen an. Die drei Formen, die das Kapital annimmt (Geldkapital, produktives Kapital, Warenkapital), bezeichnen hier nicht — wie Karl Marx schreibt — selbständige Kapitalsorten, sondern nur besondere Funktionsformen des industriellen Kapitals, die es alle drei nacheinander annimmt.

Der Kreislauf des Kapitals, der mit G , dem Geld, eröffnet, und mit G' , dem verwertbaren Geld, abgeschlossen wird, ist der **Kreislauf des Geldkapitals**. Der Kreislauf des Geldkapitals drückt das Motiv, den Zweck der kapitalistischen Produktion, das Geldmachen, die Vermehrung des Geldes, am handgreiflichsten aus. Das Geldkapital wird ausgegeben, um sich im Verlaufe seines Kreislaufes zu vermehren. Der Kreislauf des Geldkapitals ist darum zugleich der Prozeß seiner Verwertung.

Der vollständige Kreislauf des Geldkapitals sieht in einer Formel gebracht folgendermaßen aus:

$$G—W < \overset{A}{P_m} \dots P \dots W'—G'$$

$G—W < \overset{A}{P_m}$ und $W'—G'$ sind Akte der Warenzirkulation, in ihnen erfolgt einerseits der Kauf der Produktionselemente und andererseits der Verkauf der erzeugten Waren und damit die Realisierung des erzeugten Warenwerts in Geld. $G—W < \overset{A}{P_m}$ und $W'—G'$ sind

zugleich Akte der Kapitalzirkulation, denn das Geld wird als Kapital ausgegeben, um sich zu verwerten, um einen Mehrwert einzubringen. Es kann deshalb als Kapital ausgegeben werden, weil die Arbeitskraft eine Ware ist, die der Kapitalist kauft. Ihr Gebrauchswert — die Arbeit — besitzt die Eigenschaft, einen größeren Wert zu erzeugen, als sie selbst kostet. $G—A$, der Kauf der Arbeitskräfte, ist der entscheidende gesellschaftliche Vorgang, der dem ganzen Kreislauf den Kapitalcharakter verleiht.

„ $G—A$ ist das charakteristische Moment der Verwandlung von Geldkapital in produktives Kapital, weil es die wesentliche Bedingung, damit der in Geldform vorgeschossene Wert sich wirklich in Kapital, in Mehrwert

produzierenden Wert verwandelt. $G—P_m$ ist nur notwendig, um die durch $G—A$ gekaufte Arbeitsmasse zu realisieren!.“

Durch $G—A$ erhält der nachfolgende Produktionsprozeß (... P ...) seinen kapitalistischen Charakter, denn hier erfolgt die Vereinigung der Produktionselemente, der Arbeitskräfte und der Produktionsmittel, unter dem Kommando und zum Nutzen des Kapitalisten. Ihm gehört beides, denn er hat beides gekauft und demzufolge gehört ihm auch das Resultat des Produktionsprozesses, die Waren, die durch den kapitalistischen Charakter des Produktionsprozesses als Warenkapital fungieren.

Schließlich hat auch der abschließende Zirkulationsakt $W—G'$ einen kapitalistischen Charakter, denn er ist die Verwandlung des produzierten Warenkapitals in Geldkapital, er ist die Realisierung des schon verwerteten, noch in Warenform befindlichen Kapitals, die Realisierung des Wertes und des Mehrwertes, der in den Waren enthalten ist, in Geld. Damit ist der Zweck des von den Kapitalisten eingeleiteten Kreislaufs des Geldkapitals erfüllt, das Kapital hat sich verwertet. Zu der ursprünglichen Geldsumme ist der Mehrwert hinzugekommen.

Welche allgemeinen Erkenntnisse ergeben sich aus der Untersuchung des Kreislaufs des Geldkapitals?

Zunächst ergibt sich die wichtige Erkenntnis, daß der Kreislauf des Kapitals eine untrennbare Einheit von Produktion und Zirkulation ist. Ohne den einleitenden Kauf der Produktionselemente, der in der Zirkulationssphäre stattfindet, wäre keine Produktion möglich. Ohne abschließenden Verkauf der produzierten Waren wäre der Produktionsprozeß zwecklos gewesen.

Diese notwendige und untrennbare Einheit von Produktion und Zirkulation ergibt sich nicht aus dem kapitalistischen Charakter der Wirtschaft, sondern aus dem Charakter der Warenwirtschaft überhaupt. Sie ist notwendig für die einfache und die kapitalistische Warenproduktion und auch für die sozialistische Wirtschaft. Der spezifische kapitalistische Charakter der Einheit von Produktion und Zirkulation ergibt sich aus den gesellschaftlichen Grundlagen und dem Ziel der kapitalistischen Produktionsweise. Die gesellschaftlichen Grundlagen bestehen darin, daß die Kapitalistenklasse sowohl Eigentümer der Produktionsmittel als auch der Konsumtionsmittel ist und daß die Arbeiter lediglich Eigentümer ihrer Arbeitskraft sind, die sie verkaufen müssen, um die zum Leben notwendigen Lebensmittel zu erhalten. Aus diesen gesellschaftlichen Grundlagen ergibt sich auch das Ziel der kapitalistischen Produktionsweise, nämlich die Bereicherung der Kapitalisten durch die Mehrarbeit der Arbeiter, durch die Aneignung des von den Arbeitern produzierten Mehrwertes. Deshalb ist $G—A$, der Kauf der Arbeitskraft der Arbeiter durch die Kapitalisten, das für die kapitalistische Produktionsweise charakteristische Merkmal.

„Welches immer die gesellschaftlichen Formen der Produktion, Arbeiter und Produktionsmittel bleiben stets ihre Faktoren. Aber die einen und die anderen sind dies nur der Möglichkeit nach im Zustand ihrer Trennung voneinander. Damit überhaupt produziert werde, müssen sie sich verbinden. Die besondere Art und Weise, worin diese Verbindung bewerkstelligt wird, unterscheidet die verschiedenen ökonomischen Epochen der Gesellschaftsstruktur.“

Für die kapitalistische Wirtschaft ist die Trennung der eigentlichen Produzenten, der Arbeiter, von den Produktionsmitteln und ihre Vereinigung unter dem Kommando und zum Nutzen der Kapitalisten charakteristisch.

1) Karl Marx, Das Kapital, Bd. II, S. 27.

2) Ebenda, S. 34/35

In der sozialistischen Wirtschaft gibt es eine solche Trennung nicht. Die Arbeiter sind selbst Eigentümer, gesellschaftliche Eigentümer der Produktionsmittel, und in der Produktion erfolgt die Vereinigung der Arbeiter mit den ihnen selbst gehörenden Produktionsmitteln.

Daraus ergibt sich, daß in der sozialistischen Wirtschaft — dazu gehören auch die volkseigenen Betriebe, die volkseigenen Güter und die Maschinenausleihstationen der Deutschen Demokratischen Republik — die Arbeitskraft keine Ware ist, da die Arbeiter selbst Eigentümer der Produktionsmittel sind.

Der gesellschaftliche Charakter der Produktion und Zirkulation des Sozialismus ist aber grundlegend anders, als die des Kapitalismus. Es gibt kein $G \rightarrow A$, keinen Kauf und Verkauf der Arbeitskraft. Das Geld fungiert demzufolge nicht mehr als Geldkapital. Daher sind auch die Produktionsinstrumente kein produktives Kapital und die produzierten Waren kein Warenkapital. Geld, Produktionselemente und Waren sind im Sozialismus bestimmte der Gesellschaft gehörende **Fonds** der Produktion und Zirkulation und schließlich der Konsumtion.

III.

Karl Marx lehrt, daß der Kreislauf des Geldkapitals ein sich ständig wiederholender Prozeß ist. Der Kapitalist kann nur Kapitalist sein und bleiben, wenn er das zurückgewonnene, verwertete Geldkapital von neuem in produktives Kapital verwandelt, von neuem in der Produktion verwertet und in der Zirkulation realisiert. Das entscheidende Stadium in bezug auf die Verwertung des Kapitals ist die Produktion, die Funktion des produktiven Kapitals, denn in der Produktion wird durch die Arbeit der Arbeiter der Mehrwert erzeugt. Um ständig von neuem in den Besitz des Mehrwerts zu gelangen, muß der Kapitalist fortlaufend die Bedingungen seiner Produktion wiederherstellen. Der Kreislaufprozeß des Kapitals muß zugleich der Reproduktionsprozeß der Produktionsbedingungen sein.

Der Kreislauf der periodisch erneuten Funktion des produktiven Kapitals ist der **Kreislauf des produktiven Kapitals**. Er ist der Prozeß der Reproduktion des produktiven Kapitals, der Prozeß periodischer Produktion und Reproduktion von Mehrwert.

Die Formel des Kreislaufs des produktiven Kapitals lautet:

$$P \dots W' - G' - W < \frac{A}{P_m} \dots P.$$

Das charakteristische Merkmal des Kreislaufs des produktiven Kapitals ist, daß hierbei nicht die Produktion von Mehrwert, sondern die ununterbrochene Wiederherstellung der Bedingungen der Produktion oder die Reproduktion als das treibende Moment erscheint. Diese Erkenntnis ist von allgemeiner Bedeutung.

In der Tat kann die menschliche Gesellschaft nicht existieren und sich entwickeln, ohne ständig zu produzieren. Aber um produzieren zu können, muß man immer wieder durch die Produktion selbst die Bedingungen für die Weiterproduktion hervorbringen. Die Produktion muß deshalb in jeder Gesellschaft zugleich Reproduktion sein. Das ist eine objektive Notwendigkeit für die Existenz und Entwicklung jeder Gesellschaft, für die vorkapitalistische und kapitalistische ebenso wie für die sozialistische Gesellschaft.

Bei einer näheren Betrachtung ergibt sich die Frage, in welchem Umfang die Reproduktion vor sich gehen soll, denn der Wert der erzeugten Waren ist im allgemeinen größer als der Wert der verbrauchten Produktionselemente. Er enthält einen Mehrwert. Wird der Mehrwert vollständig für den individuellen Konsum verwen-

det, dann wird die Produktion im alten Umfang fortgesetzt. Karl Marx bezeichnet diese Form der Reproduktion als einfache Reproduktion. Wird der Mehrwert oder ein Teil davon zur Vergrößerung der Produktion benutzt, dann handelt es sich um erweiterte Reproduktion. Um den Umfang der Produktion erweitern zu können, müssen selbstverständlich in vermehrtem Umfang die Produktionselemente, Arbeitskräfte und Produktionsmittel vorhanden sein. Das erfordert, daß die stoffliche Grundlage des Mehrwerts, die Form von Lebensmitteln und Produktionsmitteln haben muß, denn nur dadurch ist eine Erweiterung der Produktion oder erweiterte Reproduktion möglich.

Die dem Kreislauf des produktiven Kapitals zugrunde liegenden Vorgänge treten in jeder Produktionsweise, vor allem in jeder Art der Warenproduktion, sowohl in der einfachen und kapitalistischen Warenproduktion als auch in der sozialistischen Wirtschaft auf.

Der spezifische kapitalistische Charakter des Kreislaufs des produktiven Kapitals ergibt sich aus der Tatsache, daß auch die Arbeitskraft eine Ware und der Zweck der Produktion die Erzeugung und Aneignung von Mehrwert ist. Unter kapitalistischen Bedingungen ist deshalb die Reproduktion zugleich Reproduktion des Kapitalverhältnisses. Das heißt, die Produktionsmittel und Lebensmittel werden als Eigentum der Kapitalisten, als Kapital, erzeugt, und der Arbeiter erhält nur den Wert seiner Arbeitskraft in Form von Arbeitslohn.

In der sozialistischen Wirtschaft — so stellten wir schon fest — ist die Arbeitskraft keine Ware mehr, weil die Arbeiter selbst die gesellschaftlichen Eigentümer der Produktionsmittel sind. Durch die Enteignung der Kapitalisten wird das Eigentum an den Produktionsinstrumenten und -mitteln in sozialistisches Eigentum verwandelt. Die Produktionsfonds werden an die neuen, von Arbeitern und von der werktätigen Intelligenz gebildeten Betriebsleitungen überwiesen, die nun die Aufgabe haben, diese Produktionsfonds im Auftrage des werktätigen Volkes und zum Nutzen des werktätigen Volkes rentabel zu bewirtschaften.

Die juristischen und ökonomischen Bedingungen für die selbständige rentable Bewirtschaftung der Produktionsfonds durch die Betriebsleitungen der sozialistischen Betriebe werden durch das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung festgelegt. Die Betriebe sind nicht die Eigentümer der Produktionsfonds, sondern nur die Rechtsträger des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und sie produzieren nicht unabhängig voneinander, sondern nach einem Volkswirtschaftsplan.

In der sozialistischen Wirtschaft haben Geld, Produktionselemente und Waren keinen Kapitalcharakter mehr. Das Geld übt folglich nur Geldfunktionen, die Waren nur Warenfunktionen und die Elemente der Produktion üben nur noch Produktionsfunktionen aus.

Die Produktionselemente, das Geld und die Waren der sozialistischen Betriebe sind Fonds, mit denen die sozialistischen Betriebe ihre Produktion und Zirkulation betreiben müssen. Die Fonds bestehen aus Produktionsfonds und Zirkulationsfonds. Diese Produktions- und Zirkulationsfonds der sozialistischen Betriebe durchlaufen ebenso wie das Kapital verschiedene Stadien, vollziehen ihre Metamorphosen und beschreiben einen Kreislauf.

Das Charakteristikum des Kreislaufs der Fonds der sozialistischen Betriebe ist — im Gegensatz zum Kreislauf des Kapitals —, daß er mit der Funktion der Produktionselemente, mit der Produktion beginnt und mit der Wiederherstellung der Voraussetzung der Produktion abschließt. Die Zirkulation ist hierbei nur der Ver-

mittler der periodisch sich erneuernden und durch diese Erneuerung kontinuierlichen, d. h. sich ständig fortsetzenden Reproduktion.

Die durch die Arbeiter und die werktätige Intelligenz besetzten Betriebsleitungen erhalten die im Volkswirtschaftsplan und dementsprechend im Betriebsplan festgelegte Aufgabe, die Produktion maximal zu entwickeln und mit Überschüssen zu arbeiten, damit die gesellschaftliche Produktion rasch erweitert und die Lebenshaltung der Werktätigen gesichert und verbessert werden kann. Um diese Aufgabe lösen zu können, erhalten sie einen Produktionsfonds in Naturalform und in Geldform.

Der Produktionsfonds besteht aus Arbeitsmitteln (Gebäuden, Maschinen, Werkzeuge usw.) und Arbeitsgegenständen (Rohstoffe, Halbzeug, Hilfsstoffe usw.), also aus den Produktionsmitteln. Die Arbeitsmittel erhalten die sozialistischen Betriebe in Naturalform, während sie gewöhnlich für die Arbeitsgegenstände einen Geldfonds zum Ankauf erhalten. Zur Produktion gehören aber auch Arbeiter, die diese Produktionsmittel in Bewegung setzen. Die Arbeiter brauchen, um ständig arbeiten zu können, Konsumtionsmittel (Nahrung, Kleidung, Wohnung usw.). Diese Konsumtionsmittel können sie nur durch eine entsprechende Arbeitsleistung erhalten. Deshalb müssen die sozialistischen Betriebe auch einen Geldfonds zur Bezahlung der Arbeiter erhalten. Dieser Geldfonds ist der Lohnfonds.

Unter sozialistischen Bedingungen gehören auch die Resultate der Produktion dem ganzen werktätigen Volke. Das bedeutet, daß die Arbeiter die Eigentümer ihres eigenen Produkts sind, das aus Produktionsmitteln und Konsumtionsmitteln besteht, und daß sie durch ihre Arbeit einen Anteil an diesem Produkt als Lebensunterhalt gewinnen. Der Umfang dieses Anteils an den Konsumtionsmitteln wird, entsprechend dem sozialistischen Prinzip der Verteilung nach der Leistung, durch den Umfang der geleisteten Arbeit bestimmt. Die Arbeiter erzeugen also ihren eigenen Lebensunterhalt. Das ist auch im Kapitalismus der Fall. Dort hat es nur den Anschein, als ob die Arbeiter ihrer Lebensunterhalt von Kapitalisten erhalten. In Wirklichkeit kaufen sie mit ihrem Arbeitslohn nur einen Teil der von ihnen selbst erzeugten Produkte, die sich der Kapitalist angeeignet hat.

Der Kreislauf des Produktionsfonds der sozialistischen Betriebe unterscheidet sich dadurch prinzipiell vom Kreislauf des produktiven Kapitals, daß es kein $G \rightarrow A$, kein Kauf der Arbeitskraft mehr gibt. Der Kreislauf der Produktionsfonds der sozialistischen Betriebe ließe sich folgendermaßen darstellen:

$$P \dots W \rightarrow G' \rightarrow W (f.m.) \dots P$$

W' und G' bedeuten hier nur, daß der Wert der produzierten Waren größer ist als der Wert der Produktionsfonds und der Löhne der Arbeiter.

Der Formenwandel (die Metamorphose) der Waren bezieht sich hier nur auf die sachlichen Faktoren, nicht mehr auf die Arbeitskraft. In der Produktion werden die Rohstoffe und Hilfsstoffe durch die Arbeiter mit Hilfe der Werkzeuge in Waren mit einem bestimmten Gebrauchswert und Wert verwandelt (W'). Das ist die erste Metamorphose. Marx nennt diese Metamorphose, im Gegensatz zu den anderen, „reale Metamorphose“, weil hier durch die Arbeit eine stoffliche Verwandlung einer Art von Gebrauchswerten in eine andere Art von Gebrauchswerten erfolgt. Die zweite Metamorphose ist die Verwandlung der Waren (W') in Geld (G'). Diese Metamorphose ist für jeden Betrieb wichtig, damit er die Voraussetzungen für die Fortsetzung seiner Produktion schaffen kann. Nur wenn er seine Waren verkauft hat, kann er neue Produktionsmittel kaufen, und

nur dann kann er die Löhne für die Arbeiter bezahlen. Die Metamorphose $W' \rightarrow G'$ ist die Voraussetzung dafür, daß $G \rightarrow Pm$, also die dritte Metamorphose, vollzogen werden kann.

Aus dem Kreislauf der Produktionsfonds und des Lohnfonds ergeben sich demnach für die Werkleitung der sozialistischen Betriebe folgende Aufgaben:

1. Produktion von Waren mit einem Gebrauchswert, der den (im Volkswirtschaftsplan festgelegten) gesellschaftlichen Anforderungen an Qualität und Quantität entspricht. Diese Waren müssen in der Regel einen größeren Wert haben als die ebenfalls im Plan festgelegten Selbstkosten (die Ausgaben für Produktionsmittel und Löhne);
2. die produzierten Waren müssen umgehend abgesetzt werden, denn von dem Verkauf hängt der Kauf neuer Produktionsmittel zur Fortsetzung der Produktion und die Bezahlung der Löhne (als Anweisung auf den Anteil der Arbeiter am Konsumtionsfonds) ab;
3. umgehender Kauf der zur Produktion notwendigen Produktionsmittel, damit die Produktion ohne Stockung fortgesetzt werden kann.

Die praktische Bedeutung der aus der Marx'schen Untersuchung des Kreislaufs des produktiven Kapitals gewonnenen Erkenntnisse für die Arbeit der Leitungen der sozialistischen Betriebe ist offensichtlich. Die untrennbare Einheit von Produktion und Zirkulation, die Notwendigkeit des reibungslosen Ineinandergreifens der verschiedenen Metamorphosen begeben den Werkleitungen auf Schritt und Tritt. Daher spielt auch das Tempo, in dem sich die Zirkulationsmetamorphosen ($W' \rightarrow G'$, $G' \rightarrow W$) vollziehen, eine große Rolle. Die rasche Wiederholung des Produktionsprozesses hängt doch davon ab, wie schnell Waren verkauft und neue Produktionsmittel gekauft werden. Daraus ergibt sich, wie Karl Marx lehrt, daß nicht nur das Tempo der Produktion, sondern auch das Tempo der Zirkulation für die Entwicklung der materiellen Grundlagen der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind.

„Je nach dem verschiedenen Grad der Geschwindigkeit, womit das Kapital seine Warenform abstößt und seine Geldform annimmt, oder je nach der Raschheit des Verkaufs, wird derselbe Kapitalwert in sehr ungleichem Grad als Produkt- und Wertbildner dienen und die Stufenleiter der Reproduktion ausdehnen oder verkürzen.“

Nun ergibt sich aus dem Kreislauf des Produktionsfonds noch eine Reihe anderer Fragen, die teils mit den Fragen des Kreislaufs des produktiven Kapitals übereinstimmen, teils sich durch den anderen gesellschaftlichen Charakter der sozialistischen Produktion von den Erscheinungen, wie sie in der kapitalistischen Wirtschaft auftreten, unterscheiden.

Die prinzipielle Feststellung, daß im Sozialismus der Arbeitslohn ein durch das Maß der Arbeit, durch die Leistung bestimmter Anteil am gesellschaftlichen Konsumtionsfonds ist, bedeutet, daß die Entlohnung der Arbeiter von dem Ergebnis ihrer Produktion und der Realisierung der erzeugten Waren abhängt. Die sozialistischen Betriebe könnten demzufolge die Arbeiter erst entlohnen, wenn die Waren produziert und verkauft worden sind. Das wäre aber nur in den seltensten Fällen möglich, besonders dann, wenn es sich um Produkte handelt, deren Herstellung sich über einen längeren Zeitraum hinzieht. Die sozialistischen Betriebe müssen daher neben dem sachlichen Produktionsfonds noch einen Geldfonds, den Lohnfonds, zur Bezahlung der Löhne für die geleistete Arbeit der Arbeiter, der technischen Intelligenz und der übrigen Angestellten erhalten.

³⁾ Ebenda, S. 39.

Die Tatsache, daß der Lohnfonds schon vorhanden ist, ehe die Waren produziert oder abgesetzt sind, ändert nichts an dem neuen gesellschaftlichen Charakter des Arbeitslohns in der sozialistischen Wirtschaft. Der Lohn ist nicht mehr Preis der Arbeitskraft, sondern individueller Leistungsanteil am gesellschaftlichen Konsumtionsfonds. Das äußert sich deutlich darin, daß die Lohnhöhe in direktem Zusammenhang steht mit der Steigerung der Produktion durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten. Die unausweichlichen praktischen Konsequenzen aus der Einheit von Produktion und Zirkulation und dem Tempo ihres Ablaufs ergeben sich daraus, daß die sozialistischen Betriebe den Lohnfonds nur einmal erhalten und selbständig mit ihm wirtschaften müssen. Die weitere Bezahlung der Arbeiter hängt dann davon ab, in welchem Tempo die Produktion und Zirkulation vollzogen wird. Für die Sicherung einer regulären Lohnzahlung sind die Werkleitungen persönlich verantwortlich.

Die weiteren Fragen, die sich aus dem Kreislauf des Produktionsfonds ergeben, betreffen die Reproduktion der Produktionsfonds der einzelnen sozialistischen Betriebe, die Fragen der einfachen und der erweiterten Reproduktion.

Karl Marx lehrt, daß unter kapitalistischen Bedingungen die Produktion und Reproduktion die individuelle Angelegenheit jedes einzelnen Kapitalisten ist, da jeder nur produziert, um sich zu bereichern, um sich einen möglichst großen Mehrwert anzueignen. Da aber alle Kapitalisten von demselben Bestreben beseelt sind, ergibt sich der Zwang zur ständigen Erweiterung der Produktion, der Zwang zur Akkumulation des Kapitals. Die erweiterte Reproduktion ist also ein ökonomisches Gesetz des Kapitalismus.

Die Erweiterung der Produktion kann nun aber nicht willkürlich erfolgen. Sie hängt von bestimmten technischen Faktoren ab; z. B. müssen neue Gebäude errichtet, neue Maschinen angeschafft, dementsprechend Rohstoffe gekauft und Arbeiter eingestellt werden. Zur Erweiterung der Produktion ist also eine ganz bestimmte Geldsumme nötig, die von den einzelnen Kapitalisten erst nach und nach angesammelt werden kann.

„Da die Proportionen, worin der Produktionsprozeß erweiterbar, nicht willkürlich, sondern technisch vorgeschrieben sind, so kann der realisierte Mehrwert, obgleich zur Kapitalisierung bestimmt, oft erst durch die Wiederholung verschiedener Kreisläufe zu dem Umfang heranwachsen (muß also bis dahin aufgehäuft werden), worin er wirklich als zuschüssiges Kapital fungieren oder in den Kreislauf des prozessierenden Kapitalwerts eingehen kann. Der Mehrwert erstarrt also zum Schatz und bildet in dieser Form latentes Kapital. Latent, weil es, solange es in der Geldform verharrt, nicht als Kapital wirken kann.“

Unter solchen Umständen bildet der zur Akkumulation bestimmte Mehrwert, wie Karl Marx lehrt, eine Geldakkumulation der einzelnen Kapitalisten, die erst zur wirklichen, realen Akkumulation werden kann, wenn sie eine bestimmte Minimalgröße erreicht. Diese Geldakkumulation kann auch als Reservefonds dienen zur Überwindung der im Kapitalismus üblichen Zwischenfälle, wie Absatzstockung, Zahlungsschwierigkeiten der Abnehmer usw. und vor allem für die periodisch auftretenden Krisen.

Unter sozialistischen Bedingungen bestimmt nicht die Werkleitung der einzelnen sozialistischen Betriebe das Maß der Produktion und Reproduktion. Das geschieht durch den Volkswirtschaftsplan und den auf ihm beruhenden Betriebsplan. Da das in den sozialistischen

Betrieben erzeugte Produkt dem ganzen werktätigen Volk gehört, verfügt darüber der sozialistische Staat als der Repräsentant des werktätigen Volkes. Im staatlichen Volkswirtschaftsplan wird festgelegt, wie das gesellschaftliche Produkt zur Wiederherstellung und Erweiterung der Produktion, zur Deckung der gesellschaftlichen Bedürfnisse (Bildung, Gesundheitswesen, Verteidigung usw.) und zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse der Bevölkerung verwendet wird.

Daraus ergibt sich, daß auch die Geldakkumulation nicht durch die einzelnen sozialistischen Betriebe, sondern durch den staatlichen Plan bestimmt wird. Der sozialistische Staat bestimmt den Umfang der Akkumulation, d. h. der erweiterten sozialistischen Reproduktion. Der größte Teil der für die sozialistische erweiterte Reproduktion bestimmten Mittel geht in Form von Steuern und Gewinnabführung an den Staatshaushalt und wird für die planmäßig festgelegten Investitionen (einfache und erweiterte Reproduktion und Generalreparaturen) verwendet. Der sozialistische Staat bildet auch nach der Befriedigung der übrigen gesellschaftlichen Bedürfnisse einen Reservefonds für außerordentliche Vorfälle, wie Naturkatastrophen. Ausfälle durch Wirtschaftskrisen gibt es in der sozialistischen Wirtschaft nicht, so daß der Reservefonds im allgemeinen für zusätzliche Erweiterung der Produktion, zusätzliche Befriedigung der persönlichen materiellen und kulturellen Bedürfnisse benutzt werden kann.

Die entscheidende Lehre, die sich aus den Marxschen Erkenntnissen des Kreislaufes des produktiven Kapitals für die sozialistische erweiterte Reproduktion ergibt, ist, daß das Ausmaß der Erfüllung des volkswirtschaftlichen Investitionsplans und der Plan der Generalreparaturen von der Arbeit der einzelnen sozialistischen Betriebe sowie die planmäßige Befriedigung aller anderen gesellschaftlichen Bedürfnisse und der Steigerung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen, von dem Ablauf der Kreisläufe ihrer Produktionsfonds und der termingemäßen Ablieferung ihrer Steuern und Gewinnabführungen abhängt.

(Der nächste Artikel beschäftigt sich mit dem Kreislauf des Warenkapitals, der Umlaufzeit und den Zirkulationskosten.)

„Bewerber für den 2. Lehrgang des Fachschulfernstudiums für Finanzwirtschaft.“

Der 2. Lehrgang des Fachschulfernstudiums für Finanzwirtschaft beginnt, wie bereits bekanntgegeben, im Januar 1953.

Die Bewerbungen (Personalbogen, Lebenslauf, Beurteilung, 2 Lichtbilder) sind über die Personalabteilungen der Staats- und Wirtschaftsverwaltungen, der Betriebe und gesellschaftlichen Organisationen bis spätestens zum 20. Oktober 1952 an die Fachschule für Finanzwirtschaft in Gotha, Bahnhofstr. 12, einzusenden.

Die Aufnahmebedingungen sind:

eine mindestens einjährige Tätigkeit in der Finanzpraxis, aktive Beteiligung am Aufbau der DDR

und

Bestehen einer Aufnahmeprüfung in Gesellschaftswissenschaft, die die Beherrschung des Lehrstoffes einer dreimonatigen Schule einer gesellschaftlichen Organisation erfordert.

Die Aufnahmeprüfungen werden in der Zeit vom 1. bis 15. November durchgeführt.“

Berichtigung: In der in Nr. 15/1952 DFW Seite 793 wiedergegebenen Entschließung muß es in der Unterschrift statt: „Für den Betriebsführerlehrgang“ richtig „Für den Betriebsprüferlehrgang“ heißen.

Berichtigung: Der Verfasser des Artikels „Erfahrungsaustausch der Schulleiter zur Verbesserung der Arbeit an den Finanzschulen der Deutschen Demokratischen Republik“ in DFW Heft 16/52, S. 852 ist **Arthur Hoffmann**, Finanzschule Siebenlehn.

4) Ebenda, S. 73/74.

Aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien

Die Bankensysteme in den volksdemokratischen Ländern¹⁾

In der kapitalistischen Wirtschaft bilden die Banken eine zahlenmäßig kleine Gruppe. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Bereitstellung von Geldmitteln zugunsten der Kapitalisten, die mit ihrer Hilfe durch Erweiterung der Produktion und der Warenumsätze höhere Profite erzielen können. Bedeutungsvoll ist dabei die Tatsache, daß die kapitalistischen Banken auch Gelder akkumulieren, die sich im Besitz der Arbeiterklasse befinden, d. h. der Spargelder, für die sie, verglichen mit ihrem Gewinn, nur geringe Zinsen bezahlen. Die Banken stellen die von ihnen angesammelten und freien Geldmittel in Form von Anleihen fast ausschließlich der Kapitalistenklasse zur Verfügung. Neben dieser Hauptfunktion führen die kapitalistischen Banken eine Reihe von weiteren Aufgaben durch, die hauptsächlich die Zahlungsvermittlung betreffen.

Im Kapitalismus wächst die Bedeutung der Banken ständig. Lenin charakterisiert diese Entwicklung wie folgt: „In dem Maße, wie sich das Bankwesen und seine Konzentration in wenigen Instituten entwickeln, wachsen die Banken aus bescheidenen Vermittlern zu allmächtigen Monopolinhabern an, die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen. Diese Verwandlung zahlreicher bescheidener Vermittler in ein Häuflein Monopolinhaber bildet einen der Grundprozesse des Hinüberwachsens des Kapitalismus in den kapitalistischen Imperialismus.“

Trotz der dauernd wachsenden Konzentration der kapitalistischen Banken wird der Konkurrenzkampf unter ihnen nicht beseitigt, sondern verschärft sich immer wieder. Hinzu kommt, daß die Kapitalisten den Bankenapparat dazu benutzen, eine Kontrolle über die Tätigkeit der Unternehmen auszuüben, die es ihnen ermöglicht, sie ihren Einflüssen zu unterwerfen. Diese Kontrolle dient den privaten Interessen einiger weniger Kapitalisten und richtet sich gegen die Interessen der Werktätigen.

Eine völlig andere Rolle und Struktur hat das Bankensystem in der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Bei der Betrachtung der Organisation des Geld- und Kreditwesens der einzelnen volksdemokratischen Länder muß hervorgehoben werden, daß diese sich noch in der Entwicklung befinden. Da im Rahmen der vorliegenden Arbeit lediglich die Bankensysteme der die Grundlagen des Sozialismus aufbauenden volksdemokratischen Länder zu behandeln sind, wird auf das Bankensystem in der Sowjetunion, wo der Sozialismus bereits verwirklicht worden ist, nicht eingegangen. Dabei erscheint wichtig festzustellen, daß, so wie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens, die volksdemokratischen Länder im Aufbau ihres Bankenapparates aus den reichen Erfahrungen der Sowjetunion auf diesem Gebiete schöpfen.

Bulgarien

Das am 27. Dezember 1947 in Bulgarien veröffentlichte Bankengesetz hat für alle Bankgeschäfte und -transaktionen ein staatliches Bankmonopol geschaffen. Sämtliche Geldinstitute wurden im Wege der zwangsweisen Überlassung ihrer Aktien zugunsten der neu geschaffenen

nen Banken nationalisiert. Ausgenommen hiervon wurden lediglich die Volksbanken, die jedoch unter die strenge Kontrolle der Bulgarischen Nationalbank gestellt wurden. Das erwähnte Bankengesetz fand keine Anwendung gegenüber Banken, die Eigentum eines fremden Staates waren und die dem Artikel 24 des am 16. Februar 1947 mit Bulgarien abgeschlossenen Friedensvertrages unterliegen.

Die Bulgarische Nationalbank hat das ausschließliche Recht auf Ausgabe von Geldzeichen, sie führt die Kassengeschäfte des Staatshaushaltes durch, sammelt Spargelder an, versorgt die Volkswirtschaft mit Umlaufmitteln und kontrolliert sämtliche Zweige der Volkswirtschaft.

Die Bulgarische Investitionsbank sammelt sämtliche Geldmittel an, die für den Aufbau und die Erweiterung der staatlichen Anlagen bestimmt sind. Sie finanziert alle Investitionspläne und Baubetriebe in Übereinstimmung mit den Direktiven der volkswirtschaftlichen Quartalspläne, führt die Kassenabrechnung über alle Investitionsmittel durch und kontrolliert ihre ordnungsgemäße Verwendung.

Wie bereits oben erwähnt, bestehen außerdem die Volksbanken und landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Volksbanken haben ebenfalls einen genossenschaftlichen Charakter, sie sind Giro- und Kreditinstitute. Der Bulgarischen Nationalbank ist das Recht vorbehalten, über ihre Gründung, Liquidation sowie Umwandlung in landwirtschaftliche Genossenschaften zu entscheiden. Die Nationalbank kontrolliert die Tätigkeit der Volksbanken und stellt ihnen, falls erforderlich, Mittel zur Verfügung. Die Volksbanken können also in einem geringen Umfang und unter bestimmten Bedingungen Kredite bei der Nationalbank aufnehmen. Die Hauptaufgabe der Volksbanken besteht in der Annahme von Spareinlagen und deren Überweisung an die Bulgarische Nationalbank. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften können Depositen annehmen und andere Bankgeschäfte für Rechnung der Bulgarischen Nationalbank durchführen, sofern sie von ihr hierzu ermächtigt sind. Unter anderem können sie beauftragt werden, Gehälter sowie die Zinsen auf die Staatsanleihe auszuzahlen und Kredite für Wirtschaftszwecke zu gewähren. Sie unterliegen der Kontrolle der Bulgarischen Nationalbank. Auf Grund des erwähnten Bankengesetzes wurde bei der Nationalbank ein Bankenrat geschaffen, dessen Aufgabe es unter anderem ist, die Grundsätze der Geld- und Bankpolitik festzulegen und die finanzielle Erfüllung der Volkswirtschaftspläne zu kontrollieren.

Rumänien

Das rumänische Bankensystem hat seit Beendigung des letzten Krieges bis zur Gegenwart eine bedeutende Entwicklung durchgemacht, wobei seine Reorganisation und die Angleichung an die Erfordernisse des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues allmählich und schrittweise erfolgten.

Die erste umwälzende Maßnahme war die Nationalisierung der Rumänischen Nationalbank, die auf Grund des Gesetzes vom 28. Dezember 1946 durchgeführt wurde. Es war zugleich der erste notwendige Schritt für die weitere Reform der Kreditverhältnisse. Ihm folgte dann das Gesetz vom 17. Juli 1947 über die Ausübung der Kreditkontrolle durch die Rumänische Nationalbank. Im August 1948 wurden schließlich weitere tiefgreifende

Fortsetzung auf Seite 929

¹⁾ Aus der polnischen Zeitschrift „Gospodarka Planowa“, 1952.

²⁾ Lenin, ausgewählte Werke, Band I, Dietz Verlag 1961, S. 788/89.

Fachnachrichten für die Hauptbuchhalter, Kontroll- und Revisionsorgane der volkseigenen Wirtschaft

1952

10. September

Nr. 11

Inhaltsübersicht

	Seite
Anweisung über Kosten und Selbstkostensenkung	(921) 37
Berichtigungsbuchungen	(922) 38
Unterhaltskosten für Betriebskindergärten, -krippen und -helms	(922) 38

Anweisung über Kosten und Selbstkostensenkung

Zur Schaffung der ökonomischen Grundlage des Sozialismus ist in allen Zweigen der Volkswirtschaft ein strenges Sparsamkeitsregime einzuführen. Die Anstrengungen der Werktätigen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Senkung der Selbstkosten und zur Qualitätsverbesserung der Produktion dürfen nicht aufgehoben werden durch die Verwendung von Mitteln zu außerplanmäßigen Ausgaben. Auf Grund der Analyse des Jahres 1951 und in Auswertung der Feststellungen im ersten Halbjahr 1952 wird folgende Anweisung erlassen, die jeder Betrieb der volkseigenen Wirtschaft streng zu beachten hat:

§ 1

- (1) Auf die entsprechend dem geltenden Einheitskontenrahmen (Fassung vom 10. November 1951) vorgesehenen Konten der Klassen 2 und 4 dürfen nur solche Beträge gebucht werden, die dem Inhalt des jeweiligen Kontos entsprechen.
- (2) Es ist insbesondere untersagt
 - a) Beträge zu Lasten der Konten der Klasse 2 oder 4 zu buchen, die aus dem Direktorfonds zu decken sind, wie
 - aa) gezahlte Einzel- und Kollektivprämien, mit Ausnahme der Prämien, die Lohnbestandteil,
 - bb) Aufwendungen für den laufenden Unterhalt aller Sport- und Kultureinrichtungen des Betriebes,
 - cc) Aufwendungen, die im Interesse der allgemeinen bildenden und kulturellen Förderung der Betriebsangehörigen gemacht werden,
 - dd) Aufwendungen, die der Förderung der Jugend und der Betriebssportgemeinschaft dienen,
 - ee) besondere Zuwendungen und Zuschüsse an Werkküchen, Kindergärten und ähnliche soziale Einrichtungen,
 - ff) Beihilfen für Erholungsreisen,
 - gg) Unterstützungen bei schwerer Krankheit oder Tod, Unglücksfällen und außergewöhnlichen Anlässen,
 - hh) Aufwendungen für den zusätzlichen Bau und Ausbau von Werkwohnungen, Kindergärten, Kulturhäusern, Klubräumen und Sportplätzen,
 - ii) Aufwendungen für die zusätzliche Ausgestaltung der kulturellen und sozialen Einrichtungen,
 - kk) Aufwendungen für die Prämierung und Auswertung von Verbesserungsvorschlägen und Erfindungen sowie Aufwendungen zur Schaffung der materiellen Voraussetzungen für deren Verwirklichung und zur Förderung von Wettbewerben,
 - ll) die 10% der Zuführungen an Fonds II, die an einen zentralen Fonds des zuständigen Ministeriums oder Staatssekretariats m. e. G. abzuführen sind.
 - b) Beträge, die den Konten der Klasse 4 zugehören, zu Lasten der Konten „Gesellschaftlicher Aufwand“ zu buchen,
 - c) Beträge, die den Konten des „Gesellschaftlichen Aufwandes“ zugehören, zu Lasten der Konten der Klasse 4 zu buchen,
 - d) Aufwendungen für Handwerkstätten, die für den Bedarf der Betriebsangehörigen arbeiten und sich selbst tragen müssen, auf den Konten der Klasse 2 oder 4 zu buchen.

§ 2

- (1) Aufwendungen für Repräsentationen jeder Art dürfen nicht getätigt werden; Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des zuständigen Fachministeriums bzw. Staatssekretariats m. e. G. im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen.
- (2) Zahlungen an freiberuflich tätige Steuer- und Rechtsberater, Gutachter, Taxatoren u. ä. sind verboten.
- (3) Aufwendungen für Werbung dürfen nur getätigt werden, soweit sich durch sie ein ökonomischer Erfolg ergibt. Inserate aus Anlaß von Gedenktagen oder politischen Ereignissen sind unzulässig.
- (4) Es ist untersagt, Investitionen und Generalreparaturen über den Plan hinaus vorzunehmen und planwidrig vorgenommene Investitionen und Generalreparaturen durch Verbuchung in Klasse 4 oder 2 zu verschleiern.

§ 3

- (1) Die Anstrengungen um die Senkung der Selbstkosten haben sich auf alle sowohl die Klasse 2 wie auch die Klasse 4 betreffenden Aufwendungen zu erstrecken, mit Ausnahme der Aufwendungen für

Ausbildung und Unterricht . . .	Konto 230
Arzt und Polikliniken . . .	Konto 231
Ruhegehälter und Renten . . .	Konto 232
- (2) Die geplanten Aufwendungen für Ausbildung und Unterricht, Arzt und Poliklinik sowie Ruhegehälter und Renten sind grundsätzlich auszuschöpfen. Ihre Überschreitung ist nicht zulässig; soweit eine solche entstanden ist, ist diese bei der Feststellung der Selbstkostensenkung anzurechnen.
Im Falle der Unterschreitung der geplanten Aufwendungen für Ausbildung und Unterricht, Arzt und Poliklinik sowie Ruhegehälter und Renten sind bei Ermittlung des Erfüllungsgrades der Selbstkostensenkung deren Planbeträge anzusetzen.
- (3) Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlichen Ausgaben für Ausbildung und Unterricht, Arzt und Poliklinik, Ruhegehälter und Renten sind im Kontrollbericht gesondert auszuweisen und zu begründen.
- (4) Die Selbstkostensenkung gilt nur dann als erfüllt, wenn die geplanten Aufwendungen des Abschnittes A der Ergebnisrechnung im Verhältnis zur Produktionserfüllung und das geplante Ergebnis des Abschnittes B der Ergebnisrechnung zusammengefaßt eingehalten worden sind.

§ 4

Die Zuweisungen zum Direktorfonds aus überplanmäßiger Selbstkostensenkung sind entsprechend der Verordnung über die Bildung und Verwendung des Direktorfonds in den volkseigenen Betrieben im Planjahr 1952 und deren Durchführungsbestimmungen vorzunehmen.

§ 5

Soweit im Jahre 1952 Fehlbuchungen erfolgten, sind dieselben im Verlaufe des 3. Quartals 1952 zu berichtigen.

Berlin, den 6. August 1952
L/Sr.

Ministerium der Finanzen
IIA Wirtschaft

Für den Hauptabteilungsleiter:
gez. Dr. Strecker
(Gruppenleiter)

(921) 37

FACHNACHRICHTEN
für die Hauptbuchhalter, Kontroll- und Revisionsorgane der volkseigenen Wirtschaft

Betr.: Berichtigungsbuchungen

Durch Prüfungen der Abgabenverwaltung in den VEB werden häufig Berichtigungen des Rechnungsausweises vergangener Planjahre in laufender Rechnung vorgenommen. Diese schlagen sich in vielen Fällen im neutralen Ergebnis als periodenfremder Ertrag bzw. als periodenfremder Aufwand nieder. Wenn solche Berichtigungsprüfungen in laufender Rechnung Planwidrigkeiten vergangener Planjahre betreffen, aus ihnen resultierende Erträge also nicht der Arbeit des Betriebes entspringen, ist eine Aussonderung solcher Posten bei der Ermittlung des überplanmäßigen Ergebnisses für Zwecke der Zuführung zum Direktorfonds auf Grund überplanmäßiger Selbstkostensenkungen notwendig.

Als Unterkonten der Kontengruppen 20 und 25 sind folgende Konten einzurichten:

- 209 — Periodenfremder Aufwand auf Grund von Prüfungsfeststellungen der Kontrollorgane,
- 259 — Periodenfremder Ertrag auf Grund von Prüfungsfeststellungen der Kontrollorgane.

Die Konten sind im Bedarfsfalle verbindlich einzurichten; ergebniswirksame Berichtigungsbuchungen auf Grund von

Auflagen der Kontrollorgane dürfen, sofern sie vergangene Planjahre betreffen, nur über diese Konten vorgenommen werden.

Bei der Ermittlung des überplanmäßigen Gesamtergebnisses für Zwecke der Zuführung zum Direktorfonds auf Grund überplanmäßiger Selbstkostensenkung sind die Salden beider Konten aus dem Gesamtergebnis auszusondern.

Betr.: Unterhaltskosten für Betriebskindergärten, -krippen und -heime

Wird die Kapazität eines betrieblichen Kindergartens vom Betrieb allein nicht ausgenutzt, so werden in der Regel die Kinder von arbeitenden Müttern anderer in der Nähe liegender Betriebe aufgenommen. Da Unklarheiten in der Finanzierung aufgetreten sind, weisen wir darauf hin, daß in diesen Fällen eine anteilmäßige Verrechnung der Kosten auf die beteiligten fremden Betriebe vorzunehmen ist. Der nach Abzug des von den Müttern zu zahlenden Anteils verbleibende Betrag ist von den Betrieben auf das Konto 235 — Aufwand für Kindertagesstätten, -krippen und -heime zu buchen.

Neuerscheinung zur Leipziger Messe

Prof. S. I. Schkudin

Die Rechtsverhältnisse im Kredit- und Verrechnungsverkehr in der Sowjetunion

Übersetzung aus dem Russischen

DIN A 5 · 72 Seiten · 1,- DM

Die konsequente Verwirklichung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen und ihr gleichgestellten Wirtschaft erforderte die Einführung des Bankeninkassos. Aus der Schrift gewinnt der Leser einen lebendigen Eindruck von den in der Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus entwickelten vielfältigen und geschmeidigen Formen des Verrechnungsverkehrs und von der zweckmäßigen und straffen Organisation des Bankeninkassos. Sie zeigt zugleich die harmonische Verbindung der persönlichen Interessen der Bürger mit den gesellschaftlichen Interessen im sozialistischen Staat.

Die Schrift vermittelt den Leitungen und Angestellten in der staatlichen Finanzverwaltung, in den Banken und Sparkassen, in den volkseigenen Betrieben und genossenschaftlichen Organisationen, den Staatsanwälten, den Richtern, den Mitgliedern der staatlichen Vertragsgerichte und Schiedsstellen, den Dozenten und Studenten der juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Hochschulen die reichen Erfahrungen der Sowjetwissenschaft auf dem Gebiete des Kredit- und Verrechnungswesens.

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt beim

VERLAG DIE WIRTSCHAFT GMBH, BERLIN W 8
FRANZÖSISCHE STRASSE 53-55 · SAMMELRUF: 22 53 71

Unsere Produktion zeigen wir auf der „Leipziger Messe 1952“ im Hansa-Haus, IV. Etage, Stand 427, 429, 431 und 435 und auf der Fachbuch-Verkaufsausstellung, Technische Messe, Halle IVa
Telefon am Stand: Leipzig 634 42

Abgabenblatt

1952

10. September

Nr. 14

Inhaltsübersicht

Rund- verfügung	Seite	Rund- verfügung	Seite
Nr. 186 Aktivierung von Generalreparaturen, Richtlinien für Kraftfahrzeuge	(923) 45	Nr. 227 Keine Haftung von Betrieben mit ausländischer Beteiligung für Geldstrafen der Verwalter in Abgabenstrafsachen	(923) 45
Nr. 222 Interzonale Besteuerung; Bewertung von GmbH-Anteilen und Vermögensteuerpflicht der GmbH	(923) 45	Nr. 231 Übersendung von Vordrucken für die Voranmeldungen und die Vierteljahreserklärungen	(923) 45
		Nr. 235 Steuer des Handwerks; Einzelfragen	(924) 45

Hinweis zur Rundverfügung Nr. 186/1952

Betr.: Aktivierung von Generalreparaturen, Richtlinien für Kraftfahrzeuge

Die Abgabenverwaltung weist darauf hin, daß diese in Heft 13/52 der DFW, S. 701 abgedruckte Rundverfügung nur für die private Wirtschaft gilt.

Berlin, den 4. September 1952

B 13145-V/40-485-Gel/Gr.

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Bender
Abteilungsleiter

Rundverfügung Nr. 222/1952

Betr.: Interzonale Besteuerung;

hier: Bewertung von GmbH-Anteilen und Vermögensteuerpflicht der GmbH.

Unterhalten Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz in den westlichen Besatzungsgebieten Deutschlands oder in Westberlin haben, im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik oder im demokratischen Sektor von Groß-Berlin Zweigbetriebe, so unterliegen die Anteile der Gesellschafter der Vermögensteuer, soweit sie auf diesen Zweigbetrieb entfallen.

Die Ermittlung des gemeinsamen Wertes ist nach den Vorschriften der Ziffer 57 BewR 1950 vorzunehmen. Bei der Ermittlung des Ertragswertes bleiben die Ertragsaussichten und der Vermögenswert des Hauptbetriebes unberücksichtigt. Der Vermögenswert und der Ertragswert sind auf 100,— DM Nennwert des Stammkapitals der GmbH umzurechnen. Dabei ist vom anteiligen Stammkapital des Zweigbetriebes auszugehen.

Liegen keine Gesamtbilanzen des Betriebes vor und wird nur ein Konto „Zentrale“ ausgewiesen, so sind die Besteuerungsgrundlagen nach § 217 AO zu schätzen.

Gibt der Zweigbetrieb die Gesellschaften nicht bekannt, so ist der Zweigbetrieb als Vertreter der Gesellschafter zur Vermögensteuer heranzuziehen.

Diese Maßnahme ist durch folgende gesetzliche Bestimmungen begründet:

Die Filialen der GmbH, die sich im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik befinden, sind nach § 175 AO verpflichtet, dem Finanzamt über alle Tatsachen Auskunft zu erteilen, die für die Feststellung von Steueransprüchen von Bedeutung sind. Hierhin gehören auch Angaben über das Gesellschaftskapital und die Anteile der einzelnen Gesellschafter, ferner Angaben über die Höhe der Gewinne, über den Wert einzelner Vermögensstücke u. dgl. Im § 185 AO ist diese Auskunftspflicht noch besonders unterstrichen.

Wenn die Filiale der GmbH der Auskunftspflicht nicht genügt, so hat das Finanzamt gemäß § 201 AO und § 202 AO Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, um dadurch den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn die Filiale ihrer Auskunftspflicht nachgekommen wäre. Das Finanzamt hat die Wahl zwischen verschiedenen Zwangsmitteln, darunter dem Zwangsmittel, die erforderlichen Handlungen auf Kosten des Auskunftsverpflichteten durchzuführen. Im

vorliegenden Falle kann die Ausführung nur darin bestehen, daß der Wert der Geschäftsanteile geschätzt und die Vermögensteuer festgesetzt wird.

Die Vermögensteuer ist nunmehr aus dem im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik befindlichen Mitteln der GmbH zu zahlen.

Berlin, den 16. Juli 1952

B 434 — V/61

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser

Rundverfügung Nr. 227/1952

Betr.: Keine Haftung von Betrieben mit ausländischer Beteiligung für Geldstrafen der Verwalter in Abgabenstrafsachen

Ausländisches Eigentum wird unter bestimmten Voraussetzungen nach der Verordnung über den Schutz und die Verwaltung ausländischen Eigentums in der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. September 1951 (GBl. S. 839) von Personen verwaltet, die von bestimmten Dienststellen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eingesetzt worden sind. Wenn derartige Verwalter bei Ausübung ihrer Obliegenheiten Steuervergehen begehen, so haftet das ausländische Eigentum weder für die Geldstrafen, die der Verwalter verwirkt hat, noch für die Kosten des Strafverfahrens und der Strafvollstreckung. § 416, Abs. 1 AO ist nicht anwendbar. Zwischen dem Verwalter und dem ausländischen Eigentümer bestehen keine Rechtsbeziehungen etwa in der Art, daß der Verwalter Vertreter des ausländischen Eigentümers wäre; daher trifft auch § 104 AO auf den Sachverhalt nicht zu.

Bei Vermögen, bei dem eine ausländische Minderbeteiligung besteht und das infolgedessen nicht von der Verordnung über den Schutz und die Verwaltung ausländischen Eigentums in der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. September 1951 (GBl. S. 839) betroffen wird, liegen die Verhältnisse anders. In derartigen Fällen ist § 416 AO anzuwenden mit der Maßgabe, daß das absolute Verfügungsverbot bezüglich des ausländischen Eigentums beachtet wird.

Berlin, den 29. Juli 1952

B 4810 — 61 — VIII/4 — BI/W/Sch

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser

Rundverfügung Nr. 231/1952

Betr.: Übersendung von Vordrucken für die Voranmeldungen und die Vierteljahreserklärungen

Die Deutsche Notenbank hat vorgeschlagen, die Vordrucke durch die Kreditinstitute an die konföhrungspflichtigen Steuerpflichtigen auszuhandigen zu lassen. Wir haben gegen diesen Vorschlag in den Fällen keine Bedenken, in denen die Finanzämter mangels einer Adrema-Anlage oder aus sonstigen Gründen zur Übersendung an die Steuerpflichtigen nicht in der Lage sind. Wir stellen diesen Finanzämtern anheim, das Verfahren versuchsweise einzuführen und bitten um Erfahrungsbericht zum 1. Januar 1953.

Berlin, den 25. Juli 1952

A 5221 — III/1 — Hu/M6/Schu.

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Wolff

(923) 45

ABGABENBLATT

Rundverfügung Nr. 235/1952

Betr.: Steuer des Handwerks;
hier: Einzelfragen**1. Inkrafttreten des neuen Tarifes für Optiker, Optikmechaniker und Augenoptiker ab 1. Juli 1951 (Verordnung vom):**

Die Steuer des Handwerks für die obengenannten Handwerkszweige ist für 1951 wie folgt zu berechnen:

Handwerksbetrieb — Augenoptiker
Ortsklasse II**Beispiel:**

Jahresbruttolohnsumme 12 450,— DM
davon Bruttolohnsumme für
die Zeit vom 1. Januar
bis 30. Juni 1951 6 150,— DM (lt. Lohnbuch)
die Zeit vom 1. Juli
bis 31. Dezember 1951 6 300,— DM (lt. Lohnbuch)
Ehefrau arbeitet nicht mit.
Lehrlinge werden nicht beschäftigt.
Materialeinsatz vom 1. Juli
bis 31. Dezember 1951 19 150,— DM

a) Grundbetrag lt. Anlage A

zum HdWStG 668,— DM
Bruttolohnsumme vom
1. Januar bis 30. Juni 1951 6 150,— DM
umgerechnet auf Jahres-
betrag 12 300,— DM
hiervon Zuschlag nach
Traf B II Nr. 13 12 216,— DM
für die Zeit vom 1. Jan.
bis 30. Juni 1/2 = 6 108,— DM

b) Bruttolohnsumme vom

1. Juli bis 31. Dezember . 6 300,— DM
umgerechnet auf Jahres-
betrag 12 600,— DM
Lohnzuschlag für
12 300,— DM 3 500,— DM
davon 1/2 = 1 750,— DM

c) Materialeinsatz vom

1. Juli bis 31. Dezember 22 300,— DM
umgerechnet auf 1 Jahr 44 600,— DM
Materialzuschlag auf
überdurchschnittl. Mate-
rialeinsatz 34,8% auf
9 935,— DM 3 457,40 DM
davon 1/2 = 1 726,70 DM
Steuer des Handwerks 10 252,— DM

2. Berechnung der Bruttolohnsumme:

Die Werkzeugzulagen sind nicht mehr zur Jahresbruttolohnsumme hinzuzurechnen, sofern sie auf tariflicher Grundlage beruhen.

**3. Handwerker mit mehreren Handwerksberufen:
hier: Müller und Bäcker**

Werden von dem Handwerker zwei Handwerksberufe ausgeübt, so gilt folgendes:

Sind in beiden Betriebsteilen Lohnempfänger beschäftigt, so ist die Jahresbruttolohnsumme der Beschäftigten in der Mühle und in der Bäckerei zusammenzurechnen. Unter Zugrundelegung dieser Summe ist dann der Zuschlag auf die Jahresbruttolohnsumme nach Tabelle B II Nr. 14a anteilmäßig für Bäckerei zu berechnen. Der Zuschlag nach dem Materialeinsatz und nach der vermahlene Getreidemenge wird in der üblichen Weise berechnet.

Beispiel:

Bäckerei: Bruttolohn-
summe 8 000,— DM
Materialeinsatz .. 50 000,— DM

Mühle: Bruttolohn-
summe 3 000,— DM
vermahlene
Getreidemenge .. 230 t

Grundbetrag (Ortsklasse I
für Bäcker) 840,— DM
Jahresbruttolohnsumme ... 11 000,— DM
(8 000,— DM Bäckerei,
3 000,— DM Mühle)
Zuschlag nach B II Nr. 14a
auf Bäckerei 2 480,— DM
(3/11 von 3 444,— DM)
Zuschlag auf Materialeinsatz 1 320,— DM
Steuer nach vermahlener
Getreidemenge 784,30 DM
(230 t × 3,41 DM)
Steuer des Handwerks 5 424,— DM

4. Nachweis für die Steuerermäßigung auf den Grundbetrag bei Handwerkern, die als Funktionäre in politischen Parteien oder Massenorganisationen tätig sind (§ 2 der 4. HdWStDB und Anordnung Nr. 267/51):

Bei der geforderten Bescheinigung, welche die Rechtmäßigkeit dieser Ermäßigung gemäß § 2 Abs. 1b der 4. HdWStDB nachweisen soll, ist folgendes zu beachten:

- Die Bescheinigung ist nicht in der Ortsebene, sondern in der Kreisebene, d. h. von dem Kreisvorstand der betreffenden Partei oder Massenorganisation, auszustellen.
- Die Bescheinigung ist in der Form einer Einzelbescheinigung zu erbringen.

5. Berechnung der Einkommensteuer für andere Einkünfte bei Ruhen des Handwerksbetriebes:

Hat ein Handwerker neben seinen Einkünften aus dem Handwerksbetrieb noch andere Einkünfte und wird der Handwerksbetrieb für eine bestimmte Zeit stillgelegt, so ist wie folgt zu verfahren:

- war der Handwerksbetrieb für eine Zeit von weniger als einem Kalenderjahr stillgelegt, so sind die Vorschriften der 2. HdWStDB anzuwenden,
- ruht der Handwerksbetrieb ein Kalenderjahr und länger, so ist die Einkommensteuer für die anderen Einkünfte nach dem normalen Einkommensteuertarif für jedes volle Kalenderjahr zu ermitteln.

6. Beschäftigtenhöchstgrenze:

§ 4 der Verordnung vom 7. August 1952 bestimmt, daß auch die Vergütungen an Personen, welche für den Handwerksbetrieb arbeiten, jedoch zu diesem in keinem Arbeitsverhältnis (Dienstverhältnis § 611 DGB) stehen, der Jahresbruttolohnsumme hinzuzurechnen sind.

Diese Personen sind bei der Ermittlung der Beschäftigtenzahl eines Handwerksbetriebes mitzurechnen.

7. Inkrafttreten:

Die Bestimmungen dieser Rundverfügung sind erstmalig für die Handwerkssteuer-Veranlagung 1951 anzuwenden.

Berlin, den 11. August 1952

B - 1200 - V/21 - Gr/Hb.

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Die Steuer des Handwerks für Augenoptiker, Optiker, Optikmechaniker, Müller und Brauer ist nach den vereinfachten Tarifen zu berechnen, die in dem Sonderdruck „Steuer des Handwerks“, Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, veröffentlicht werden. Aus Ersparnisgründen werden deshalb die Anlagen 2—4 der Verordnung nicht mit abgedruckt.

Besitz- und Verkehrssteuern allgemein
Einkommensteuer allgemein

12 0 | Seite 60

Es sei darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen des Abs. 2 a) nicht nur für vor dem 1. Januar 1925 „angeschaffte“, sondern auch für vor diesem Termin hergestellte Wirtschaftsgüter gelten.

Bei der Bewertung der Einnahmen von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die der Abnutzung unterliegen, ist gem. Abs. 5 davon auszugehen, daß der Teilwert mindestens dem letzten Buchwert des Wirtschaftsguts entspricht.

Diese Bestimmung ist auch bei der Entnahme von in der Handelsorganisation (H/O) angeschafften Wirtschaftsgütern zu beachten.

Zu Ziffer 38 — Fest- und Standardbewertung

Es muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß eine Verpflichtung zur Bildung eines Fest- oder Standardwertes nicht besteht. Lediglich die Bücher in Leihbibliotheken müssen in Form der Festbewertung mit 1.— DM je Buch bewertet werden.

Mehl- und Getreidesäcke sind in der Abschreibungsliste nicht enthalten, weil ihre Nutzungsdauer nach den Erfahrungen der volkreichen Wirtschaften ein Jahr nicht übersteigt. Die mit ihrer Anschaffung verbundenen Aufwendungen können also grundsätzlich sofort als Kosten behandelt werden. Da aber Mehl- und Getreidesäcke zu den Verpackungsmitteln gehören, muß ihr zum Bilanzstichtag vorhandener Bestand inventurmäßig erfaßt und bewertet werden. Es wäre deshalb zu empfehlen, für Mehl- und Getreidesäcke einen Standardwert zu bilden.

Zu Ziffer 39 — Warenbewertung

Bei der Warenbewertung ergeben sich immer wieder Schwierigkeiten, wenn der niedrigere Teilwert einer Ware ermittelt und angesetzt werden soll.

Teilwert soll der Betrag sein, den ein Erwerber des gesamten Betriebs im Rahmen des Kaufpreises für das zu bewertende Wirtschaftsgut ansetzen müßte. Das Primäre an diesem Teilwertbegriff, der in § 6 Ziff. 1 des Einkommensteuergesetzes festgelegt wurde, ist die Bestimmung des Preises, der dem Wirtschaftsgut im Rahmen des Gesamtkaufpreises des Betriebes beizumessen ist. Der Kaufpreis wird aber nicht nur von dem Erwerber, sondern auch entscheidend von dem Verkäufer eines Betriebs bestimmt. Er ist das Resultat des Abwägens ihrer in diesem Zusammenhang entgegengesetzten Interessen. Daraus folgt, daß bei der Bestimmung des Teilwerts auch die Gesichtspunkte des Verkäufers berücksichtigt werden müssen. Da der Besitz eines Gewerbebetriebes in unserer Republik einen durchschnittlichen Nettogewinn von 14% garantiert, muß sogar davon ausgegangen werden, daß sich die Interessen des Verkäufers gegenüber denen des Erwerbers durchsetzen werden.

Der Teilwert einer Ware kann deshalb in der Regel in Höhe des am Bilanzstichtag erzielbaren Verkaufserlöses abzüglich der Kosten des Vertriebs angenommen werden.

Zu den Herstellungskosten einer Ware gehören gem. Abs. 2 auch die Verwaltungskosten im Kosten. Es ist bereits in der Rundverfügung Nr. 17/32 vom 27. Mai 1932 darauf hingewiesen worden, daß nur die Verwaltungskosten (richtig: Verwaltungskosten) als Teile der Herstellungskosten zu berücksichtigen sind, die auf die Fertigung entfallen. Zur Erläuterung das Folgende:

Die Verwaltungskosten werden im Betriebsabrechnungsbogen auf die einzelnen Kostenstellen aufgeteilt. Sie werden zum Teil dem Materialbereich, zum Teil dem Fertigungsbereich, zum überwiegenden Teil aber dem Verwaltungsbereich selbst zugerechnet. Soweit sie auf den Materialbereich oder den Fertigungsbereich entfallen, sind sie Teile der Materialgemeinkosten bzw. der Fertigungsgemeinkosten. Nur diese Teile der Verwaltungskosten sind bei der Warenbewertung zu berücksichtigen. Der auf den Verwaltungsbereich entfallende Anteil bleibt bei der Warenbewertung außer Ansatz.

In diesem Zusammenhang ist die Frage aufgetaucht, wie die Gewerbesteuer im Betriebsabrechnungsbogen auf die einzelnen Kostenstellen verteilt werden soll.

Besitz- und Verkehrssteuern allgemein
Einkommensteuer allgemein

12 0 | Seite 65

für die Fiktion je Belegschaftsmitglied 10.— DM nicht übersteigen, ist so zu verstehen, daß je Fiktion und Belegschaftsmitglied 10.— DM als Betriebsausgabe anerkannt werden.

Nach Abs. 4 k) sind Zuschüsse des Unternehmens für die Gewährung von freien oder verbilligten Mahlzeiten an Belegschaftsmitglieder als Betriebsausgaben abzugsfähig. Voraussetzung dafür ist, daß das Essen in einer Werkkuche zubereitet wird, wobei sich durchaus Gastwirtschaften gegeben, so können Zuschüsse des Unternehmens den steuerlichen Gewinn nicht mindern.

Aufwendungen für Betriebsärzte können nicht als Betriebsausgaben anerkannt werden.

Nach dem Befehl Nr. 234 der vormaligen SMA müssen Betriebe mit über 500 Beschäftigten einen nebenamtlichen in diesem Betrieb tätigen Arzt anstellen, der von den nachgeordneten Stellen des Ministeriums für Gesundheitswesen besoldet wird. Auch Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten können mit Zustimmung des Ministeriums für Gesundheitswesen unter den gleichen Bedingungen eine ärztliche Betreuung erhalten, wenn die gegebenen Arbeitsbedingungen das erforderlich erscheinen lassen.

In Fällen, in denen ein Betriebsarzt notwendig ist, entstehen den betreffenden Betrieben keine Aufwendungen. Deshalb müssen alle Zahlungen der Betriebe an Betriebsärzte aus dem versteuerten Gewinn getragen werden.

Zu Ziffer 57 — Steuerliche Behandlung von Spareinlagen

Zinsen aus Spareinlagen sind nach dieser Ziffer bei beschränkter und unbeschränkter steuerpflichtigen natürlichen Personen in vollem Umfang von der Kapitalertragsteuer und unter bestimmten Voraussetzungen von der Einkommensteuer befreit.

Diese Befreiungen erstrecken sich auch auf die Zinsen aus Postsparkonten. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei jedoch darauf hingewiesen, daß beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen und Steuerpflichtige, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Westdeutschland oder Westberlin haben, nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen Sparkonten bei den Banken unserer Republik oder des demokratischen Sektors von Groß-Berlin nicht unterhalten können, so daß die Steuerbefreiungen für diesen Personenkreis zunächst ohne Bedeutung sind.

Zu Ziffer 61 — Absetzungen für Abnutzung bei Gebäuden

Es wurde die Frage gestellt, wie die Absetzungen für Abnutzung zu ermitteln sind, wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb, zu dem Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Obst- und Genußgärten, Wiesen und Feldparzellen gehören, verpachtet wird.

Die Absetzungen für Abnutzung unter analoger Anwendung dieser Ziffer auf 1/6 des Einheitswerts zu bemessen, würde zu einem unzuliefernden Ergebniss führen. Wollte man die in der Abschreibungsliste für die einzelnen Wirtschaftsgüter vorgeschriebenen Prozentsätze zugrunde legen, würde die Absetzung auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, weil die ursprünglichen Anschaffungskosten der Maschinen und Geräte in landwirtschaftlichen Betrieben kaum festzustellen sein dürften. Es erscheint deshalb erforderlich, die Absetzungen für Abnutzung für verpachtete landwirtschaftliche Betriebe nach einem vereinfachten Verfahren auf der Grundlage des Einheitswerts zu ermitteln.

Dabei ist wie folgt zu verfahren:

1. Der festgestellte Einheitswert ist für die Berechnung der Absetzungen für Abnutzung zu zulegen.

Es entfallen
auf das Wohngebäude 20% des Vergleichswertes,
auf die Wirtschaftsgebäude 10% des Vergleichswertes,
auf die Maschinen und Geräte 8% des Vergleichswertes.

Die Bemessungsgrundlage dieses Teils der Gewerbesteuer ist der erzielte Gewinn, der Profit, also der realisierte Mehrwert. Mehrwert wird nur in der Produktion erzeugt, wobei man berücksichtigen muß, daß auch im Einkauf und im Vertrieb produktive Arbeit geleistet wird. Darüber hinaus können ein gut organisierter Einkauf und Vertrieb die Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals beschleunigen und damit zur Steigerung des Gewerbesteuer-Rechnungstragen. Sie ist deshalb mit 80 % dem Fertigungsbereich, mit 10 % dem Materialbereich und mit 10 % dem Vertriebsbereich zuzurechnen.

Zu Ziffer 40 — Bildung von Rückstellungen

In der Rundverfügung Nr. 172/52 vom 27. Mai 1952 ist ergänzend zu den Bestimmungen des Abs. 4 über die Bildung von Rückstellungen für Garantieverpflichtungen angeordnet worden, daß in Fällen, in denen erstmals Garantieverpflichtungen übernommen worden sind, die Rückstellung für Garantieverpflichtungen in den ersten drei Jahren

bei Inlandsgeschäften auf 1 %, bei Auslandsgeschäften auf 2 %

des Forderungsbetrags bemessen werden darf, der sich aus den mit Garantieverpflichtungen verbundenen Lieferungen oder Leistungen ergibt. Durch den unterschiedlichen Prozentsatz bei Inlands- und Auslandsgeschäften soll dem höheren Risiko, das sich aus dem längeren Transportweg ergibt, Rechnung getragen werden.

Gesetzt den Fall, es würde nun im ersten Jahr der Garantiegewährung bei Inlandsgeschäften eine Inanspruchnahme in Höhe von 3 % der Forderungsbeträge erfolgen, so kann das auf die Bemessung der Rückstellung für die im folgenden Wirtschaftsjahr eingegangenen Garantieverpflichtungen keine Auswirkung haben. Sie wären dessenungeachtet auf 1 % des Forderungsbetrags zu bemessen, der sich aus den mit Garantieverpflichtungen verbundenen Lieferungen und Leistungen ergibt. Denn es besteht keine Veranlassung anzunehmen, daß sich im folgenden Jahr wiederum eine dreiprozentige Garantieleistung von 3 % würde bei dem Umfang nach gleicher Garantiegewährung in den folgenden zwei Jahren zu einem Durchschnittssatz von 1 % führen, wenn eine Inanspruchnahme in diesen Jahren nicht zu verzeichnen ist.

Sollte sich im zweiten Jahr der Garantiegewährung nun wieder eine Inanspruchnahme aus Inlandsgeschäften in Höhe von 3 % des Forderungsbetrags ergeben, so könnte nach diesem Grundsatz die Rückstellung im dritten Jahr auf 2 % des Forderungsbetrags bemessen werden, der sich aus den mit Garantieverpflichtungen verbundenen Lieferungen und Leistungen ergibt, weil sich als Durchschnitt der drei Jahre bei Unterstellung einer dem Umfang nach gleichen Garantiegewährung im dritten Jahr ein durchschnittlicher Prozentsatz von 2 % ergeben würde.

In verschiedenen zwischen der Volkseigenen und der privaten Wirtschaft abgeschlossenen Lieferungs- oder Leistungsverträgen ist die Vereinbarung bis dahin, daß von dem Volkseigenen Abnehmer 5 % des Rechnungsbetrags zum Ablauf der Gewährleistungsfrist als Sicherheit einbehalten werden. Diese vertraglichen Vereinbarungen können ein Abweichen von den darin gelegten Bestimmungen bezüglich der Bemessung der Rückstellungen für Garantieverpflichtungen nicht rechtfertigen. Der Umstand, daß dem Lieferer in Folge der eingegangenen Garantieverpflichtung 5 % seiner Forderung einbehalten werden, kann keinesfalls zu der Annahme berechtigen, daß mit einer Inanspruchnahme aus dieser Verpflichtung tatsächlich in dieser Höhe zu rechnen ist. Rückstellungen können aber nur für Verbindlichkeiten gebildet werden, die dem Grunde nach feststehen, deren Höhe nur noch nicht bekannt ist. Sie werden steuerlich nur anerkannt, soweit irgend jemand am Bilanzstichtag einen Anspruch darauf mit Erfolg geltend machen könnte. Ob die Bildung einer Rückstellung zulässig ist, kann in Zweifelsfällen unter Verwendung des Teilwertbegriffs festgestellt werden. Man fragt, inwieweit die durch

technischen Intelligenz in der volkseigenen Wirtschaft Einzelverträge abgeschlossen worden, die zum überwiegenden Teil am 1. Juli 1951 in Kraft getreten sind.

Diese in den Einzelverträgen festgelegten Gehälter müssen bei den entsprechenden leitenden Angestellten der technischen Intelligenz in der privaten Wirtschaft ab dem 1. Juli 1951 als vergleichbare Bezüge im Sinne dieser Bestimmung angesehen werden. Maßgebend für diesen Vergleich sind allerdings nur die festen Gehaltsbezüge der in den VEB tätigen Intelligenz, nicht etwa auch die weiteren Vergünstigungen (Ruhegehälter usw.), die diesem Personenkreis gewährt werden. Die in Kürze zu erwartenden neuen Tarifverträge für die private Wirtschaft werden eine endgültige Regelung dieses Fragenkomplexes bringen.

Die unter der Bezeichnung „Leistungszuschläge und -zulagen“ in der privaten Wirtschaft gezahlten Beträge waren 1950 nach den Bestimmungen der Anordnung Nr. 214/51 vom 10. September 1951 dann als Betriebsausgaben abzugsfähig, wenn ihre Zahlung von der Abteilung für Arbeit des zuständigen Kreises oder den vormaligen Ämtern für Arbeit und Sozialfürsorge genehmigt worden war. In Abs. 2 c) ist für ihre Anerkennung als Betriebsausgabe darüber hinaus die Genehmigung des Kreisvorstandes des FDGB gefordert worden. Diese Genehmigung wird in vielen Fällen nicht vorliegen, weil diese neue Bestimmung der Veranlagungsrichtlinien 1951 den Steuerpflichtigen nicht bekannt sein konnte.

Die Bestätigung des Kreisvorstandes des FDGB für die gewinnmindernde Anerkennung dieser Aufwendungen wird deshalb 1951 nicht gefordert werden können. Im Jahre 1952 wird gleichfalls die Bestätigung der Abteilung für Arbeit des zuständigen Kreises für die gewinnmindernde Anerkennung dieser Aufwendungen genügen.

Nach Abs. 3 sind Rückstellungen für Ruhegehälter, die zum Zeitpunkt ihrer Zahlung Betriebsausgaben sind, nicht mehr zulässig. Das bedeutet nun aber nicht, daß die bereits in den Bilanzen ausgewiesenen Rückstellungen auflösen wären. Sie sind nur insoweit aufzulösen, als sie Ruhegehaltsverpflichtungen berücksichtigen, bei denen die laufenden Zahlungen nicht als Betriebsausgaben anerkannt werden können. Alle übrigen Rückstellungen dieser Art sind weiterzuführen und mit den späteren oder laufenden Zahlungen auszugleichen. Lediglich neue Zuweisungen zu diesen Rückstellungen sind nicht statthaft.

Bezüge, die der Unternehmer einem erkrankten Lohnempfänger als Krankengeld- oder Hausgeldzuschüsse für die Zeit gewährt, in der der Lohnempfänger Krankengeld oder Hausgeld aus der Sozialversicherung erhält, sind nach Abs. 4 c) insoweit als Betriebsausgaben abzugsfähig, als sie stellen zu zahlen wäre, nicht übersteigen. Dabei ist das von der Sozialversicherung gewährte Krankengeld oder Hausgeld zu berücksichtigen. Beträgt also z. B. der Nettolohn, der im Falle der Nichterkrankung des Lohnempfängers zu zahlen wäre, wöchentlich 50,— DM, und leistet die Sozialversicherungsanstalt einen Kranken- oder Hausgeld wöchentlich 30,— DM, so kann der Unternehmer diesen Betrag übersteigende Teil des Zuschusses muß aus dem versteuerten Gewinn getragen werden.

Schließt der Unternehmer für zugesagte Krankengeld- oder Hausgeldzuschüsse bei der Landesversicherungsanstalt eine Rückversicherung ab, so werden die Versicherungsprämien als Betriebsausgaben anerkannt. In welchem Umfang von der Versicherung ausbezahlt werden, ist für die Abzugsfähigkeit der Prämien ohne Bedeutung. Sie sind also auch dann im vollen Umfang als Betriebsausgaben abzugsfähig, wenn sie hinter der Summe des im Laufe eines Jahres ausgezahlten Krankengelds oder Hausgelds zurückbleiben.

Die Bestimmungen des Abs. 4 b), nach der Kosten für betriebliche Mal- und Weihnachtstfeiern als Betriebsausgaben abzugsfähig sind, „soweit sie“

Besitz- und Verkehrsteuern allgemein

12 0 | Seite 62

die Rückstellung zum Ausdruck gebrachte Verbindlichkeit im Falle einer angenommenen Veräußerung des Betriebs von dem Erwerber kaufpreismindernd wurde. Der Unternehmer würde sich als angenommenen Veräußerer entziehen, dagesen wehren, wenn ihm ein angenommener Erwerber des Betriebs nicht mindestens einen Teil der von der vollgezogenen Wirtschaft erhaltenen 5% des Forderungsbetrages vergüten wollte.

Diese in den Lieferungs- oder Leistungsverträgen enthaltene Klausel ist steuerlich also lediglich als eine Zahlungsverbarung zu werten. Die Bemessung der Rückstellung für Garantieverpflichtungen kann sie nicht beeinflussen.

Unter diesen grundsätzlichen Gesichtspunkten für die steuerliche Anerkennung von Rückstellungen müssen auch die Bestimmungen des Abs. 4 über die Rückstellungen für Abschlußhonorare betrachtet werden. Derartige Rückstellungen sind also nur insoweit zulässig, als eine Schuld ist grundsätzlich nur dann der Fall, wenn bis zum Bilanzstichtag bereits Vorarbeiten für den Abschluß geleistet worden sind. Die Rückstellung ist auf den Betrag zu bemessen, den der Revisor oder Steuerberater am Bilanzstichtag für diese geleisteten Vorarbeiten in Rechnung stellen könnte.

Anders bei Aktiengesellschaften und Genossenschaften. Sie unterliegen nach § 133 ff des Aktiengesetzes bzw. nach §§ 53 und 54 des Genossenschaftsgesetzes der Prüfungspflicht. Sie müssen also ihren Abschluß überprüfen lassen. Im Falle einer angenommenen Veräußerung des Betriebs würde das vom Erwerber kaufpreismindernd berücksichtigt werden, weil er verpflichtet wäre, diese Prüfung auf eigene Rechnung nachholen zu lassen. Bei Aktienabschluß zu erwartenden Aufwendungen in der Rückstellung zusammengefaßt werden. In welchem Umfang bis zum Bilanzstichtag Vorarbeiten geleistet wurden, ist dabei ohne Bedeutung.

Zu Ziffer 43 — HO-Preise

Werden Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die in der Handelsorganisation (HO) erworben wurden, weiter veräußert, so ist der Buchwert um die in ihm enthaltene HO-Aktie zu vermindern. Der anteilige Haushaltsanschlag ist über Kapitalkonto auszubuchen und der auf diese Weise von den preisrechtlich zulässigen Anschaffungskosten abgezogene Buchwert der Berechnung des Veräußerungsgewinns zugrunde zu legen (Rundverfügung Nr. 172/52).

Diese Bestimmung, die in der angeführten Rundverfügung an Hand eines Beispiels erläutert wurde, gilt auch für den Fall einer Geschäftsveräußerung. Auch bei diesem Anlag sind die im Anlagevermögen enthaltenen Wirtschaftsgüter, die in der Handelsorganisation (HO) erworben wurden, zur Ermittlung des Veräußerungsgewinns um die anteilige HO-Aktie zu Lasten des Kapitalkontos zu vermindern.

Werden Lebensmittel in der Handelsorganisation (HO) erworben, so können die Anschaffungskosten grundsätzlich nur in Höhe des preisrechtlich zulässigen Normalpreises als Betriebsausgabe anerkannt werden.

Eine Ausnahme besteht nur nach Abs. 2 dieser Ziffer für Speiseeisenhersteller — bei denen überdies nicht nur die Aufwendungen für HO-Magermilchpulver, sondern auch die für HO-Milch veräußerten Beträge als Betriebsausgaben anerkannt werden — und für Vertragsteile der Sozialversicherungsanstalt zu denen in der Rundverfügung Nr. 172/52 festgelegten Umfang.

Zu Ziffer 44 — Grunderwerbssteuern, Erbschaften usw.

Es ist ergänzend darauf hinzuweisen, daß Rechtsmittelkosten bezüglich ihrer steuerlichen Behandlung das Schicksal der Steuer teilen, mit der sie im Zusammenhang stehen. Rechtsmittelkosten, die sich aus einem gegen einen Einkommensteuer-, Vermögensteuer- oder Körperschaftsteuerbescheid eingelegten Rechtsmittel ergeben, dürfen gleich der Steuer weder bei der Er-

Besitz- und Verkehrsteuern allgemein

12 0 | Seite 63

mittlung der Einkünfte noch bei der Feststellung des Einkommens abgesetzt werden. Andererseits sind Rechtsmittelkosten, die mit Gewerbesteuer oder Umsatzsteuer im Zusammenhang stehen, als Betriebsausgaben abzugsfähig.

Zu Ziffer 45 — Behandlung von Schmiergeldern, Rechtsberatungskosten usw.

Die Bestimmungen des Abs. 3, nach denen die Kosten der individuellen Werbung nicht als Betriebsausgaben anzuerkennen sind, haben in der privaten Wirtschaft einen gewissen Widerspruch ausgelöst. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß beispielsweise die von Kollegen Reinhardt in seinem Artikel (120 Seite 33) angeführten Aschenbecher doch der Massenwerbung dienen und nicht als individuelle Werbung angesehen werden können. Es scheint deshalb erforderlich, hierzu noch einmal Stellung zu nehmen:

Unsere Wirtschaftsprüfung sieht auch der privaten Wirtschaft einen regelmäßigen Absatz ihrer Erzeugnisse. Eine Werbung kapitalistischer Art, die sich zu einer Bestellung veranlaßt werden sollte, ist deshalb nicht mehr erforderlich, da sie im Gegenteil für unsere Entwicklung schädlich, weil sie häufig botenlosen Waren, sondern der Wert des erhaltenen Geschenks ausschlaggebend war. Diese Art Werbung mußte deshalb unterbunden oder zumindest erschwert werden. Das sollte durch die Bestimmungen des Abs. 3 geschehen, nach denen Aufwendungen für die individuelle Werbung nicht als Betriebsausgaben anerkannt werden können. Aufwendungen für Massenwerbungen sind weiterhin unterrichtet worden, welche Waren zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zur Verfügung stehen. Das ist die Aufgabe, die der Werbung in unserer Ordnung zufällt.

Was nun als Massenwerbung und was als individuelle Werbung anzusehen ist, wird von dem Organen der Abgabenverwaltung hauptsächlich danach beurteilt, ob dem mit dem Werbearbeit Bedachten ein persönlicher Vorteil erwächst oder nicht. Wenn ein persönlicher Gewinn entsteht, wird die Werbung als demgemäß nicht als Betriebsausgaben anerkannt werden. So werden beispielsweise Aschenbecher von einem Gastwirt oder Zuhörer von einem Lebensmittelhändler unbedingt benötigt. Sie müssen sie auch dann anschaffen, wenn ihnen den Empfang eines solchen Werbearbeites erwächst ihnen also ein persönlicher Vorteil. Aus diesem Grunde werden die Aufwendungen für diese Werbung nicht als Betriebsausgaben anerkannt.

Wenn aber — um ein anderes Beispiel anzuführen — eine Brauerei Biergläser erwirbt, diese Gläser mit einer Werbeaufschrift versehen läßt und sie dann an die Gastwirte zu dem Preis veräußert, den sie auch für normale Biergläser hätten aufwenden müssen, dann sind die mit der Anbringung der Werbeaufschrift verbundenen Kosten als Betriebsausgaben abzugsfähig, weil den Gastwirten durch diese Art Werbung kein persönlicher Vorteil erwächst.

Ob Werbekosten also als Betriebsausgaben anzuerkennen sind, ist also entscheidend davon abhängig, ob dem Bedachten damit ein persönlicher Vorteil erwächst oder nicht. Die Qualität der Ware soll den Umfang ihres Absatzes bestimmen, nicht der Wert eines dem Abnehmer übermittelten Geschenks.

Zu Ziffer 47 — Steuerliche Behandlung von Löhnen, Gehältern und sozialen Aufwendungen

Gehälter an Geschäftsführer oder an leitende Angestellte der privaten Wirtschaft werden nach Abs. 2b) nur insoweit als Betriebsausgaben anerkannt, als sie die vergleichbaren Beträge leitender Angestellten in gleicher oder ähnlicher Stellung in der volkreicheren Wirtschaft nicht übersteigen.

Nach der dritten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten in den volkreicheren und ihnen gleichgestellten Betrieben sind mit den leitenden Angestellten der

Wirtschaftliche Rechnungsführung 901

Wirtschaftliche Rechnungsführung

901

ten gehen auf die Verwaltungen Volkseigener Güter über. Die Ausübung der Pächterinventaranforderung erfolgt zugunsten des zuständigen volkseigenen Gutes. Die Bestimmungen des § 11 Absatz 4 und 5 der Verordnung vom 25. Januar 1951 über die Gründung von Vereinigungen Volkseigener Güter werden entsprechend angewandt.

§ 4

- (1) Die Fünfzehnte Durchführungsbestimmung zur Verordnung vom 21. September 1950 über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe betreffend Lenkung und Kontrolle des Geldverkehrs bei den Maschinenausleihstationen und volkseigenen Gütern durch die Deutsche Notenbank (GBl. S. 1019) ist a) für die volkseigenen Güter nicht mehr anzuwenden und b) für die Maschinenausleihstationen weiterhin anzuwenden.

- (2) Die Meldungen nach § 8 dieser Durchführungsbestimmung werden durch den FM-Bericht ersetzt.

- (3) Auf den der Deutschen Notenbank einzureichenden Ausfertigungen hat der Betrieb zu bestätigen, daß der Bericht an die übrigen empfangenden Stellen abgesandt wurde.

- (4) Der rechtzeitige Eingang des FM-Berichtes bei der kontoführenden Niederlassung der Deutschen Notenbank ist von dieser zu überwachen.

§ 5

Diese Durchführungsbestimmung tritt für die volkseigenen Güter und volkseigenen Maschinenausleihstationen mit Wirkung vom 1. April 1952, für die Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe mit Wirkung vom 1. Juli 1952 in Kraft.

Berlin, den 30. Juli 1952

Ministerium des Innern

I. V.: Warnke

Staatssekretär

34

Wirtschaftliche Rechnungsführung 901

Sechste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft

Bestimmungen über die Verwaltung Volkseigener Betriebe (VVB)

vom 16. Mai 1952 (GBl. 1952, S. 372)

Auf Grund § 5 der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 225) wird folgendes bestimmt:

§ 1

- (1) Die Verwaltung Volkseigener Betriebe (VVB) ist der zuständigen Hauptverwaltung oder Hauptabteilung des zuständigen Ministeriums oder Staatssekretariats mit eigenem Geschäftsbereich unterstellt. Als nachgeordnete Verwaltung im Sinne des § 3 Abs. 5 der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 225) ist sie nicht Bestandteil des Ministeriums oder Staatssekretariats mit eigenem Geschäftsbereich.

- (2) Die Verwaltung Volkseigener Betriebe (VVB) kann wie jede andere Verwaltung mit eigenem Haushalts- oder Finanzplan klagen und verklagt sowie als Rechtsträger für das zur Durchführung ihrer Verwaltungsaufgaben erforderliche Volkseigentum eingesetzt werden.

§ 2

- (1) Die Verwaltung Volkseigener Betriebe (VVB) führt die Bezeichnung: Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Ministerium für

(oder Staatssekretariat für . . .)

Verwaltung Volkseigener Betriebe . . .

Der zuständige Minister oder Staatssekretär mit eigenem Geschäftsbereich kann an Stelle „Verwaltung Volkseigener Betriebe“ eine abweichende Bezeichnung festlegen. Diese muß jedoch mit dem Wort „Verwaltung“ beginnen und klar erkennen lassen, welche Art von Betrieben zugeordnet ist.

- (2) Der Bezeichnung ist die Anschrift der Verwaltung Volkseigener Betriebe (VVB) hinzuzufügen.

§ 3

- (1) Die Verwaltung Volkseigener Betriebe (VVB) hat die ihr von der zuständigen Hauptverwaltung oder Hauptabteilung des Ministeriums oder Staatssekretariats mit eigenem Geschäftsbereich übertragenen Aufgaben der Anleitung, Aufsicht und Kontrolle der ihr zugeordneten volkseigenen Betriebe durchzuführen. Daraus ergeben sich insbesondere folgende Aufgaben:

HdH-Lfg 10. 9. 52, DFW 17.

31

901

Wirtschaftliche Rechnungsführung

- a) Instruktion der Betriebe auf produktionstechnischem Gebiet,
- b) Instruktion und Kontrolle auf dem Gebiet der Planaufstellung, der Planerfüllung und der Investitionen,
- c) Anleitung, sonstige Hilfe und Kontrolle auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft, besonders durch strenge Finanzkontrolle, kurzfristige Auswertung der betrieblichen Abrechnung mit Hilfe von technisch-wirtschaftlichen Kennziffern, Prüfung des Rechnungswesens und Durchführung der Kontrollausschüsse,
- d) Instruktion und Kontrolle der Arbeitskräfteleitung, des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit,
- e) Aufteilung, Instruktion und Kontrolle auf dem Gebiet der Materialversorgung und -kontingentierung,
- f) Anleitung und Kontrolle der Durchführung des allgemeinen Vertragssystems,
- g) Instruktion in Personalfragen und Kontrolle der Einhaltung der personalpolitischen Richtlinien,
- h) Anleitung und Kontrolle auf dem Gebiet der Lehrlingsausbildung und der Qualifizierung der Fachkräfte,
- i) Anleitung und Kontrolle in Rechtsfragen.
- (2) Weitere Aufgaben können der Verwaltung Volkseigener Betriebe (VVB) entsprechend den Erfordernissen der Anleitung, Aufsicht und Kontrolle im Rahmen ihres Wirtschaftszweiges entweder allgemein oder für den Einzelfall übertragen werden.

§ 4

Die Struktur der Verwaltung Volkseigener Betriebe (VVB) ergibt sich aus den im § 3 gekennzeichneten Aufgaben. Die Bestätigung des aufzustellenden Struktur- und Stellenplanes der Verwaltung Volkseigener Betriebe (VVB) erfolgt nach den Bestimmungen der Verordnung vom 12. Juli 1951 über die Regelung des Stellenplanwesens (GBL S. 689).

§ 5

Der der Verwaltung Volkseigener Betriebe (VVB) vorstehende Verwaltungsfunktionär wird vom zuständigen Minister oder Staatssekretär mit eigenem Geschäftsbereich ernannt und führt die Bezeichnung

„Leiter der Verwaltung . . .“

Berlin, den 16. Mai 1952

Ministerium des Innern

I. V.: W a r n k e

Staatssekretär

32

Wirtschaftliche Rechnungsführung

901

Siebente Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft

Bestimmungen für die volkseigenen Güter, volkseigenen Maschinenaustationsstationen (MAS) und MAS-Werkstätten sowie für die Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe

vom 30. Juli 1952 (GBL 1952, S. 707)

Auf Grund § 5 der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBL S. 225) wird im Einvernehmen mit den Ministern für Land- und Forstwirtschaft sowie der Finanzen folgendes bestimmt:

§ 1

(1) Das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft kann im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen anordnen, daß die Zweite Durchführungsbestimmung vom 7. April 1952 zur Verordnung über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft — Finanzbestimmungen — (GBL S. 288) auch Anwendung findet für:

- a) die volkseigenen Güter, die sich am 31. März 1952 in der Rechtsträgerschaft einer nach § 1 der Verordnung vom 25. Januar 1951 über die Gründung von Vereinigungen Volkseigener Güter (GBL S. 47) gebildeten VVG befanden, sowie die volkseigenen Güter, die in Zukunft einer der zu bildenden Vereinigungen Volkseigener Güter (VVG) zugeordnet werden,
- b) Maschinenaustationsstationen, Spezialwerkstätten, Motorenreparaturwerkstätten und Lohnreparaturbetriebe der MAS,
- c) die Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe.
- (2) In § 20 der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 7. April 1952 zur Verordnung (GBL S. 288) sind in den Zeilen 3 bis 7 die Worte „auf die volkseigenen Güter . . .“ bis „deren Verwaltungsorgane“ zu streichen.

§ 2

Bei allen entgeltlichen oder unentgeltlichen Veräußerungen landwirtschaftlicher Grundstücke und Grundstücksanteile steht den Verwaltungen Volkseigener Güter zugunsten der ihnen zugeordneten volkseigenen Güter ein gesetzliches Vorkaufsrecht (Vorerwerbsrecht) zu, das im Range allen anderen stimmungen oder rechtsgeschäftlichen Vorkaufsrechten vorangeht. Die Bestimmungen des § 13 Absätze 2 bis 4 der Verordnung vom 25. Januar 1951 über die Gründung von Vereinigungen Volkseigener Güter (GBL S. 47) werden entsprechend angewandt.

§ 3

Die sich aus § 11 Abs. 3 der Verordnung vom 25. Januar 1951 über die Gründung von Vereinigungen Volkseigener Güter ergebenden Rechte und Pflichten

HdH-Lfg 10, 9. 52 DFW 17.

33

GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN**Handwerker****D****1**

Seite 19—22

DFW Heft 17 / 10. September 1952

Die Berechnung und Reihenfolge der Berücksichtigung der Ermäßigungen und Erlasse des Grundbetrags der Handwerkssteuer**Helmuth Geißler, Fachlehrer an der Schule für Finanzwirtschaft, Gotha**

Der Besteuerung der persönlichen Arbeitsleistung des Handwerkers liegt bekanntlich eine Norm zugrunde, oder mit anderen Worten, der Grundbetrag der Handwerkssteuer besteuert eine durchschnittliche Arbeitsleistung.

Es widerspricht dem normativen Charakter der Steuer des Handwerks nicht, daß sie auch individuelle Besonderheiten berücksichtigt, und zwar geschieht das in Form von Ermäßigungen und Erlassen des Grundbetrags.

Der Unterschied zwischen Ermäßigung und Erlaß besteht darin, daß eine Ermäßigung eine gesetzlich festgelegte Senkung des Grundbetrags darstellt, während ein Erlaß eine Billigkeitsmaßnahme ist, die im allgemeinen nur in Höhe einer bestehenden Nachzahlung ausgesprochen werden kann, sofern die Erhebung derselben eine unbillige Härte bedeuten würde.

Es sei hier nicht auf die verschiedenen Möglichkeiten von Ermäßigungen und Erlassen eingegangen. In diesem Zusammenhang interessiert vielmehr deren Berechnung und die Reihenfolge der Berücksichtigung beim Zusammentreffen mehrerer Ermäßigungen und Erlasse.

Die Umwandlung einer Reihe von Erlaßbestimmungen in Ermäßigungen durch die 4. HdwStDB hat in der Praxis hinsichtlich der Berechnung und Reihenfolge der Berücksichtigung zu Zweifeln geführt.

Bezüglich der Ermäßigungen ist nunmehr eine Klarstellung in der Erklärung der Steuer des Handwerks für 1951 erfolgt. Aus der Steuererklärung geht genau die Berechnung der einzelnen Ermäßigungen sowie die Reihenfolge der Berücksichtigung beim Zusammentreffen mehrerer Ermäßigungen hervor.

Es ist von Wichtigkeit, nochmals die beiden Begriffe „Maßgebender Grundbetrag“ und „Ermäßigter Grundbetrag“ als Berechnungsgrundlage für die Ermäßigungen herauszustellen.

Der „Maßgebende Grundbetrag“ — darunter ist der Grundbetrag lt. Anlage A zum Gesetz über die Steuertarife des Handwerks bzw. der um den Freibetrag für typische Dorfhandwerker gesenkte Grundbetrag zu verstehen — bildet die Berechnungsgrundlage für die Ermäßigungen nach Ziff. 1—8 der Steuererklärung, das sind alle Ermäßigungen mit Ausnahme derjenigen, die bei Ausfall der Arbeitsleistung im Handwerksbetrieb gewährt werden.

Der „Ermäßigte Grundbetrag“ ergibt sich nach Abzug der Ermäßigungen nach Ziff. 1—8 der Steuererklärung vom „Maßgebenden Grundbetrag“ und stellt die Berechnungsgrundlage für die Ermäßigungen wegen Ausfalls der Arbeitsleistung dar.

GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN

Handwerker

I, D. | Seite 20

Auch die Bestimmungen hinsichtlich der Begrenzung beim Zusammenreffen mehrerer Ermäßigungen sind mit in die Erklärung über die Steuer des Handwerks für 1951 eingearbeitet.

Von den Erlaßbestimmungen sind nach der 4. HdwStDB nur noch folgende übrig geblieben:

1. Erlaß für sogenannte Leichtbeschädigte mit einer Erwerbsminderung von 30 bis 50 % ausschließlich bei Handwerkern mit nicht mehr als durchschnittlich einem Lohnempfänger.
2. Erlaß für Alleinmeister in abgelegenen kleinen Landgemeinden.
3. Erlaß für alleinstehende Handwerkerfrauen, die zur Weiterführung ihres Betriebes vorübergehend einen Handwerksmeister einstellen, und zwar ohne Rücksicht auf die Beschäftigtenzahl.
4. Erlaß für Alleinmeister, die bei Aufgabe ihres Handwerksbetriebes Fürsorgeunterstützung beziehen müssen.

Der zuerst genannte Erlaß für sogenannte Leichtbeschädigte nimmt eine Sonderstellung ein. Er wird in Höhe von 25 % des maßgebenden Grundbetrags gewährt und ist hinsichtlich der Begrenzung beim Zusammenreffen mit Erleichterungen in die Gruppe der Ermäßigungen nach Ziff. 4-6 der Steuerbefreiung einzuschließen, d. h. treffen Ermäßigungen nach Ziff. 4-8 der Steuerbefreiung und ein Erlaß wegen Leichtbeschädigung zusammen, dann darf die gewährte Kürzung 50 % des maßgebenden Grundbetrags nicht übersteigen.

Die restlichen drei Erlässe werden bis zu 50 % des ermäßigten Grundbetrags gewährt und sind anschließend an die Ermäßigungen wegen Ausfalls der Arbeitsleistung im Handwerksbetrieb durch gleichzeitige Bewirtschaftung einer landwirtschaftlichen Fläche, durch gleichzeitige Beschäftigung als Lohn- und durch Übernahme einer ehrenamtlichen Funktionstätigkeit vom ermäßigten Grundbetrag abzusetzen.

Auch hier ist wieder eine Bestimmung hinsichtlich der Begrenzung zu beachten. Der um die aufgezählten Ermäßigungen wegen Ausfalls der Arbeitsleistung im Handwerksbetrieb und um die restlichen drei Erlässe gekürzte ermäßigte Grundbetrag muß mindestens 25 % des maßgebenden Grundbetrags ausmachen.

Bei der Gewährung eines Erlasses für Alleinmeister in abgelegenen kleinen Landgemeinden ist folgendes zu beachten:

Wird einem Handwerker bereits eine Ermäßigung wegen Bewirtschaftung einer Landwirtschaft oder wegen gleichzeitiger Beschäftigung als Lohnempfänger gewährt, dann kann ein Erlaß nur dann ausgesprochen werden, wenn diese gewährten Ermäßigungen 50 % des ermäßigten Grundbetrags nicht übersteigen und dann auch nur in Höhe der Differenz zwischen 50 % des ermäßigten Grundbetrags und dem bereits gewährten Ermäßigungen wegen Be-

GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN

Handwerker

I, D. | Seite 21

wirtschaftung einer Landwirtschaft und wegen gleichzeitiger Beschäftigung als Lohnempfänger.

Dazu ein Beispiel:

Ermäßigter Grundbetrag	132,-
Ermäßigung wegen Bewirtschaftung einer 2 bis 3 ha großen Landwirtschaft = $\frac{1}{2}$ von 132,- =	66,-
Ermäßigung wegen gleichzeitiger Beschäftigung als Lohnempfänger (250 Std.) = $\frac{1}{2}$ von 132,- =	66,-
	11,-

Erlaß als Alleinmeister in abgelegenen kleinen Landgemeinden 50 % des ermäßigten Grundbetrags (132,-) = 66,-
Es wurden bereits Ermäßigungen wegen Bewirtschaftung einer Landwirtschaft und Beschäftigung als Lohnempfänger von zusammen 22,-
gewährt, die 50 % des ermäßigten Grundbetrags nicht übersteigen.

Die Gewährung des Erlasses ist aber nur in Höhe der Differenz zwischen 50 % des ermäßigten Grundbetrags = 66,- und den bereits gewährten Ermäßigungen von 22,- möglich. Es verbleiben somit 44,-
Dieser Betrag muß mindestens 25 % des maßgebenden Grundbetrags (maßgebender Grundbetrag im Beispiel = 264,-) = 66,- ausmachen, was in unserem Beispiel zufällig zutrifft.

Abschließend soll noch ein kurzer Überblick über die Gewährung von Ermäßigungen und Erlässen für Mitinhaber gegeben werden.

Dabei sind folgende vier Fälle zu unterscheiden:

1. Mitinhaber, die im Handwerksbetrieb tätig und in die Handwerksrolle eingetragen sind, erhalten alle Ermäßigungen und Erlässe.
2. Das gleiche gilt für Mitinhaber, die im Handwerksbetrieb tätig und nicht in die Handwerksrolle eingetragen sind.
3. Mitinhaber, die nicht im Handwerksbetrieb tätig, aber in die Handwerksrolle eingetragen sind, erhalten nur die Ermäßigungen wegen Blindheit wegen Alters- und Kinderermäßigung.
4. Mitinhaber, die weder im Handwerksbetrieb tätig, noch in die Handwerksrolle eingetragen sind, wird nur die Kinderermäßigung gewährt.

GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN

Handwerker

I, D | Seite 12

Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Vermögenssteuer auch die Gewerbesteuer abgeköllt ist. Das ergibt sich weiterhin aus § 2 des Gesetzes über die Steuer selbständige Gewerbebetriebe, dessen Inhaber in die Handwerksrolle eingetragen ist. Die Klärung dieser Frage ist von Wichtigkeit bei der Behandlung der Einkommensteuer auf die anderen Einkünfte.

2. Andere Einkünfte und Steuerbefreiungen

Bei der Festsetzung der Einkommensteuer auf andere Einkünfte bei Handwerkern sind die Vorschriften des Einkommensteuerrechts zu beachten mit a) Andere Einkünfte

Nach § 1 der 2. Durchführungsbestimmung bemittelt sich die Einkommensteuer auf die anderen Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes nach der dieser Durchführungsbestimmung beigefügten Tabelle. Der Begriff „andere Einkünfte“ ist erstmals enthalten in § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Steuerart der Handwerksbetriebe vom 13. April 1951. Unter anderen Einkünften, mit denen der Handwerker nach dieser Durchführungsbestimmung § 2 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes mit Ausnahme der Einkünfte aus Handwerksbetrieb und der nach § 3 des Einkommensteuergesetzes steuerfreien dieser Durchführungsbestimmung zu beachten.

Der Handwerker ist daher zur Einkommensteuer nach dieser Durchführungsbestimmung heranzuziehen mit:

Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft,
Einkünften aus Gewerbebetrieb, mit Ausnahme der Einkünfte aus Handwerksbetrieb.

Einkünften aus selbständiger Arbeit, mit Ausnahme der Einkünfte aus steuerbegünstigter freiberuflicher Tätigkeit (die gemäß § 1 Abs. 2 dieser Durchführungsbestimmung nicht zur Einkommensteuer herangezogen werden).

Einkünften aus Kapitalvermögen,
Einkünften aus Vermietung und Verpachtung.

Es gibt Einkünfte, die vor Inkrafttreten des Gesetzes über die Steuer des Handwerks von den handwerklichen Einkünften nicht getrennt wurden, die aber in den Sätzen der Steuer des Handwerks nicht erfasst sind. Es sind dies für HO und DHZ, Einkünfte eines Kfz-Handwerkers als Taxator, Einkünfte eines Bäckers aus dem Verkauf von Speiseeis. Diese Einkünfte stellen andere Einkünfte im Sinne dieser Durchführungsbestimmung dar, auf welche die Tabelle zur Besteuerung der anderen Einkünfte bei Handwerkern Anwendung findet.

Einzelheiten über die Einkunftsarten sind enthalten in den Ziffern 7 bis 59 der Veranlagungsrichtlinien 1950 und den Ziffern 7 bis 64 der Veranlagungsrichtlinien 1951.

b) Steuerbefreiungen nach der 2. Durchführungsbestimmung

Über die nach § 3 Einkommensteuergesetz gewährten Steuerbefreiungen hinaus werden auf Grund des § 1 Abs. 2 dieser Durchführungsbestimmung Veranlagungen gewährt. Es heißt hier:

„Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit im Sinne des § 4 Abs. 1 der Verordnung über die Besteuerung der Lohnempfänger und der freischaffenden Intelligenz vom 24. Mai 1951 und die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit werden nicht nach dieser Durchführungsbestimmung besteuert. Sie werden besteuert getrennt von den anderen Einkünften nach den hierfür erlassenen besonderen Vorschriften.“

GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN

Handwerker

I, D | Seite 17

ist also die Einkommensteuer und damit das Einkommen. Es ist z. B. möglich, daß in einer Steuer des Handwerks von 1000,— DM in einem Fall 650,— DM, im anderen Fall nur 400,— DM Einkommensteuer enthalten ist. Im ersten Fall ist der Gewinn höher. Es besteht also die Notwendigkeit, den Steuersatz in der Tabelle bei manchen Handwerkszweigen höher oder niedriger abzulesen. Bei Bäckern ist z. B. infolge der niedrigen Umsatzsteuer der Einkommensteuersatz ziemlich hoch. Dadurch ist der Steuersatz um einige Strichen höher abzulesen als bei anderen Handwerkszweigen. Manche Handwerksbetriebe haben niedrige Stundenlöhne, dadurch sind die Gewinne niedrig, der Anteil der Einkommensteuer ist gering. Solchen Handwerkszweigen wird eine Ermäßigung um eine Stufe gewährt.

5. Freibetrag für Landwirte

Wenn das Einkommen 6000,— DM nicht übersteigt, wird ein Freibetrag von 1000,— DM für Land- und Forstwirte gewährt. Es wird ein Freibetrag von 2000,— DM für Neubauern gewährt. Gemäß § 3 Abs. 1 dieser Durchführungsbestimmung sind deshalb die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft um den ersten Abgrenzung der Tabelle abgelesen wird. Die Kürzung darf nicht höher sein als die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft.

6. Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen

Die Einkommensteuer, die sich aus der Tabelle ergibt, ermäßigt sich um 20 % des als Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastung anzuerkennenden Betrages. Obwohl nach dem Gesetz über die Steuer des Handwerks außerordentliche Bestimmungen keine Anwendung finden können, ist gemäß § 3 dieser Durchführungsbestimmung bei der Bestimmung der anderen Einkünfte eine Belastung dem Einkommensteuergesetz eine Ermäßigung für außergewöhnliche worden.

a) Sonderausgaben

Es wird auf die Ziffer 6 der VR 1950 und VR 1951 verwiesen. Sozialversicherungsbeiträge, die auf Grund der Lohnneinkünfte oder der steuerbegünstigten freiberuflichen Einkünfte zu entrichten sind, können nach dieser Durchführungsbestimmung nicht berücksichtigt werden, weil diese Einkünfte außer Betracht bleiben. Eine Ermäßigung für Sozialversicherungsbeiträge außer des Handwerksbetriebs kann nicht gewährt werden, da diese bei der Sozialversicherungsbeträge auf Grund der Durchführungsbestimmung berücksichtigt sind. Ein Sonderausgaben-Pauschalsatz von 200,— DM kann nicht abgezogen werden, da die Sonderausgaben, die in die Tabelle eingetragen sind, mehr als 200,— DM betragen.

Die Sozialversicherungsbeiträge des Handwerkers setzen sich zusammen aus dem Grundbetrag auf Grund des Handwerksbetriebs und den für die Besteuerung der anderen Einkünfte geltend gemachten Sozialversicherungsbeiträgen. SV-Beiträge werden nur insoweit nach § 3 Abs. 2 Ziffer 1 dieser Durchführungsbestimmung als Sonderausgaben berücksichtigt, als sie den Höchstbetrag, der um die auf den Handwerksbetrieb entfallenden SV-Beiträge zu kürzen ist, nicht übersteigen.

Beispiel:

Ein Schneidemeister betreibt noch ein Lebensmittelgeschäft. Er erzielt aus dem Lebensmittelgeschäft einen Gewinn von 3000,— DM. Die zu entrichtenden SV-Beiträge betragen 600,— DM für den Schneidetrieb und 400,— DM für das Lebensmittelgeschäft. Der Schneidemeister ist kinderlos verheiratet. Es können 200,— DM SV-Beiträge nach dieser Durchführungsbestimmung anerkannt werden.

Ein Verlustausgleich mit dem normativen Gewinn aus Handwerksbetrieb, der zu einer Schmälerung der Steuer des Handwerks führen würde, kann nicht erfolgen. Das würde dem Normativcharakter der Steuer des Handwerks widersprechen.

GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN

Handwerker

I, D | Seite 16

2. Aufbau der Tabelle zur Besteuerung der anderen Einkünfte bei Handwerkerkern. (Abgedruckt im Verlag „Die Wirtschaft“ Sonderheft „Verbesserungen der Handwerkssteuer“).

Die Tabelle ist in einfacher Form gehalten. Sie enthält Spalten für die anderen Einkünfte, Stufen für die Steuer des Handwerks und am Schnittpunkt Kästchen, in denen der Steuersatz vermerkt ist, der auf die anderen Einkünfte Anwendung findet.

Über das Wesen der anderen Einkünfte sind bereits Ausführungen gemacht worden. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Staffelnungen erfolgen von 600,— DM zu 600,— DM.

Unter Steuer des Handwerks dieser Tabelle ist die festgesetzte Steuer nach Abzug der Erlasse auf Grund des § 6 HdVStTG zu verstehen. Die ausgewiesene Steuer des Handwerks entspricht jeweils einem bestimmten Handwerkeinkommen. Zählt man die anderen Einkünfte zu diesem normativen Handwerkeinkommen hinzu, dann ergibt sich das Gesamteinkommen. Nach Einkommensteuertabelle A wird bei Steuerklasse I die Gesamteinkommensteuer ermittelt. Davon wird die Einkommensteuer abgezogen, die auf das „Handwerkeinkommen“ nach Steuertabelle A entfällt. Die Differenz ist die Einkommensteuer auf die anderen Einkünfte. Diese ist mit einem festen Steuersatz, der auf die anderen Einkünfte bezogen ist, in den Kästchen vermerkt.

Bei einer Steuer des Handwerks von 1500,— DM und anderen Einkünften von 3000,— DM beträgt z. B. der Steuersatz auf die anderen Einkünfte 40 %. Die Einkommensteuer beträgt daher 1200,— DM. Bei der gleichen Steuer des Handwerks und anderen Einkünften von 2000,— DM beträgt der Steuersatz ebenfalls 40 % = 1040,— DM.

3. Vorteile, die gegenüber dem Einkommensteuergesetz gewährt wurden.

Da die Tabelle vom normativen Gewinn aus dem Handwerksbetrieb ausgeht, ist die Besteuerung eines Handwerkers mit seinen anderen Einkünften in den Fällen günstiger gestaltet, in denen der wirklich erzielte Gewinn aus dem Handwerksbetrieb den normativen Gewinn übersteigt. Dieser Handwerker hat daher einen zweifachen Vorteil. Er ist begünstigt bei der Festsetzung der Steuer des Handwerks, er hat außerdem einen Vorteil bei der Besteuerung der anderen Einkünfte, weil ein Steuersatz Anwendung findet, der niedriger ist als der seinem tatsächlichen Einkommen entsprechende.

Wenn der Handwerker den der Steuer des Handwerks zugrunde gelegten Gewinn nicht erreicht hat, ist ihm in der Regel Steuererlaß gemäß § 6 HdVStTG gewährt worden. Als Steuer des Handwerks im Sinne der Tabelle dieser Durchführungbestimmung ist die um den Steuererlaß gemäß § 6 des HdVStTG geminderte Steuer des Handwerks anzusehen. Dadurch wird erreicht, daß auf die anderen Einkünfte ein niedriger Steuersatz anzuwenden ist.

Als weiterer Vorteil für die Handwerker mit geringen anderen Einkünften ist die Freistellung von der Einkommensteuer anzusehen, wenn die Steuer des Handwerks 1000,— DM und die anderen Einkünfte 720,— DM nicht übersteigen. Insofern wird zugunsten der Handwerker von den Bestimmungen des Einkommensteuerrechts abgewichen. Eine Vergünstigung ist das Ausscheiden der Einkünfte aus steuerbegünstigter freiberuflicher Tätigkeit und aus nichtselbständiger Arbeit. Wenn z. B. ein Handwerker mit einer Steuer des Handwerks von 800,— DM Lohnneinkünfte von 2400,— DM und Mieteinkünfte von 600,— DM erzielt, dann scheiden die Lohnneinkünfte bei der Besteuerung nach dieser Durchführungbestimmung aus. Der Handwerker zahlt auf die 600,— DM Mieteinkünfte keine Steuer.

4. Warum erfolgen bei verschiedenen Handwerkszweigen Abstufungen bei Anwendung der Tabelle?

Die Steuer des Handwerks, die in den Spalten der Tabelle eingesetzt ist, entspricht jeweils einem gewissen Einkommen. Gleiche Steuer des Handwerks bei verschiedenen Handwerksberufen entspricht nicht immer einem gleichen Gewinn. Je höher die ertigungsmerkmalenkostenzuschläge, um so höher ist der Gewinn. Je höher der Handwerks enthaltene Umsatzsteueranteil, um so niedriger

GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN

Handwerker

I, D | Seite 13

Wenn ein Handwerker außer seinen Einkünften aus dem Handwerksbetrieb noch steuerbegünstigte freiberufliche Einkünfte oder Lohnneinkünfte erzielt, bleiben diese Einkünfte bei der Veranlagung der anderen Einkünfte außer Ansatz. Es werden lediglich die darüber hinaus noch erzielten anderen Einkünfte — z. B. Mieteinkünfte — nach dieser Durchführungbestimmung zur Einkommensteuer herangezogen.

Manche Handwerker üben eine wissenschaftliche Lehrtätigkeit aus. Dies ist eine steuerbegünstigte freiberufliche Tätigkeit. Unterrichts an Grund-, Ober-, Hochschulen (Volkshochschule) sowie Berufs- und Fachschulen aller Art zählen zur wissenschaftlichen Lehrtätigkeit. Die Honorare aus dieser Tätigkeit sind als Einnahmen aus steuerbegünstigter freiberuflicher Tätigkeit zu behandeln. Lohnneinkünfte scheiden ebenfalls bei Anwendung der Tabelle zur Besteuerung der anderen Einkünfte aus. Diese Maßnahme stellt eine Vergünstigung dar, denn nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes wird jeder Lohnempfänger zur Einkommensteuer veranlagt, der noch Einkünfte von mehr als 720,— DM bezieht, von denen der Steuerabzug nicht vorgenommen wurde.

c) Einiges zu den Einkünften aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und den sonstigen Einkünften

Es wird auf §§ 20—23a des Einkommensteuergesetzes und die Ziffern 50 bis 59 der VR 1950 und die Ziffern 56 bis 64 der VR 1951 verwiesen. Besondere Beachtung verdient bei den Einkünften aus Kapitalvermögen die Ziffer 57 der VR 1951, nach welcher in großzügiger Weise Zinsen aus Spareinlagen unter bestimmten Voraussetzungen steuerfrei sind.

Wenn die Einnahmen aus Kapitalvermögen im Veranlagungszeitraum 1500,— DM nicht übersteigen und das Einkommen (nach Abzug des Pauschbetrags) nicht höher ist als 3000,— DM, ist ein Pauschbetrag von 200,— DM als Werbungskosten abzusetzen. Es wird in der Praxis schwierig sein, die 3000,— DM-Einkommengrenze zu ermitteln. Diese Grenze verläuft in der Tabelle zur Besteuerung der anderen Einkünfte bei Handwerkern — abgedruckt im Sonderheft „Verbesserungen der Handwerkssteuer“ — wie folgt:

Zeile und Spalte	vor der Abgrenzung		hinter der Abgrenzung	
	Steuersatz	Steuersatz	Steuersatz	Steuersatz
von über	17	17,5	19	19
"	2	5	19,5	21
"	3	5	19,5	21
"	4	4	21,5	23
"	5	4	21,5	23
"	6	3	23,5	25
"	7	3	23,5	25
"	8	2	24	26,5
"	9	2	24	26,5
"	10	1	—	28

Bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung ist zu beachten: Wenn ein Grundstück teils für den Handwerksbetrieb, teils zu Wohnzwecken oder anderen betrieblichen Zwecken genutzt wird, muß der Teil der Aufwendungen, der auf den Handwerksbetrieb entfällt, bei Ermittlung der Werbungskosten aus Vermietung und Verpachtung oder der Betriebsausgaben des anderen Betriebs teils ausgeschlossen werden. Falsch ist es, eine Eigenmiete des Handwerksbetriebs anzusetzen und die gesamten Aufwendungen bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung abzusetzen.

3. Zusammenveranlagung

Es gibt Handwerker, bei denen der andere Ehegatte oder die mit ihm zusammen zu veranlagenden Kinder Einkünfte beziehen. Dabei ist die Feststellung wichtig, ob Zusammenveranlagung oder getrennte Veranlagung stattfindet.

a) Zusammenveranlagung der Ehegatten
Ehegatten werden zusammen veranlagt, wenn

GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN

I, D | Seite 14

Handwerker

- aa) beide Ehegatten unbeschränkt steuerpflichtig sind, b) die Ehegatten nicht dauernd getrennt leben, c) keiner der Ehegatten Lohnneinkünfte oder Einkünfte aus steuerbegünstigter freiberuflicher Tätigkeit erzielt.
- Die Voraussetzungen zu aa) und b) müssen mindestens vier Monate im Veranlagungszeitraum bestanden haben.

Einige Beispiele:

1. Der Ehemann ist Handwerker und erzielt Mieteinkünfte. Die Ehefrau ist Masseuse. Es findet Zusammenveranlagung nach dieser Durchführungsbestimmung statt.
 2. Der Ehemann erzielt Mieteinkünfte. Die Ehefrau ist Damenschneiderin. Es findet Zusammenveranlagung nach dieser Durchführungsbestimmung statt.
 3. Der Ehemann ist Handwerker und Gastwirt. Die Ehefrau ist Handwerkerin und erzielt Mieteinkünfte. Es findet Zusammenveranlagung nach dieser Durchführungsbestimmung statt. Bei Anwendung der Tabelle werden sowohl die Beträge der Steuer des Handwerkers als auch die anderen Einkünfte beider Ehegatten addiert.
- Zur Abgabe der Steuererklärung ist in den Fällen, in denen beide Ehegatten Einkünfte erzielen, der Ehemann verpflichtet. Dieser gilt als Einkommensteuerpflichtiger.

b) Getrennte Veranlagung

Wenn getrennte Veranlagung vorzunehmen ist, muß festgestellt werden, wenn die Einkünfte zuzurechnen sind. Jedem Ehegatten sind die von ihm bezogenen Einkünfte zuzurechnen. Einkünfte, die Erträge aus Sachvermögen sind, sind dem Ehegatten zuzurechnen, der Eigentümer des Sachvermögens ist. Im Zweifelsfall sind die Einkünfte dem Ehemann zuzurechnen.

Einige Beispiele:

1. Der Ehemann ist Handwerker und erzielt Mieteinkünfte und Lohnneinkünfte. Die Ehefrau erzielt Lohnneinkünfte. Es findet getrennte Veranlagung statt. Der Ehemann entrichtet die Steuer des Handwerkers, die Mieteinkünfte des Ehemanns unterliegen der Besteuerung nach dieser Durchführungsbestimmung. Die Lohnneinkünfte des Ehemannes scheiden bei der Besteuerung nach dieser Durchführungsbestimmung aus. Die Ehefrau wird nicht veranlagt. Durch die entrichtete Lohnsteuer ist ihre Steuerschuld abgegolten.

2. Der Ehemann ist Lohnempfänger und erzielt Mieteinkünfte. Die Ehefrau ist Handwerkerin und betreibt eine Landwirtschaft. Es findet getrennte Veranlagung statt. Der Ehemann wird nach dem allgemeinen Steuerrecht zur Steuer herangezogen. Die Ehefrau unterliegt der Steuer des Handwerkers und mit ihren landwirtschaftlichen Einkünften der Einkommensteuer nach dieser Durchführungsbestimmung.

3. Der Ehemann ist Handwerker und Landwirt. Die Ehefrau ist Handwerkerin und Lohnempfängerin. Es findet getrennte Veranlagung statt. Beide Ehegatten entrichten die Steuer des Handwerkers. Der Ehemann entrichtet für seine landwirtschaftlichen Einkünfte Einkommensteuer nach dieser Durchführungsbestimmung. Die Ehefrau wendet diese Durchführungsbestimmung auf die Lohnneinkünfte nicht an.

Es ist also vorzuziehen festzustellen, ob Lohnneinkünfte oder steuerlich begünstigte freiberufliche Einkünfte erzielt werden.

Unter der Voraussetzung der unbeschränkten Steuerpflicht und des nicht dauernden Getrenntlebens findet Zusammenveranlagung statt, wenn sowohl der Handwerker als auch sein Ehegatte ausschließlich Einkünfte erzielen, die nicht Lohnneinkünfte und nicht steuerbegünstigte freiberufliche Einkünfte sind. Werden von einem oder beiden Ehegatten Lohnneinkünfte oder steuerbegünstigte freiberufliche Einkünfte neben handwerklichen Einkünften oder noch anderen Einkünften bezogen, dann findet immer getrennte Veranlagung statt.

- c) Zusammenveranlagung mit den Kindern

GRUPPEN VON ABGABENPFLICHTIGEN

I, D | Seite 15

Handwerker

Es wird auf Ziffer 63 Abs. 5 bis 9 der VR 1950 und auf Ziffer 68 Abs. 5 bis 9 der VR 1951 verwiesen.

4. Familienermäßigungen

Die Steuersätze der Tabelle entsprechen der Steuerklasse 1. Für jede weitere Steuerklasse, die dem Steuerpflichtigen nach dem Einkommensteuergesetz zusteht, wird die Einkommensteuer um je 120,— DM ermäßigt. Man unterscheidet Gattenermäßigung, Kinderermäßigung, Elternermäßigung, Altersermäßigung. Einzelheiten über die Familienermäßigungen können den Ziffern 64 bis 67 der VR 1950 und 69 bis 72 der VR 1951 entnommen werden. Außerdem ist die Anweisung Nr. 140/52 vom 27. Mai 1952 zu beachten.

Wenn die Voraussetzungen für die Gewährung einer Familienermäßigung nur für einen Teil des Kalenderjahres vorliegen, dann wird eine Ermäßigung von 10,— DM für jeden Monat gewährt, für den die Voraussetzungen für die Gewährung der Familienermäßigungen vorliegen. Gattenermäßigung wird nur gewährt, wenn in der Person des anderen Ehegatten verschiedene Voraussetzungen erfüllt sind, u. a. wenn seine Einkünfte nicht mehr als 780,— DM für 1950 540,— DM betragen haben. Erzielt der andere Ehegatte Einkünfte aus Handwerksbetrieb, dann wird als Gewinn aus dem Handwerksbetrieb das Sechstache des Grundbetrages und das 1,2fache der Zuschlagsteuer angesetzt.

C. Erhebung der Einkommensteuer auf die anderen Einkünfte**1. Wie erfolgt die Erhebung der Einkommensteuer auf die anderen Einkünfte?**

Die Einkommensteuer auf die anderen Einkünfte wird in Form der Differenzbesteuerung erhoben. Die Einkommensteuer auf das Gesamteinkommen ist zu ermitteln, davon ist die Einkommensteuer abzusetzen, die auf das Handwerkeinkommen entfallen würde, wenn dieses einkommensteuerpflichtig wäre. Die Differenz ist die Einkommensteuer auf die anderen Einkünfte. Auf eine Berücksichtigung der Staffelfung des Einkommensteuertarifs kann nicht verzichtet werden, da sonst eine ungerechtfertigte Begünstigung der Handwerker gegenüber allen anderen Steuerpflichtigen eintreten würde. Einzelheiten darüber können den in dem Sonderheft des Verlags „Die Wirtschaft“ erschienenen Aufsatz über die Besteuerung der anderen Einkünfte bei Handwerkern entnommen werden.

Bei der Ermittlung des Gesamteinkommens ist es nicht schwierig, die anderen Einkünfte zu ermitteln. Es ist nicht leicht, den Teil anzusetzen, der das Handwerkeinkommen darstellt. Die tatsächlich erzielten Einkünfte aus dem Handwerksbetrieb können nicht als Grundlage dienen, da sie infolge Wegfalls der Buchführungspflicht nicht festgestellt werden können. Da der Gewinn aus dem Handwerksbetrieb bei der Besteuerung nach dem Gesetz über die Steuer des Handwerkers normal ermittelt wird, können die anderen Einkünfte nach dem Zugabens der Buchführung nicht als Besteuerungsgrundlage dienen, selbst wenn sie ermittelt wurden. Als Grundlage der Einkünfte aus dem Handwerksbetrieb bei dieser Differenzbesteuerung kann also nur der normative Gewinn angesetzt werden.

Die Ermittlung des normativen handwerklichen Gewinns erfolgt durch Ermittlung des normativen Gewinns auf den Grundbetrag, auf die Zuschlagsteuer und auf die Handelssteuer des Handwerkers. Diese Ermittlung in jedem Einzelfall durchzuführen, würde für die Verwaltung und die Handwerker schwierig und zeitaufwendig sein. Der so ermittelte Normativgewinn des Handwerksbetriebs müßte den anderen Einkünften hinzugegerechnet werden; nach Abzug der Sonderausgaben wäre die Einkommensteuer auf das Einkommen zu ermitteln. Von dieser Einkommensteuer müßte der Teil abgesetzt werden, der auf das Handwerkeinkommen entfällt und in der Steuer des Handwerkers bereits (begünstigt) enthalten ist. Die Differenz wäre die Einkommensteuer auf die anderen Einkünfte. Die Abgabeverwaltung hat zur Vereinfachung des Verfahrens eine Tabelle entwickelt, aus der ohne Mühe der Steuersatz abzulesen ist, mit dem die Einkommensteuer auf die anderen Einkünfte erhoben wird.

Nachrichten für den Geld-u. Kreditverkehr

1952

10. September

Nr. 6

Inhalt:

	Seite
Kurzfristige Kredite — Sonderkredite an zentralverwaltete volkseigene Industriebetriebe	(925) 17
Strafgebühr für nicht abgeführte Umlaufmittelüberschüsse	(926) 18

Kurzfristige Kredite — Sonderkredite an zentralverwaltete volkseigene Industriebetriebe

Um den Antragsweg für Sonderkredite zu verkürzen, räumen wir den Bezirksfilialen bestimmte Kompetenzen ein, die auf die Niederlassungen übertragen werden können. Wir treffen folgende Regelung:

I. Kompetenzen

1. Bezirksfilialen

- a) Sonderkredite zur Finanzierung von Importmaterial und zeitweiligen Überbeständen an Einsatzmaterial aus anderen Gründen Kompetenz 100 000,— DM
- b) Sonderkredite zur Finanzierung von Zusatzaufträgen außerhalb der Produktionsauflage
Kompetenz 250 000,— DM
- c) Sonderkredite zur Finanzierung der durch vorübergehende Produktionsschwierigkeiten entstandenen Überbestände an Halbfabrikaten Kompetenz 250 000,— DM.

2. Niederlassungen

Die Bezirksfilialen werden ermächtigt, innerhalb der vorstehend genannten Beträge ihren Niederlassungen Kompetenzen zu übertragen. Bei der Auswahl der Niederlassungen ist die Qualifikation der Mitarbeiter besonders zu beachten.

II. Voraussetzung für die Gewährung von Sonderkrediten innerhalb der Kompetenzen

Zu I/1a:

Das zu beleihende Importmaterial muß ausschließlich in dem den Kredit beantragenden VEB innerhalb eines Jahres benötigt werden; die fachlich zuständige DHZ kann es nicht finanzieren. (Entsprechende Bescheinigungen sind beizubringen.)

Auch für andere zeitweilige Überbestände an Einsatzmaterial kann Kredit gewährt werden, wenn die Rückführung in den Planbestand sichergestellt und an Hand des Finanzierungsplans einwandfrei nachgewiesen ist. Als andere Gründe für die Beleihung von Überplanbeständen an Einsatzmaterial können z. B. gelten:

Überbestände wegen erfolgter Änderungen der Produktionsauflagen,

Überbestände durch gegenüber der Planung wertmäßig höheren Materialeinsatz.

Bereits in den Erläuterungen zum Kreditplan für das III. Quartal hatten wir auf diese Möglichkeit hingewiesen; in unserem diesbezüglichen Schreiben vom 28. Juli 1952 an die ehemaligen Landeszentralen heißt es:

„Wir bitten, bei Überprüfung der Sonderkonten und künftigen Umbuchungen, soweit sie ihre Ursache in Überplanbeständen an Einsatzstoffen haben, festzustellen, ob es sich um zeitweilige Planüberschreitungen handelt, die von uns durch Sonderkredite mit festen Terminen finanziert werden können.“

Zu I/1b:

Es muß der Nachweis einer zusätzlichen Auflage erbracht werden. Errechnung der Kredithöhe nach der bekannten Formel (Selbstkosten der Zusatzaufgabe umgerechnet auf Jahresselbstkosten, geteilt durch Umschlagzahl).

Zu I/1c:

Nur dann dürfen Halbfabrikate beliehen werden, wenn die Lieferung der zur Fertigstellung benötigten Teile vertraglich sichergestellt ist. Bei der Entscheidung über derartige Anträge ist ein strenger Maßstab anzulegen.

III. Antragsweg

Der in Frage kommende Betrieb richtet den Antrag an die für ihn zuständige Niederlassung. Der Antrag hat bereits eine Befürwortung der übergeordneten VVB (bei D-Betrieben der fachlichen HV) zu tragen. Die Niederlassung leitet den Antrag nebst

- a) Kreditberechnung,
- b) letztem Finanzbericht FM (I/V 2) und
- c) Finanzierungsplan mit
- d) eigener Stellungnahme

ihrer Bezirksfiliale zu (Kreditberechnung, FM-Bericht und Finanzierungsplan in doppelter Ausfertigung).

Die Bezirksfiliale prüft den Antrag besonders dahingehend, ob die Rückzahlung nach dem eingereichten Finanzierungsplan gesichert ist und die Angaben des Betriebes den Tatsachen entsprechen.

Eine Ausfertigung der Kreditberechnung, des FM-Berichtes und des Finanzierungsplanes leitet die Bezirksfiliale im Falle der Genehmigung an die Zentrale weiter. Sie hat gleichzeitig der Zentrale die wichtigsten Daten des Sonderkreditantrages (soweit sie nicht aus den anderen eingereichten Unterlagen hervorgehen) bekanntzugeben.

Um das mit dieser Regelung verfolgte Ziel tatsächlich zu erreichen, muß eine Entscheidung über Sonderkreditanträge von den Bezirksfilialen spätestens innerhalb von 14 Tagen nach Antragstellung getroffen werden.

IV. Limitzuweisung

Die Niederlassungen erholen sich in Höhe der durch die Bezirksfilialen genehmigten Sonderkredite durch die Dekadenmeldungen. Die Bezirksfilialen verfahren analog.

V. Ausnahmen

Sonderkreditanträge der in das Volkseigentum überführten SAG-Betriebe fallen nicht unter diese Regelung; dergleichen können Verlängerungsanträge über bereits von den Bezirksfilialen bzw. den Niederlassungen innerhalb ihrer Kompetenz zugesagten Sonderkredite nicht von ihnen entschieden werden. Solche Anträge sind auf dem üblichen Wege (über VVB an HV, Durchschrift über Bezirksfiliale an uns) zu stellen.

Berlin, den 18. August 1952

Deutsche Notenbank

(925) 17

NACHRICHTEN FÜR DEN GELD- UND KREDITVERKEHR**Deutsche Notenbank****Betr.: Strafgebühr für nicht abgeführte Umlaufmittelüberschüsse**

Auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 31. Juli 1952 wird die Deutsche Notenbank beauftragt, von den volkseigenen Betrieben, die nicht abgeführte Umlaufmittelüberschüsse aufweisen, eine 1prozentige Strafgebühr pro Monat auf den Umlaufmittelüberschuß zu erheben. Die Strafgebühren sind monatlich an den Staatshaushalt abzuführen.

Die Leiter der Betriebe und die Haupt- (Ober-)Buchhalter sind persönlich verantwortlich und verlieren bei Nichterfüllung dieser Auflage Anspruch auf Prämien. Zur Durchführung dieses Beschlusses erläßt die Deutsche Notenbank folgende Anweisung:

1. Berechnungsgrundlage:

- a) für Industrie bestätigter Richtsatzplan 1952 und Verkehr: Finanzbericht FM (I/V 2),
- b) für Handel: bestätigter Richtsatzplan 1952 Finanzbericht FM (H),
- c) für MAS: bestätigter Richtsatzplan 1952 Finanzbericht FM (MAS-W) bzw. FM (MAS-St.),
- d) für VEG: kann zunächst eine Strafgebühr nicht berechnet werden, da die VEG nur einen Grundmittelfonds ausweisen und eine Trennung in Anlage- und Umlaufmittelfonds zur Zeit nicht möglich ist.

Sofern ein bestätigter Richtsatzplan für 1952 noch nicht vorliegt, ist als Berechnungsgrundlage zunächst der vorläufige Richtsatzplan bis zum Eintreffen des bestätigten 1952er Planes heranzuziehen.

2. Berechnungsart:

Die Umlaufmittelausstattung für 1952 ist vom Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Jahresdurchschnitt vorgenommen worden. Demzufolge ist für die Errechnung des Umlaufmittelüberschusses auch der planmäßige Umlaufmittelfonds nach dem Jahresdurchschnitt zugrunde zu legen.

Eine Ausnahme bilden die Betriebe des Staatssekretariats für Nahrungs- und Genußmittelin-dustrie (Saisonbetriebe), die die Umlaufmittelausstattung nach dem produktionschwächsten Quartal erhalten. Für diese Betriebe ist deshalb der planmäßige Umlaufmittelfonds nach dem produktionsschwächsten Quartal als Berechnungsgrundlage anzusehen.

Die Strafgebühr von 1% ist für jeden vollen Kalendermonat nach dem zum Monatschluß vorhandenen Umlaufmittelüberschuß zu berechnen. Der Berechnungszeitraum beginnt ab 31. Juli 1952, so daß erstmalig per ultimo August für den Monat August zu berechnen ist.

Beispiel:

Umlaufmittelfonds-Soll TDM 290
 Umlaufmittel-Ist lt. FM-Bericht per 31. Juli . . . TDM 360
 Umlaufmittel-Ist lt. FM-Bericht per 31. August . . TDM 350
 somit ist 1% auf 60 TDM = 600,— DM Strafgebühr zu berechnen.

3. Abführung**a) des Umlaufmittelüberschusses**

Nach unseren Anweisungen ist ein bestehender Umlaufmittelüberschuß bereits in der Kreditberechnung kreditmindernd zur berücksichtigen. Deshalb kann auch bei Bestehen überfälliger Kredite die Abführung dieses Umlaufmittelüberschusses vorgenommen werden, weil dadurch die Kürzung aufgehoben wird und sich das Sonderkonto „überfälliger Kredit“ nicht erhöht.

b) der Strafgebühren

Die Strafgebühren sind von der örtlichen Niederlassung zu berechnen und ohne Auftrag unter Aufgabe an den Betrieb zu belasten sowie abzuführen. Die Abführung hat zu erfolgen auf das Konto

Nr. 11 08 000 Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik bei der Deutschen Notenbank Berlin

mit ausdrücklicher Angabe des Verwendungszweckes:

„Strafgebühren für nicht abgeführte Umlaufmittelüberschüsse“.

Die Berechnung und Abführung der Strafgebühren hat unmittelbar nach Vorliegen des Finanzberichtes zu erfolgen. Die Abbuchung und Abführung dieser Strafgebühren ist auch bei Bestehen von Sonderkonten überfälliger Kredite vorzunehmen.

4. Örtliche volkseigene Wirtschaft

Die vorstehenden Bestimmungen gelten sinngemäß auch für die örtliche volkseigene Wirtschaft. Die Strafgebühren sind ebenfalls dem unter Ziffer 3) erwähnten Konto unmittelbar zuzuführen.

Berlin, den 3. September 1952

Deutsche Notenbank

Dewey Dr. Zschüntzsch

Berichtigung

In den Nachrichten für den Geld- und Kreditverkehr in Nr. 16, S. 14 (870) ist ein sinnentstellender Druckfehler enthalten. Es muß in der rechten Spalte, 2. Abs., richtig heißen: „Bei teilweisen Akzepten erhält der Verkäufer eine Mitteilungs . . .“

Preisnachrichten

1952

10. September

Nr. 6

Inhaltsübersicht

	Seite		Seite
Zeitraum der Gültigkeit von Preisbewilligungen.....	(927) 11	Erläuterung zur Festpreisverfügung 2222/0002 vom 1. Februar 1951	(927) 11
Preisbildung des Handels für aufgearbeitete Materialien und Artikel.....	(927) 11	Preisverordnung Nr. 241 vom 16. Mai 1952 — Verordnung über die Preisbildung für gebrauchtes Getränke- und Verpackungsglas im Altstoff- und Lebensmittelhandel (GBl. S. 420 ff.).....	(928) 12
Anwendung der Bestimmungen der Preisverordnung Nr. 233 vom 5. März 1952.....	(927) 11		

Zeitraum der Gültigkeit von Preisbewilligungen

Es sind Unklarheiten darüber aufgetreten, ob eine Einzelpreisbewilligung im Hinblick auf den Zeitraum ihrer Gültigkeit auf den Zeitpunkt der Lieferung der Ware, der Rechnungsausstellung oder der Produktion der preisbewilligten Erzeugnisse abgestellt ist.

Hierzu wird klargestellt, daß für die Anwendungsmöglichkeit der Preisbewilligung der Zeitpunkt der Lieferung oder Leistung maßgebend ist. Wenn z. B. einem Betrieb eine Preisbewilligung erteilt ist, die am 1. April 1952 in Kraft getreten ist und am 31. Dezember 1952 außer Kraft tritt, dann können die in dieser Preisbewilligung festgelegten Preise für sämtliche in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1952 erfolgten Lieferungen dieser preisbewilligten Erzeugnisse berechnet werden.

Berlin, den 5. August 1952

HZ. 2131/210

Preisbildung des Handels für aufgearbeitete Materialien und Artikel

In unserem Schreiben vom 9. November 1951 ist erklärt worden, daß der Handel berechtigt ist, in den Fällen, in denen verkaufsunfähige Materialien und Artikel zu ermäßigten Preisen von Betrieben gekauft und durch zusätzliche Bearbeitung wieder in einen verkaufsfähigen Zustand versetzt werden, er den für das Erzeugnis gesetzlich zulässigen Preis berechnen darf, der für das qualitätsmäßig gleiche Erzeugnis im Handel gültig ist.

Um aufgetretene Zweifel zu beseitigen, wird klargestellt, daß der gesetzlich zulässige Preis unter Beachtung der Bestimmungen der Gebrauchtwarenverordnung vom 21. Januar 1942 zu ermitteln ist, wobei in keinem Falle 75 % des zulässigen Preises für gleichartige oder vergleichbare neue Waren überschritten werden dürfen.

Berlin, den 4. August 1952

BZ. 2131/212

Betr.: Anwendung der Bestimmungen der Preisverordnung Nr. 233 vom 5. März 1952 — Verordnung über Lieferungs- und Zahlungsbedingungen beim Geschäftsverkehr der privaten Betriebe mit der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft (GBl. S. 204) — beim Geschäftsverkehr privater Betriebe untereinander im Rahmen von Vertragsbeziehungen mit dem staatlichen und genossenschaftlichen Handel

Mit unserem Schreiben vom 14. Mai 1952, Az. 2131/22, ist klargestellt worden, unter welchen Voraussetzungen private Produktionsbetriebe berechtigt sind, die Bestimmungen der PVO Nr. 233 vom 5. März 1952 anzuwenden.

Es sind Zweifel aufgetreten, ob die Bestimmungen der PVO Nr. 233 vom 5. März 1952 auch dann wirksam werden, wenn die Lieferung von Waren in der Form erfolgt, wie sie in unserem Schreiben vom 14. Mai 1952, Az. 2131/22, abgedruckt in Preisnachrichten Nr. 3 vom 1. Juni 1952 — Deutsche Finanzwirtschaft Heft 11, Seite 591, aufgezeigt ist, ein Vertragsverhältnis des staatlichen oder genossenschaftlichen Handels mit dem privaten Empfängerbetrieb (Konfektionär) zur Zeit der Lieferung der Waren bzw. Rechnungserteilung jedoch nicht besteht.

Wenn der staatliche oder genossenschaftliche Handel im Rahmen eines Vertragsverhältnisses mit einem privaten Produktionsbetrieb diesem den Auftrag erteilt, Waren aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar an einen weiteren privaten Betrieb zu liefern und diese Waren nicht gleichzeitig Gegenstand eines Vertrages zwischen demselben Betrieb des staatlichen oder genossenschaftlichen Handels und dem privaten Empfängerbetrieb sind, dann werden die Bestimmungen der PVO Nr. 233 vom 5. März 1952 nur zwischen dem privaten Lieferbetrieb und dem staatlichen

oder genossenschaftlichen Handel wirksam. In diesem Fall ist der staatliche oder genossenschaftliche Handel zur Bezahlung der Ware innerhalb der 15-Tage-Frist verpflichtet.

Berlin, den 4. August 1952

AZ. 2131/22

Erläuterung

zur Festpreisverfügung 2222/0002 vom 1. Februar 1951

Zur Beseitigung bestehender Unklarheiten bei der Ermittlung der Schwierigkeitsgrade nach der Festpreisverfügung 2222/0002 vom 1. Februar 1951 gelten ab 1. Januar 1953 folgende Erläuterungen:

Zu II:

1. Form

Bei der Einpunktierung sind sowohl Abguß als auch Form und Modell zu berücksichtigen. Daraus ergeben sich die Merkmale einfach, schwierig, sehr schwierig.

a) einfach glatt

darunter sind solche Gußteile zu verstehen, die minimale Vertiefungen oder Buckel bis zu 3 mm Höhe bei senkrechtem und bis zu 5 mm bei konischem Wandverlauf aufweisen und somit keine Formschwierigkeiten zur Folge haben, wie Knüppel, Platten, Blöcke, Kontergewichte (s. Punktbewertungskatalog Blatt 12—19),

b) schwierig, Ballen oder Rippen oder sperrig oder Ansteckteile

Unter schwierig versteht man Gußteile, die vom Former ein gewisses Können verlangen.

Ballen oder Rippen bedingen größtenteils die Verwendung von Sandhaken oder Formstiften, das gleiche gilt für Ansteckteile. Sperrig sind Teile, die durch ihre abnorme Form einen größeren Formkasten benötigen (s. Punktbewertungskatalog Blatt 20—43),

c) sehr schwierig.

Beispiele siehe Punktbewertungskatalog Blatt 75—87,

e) dreiteilige Form.

Darunter ist getrenntes Abteilen der Formen zu verstehen (s. Punktbewertungskatalog Blatt 44),

f) schwierig (Kernführung, an einer Seite Unterstützung). Dieser Punkt kann nur Anwendung finden, wenn der Kern in die Marke eingeführt wird, ein Halt durch die Kernmarke nicht gegeben ist und das Abfangen von unten und an der Seite durchgeführt werden muß. Ein Anspruch auf den Zusatzpunkt ist nicht gegeben, wenn durch Einsetzen von Kernstützen die Wandstärken reguliert werden (s. Punktbewertungskatalog Blatt 47),

g) kompliziert (Einhängung von Kernen, welche im Oberkasten mitgenommen werden usw.).

Hierunter fallen alle Gußteile, wo die Kerne im Oberkasten durch Verschrauben oder Verkebellen befestigt werden und beim Zulegen des Oberkastens verbunden sind.

Eine einfache Befestigung von Kernen im Oberkasten mittels Formstiften sowie das Befestigen des im Unterkasten eingelegten Kernes mittels Draht, wo der Draht nur beim Zulegen der Form im Oberkasten eingeführt wird, gilt nicht als kompliziert

(s. Punktbewertungskatalog Blatt 10—11).

2. Wandstärke

Eine genaue Abmessung der Wandstärken ist unbedingt erforderlich. Bei unterschiedlichen Wandstärken gilt immer die Wandstärke, welche die größte Fläche des Stückes ergibt.

(927) 11

PREISNACHRICHTEN**Beispiel:**

Ein Gußstück ist zu 55 % dickwandig, die übrigen 45 % mittel und dünn, dennoch wird nur dickwandig bewertet und es gibt dafür keinen Punkt. Das gleiche gilt bei allen übrigen Wandstärken. Da in der Verfügung kein Hinweis über die Wandstärke für Gußstücke unter 5 kg gegeben ist, sind folgende Richtlinien zu beachten:

- a) dick über 20 mm Wandstärke 0 Punkte,
 - b) über 8--20 mm Wandstärke, jedoch nicht unter 5 kg Stückgewicht 1 Punkt,
 - c) von 5--8 mm Wandstärke, über und unter 5 kg Stückgewicht 2 Punkte,
 - d) sehr dünn bis 5 mm Wandstärke, über und unter 5 kg Stückgewicht 3 Punkte.
- Bei Stahlguß ist analog zu verfahren.

3. Kernaarbeit**a) einfachste.**

Hier gilt als einfachst der glatte Bohrkern und einfache eckige Kerne sowie alle Kerne, die einen einfachen Arbeitsvorgang benötigen

(s. Punktbewertungskatalog Blatt 7a),

b) gewöhnliche Kerne.

Gewöhnliche Kerne sind solche, die durch ihre Herstellung keine besondere Vorrichtung benötigen, wie Füllkästen, Lehren usw. (gilt auch für einfachstes Schablonieren kleiner Kerne)

(s. Punktbewertungskatalog Blatt 7b),

c) schwierig.

Darunter fallen solche Kerne, die gewendet werden oder Kerne, die durch ihre besondere Konstruktion zusammengesetzt oder geklebt werden, wie Kerne für Zylinderblöcke, Laufräder usw. Laufräder und Teile, wo Füllkästen und Lehren benötigt werden

(s. Punktbewertungskatalog Blatt 7c),

d) sehr schwierig.

Unter sehr schwierig fallen Kerne in Segmentarbeit, mehrfaches Schablonieren mit verschiedenen Schablonen, Großkerne

(s. Punktbewertungskatalog Blatt 9),

Beispiel:

Ein Gußstück im Gewicht von 1000 kg enthält folgende Kerne: 3 schwierig, 4 gewöhnlich, 2 einfach.

Hier gilt als Grundlage schwierig = 3 Punkte (gilt auch, wenn nur ein schwieriger Kern vorhanden wäre).

Hinzu kommen gemäß § 3 f zwei Zusatzpunkte.

i) Bei Verwendung von Kerneisen.

Dieser Zusatzpunkt gilt für gegossene Kerneisen, kann jedoch auch bei Drahtkerneisen in Anwendung kommen, wenn diese zusammengeschweißt oder besonders verformt werden

(s. Punktbewertungskatalog Blatt 9),

4. Fertigung**a) mit Formmaschine.**

Gußteile, die bereits auf Formmaschine gefertigt wurden, können bei Bestellungen bis zu 5 Stück als Handguß berechnet werden,

d) stehender Guß.

Als stehend gegossen gelten solche Gußteile, die liegend geformt und stehend in einer Formgröße gegossen werden,

e) Schablonenguß einfach.

Hierunter fallen Riemenscheiben, Deckel sowie alle Teile, die sich leicht und einfach schablonieren lassen,

g) Trockenguß.

Hier wird besonders darauf hingewiesen, daß der Zusatzpunkt nur dort angewandt wird, wo eine Trocknung der Form unbedingt erforderlich ist,

j) bei schwierigen und besonders umfangreichen Putzarbeiten.

Dieser Zusatzpunkt kann nur angewandt werden, wenn es sich um ein großes Gußteil handelt, wo die Kerne mit Preßlufthammer entfernt werden oder solche Teile, die tatsächlich umfangreiche Putzarbeit bedingen, wie

verschiedene Zylinderblöcke und wo viele Kanäle besonders gereinigt werden müssen

b) Abstechen von verlorenen Köpfen zusätzlich nur bei Grauguß.

Als verlорener Kopf gilt nicht, wenn derselbe durch Abschlagen entfernt werden kann. Dieser Zusatz wird nur anerkannt, wenn die Entfernung durch Absägen oder Abbrengen in der Gießerei selbst erfolgt. Bei Mitlieferung des verlorenen Kopfes darf dieser nur zum Schrottwert in Rechnung gestellt werden.

5. Qualität und besondere Bedingungen

Die unter a) bis d) angeführten Qualitäten und besonderen Bedingungen werden nur anerkannt, wenn sie vom Auftraggeber schriftlich bestellt werden.

7. Besondere Abnahmebedingungen:

Die Ausstellung der Genehmigung erfolgt auf Grund einer Prüfung, bei der der zurückgesandte Ausschuß vorgelegt werden muß.

Zu V:

Ziff. 1 wird ergänzt:

f) Grau-, Stahl- und Temperguß über 5000 kg.

2. Hierzu ist die Abrechnung der Gießereibetriebe für jedes erste Halbjahr des Planjahres in der Zeit vom 1. August bis 15. Oktober einzureichen.

Die volkseigenen Gießereien können den in den Erläuterungen genannten Punktbewertungskatalog ab Januar 1953 bei VVB GUS, Leipzig C 1, Barfußergäßchen 12, beziehen.

Betr.: Preisverordnung Nr. 211 vom 16. Mai 1952 — Verordnung über die Preisbildung für gebrauchtes Getränke- und Verpackungsglas im Altstoff- und Lebensmittelhandel (GBI. S. 420 ff.)

Zu der im Schreiben vom 13. Juni 1952 (Az. 2333/0241) behandelten Frage sind einige weitere Zweifel aufgetreten. Dieselben werden zusammenfassend wie folgt klargestellt:

1. Beliefert die Anfallstelle, der Altstoffsammler und der Lebensmittel Einzelhandel direkt die Hersteller- und Abfüllbetriebe mit gebrauchtem Getränke- und Verpackungsglas, so können diese Hersteller- und Abfüllbetriebe im Interesse des notwendigen Rücklaufs bis zu den im § 2 (2), in den Spalten 3 und 4 — S. 422 — genannten Höchstpreisen die Rückgabe vergüten, wobei die Hersteller- und Abfüllbetriebe nicht verpflichtet sind, für sie nachweisbar nicht verwendbare Formen und Größen abzunehmen.

2. Geben die Hersteller- und Abfüllbetriebe ihre Erzeugnisse unmittelbar an die Anfallstelle und den Lebensmittel Einzelhandel ab und nehmen gebrauchtes Getränke- und Verpackungsglas ebenfalls unmittelbar zurückhalten,

a) die Anfallstellen die im § 1, Spalte 3 — S. 421 —, genannten Festpreise,

b) der Lebensmitteleinzelhandel die im § 2 (1), in den Spalten 3 und 4 — S. 421 — genannten Höchstpreise.

3. Die in den Spalten mit der Bezeichnung „sortiert“ festgelegten Preise gelten nur dann für Flaschen und Gläser, wenn mindestens 2000 Stück derselben Art und Form in einer geschlossenen Sendung an den Abnehmer weitergeliefert werden. Lieferungen in kleineren Mengen werden als unsortiert abgenommen und sind mit den in den Spalten mit der Bezeichnung „unsortiert“ festgelegten Preisen zu vergüten.

4. Für alle in den Spalten „Sorte“ im § 1, § 2, (1) und (2) — S. 421 und 422 — nicht genannten Flaschen- und Glasgrößen ist der Lebensmitteleinzelhandel nicht verpflichtet, sich in den Rücklauf einzuschalten. Der Rücklauf dieser Sorten ist vom Altstoffhandel durchzuführen, deren Höchstpreise und Lieferungsbedingungen im § 3 (1) — S. 422 — geregelt sind.

5. Die Preisverordnung Nr. 241 wurde vom Magistrat von Groß-Berlin, Oberfinanzdirektion, Hauptamt Preis, in vollem Umfang übernommen und hat daher im Bereich des demokratischen Sektors von Groß-Berlin ebenfalls Gültigkeit.

Berlin, den 31. Juli 1952 — Az. 3421/0241.

Fortsetzung von Seite 920

Maßnahmen zur endgültigen Reorganisation des gesamten Bankwesens ergriffen, die den Zweck hatten, die Geld- und Kreditpolitik des Landes den neuen wirtschaftspolitischen Verhältnissen anzupassen.

In Rumänien bestanden Banken verschiedenster Art, von denen der größte Teil einen lokalen Charakter trug, wobei es — mit Ausnahme von Siebenbürgen — keine Genossenschaftsbanken gab. Das im August 1948 erlassene Dekret verfügte die Auflösung und Liquidierung der meisten bis dahin bestehenden Banken und Kreditinstitute, wobei es völlig belanglos war, ob ihr Kapital aus öffentlichen oder privaten Mitteln stammte.

Nach dem Erlass des Dekrets konnten lediglich folgende Bankinstitute ihre Tätigkeit fortsetzen:

1. Rumänische Nationalbank;
2. Societatea Nationala de Credit Industrial; sie gewährt insbesondere Investitionskredite mit industriellem Charakter;
3. Cassa de Economi si Cuori Postale (C. E. C.); sie führt bargeldlose Umsätze durch;
4. Cassa de Depuneri si Consemnatiumis; sie betreibt das Sparkassengeschäft;
5. Bank- und Kreditinstitute, die auf Grund einer besonderen Vereinbarung zwischen Rumänien und anderen Staaten geschaffen wurden und deren Kapital Eigentum beider Staaten ist. Es handelt sich dabei praktisch um die sowjetisch-rumänischen Banken, die den Unternehmen mit gemeinsamem sowjetischem und rumänischem Kapital Kredite gewähren.

Gemäß dem Dekret vom August 1948 wurde von diesem Zeitpunkt ab die Gründung neuer Bankinstitute untersagt. Den bestehenden Kreditinstituten ist ohne Genehmigung des Finanzministeriums, die im Einvernehmen mit der Rumänischen Nationalbank erteilt wird, verboten, ihre Satzungen und ihre Aufgabenart zu ändern oder ihren Betrieb zu vergrößern oder neue Filialen und Agenturen zu gründen.

Zum Abschluß der Reorganisation des Bankwesens wurde am 15. November 1948 ein Gesetz erlassen, auf Grund dessen die Rumänische Nationalbank in die Staatsbank umgewandelt wurde. Die Satzung der Staatsbank entspricht ganz den Erfordernissen der sozialistischen Wirtschaft; einige Bestimmungen der Satzung der früheren Nationalbank wurden übernommen.

Polen

Anm. d. Red.: Wir verweisen unsere Leser auf den Artikel „Das Bankensystem der Volksrepublik Polen“⁽¹⁾, der eine wertvolle Ergänzung zu dem in diesem Abschnitt behandelten Thema bildet. Bei der nachfolgenden Darstellung haben wir uns daher lediglich auf eine kurze Behandlung der wesentlichen Merkmale des polnischen Bankensystems beschränkt.

Das jetzige Bankensystem in der Volksrepublik Polen entspricht in seiner Struktur den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes. Der Aufbau des neuen polnischen Bankenapparates begann bereits 1945 durch die Gründung der Polnischen Nationalbank. Das Dekret über die Bankenreform vom 25. Oktober 1948, das durch Gesetz vom 22. März 1951 neugefaßt wurde, bildet die Grundlage für die Arbeit der polnischen Banken.

Das zentrale Bankeninstitut des Landes ist die Polnische Nationalbank, die folgende Funktionen ausübt:

- a) Lenkung des gesamten Geld- und Kreditverkehrs sowie Durchführung des Zahlungsverkehrs bei in- und ausländischen Umsätzen,

¹⁾ DFW 1951, II. Halbb., Heft 23, Seite 499.

- b) Emission von Geldzeichen,

- c) Durchführung der Kassengeschäfte des Staatshaushalts,

- d) Versorgung der Wirtschaft mit Umlaufmitteln, unmittelbar oder durch Vermittlung anderer Banken,

- e) Finanzkontrolle der sozialistischen Betriebe.

Neben der Polnischen Nationalbank bestehen noch Spezialbanken, denen bestimmte Aufgaben übertragen wurden. Dazu gehören: die Investitionsbank, die Agrarbank, die Kommunalbank, die Allgemeine Sparkasse, die Handelsbank und die Bank Polnische Fürsorgekasse. Außerdem bestehen noch auf dem Lande Genossenschaftskassen, die als Hilfsorgane der Agrarbank tätig sind und Geldgeschäfte für den bäuerlichen Sektor der Wirtschaft durchführen.

Zusammenfassend können die wesentlichsten Merkmale des polnischen Bankensystems wie folgt charakterisiert werden:

- a) Der Bankenapparat ist vollständig nationalisiert und dem Finanzministerium als der zentralen Stelle untergeordnet,
- b) die Tätigkeit der Banken beruht auf dem Grundsatz der Planung und erfüllt die durch den Volkswirtschaftsplan festgelegten Aufgaben,
- c) der gesamte Geldumlauf wird zentral von der Polnischen Nationalbank, die zugleich die einzige Emissionsbank ist, gelenkt,
- d) die Banken kontrollieren durch die Gewährung von kurzfristigen Krediten die gesamte Tätigkeit der sozialistischen Wirtschaft. Das Kreditsystem ist einheitlich organisiert und dient ausschließlich den Erfordernissen des wirtschaftlichen Aufbaues.

Ungarn

Die Umgestaltung des ungarischen Bank- und Kreditwesens, entsprechend den neuen ökonomischen Verhältnissen, nahm ihren Anfang mit der Verstaatlichung der Ungarischen Nationalbank (Gesetz vom 25. Mai 1947), wobei alle übrigen Bankinstitute einer Kontrolle der speziell zu diesem Zweck eingesetzten Kommissare unterworfen wurden. Im weiteren Verlauf der Reorganisation des Bankwesens wurden eine Reihe von Banken nationalisiert, die jedoch mit Rücksicht auf die erhebliche ausländische Kapitalbeteiligung vorübergehend ihre bisherige Rechtsform behielten. Die Verstaatlichung dieser Banken erfolgte durch den Aufkauf der im Besitz der ausländischen Inhaber befindlichen Aktien. Erst mit dem im März 1948 im ungarischen Parlament beschlossenen Gesetz, wonach etwa 85 Prozent der gesamten Industriebetriebe verstaatlicht wurden, waren die Grundlagen einer umfassenden Reorganisation des ungarischen Bank- und Kreditwesens in Übereinstimmung mit den planwirtschaftlichen Zielsetzungen geschaffen. Die Nationalisierung des gesamten Bankwesens wurde dann auf Grund der vom Ministerrat am 23. April 1948 beschlossenen Anordnung durchgeführt.

Die dominierende Stellung im ungarischen Bankwesen nimmt die Ungarische Nationalbank ein. Sie hat das ausschließliche Recht, Geldzeichen auszugeben, versorgt die Volkswirtschaft mit den erforderlichen Umlaufmitteln, kontrolliert sämtliche Wirtschaftszweige, sammelt Einlagen und überschüssige Umlaufmittel des ganzen Landes und leitet die Devisenpolitik.

Die frühere Allgemeine Ungarische Kreditbank, die hauptsächlich Kredite an Industriebetriebe gewährte, wurde in die Investitionsbank umgewandelt. Ihre Aufgabe besteht in der Finanzierung der Investitionen sowie in der Kontrolle einer richtigen Verwendung der Investitionsmittel.

Neben den zwei genannten Banken bestehen noch folgende Bankinstitute:

1. die genossenschaftliche Kreditbank versorgt kleine Privatbetriebe der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft sowie die genossenschaftlichen Organisationen mit Umlaufmitteln und Krediten;
2. die Außenhandelsbank hat das Monopol in der Finanzierung des Außenhandels;
3. das gesamte Netz der Geldinstitute, denen die Sammlung von Spareinlagen obliegt, wird durch die Ungarische Nationalbank — die eine Reihe von kleineren Bankunternehmen übernommen hat — und durch die Postsparkasse geleitet, die noch besondere Abteilungen für Giroeinlagen unterhält. Zwischen der Postsparkasse und der Ungarischen Nationalbank besteht enge Zusammenarbeit.

Geld- und Kreditinstitute, die dem neuen Charakter der ungarischen Wirtschaftspolitik widersprechen, werden schrittweise liquidiert.

Trotz der radikalen Reorganisation der Banken und trotz erheblicher technischer Schwierigkeiten, die sich anfangs ergaben, hat sich das neue Bankwesen in Ungarn gut bewährt.

Tschechoslowakei

Nach der 1948 durchgeführten Bankenreform behielt das tschechoslowakische Geld- und Kreditsystem noch eine Reihe besonderer Merkmale, die es von dem Bankwesen anderer volksdemokratischer Länder unterscheiden. Eine dieser Besonderheiten bestand vor allem darin, daß die Tschechoslowakische Nationalbank, die das ausschließliche Recht besitzt, Geldzeichen auszugeben, keine Kredite an Betriebe direkt gewährte, sondern daß sie lediglich die für diesen Zweck geschaffenen Bankinstitute refinanzierte. Außerdem hatte die Tschechoslowakische Nationalbank nicht den Charakter eines allgemeinen, zentralen Geldinstitutes. Diese Funktion übte vielmehr die Postsparkasse aus.

Diese Struktur hat sich jedoch in der Praxis nicht bewährt, weil die sozialistische Wirtschaft einer stärkeren Zentralisation der Bankinstitute bedarf und eine enge Bindung der Geldpolitik mit der Produktion und der Zirkulation erfordert. Als ungünstig erwies sich vor allem die Konzentration der vorübergehend freien Geldmittel bei der Postsparkasse statt bei der Notenbank, d. h. dem Kreditinstitut, dem die Finanzierung der Wirtschaft obliegt.

Das am 9. März 1950 erlassene Gesetz hat diese Mängel beseitigt. Auf Grund dieses Gesetzes wurde die Tschechoslowakische Staatsbank geschaffen, die neben der Investitionsbank das Fundament des gesamten tschechoslowakischen Bankwesens bildet.

Die Staatsbank als Anstalt des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit wurde am 1. April 1950 gegründet. Die Übernahme aller Rechte und Pflichten sowie die Aufgaben der früheren Tschechoslowakischen Nationalbank, der Postsparkasse, der „Ziwnostenska Banka“ und der „Slownska Tatra Banka“ erfolgte schrittweise.

Entsprechend den Satzungen übt die Tschechoslowakische Staatsbank folgende Funktionen aus:

1. sie stellt die Kredit-, Kassen- und Emissionspläne auf, die dem Finanzministerium zur Bestätigung vorzulegen sind;
2. sie hat das ausschließliche Recht, Geldzeichen auszugeben, wobei die von der früheren Tschechoslowakischen Nationalbank vor ihrer Auflösung herausgegebenen Geldzeichen weiterhin Gültigkeit haben;
3. sie gewährt Kredite an die Volkswirtschaft und kontrolliert die von ihr finanzierten Betriebe;

4. sie sammelt freie Umlaufmittel der Wirtschaftsbetriebe, führt die Kassengeschäfte für den Staatshaushalt durch und nimmt Spareinlagen an;
5. ihr obliegt die Abwicklung aller Zahlungsverrechnungen, die sich aus den Umsätzen mit dem Ausland ergeben;
6. sie verkauft Wertpapiere, die durch den Staat ausgeben und bei ihr deponiert werden.

★

Obwohl die wirtschaftliche Struktur der von uns oben behandelten Länder bis zu einem gewissen Grade Unterschiede aufweist, die durch ihre ökonomischen, politischen, geographischen und kulturellen Verhältnisse bedingt sind, vollzieht sich der wirtschaftliche Aufbau in allen diesen Ländern nach sozialistischen Grundsätzen, die den Interessen der werktätigen Schichten mit der Arbeiterklasse an der Spitze dienen. Ausgehend von diesen Grundsätzen, können wir bei der Betrachtung der in diesen Ländern bestehenden Bankensysteme bestimmte gemeinsame Merkmale feststellen, die für sie allgemeingültig sind.

Das erste charakteristische Merkmal in der Entwicklung des Bankwesens aller volksdemokratischen Länder besteht in der Nationalisierung des Bankenapparates, wodurch die Ausübung der Kreditkontrolle im Interesse des Volkes ermöglicht worden ist.

Die Nationalisierung der Banken wurde in der Sowjetunion sofort nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 durchgeführt. In der Tschechoslowakei und in Albanien wurde sie 1945, in Bulgarien, Rumänien und Ungarn 1947 — also kurz nach der Übernahme der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse — vorgenommen.

Die Ziele der Nationalisierung der Banken waren folgende:

- a) durch die Nationalisierung der Banken wurde den Kapitalisten eines ihrer wichtigsten wirtschaftlichen Machtmittel genommen,
- b) die Nationalisierung der Banken hat die volksdemokratischen Länder von der Macht des internationalen Kapitals befreit, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß bis dahin das Auslandskapital das Kreditsystem der meisten dieser Länder souverän beherrschte und somit in der Lage war, einen großen Einfluß auf ihre politischen und ökonomischen Verhältnisse auszuüben,
- c) durch die Reorganisation des Kreditwesens wurde seine planmäßige Lenkung entsprechend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen ermöglicht.

Es ist wichtig hervorzuheben, daß der Marxismus — im Gegensatz zu den utopischen Sozialisten — die Nationalisierung der Banken nur als eines der Mittel und Elemente des Klassenkampfes betrachtet, mit dessen Hilfe „die Expropriation der Expropriateure“ und „die Organisation der sozialistischen Produktionsweise“ erreicht werden. Dagegen betrachtet der Marxismus die Nationalisierung der Banken nicht als ein universales Heilmittel für alle kapitalistischen Übel. Er vertritt auch nicht die Meinung, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel das Ergebnis der Bankenreform sein kann.

Aus diesem Grunde ist ein charakteristisches und allen volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion gemeinsames Merkmal, daß die Nationalisierung der Banken im engen Zusammenhang mit anderen sozialökonomischen Maßnahmen, insbesondere mit der Nationalisierung der Großindustrie steht.

Das zweite Merkmal der sozialistischen Bankensysteme ist die Zentralisation der Bankinstitute sowie deren weitgehende Spezialisierung.

Die sozialistische Geldwirtschaft erfüllt folgende Aufgaben:

- a) Erfassung und Sammlung der gesamten Spar- und Umlaufmittel durch die Banken,
- b) Bereitstellung der erfaßten Geldmittel zugunsten der zentralplanenden Stelle,
- c) Verteilung dieser Geldmittel entsprechend dem Produktions- und Investitionsplan durch die Banken sowie die Ausübung der Kontrolle über die Verwendung der Mittel.

Hiervon ausgehend können wir bei der weiteren Betrachtung der einzelnen sozialistischen Geldsysteme feststellen, daß die Struktur des Bankenapparates sich in die drei folgenden Bereiche gliedert:

1. in den Bereich der Produktion und Zirkulation (Umlaufmittel, kurzfristige Kredite),
2. in den Bereich der Investitionen (langfristige Investitionskredite),
3. in den Bereich der Sparkassentätigkeit.

Jeder dieser drei Bereiche untersteht direkt oder indirekt (über die Emissionsbank) dem Finanzministerium, das als Zentralorgan der gesamten Finanzpolitik für die Aufstellung des Finanzplanes zuständig ist.

Die Gewährung der kurzfristigen Kredite und die Finanzkontrolle über die Umlaufmittel sind der Emissionsbank übertragen.

Die Investitionsbank ist für die Finanzierung und Kontrolle von Investitionen zuständig, während den Spar-

kassen die Aufgaben auf dem Gebiete des Sparwesens übertragen sind.

Die Aufgaben der Banken im Kapitalismus bestehen in der Erzielung von Profiten. In der sozialistischen Gesellschaftsordnung erfüllen die Banken eine gesellschaftspolitische Funktion, indem sie dem Aufbau des Sozialismus dienen.

Im Kapitalismus lassen sich die Banken bei der Kreditgewährung in erster Linie von der Liquidität der Kreditnehmer leiten. In der sozialistischen Wirtschaft dagegen spielt dieser Gesichtspunkt keine Rolle. Hier erfolgt die Lenkung der Umlaufmittel nach den wirtschaftspolitischen Erfordernissen.

Schließlich wird das sozialistische Bankwesen durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Geldinstitute nicht den Charakter eines selbständigen Verteilers der Umlaufmittel haben, sondern daß sie die Vollstrecker des Planes sind, der von den Planungsorganen aufgestellt wird, wobei die Banken bei der Planaufstellung beratend mitwirken.

Abschließend soll noch darauf hingewiesen werden, daß die Banken neben den Verteilerfunktionen das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit auf die erweiterte Kreditkontrolle verlagern, die u. a. die Verwendung der den Betrieben gewährten Mittel überwacht sowie eine unmittelbare Einflußnahme auf den Produktions- und Zirkulationsprozeß ausübt.

Finanzen der volkseigenen Wirtschaft

Erstes Betriebswirtschaftliches Kabinett bei der Deutschen Reichsbahn

Die Wirtschaftler müssen unentwegt lernen, die zur Verfügung gestellten Mittel rationell, sparsam und mit größtem Nutzen für den Aufbau zu verausgaben. Eine Kunst, die nicht auf einmal erlernt werden kann, ist, die Mittel vernünftig wirtschaftlich zu verausgaben.

Stalin

Der Kampf um die Wirtschaftlichkeit der Betriebe, um die Einführung des Sparsamkeitsregimes wurde eine grundlegende Aufgabe in der Sowjetunion kurz nach der Errichtung der Sowjetmacht.

In der gegenwärtigen Situation, an der Schwelle des Aufbaues einer neuen Gesellschaftsordnung, müssen die reichen Erfahrungen der Sowjetunion auf wirtschaftlichem Gebiet in unserer Deutschen Demokratischen Republik angewendet werden. Die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung ist dabei die grundlegende Aufgabe unserer Wirtschaft. Unsere Wirtschaftswissenschaftler müssen sich zur Lösung dieser Aufgabe mutig und entschlossen von der alten abstrakten Arbeitsweise abwenden und einen neuen Arbeitsstil entwickeln, der sie eng mit der Produktion und der Praxis verbindet. Sie müssen erkennen, daß besonders die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung von dem ideologischen Bewußtsein der breiten Schichten unserer Werktätigen abhängig ist. Dabei müssen neue Arbeitsmethoden entwickelt und neue Wege beschritten werden, um Techniker, Aktivisten und Verwaltungsangestellte an die Probleme der wirtschaftlichen Rechnungsführung heranzuführen, damit sie sich für jede ausgegebene Mark verantwortlich fühlen.

Die Deutsche Reichsbahn, der größte sozialistische Betrieb in der Deutschen Demokratischen Republik, hat innerhalb des Fünfjahrplanes besondere Aufgaben, die nur gelöst werden können durch systematische Senkung der Selbstkosten und durch Erhöhung der Arbeitspro-

duktivität. Da die Produktion der Deutschen Reichsbahn der Transport von Personen und Gütern ist, die Produktionsstätten und -mittel beweglicher Art sind und weit verzweigt liegen, entstanden bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden Schwierigkeiten, die mit der alten administrativen Anleitung nicht zu beseitigen waren. Aufbauend auf die Kraft der Arbeiterklasse und das Bewußtsein, am Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung mitzuhelfen, ergriffen unsere Wirtschaftler die Initiative und gründeten nach dem Vorbild der Technischen Kabinette ein „Betriebswirtschaftliches Kabinett“ bei der Reichsbahndirektion Magdeburg, das unter Anleitung des Betriebswirtschaftsdezernats und des Wirtschaftsrates sich eingehend mit allen Fragen der Volkswirtschaft, des Rechnungswesens, der Arbeitsorganisation und mit Verbesserungsvorschlägen aus der Verwaltungsarbeit sowie Neuerermethoden beschäftigt.

Der Wirtschaftsrat konstituiert sich aus Wirtschaftlern, Vertretern der technischen Intelligenz, Aktivisten der Produktion und Bestarbeitern aus der Verwaltung und dem Rechnungswesen. In gemeinsamen Besprechungen werden Neuerungen, Verbesserungsvorschläge für die Verwaltungsarbeit, Maßnahmen der betrieblichen Arbeitsorganisation technisch und wirtschaftlich untersucht, damit der effektive Nutzen auch in der betrieblichen Abrechnung erscheint. Unter Anleitung des Wirtschaftsrates werden in den Dienststellen, wo sich Keime einer neuen Entwicklung zeigen, Sektionen gebildet, die sich eingehend mit der neuen Arbeitsmethode

beschäftigen, sie in der Praxis anwenden sowie Erfahrungen sammeln, die im Wirtschaftsrat ausgewertet und entsprechend dem volkswirtschaftlichen Nutzen verwendet werden. So konnten sich bereits folgende Sektionen bilden:

- Zirkel zur Verbesserung der betrieblichen Abrechnung
- Zirkel für brigadeweise Abrechnung im Oberbau
- Zirkel für die Vereinfachung der Lohnrechnung
- Zirkel für die Einführung der Losinski-Opitz-Methode
- Zirkel für die Auswertung und Verbesserung der betrieblichen Analysen.

Die Arbeitsbesprechungen der einzelnen Sektionen finden in der Dienststelle statt, die an der Weiterentwicklung arbeitet. Nach erfolgreicher Erfahrungsarbeit wird vom Wirtschaftsrat eine umfassende Besprechung durchgeführt, an der alle interessierten Dienststellen teilnehmen. Damit auch die theoretischen Grundlagen der wirtschaftlichen Rechnungsführung auf breiter Basis weiter gefestigt werden, führen die Mitglieder des Wirtschaftsrates Konsultationen mit anschließender Diskussion durch. Hier werden besonders Themen des wissenschaftlichen Sozialismus, Fragen der Volkswirtschaft und Neuerermethoden behandelt. Weiter werden in enger Zusammenarbeit mit dem Dezernat 117 der Reichsbahndirektion Magdeburg öffentliche Betriebsanalysen in den Dienststellen erarbeitet und Maßnahmen vorgeschlagen, die zur weiteren Selbstkostensenkung führen. Die gesamte Arbeit des Betriebswirtschaftlichen Kabinetts findet in dem „Plan zur systematischen Senkung der Selbstkosten“ ihren Niederschlag.

Plan zur systematischen Senkung der Selbstkosten

Gruppe I Begründung:

Die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Planes zur systematischen Senkung der Selbstkosten.

1. Struktur und Gliederung des Planes.
2. Verkehrsaufgaben im Fünfjahrplan:
Erstes Planjahr 1951, Planung und Erfolg,
Zweites Planjahr 1952, Planung und Erfolg.
3. Die Hauptaufgaben aus dem Betriebsplan der Reichsbahn-Direktion Magdeburg:

Entwicklung der Arbeitsproduktivität	Soll und Ist,
Senkung der Selbstkosten	Soll und Ist,
Leistungserfüllung	Soll und Ist,
Verwaltungskosten	Soll und Ist,

Gruppe II Arbeitsunterlagen:

a) Plan der Kostenentwicklung:

1. Selbstkosten und Zuschlagsätze der einzelnen Dienststellen.
2. Selbstkosten der einzelnen Lokbaureihen je Zugart und Bw.
3. Selbstkosten der Triebwagen.
4. Selbstkosten der Wagenreparatur.
5. Selbstkosten des Wagenbetriebs.

b) Betriebsanalysen der einzelnen Dienststellen

(werden monatlich von den Dienststellen erarbeitet).

c) Wirtschaftliche und verwaltungstechnische Verbesserungsvorschläge aus den Dienststellen (hier laufen alle Vorschläge, die zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit, des Rechnungswesens und der Wirtschaftlichkeit des Betriebes dienen, ein).

Gruppe III Auswertung:

a) Protokolle der monatlichen Auswertung durch den Wirtschaftlichen Rat.

b) Vorschläge des Wirtschaftlichen Rates zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Auswertung der Vorschläge durch die Dienststellen:

1. Prüfung der Vorschläge aus den Dienststellen.
2. Vorschläge des Wirtschaftlichen Rates.
3. Welche Einsparungen werden voraussichtlich erzielt?
4. Weiterleitung, Stellungnahme der Fachabteilung, Einführung.
5. Kontrolle.

Gruppe IV Erfolgsplan:

- a) Aufbau der Sektionen.
- b) Erfahrungsberichte der einzelnen Sektionen.
- c) Tatsächlich erzielter Nutzen.
- d) Weiterentwicklung.

Gruppe V Schulung und Agitation:

- a) Monatlicher Themenplan der Konsultationen des Wirtschaftsrates.
- b) Maßnahmen zur Popularisierung neuer Arbeitsmethoden.
- c) Öffentliche Betriebsüberprüfungen.
- d) Qualifizierung der Kader.

Betriebswirtschaftliches Kabinett der Reichsbahndirektion
Magdeburg

Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Handel

Die Erfahrungen der Versuchsobjekte der HO Lebensmittel Frankfurt-Oder und Magdeburg

Peukert und Ludewig

Der Anregung Fritz Witthauers¹⁾ folgend, wollen wir hiermit unsere Erfahrungen bei der Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung ab 1. November 1951 in den Hauptgeschäften Frankfurt-Oder und Magdeburg einem weiteren Kollegenkreis zugänglich machen.

Auf Grund der Erfahrungen in der Sowjetunion, die wir uns insbesondere durch das Studium des Werkes von S. W. Serebrjakow: „Organisation und Technik des Sowjethandels“²⁾ angeeignet haben, untergliederten wir nach eingehender Diskussion im Leitungskollektiv die Aufgaben unserer Hauptgeschäfte nach folgenden grundlegenden Punkten:

1. Popularisierung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung durch Schulung und Aufklärung sämtlicher Mitarbeiter.
2. Beseitigung der Nichterfüllung der Pläne im Handel und in der Produktion durch Festigung des Rentabilitätsprinzips in unseren Verkaufsstellen und Produktionsbetrieben sowie in den Abteilungen der Verwaltung.

¹⁾ Zur Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung bei der Handelsorganisation (HO), DFW 1952, I. Halbb., Heft 5, S. 248.

²⁾ Deutsche Übersetzung, Berlin 1951, Verlag „Die Wirtschaft“ GmbH. (8,30 DM.)

3. Verbesserung der Arbeitsorganisation durch Festlegung der persönlichen Verantwortung in den Abteilungen und Gruppen der Verwaltung, in den Produktionsbetrieben und Verkaufsstellen.
4. Unaufhörliche Förderung der Wettbewerbs- und Rationalisatorienbewegung. Verstärkte Hebung der materiellen Interessiertheit durch Bildung des Direktorfonds auf neuer, gesetzlicher Grundlage.
5. Einleitung geeigneter organisatorischer Maßnahmen vor und nach Verselbständigung unserer Betriebe in wirtschaftlicher, administrativer und juristischer Beziehung.

Die Einführung und Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung ist ein Entwicklungsprozeß und muß mit der Bildung von Kadern beginnen. Es war in unseren Hauptgeschäften notwendig, vorerst die geeigneten Funktionäre mit den Aufgaben vertraut zu machen, da die Einführung des neuen Systems neue Menschen verlangt, die sich der großen Verantwortung, welche dem Handel im Rahmen des Fünfjahrplanes erwachsen, bewußt sind. Erforderlich war, daß diese Funktionäre die sich verändernden Verhältnisse noch besser begreifen, die neuen Entwicklungsbedingungen eingehender studieren und sich in ihrer Arbeit mehr denn je auf die neuen Ziele einstellen.

Schon am Anfang der systematischen Schulung aller unserer Mitarbeiter in den Hauptgeschäften entfaltete sich die Initiative, Kritik und Selbstkritik und Wachsamkeit unserer Kolleginnen und Kollegen breiter als bisher. Als Erfolge können wir z. B. anführen:
Ansteigende Umsatzplanerfüllung in beiden Hauptgeschäften.
Erhöhte Umschlagsgeschwindigkeit.

Ausschaltung verschiedener Mißverhältnisse bei der Versorgung unserer werktätigen Bevölkerung (Margarine-Aktion).

Verbesserte Zusammenarbeit zwischen Verkaufs- und Verwaltungspersonal.

Erfolgreiche Bekämpfung der Differenzen durch erhöhte Wachsamkeit unserer Mitarbeiter.

Diese Schulungsarbeit müssen die neuen Leitungen konsequent fortsetzen und auf breiter Grundlage eine systematische Aufklärungsarbeit leisten.

Mit der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in beiden Hauptgeschäften, die in ständigem Erfahrungsaustausch stehen, setzte ein intensiver Kampf gegen alle vermeidbaren Kosten ein. Durch stärkere Anwendung fortschrittlicher Arbeitsmethoden, durch Wettbewerbe und durch Selbstverpflichtungen konnten Kostensenkungen erzielt werden; hierbei waren die Festlegung von Kostenlimits, eingehende Untersuchungen der Kostenstellen und die sofortige Auswertung der Betriebsanalysen durch das „Betriebsökonomische Aktiv“ gute Hilfen.

Wir müssen jedoch feststellen, daß trotz unserer großen Bemühungen die Festlegung eines realen Kostenwerts, vor allen Dingen für die einzelnen Abteilungen oder Brigaden der Verwaltung, bisher ungünstig durch die ständige Änderung der Geschäftsbereiche seit Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung beeinflusst wurde. Im Zuge der Vervollständigung hat nunmehr die strukturelle Entwicklung eine Stabilisierung erfahren, so daß mit den Vorbereitungen für die Einführung der Brigadeabrechnung und Einrichtung von Persönlichen Konten begonnen werden konnte. Zur Zeit vollzieht sich in unserem Hauptgeschäft der Prozeß der Umwandlung von der einfachen Betriebsabrechnung zur wissenschaftlichen Betriebsökonomie. Die Diskussionen zwischen den operativ nach dem Plan arbeitenden Betriebsökonomien und den Verantwortlichen der einzelnen Kostenstellen haben begonnen. Die vorliegenden Auswertungen dieser betriebsökonomischen Revisionen zeigen ausnahmslos Erfolge in der Kostensenkung. Aus der Produktion zu uns stoßende Fachkräfte waren erstaunt darüber, wie schwach und schlecht entwickelt noch heute die Betriebsökonomie in allen Säulen der HO ist. Die vorliegenden Anweisungen der Zentralen Leitung sowie der bisherigen Landesleitung müssen schnell verwirklicht und gegebenenfalls auf Grund der gesammelten Erfahrung geändert werden. Jeder Leiter eines Hauptgeschäftes oder eines Geschäftsbereiches, der bei der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung diesen neuen Schwerpunkt nicht erkennt und keine qualitativ starke betriebsökonomische Abteilung einrichtet, wird eines Tages erleben, daß der an sich vom Haushalt zu erstattende Verlustausgleich ausbleibt. Die Umsatzsteigerung darf nur mit der Kostensenkung in einem Atemzug genannt werden.

Durch die Einführung des Planes zur Verbesserung der betrieblichen Abrechnungsarbeit (Losinski/Opitz) —

seine Richtlinien wurden auf das Rechnungswesen der Handelsorganisation zugeschnitten und in fünf Einzelplänen festgelegt — sammelten wir wertvolle Erfahrungen. Bei der Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung erkannten wir jedoch, daß nicht nur die Abrechnung planvoll gelenkt werden muß, sondern darüber hinaus auch die Rentabilität des Betriebes. Die bei der Anwendung des Planes zur betrieblichen Abrechnungsarbeit gesammelten Erfahrungen bildeten den Grundstein für die Entwicklung des „Planes der Wirtschaftlichkeit“. Dieser Plan setzt sich aus folgenden zehn Einzelplänen zusammen, deren Entwicklung teilweise noch nicht abgeschlossen ist und die weitgehend auf der Methode Losinski/Opitz basieren.

1. Plan des Betriebsökonomischen Aktives,
2. Plan des Mahn- und Klagewesens,
3. Plan der Inventur-Einsatzbrigaden,
4. Plan zur Bekämpfung von Inventur-Minusdifferenzen,
5. Plan der Leihgut- und Pfandabrechnung,
6. Plan der Einführung und Anwendung des Prämienleistungslohnes im Geschäftsbereich 2 — Finanzen,
7. Die Brigadeplanabrechnung,
8. Plan der Innenrevision,
9. Wettbewerbsplan des Geschäftsbereichs 2 — Finanzen,
10. Generalplan 1952.

Nicht nur allein planmäßig kurzfristig abzurechnen, sondern planmäßig die Ergebnisse schnell auszuwerten bzw. ungünstigen Ergebnissen zuvorzukommen, das haben wir im Laufe der Entwicklung als primär erkannt. Der erste Plan, welcher einer gründlichen Kostenanalyse entspricht, gibt dem Betriebsökonomischen Aktiv das Mittel zur sofortigen Einleitung operativer Maßnahmen in die Hand.

Da das Bankeninkasso erst vor kurzem eingeführt wurde und zur Zeit nur für Forderungen über 5000,— DM wirksam ist, gibt uns der Plan des Mahn- und Klagewesens die Möglichkeit zu einer besseren Überprüfung und systematischen Beitreibung aller überfälligen Forderungen¹⁾.

Bei der ständigen Erweiterung unseres Handelsnetzes und der Einschaltung vieler Vertragspartner muß der Überwachung unserer Außenstände besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es ist mit dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung unvereinbar, der Deutschen Notenbank gegenüber laufend Überplanbestände oder überfällige Forderungen auszuweisen und obendrein für das Konto „Überfälliger Kredit“ noch zusätzlich Zinsen zu zahlen.

Weiterhin setzt uns der Plan der Inventur-Einsatzbrigaden in die Lage, durch permanente Kontrollinventuren die Entwicklung des Umsatzes und der Kosten günstig zu beeinflussen sowie viele Mängel und Fehler zu erfassen und durch terminisierte Auflagen in Form eines Auswertungsauftrages an die zuständigen verantwortlichen Abteilungsleiter zu beseitigen. Darüber hinaus wurde seit einiger Zeit dieser Plan dahingehend erweitert, die Kontrollinventuren zwecks Steigerung des Umsatzes grundsätzlich bei geöffneter Verkaufsstelle vorzunehmen.

Der Generalplan vereinigt den Plan der kurzfristigen Abrechnung nach der Methode Losinski/Opitz sowie die vorgenannten Spezialpläne und alle sonstigen wichtigen

¹⁾ Die Grenze ist inzwischen auf 3000,— DM herabgesetzt worden.

Je mehr die Deutschen selbst in ihren eigenen Lebensfragen zu einer Verständigung untereinander gelangen und sich zu gemeinsamer Initiative zusammenfinden, um so leichter wird auch eine Verständigung der Großmächte untereinander sein.

Aufgaben des Rechnungswesens in sich. Er enthält in ähnlicher Form wie die Kollektivverträge die Rechte und Pflichten aller Angehörigen des Geschäftsbereichs Finanzen, legt die persönliche Verantwortung sowie genaue Termine fest, ohne die das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung nicht erfolgreich angewandt werden kann.

Die Verselbständigung unserer Betriebe brachte ein hohes Maß an Verantwortung für den Hauptgeschäftsführer mit sich. Pflicht war es nun, durch klare Anweisungen die Aufgaben bis an den letzten Mitarbeiter heranzutragen. Er mußte frei werden für anleitende und kontrollierende Arbeiten im gesamten Hauptgeschäftsbereich.

Die Leiter der Verkaufsstellen, der HO-eigenen Produktionsbetriebe und der Abteilungen in der Verwaltung mußten in den Plankommissionssitzungen und sonstigen dringenden Besprechungen Rechenschaft ablegen über die Arbeit in den vergangenen Monaten und mußten aufzeigen, wie aufgetretene Mißstände und Rückstände in der Umsatzplanerfüllung im nächsten Monat beseitigt werden können.

Die Untersuchung der Überschreitung der Kosten ergab in den meisten Fällen eine schlechte Arbeitsorganisation. Es fehlte an Plänen, Ziele waren nicht gesteckt, und die Verantwortungsbereiche waren nicht immer scharf abgegrenzt. Zum Beispiel zeigten die übermäßig hohen Transportkosten in der Vergangenheit einen schlecht organisierten Einsatz der Fahrzeuge, wobei die eingesetzten fremden Fahrzeuge auffallend viel Arbeitsstunden leisteten. Nach Aufstellung eines Warenbereitstellungs- und Transportplanes, nach Einrichtung persönlicher Konten in der Transportabteilung sowie nach der Bildung von Brigaden und Durchführung von Wettbewerben sanken die Transportkosten erheblich. In einigen Produktionsbetrieben des einen Hauptgeschäfts wurde festgestellt, daß nach Überprüfung der Arbeitsnormen einige Kräfte für andere Aufgaben frei wurden; das ersparte wesentliche Kosten. In dem anderen Hauptgeschäft wurde die Bewachung und Reinigung der Verkaufs- und Lagerräume besser organisiert.

Die wichtigste Voraussetzung zu diesen Analysen ist jedoch das rechtzeitige Vorhandensein der VEB-Pläne. Dieser Betriebsplan konnte bis heute noch nicht aufgestellt werden, da die Kontrollziffern noch immer fehlen. Dieser Mangel ist bekannt. Die verantwortlichen Stellen seien an dieser Stelle noch einmal eindringlich gemahnt, diese so notwendigen Unterlagen nunmehr schnellstens herauszugeben. Die Übertragung der persönlichen Verantwortung an die einzelnen Mitarbeiter sowie die Ausarbeitung und Anwendung von Plänen der Pflichten in allen Abteilungen und Verkaufsstellen ergab in vielen Fällen eine Verbesserung der Arbeitsorganisation und damit eine Steigerung der Rentabilität. In der systematisch einsetzenden Schulung in unseren Hauptgeschäften über das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung wurden auch sämtliche Mitarbeiter über die Bildung und Verwendung des Direktorfonds in Kenntnis gesetzt, der in Zukunft von der Planerfüllung abhängig sein wird. Vielen Mitarbeitern war die Bedeutung des Planumsatzes und Plangewinnes sowie der zusätzlichen Zuweisungen zum Direktorfonds für die Verbesserung der Lebenslage jedes einzelnen noch nicht klar. Über die Verwendung des Direktorfonds gibt die BGL unserer Betriebe quartalsweise in Belegschaftsversammlungen Rechenschaftsberichte, damit ein jeder weiß, wie die Mittel aus dem Direktorfonds verwendet werden.

Wenn wir nun unsere Erfahrungen von der Ebene des Hauptgeschäftes aus darlegen, so sollen sie nur die Besonderheiten der Kontrolle durch diese Organe aufzeigen.

1. Beziehung zur Deutschen Notenbank und Deutschen Investbank

Durch die Kontrollorgane der Deutschen Notenbank werden wir laufend auf Unregelmäßigkeiten hingewiesen, die in bestimmten Fristen zu beseitigen sind. Die allmonatlichen Besprechungen mit den Kontrollorganen haben uns jedesmal fruchtbringende Anleitungen bezüglich des Warenflusses, der Finanzierung und zum Teil der Marktbeobachtung gegeben.

Die Amortisationen werden entsprechend den im Kassenplan ausgewiesenen Planraten am 15. eines jeden Monats für den vergangenen Monat an die Deutsche Investbank in Potsdam bzw. Halle abgeführt, da die örtlichen Außenstellen zur Zeit noch nicht zuständig sind.

2. Beziehungen zum Staatshaushalt

Da wir ab 1. November 1951 dem Finanzamt gegenüber als Abgabenschuldner auftreten, führten wir die monatlichen Raten gemäß Kassenplan an dieses ab (Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und Nettogewinnabführung). Die Planraten der Nettogewinnabführung und der Körperschaftsteuer werden jeweils nach Vorlage der vierteljährlichen Kontrollberichte berechnet. Die Gewerbesteuer wird an das tatsächliche Ergebnis nicht angepaßt. Die Abführung der Haushaltsaufschläge wurde neu geregelt. Unsere Hauptgeschäfte berechnen sie jetzt selbst unter eigener Verantwortung und führen sie täglich an ihr Finanzamt ab; hierbei kommt das bisherige Sperrkonto in Fortfall. Für die Mittel des Direktorfonds wurden bei der Bank Sonderkonten eingerichtet und diese Mittel dadurch von den Betriebsmitteln getrennt. Diese Maßnahmen wurden wegen der dadurch gewährleisteten klareren Übersicht über die finanzielle Lage des Hauptgeschäfts sehr begrüßt. Unter diesem Gesichtspunkt kann auch der beabsichtigte Trennung der Kredite von den Betriebsmitteln auf zwei besonderen Konten nur zugestimmt werden.

3. Maßnahmen innerhalb der Buchhaltung

Eine grundsätzliche Voraussetzung für die erfolgreiche Einführung und Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung ist die Tagfertigkeit der Buchhaltung, die durch die Einführung der Methode Losinski-Opitz und neuer Arbeitsmethoden sowie durch eine bessere Organisation erreicht wurde. Lediglich durch die umfangreichen Jahresabschlußarbeiten wurde die kurzfristige Abrechnung in den ersten beiden Monaten des Jahres 1952 beeinträchtigt. Wir sind der Meinung, daß die Aufstellung der Kontrollberichte mit ihren vielen Anlagen, die sich zum Teil überschneiden, wesentlich vereinfacht werden kann und muß, damit auch bei den Quartalsabschlüssen kurzfristig abgerechnet werden kann. Weiter wirkt sich die schlechte Formularbereitstellung immer wieder störend aus.

Wann wird z. B. die zur Zeit laufende Reorganisation für eine zentrale Drucklegung und Verteilung von Formularen endlich wirksam? Durch die Tagfertigkeit ist die kurzfristige Aufstellung der Betriebsabrechnung gegeben und eine Grundlage für ein schnelles operatives Eingreifen in das Geschäftsgeschehen durch den Hauptgeschäftsführer und die einzelnen Abteilungsleiter geschaffen.

Wie Kollege Witthauer sehr richtig bemerkte, ist die Tagfertigkeit der Buchhalter von einem organisierten Belegdurchlauf im gesamten Hauptgeschäft abhängig. Durch Einleitung von Solidaritätsaktionen in dieser oder jener Form wurde die Zusammenarbeit aller Abteilungen und Verkaufsstellen verstärkt und der Ressortgeist langsam gebrochen.

Beschleunigen wir Kollegen aus dem Geschäftsbereich Finanzen doch diese Solidarität durch gute Beispiele, helfen wir auf jede Weise mit, den Umsatz zu steigern und die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen im Verkauf zu verbessern und zu erleichtern. Die Früchte einer engeren und kollegialen sowie freundschaftlichen Zusammenarbeit werden uns allen zugute kommen. Wenn wir den Weg zu einer erfolgreichen Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsfüh-

rung gehen wollen, so müssen wir intensiver versuchen, unser noch immer viel zu kompliziertes Rechnungswesen zu vereinfachen. Zu begrüßen sind die neuen Ergebnisse des Finanzaktivs der Republik und die sich ergebenden Anweisungen der Zentrale und der bisherigen Landesleitungen zur Einführung der Warenbuchhaltung unter Wegfall der Lagerbuchhaltung und die Einführung einer erheblich vereinfachten Verkaufstellenbuchhaltung. Hierbei werden erhebliche Gelder eingespart, doch wieviel Gelder gehen noch immer verloren durch das Festliegen vieler Verbesserungsvorschläge an dieser oder jener Stelle und durch die noch immer ungenügende Arbeit der Verantwortlichen des Vorschlagswesens.

Zusammengefaßt kann festgestellt werden, daß sich die Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in beiden Hauptgeschäften ohne besondere Schwierigkeiten vollzogen hat. Dagegen wissen wir, daß

das Vertragssystem und die Behandlung der Konventionalstrafen noch immer in den Kinderschuhen stecken und die Schwierigkeiten noch längst nicht überwunden sind. Vielleicht nehmen die hierfür Zuständigen einmal gesondert Stellung.

Nach Beseitigung der noch vorhandenen Schwierigkeiten und Mängel wird die neue Methode der Wirtschaftsführung die Hauptgeschäfte in die Lage versetzen, ihre Aufgaben im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes zu erfüllen. Schauen wir vor allen Dingen auf die reichen Erfahrungen der Sowjetunion und machen sie uns zunutze. Wir werden kostbare Zeit gewinnen! Und vergessen wir nicht bei unserem Kampf um die Erfüllung unserer Pläne die Einsatzbereitschaft zum Schutze und zur Verteidigung unserer Errungenschaften. Wenn wir alle unsere Kräfte einsetzen für die Erhaltung des Friedens, dann werden unsere Anstrengungen für eine bessere Zukunft wirklich Sinn und Zweck haben.

Zweifel beim Nachweis der überplanmäßigen Selbstkostensenkung

Karl-Heinz Steinert

In den zur Zeit stattfindenden Kontrollausschußsitzungen für den Kontrollbericht per 30. Juni 1952 werden den Mitgliedern des Kontrollausschusses die Entscheidungen über eine Zuführung zum Direktorfonds aus überplanmäßiger Selbstkostensenkung sehr schwer gemacht, da durch das Ministerium der Finanzen eine Verordnung bzw. Durchführungsbestimmung über diesen strittigen Punkt, zumindest für den staatlichen Großhandel, noch nicht erlassen wurde.

Der Plan 72 des Betriebsplanes, Blatt 1, sieht u. a. eine Kostensteigerung auf Grund der Umsatzsteigerung vor; dabei ist die beauftragte Kostensenkung wieder abzusetzen und es ergeben sich daraus die Plankosten.

Im Kontrollbericht — Formblatt 2 — (Ergebnisrechnung) wird auf Seite 1 die überplanmäßige Selbstkostensenkung wie folgt ermittelt:

Die Plankosten des Planes 72 werden proportional, d. h. entsprechend der Umsatzübererfüllung, erhöht. Bei der Errechnung der überplanmäßigen Selbstkostensenkung werden also die Sollkosten auf Grund des Ist-Umsatzes zu Einkaufspreisen eingesetzt und den tatsächlichen Kosten (Nettokosten) gegenübergestellt. Hierbei wird unterstellt, daß die Kosten im gleichen Verhältnis wie der Umsatz steigen. Allein diese Methode ist meines Erachtens schon falsch, da nachweisbar längst nicht alle Kosten im gleichen Verhältnis wie der Umsatz steigen. Dies trifft lediglich bei der Umsatzsteuer bzw. Versicherungsbeiträgen zu (bei letzteren nur, soweit diese auf Umsatzbasis ermittelt werden). Bei der Gewerbesteuer, Abschreibungen und VVB-Umlage kann schon gar nicht von einer überplanmäßigen Selbstkostensenkung gesprochen werden, zumal diese als Planraten abzuführen sind und praktisch keiner Veränderung unterliegen. Bei den übrigen Kosten sind umfangreiche Untersuchungen erforderlich, inwieweit eine tatsächliche Erarbeitung der überplanmäßigen Selbstkostensenkung vorliegt. Dabei ergeben sich häufig Unterschiede bei der Gegenüberstellung zur Planung. Teilweise ist ein Mehrverbrauch an Gemeinkostenmaterial und Güterbeförderungskosten zu verzeichnen, der zwar mit dem Mehrumsatz im Zusammenhang steht, jedoch prozentual höher liegt als die Übererfüllung des Umsatzes. Auf der anderen Seite wäre, wenn die Personalkosten nicht proportional gestiegen sind, unbedingt von einer „Erarbeitung“ zu sprechen.

Der Kontrollbericht sieht in seiner formalen Errechnung der überplanmäßigen Selbstkostensenkung die im gleichen Verhältnis zum Umsatz steigenden Kosten ausdrücklich vor. Allein durch diese falsche Errechnung ergeben sich unliebsame Auseinandersetzungen mit den entsprechenden Niederlassungen, die sich vermeiden ließen, würde eine Regelung seitens des Finanzministeriums in dieser Hinsicht Klarheit schaffen.

In Anbetracht dessen, daß der Belegschaft die dreißigprozentige Zuführung zum Direktorfonds auf Grund der Verordnung über die Bildung und Verwendung des Direktorfonds in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft im Planjahr 1952 vom 25. März 1952¹⁾ § 3 Absatz 2 zusteht, sind entsprechende Richtlinien bezüglich des Nachweises der Erarbeitung unbedingt erforderlich. Ein weiteres Moment spielt ebenfalls bei der richtigen Einschätzung eine Rolle, das nicht ohne Einfluß auf die überplanmäßige Kostensenkung bleiben darf. Der überplanmäßige Gewinn muß mit der überplanmäßigen Selbstkostensenkung in Einklang zu bringen sein. Es wäre denkbar, daß die Übererfüllung des Umsatzes auf Waren zurückzuführen ist, deren Handelsspanne unter der durchschnittlich geplanten liegt. Dadurch wird zwar der Umsatz zu Einkaufspreisen übererfüllt, jedoch ist die überplanmäßige Selbstkostensenkung höher als der gesamte überplanmäßige Gewinn. (Voraussetzung ist selbstverständlich, daß das neutrale Ergebnis planmäßig erreicht wird.) Auch in diesem Falle wäre formal gesehen, die überplanmäßige Selbstkostensenkung vorhanden, jedoch mit einem völlig negativen Ergebnis.

Berichtigung

In dem Beitrag „Zur Ermittlung der Selbstkostensenkung“ von Erhard Lohse in DFW Nr. 14 muß es richtig heißen:

1. S. 760, rechte Spalte, 1. Aufstellung, 4. Zeile
Selbstkosten senkung 1951 110 63 — 277 (450)
Überplanmäßige Selbstkosten senkung 1951
insgesamt 386
2. S. 760, rechte Spalte, 2. Aufstellung
Bereinigte Gesamtleistung 1951 10 449 TDM
3. S. 762, rechte Spalte, 1. Zeile
Selbstkosten senkung
4. S. 762, rechte Spalte, Abschn. 7, erste Zeile
Die Ermittlung der Selbstkosten senkung in 1951 geht . . .

¹⁾ GBl. 1952, S. 229.

Preise

Gehten die gesetzlichen Preisanordnungen nicht mehr für die Bau-Union?¹⁾

Martin Albrecht, Hauptverwaltung Bauindustrie

In der Bauindustrie kommt es darauf an, ohne jede Verschleiierung alle Kostenfaktoren nach dem Veränderungsprinzip klar aufzuzeigen und in gleicher Weise die Kalkulation der Preise so zu gestalten, daß sie in ihrer kostenartenmäßigen Zusammensetzung leicht in der Kostenrechnung nachprüfbar ist und für die Preisbildung und Planung reale Rückschlüsse zuläßt. Für die gesamte volkseigene Wirtschaft muß die Kostenermittlung und Kostenüberprüfung eine gleichmäßige Preisbildung mit überbetrieblicher Vergleichbarkeit ermöglichen. Sie muß im Falle der Bauindustrie den Bauleitern und Technikern die Übersicht und Kontrolle über die Erfüllung des Objektes in materieller und finanzieller Hinsicht gestatten, und sie muß hierfür mit dem Betriebsabrechnungsbogen (BAB) in gleicher Struktur die Kostenrechnung gestatten.

Das anzuwendende System der Preisbildung für alle Wirtschaftszweige muß übereinstimmen mit den Grundsätzen der Planökonomie, d. h. mit den staatlich vorgeschriebenen Produktionsplänen, Arbeitskräfteplänen, Finanzplänen, den technischen Vorschriften, den preisrechtlichen Vorschriften und im Zusammenhang damit, mit den Vorschriften über das betriebliche Rechnungswesen. Aus diesem Grunde kann die Bauindustrie im volkswirtschaftlichen Rahmen gesehen keine Sonderstellung einnehmen, da eine koordinierte Planung in verschiedenen Systemen nicht möglich ist.

Die in der Kalkulation anzuwendenden Zuschlagssätze müssen in der Nachkalkulation, d. h. im BAB als finanzielle Nachkalkulation, vergleichbar sein, d. h. sie müssen aus den Gemeinkosten so klar gestaltet sein, daß sie nicht nur für die reale Planung verwendet werden können, sondern auch für Kostenarten- und Kostenstellenanalysen zum Zwecke der Selbstkostensenkung und Steigerung der Produktivität, wie auch für die Kontrolle und für den betrieblichen Vergleich zum Zwecke der Festsetzung neuer, sich senkender, realer Baupreise.

Eine Baupreisverordnung unserer Zeit muß nach den in ihr enthaltenen Preiserrechnungsvorschriften eine ordnungsgemäße, klare, aufgegliederte Kalkulation ermöglichen, um volks- und planwirtschaftlich gerechtfertigte Baupreise erreichen, Baupreise und deren Kostensenkung überprüfen und ungerechtfertigten Preissteigerungen entgegenzutreten zu können.

Die nach der Ersten Ergänzungs- und Durchführungsbestimmung zur Preisanordnung Nr. 191 vom 16. August 1950 von der volkseigenen Bauindustrie anzuwendenden Kalkulationsrichtlinien der Grundordnung, Teil II (KaRi VE Bau-Ind.), genügten nicht den aufgezeigten Anforderungen an eine Baupreisverordnung unserer Zeit. Die Praxis hat ihre Mängel und Unzulänglichkeiten, insbesondere in der Nichtabstimmung mit den übrigen Teilen des betrieblichen Rechnungswesens, herausgestellt.

Als Folge dessen wurde auf Anweisung des Leiters der HV Bauindustrie von der Abteilung Baupreisprüfung und Kalkulation in kollektiver Zusammenarbeit mit den Kollegen Kloss und Juhl der örtlichen volkseigenen Bauindustrie Berlin, Baumann, Ministerium der

Finanzen und May, Deutsche Investitionsbank, eine neue, allen Forderungen genügende Baupreisverordnung, die „Verordnung über die Preisbildung für Bauleistungen der volkseigenen Bauindustrie und der ihr gleichgestellten Betriebe“ ausgearbeitet. Sie wurde bereits Ende September 1951 den interessierten Stellen zur Stellungnahme zugeleitet.

Auf der Tagung am 18. und 19. Oktober 1951 wurde in einem bedeutend erweiterten Kreise die Abstimmung durchgeführt. Bereits Mitte November 1951 war die Schlußüberarbeitung als Folge der Tagung beendet.

Die Veröffentlichung der Preisverordnung hat durch das Ministerium der Finanzen zu erfolgen, und es wurden in seinem Auftrag durch die HV Bauindustrie im Dezember 1951 die benötigten Zustimmungserklärungen angefordert.

Das Ministerium der Finanzen hat trotz wiederholt gegebener Zusagen an die HV Bauindustrie bis heute (17. August 1952) die Preisverordnung noch nicht veröffentlicht. Das Staatssekretariat für Bauwirtschaft sah sich in Übereinstimmung mit der Deutschen Investitionsbank gezwungen, die Bau-Union anzuweisen, die neue Preisverordnung ab 1. Januar 1952 zur Grundlage ihrer Preisangebote und Kostenrechnung zu machen. Eine ebensolche Anweisung gab der Magistrat von Groß-Berlin an seine örtliche Bauindustrie. Hätten die Bau-Unionen diese Anweisungen nicht erhalten, so wäre ein weiteres Jahr insofern nutzlos vergangen, als daß die Baupreise in ihrer kostenartenmäßigen Zusammensetzung in der Kostenrechnung nicht nachprüfbar und somit für die weitere Entwicklung der Preisbildung der Baukostenenkung und Planung keine realen Rückschlüsse vorhanden wären. Weiterhin wären folgende Vorteile ungenutzt geblieben: Einheitspreise je Leistungsposition und damit verbunden die vereinfachte und zeitsparende Rechnungslegung, die vereinfachte Feststellung des Erfüllungsstandes des Bauobjektes in materieller und finanzieller Hinsicht sowie die Erleichterungen der Kostenprüfung u. a.

Durch die Anwendung der neuen Preisverordnung erfolgt keine Erhöhung der Preise gegenüber den z. Z. bestehenden Preisvorschriften, was auch durch eingehende Untersuchungen verschiedener maßgeblicher Stellen bestätigt wurde.

Zu den Gesamtzuschlagssätzen, welche nur Höchstsätze sind, sei folgendes gesagt: Der Gesamtzuschlagssatz auf Materialkosten beträgt nach Grundordnung Teil II (KaRi VE Bau-Ind.) 11,1 % und nach der neuen Baupreisverordnung 16,4 %. Also hier eine Erhöhung um 5,3 %. Demgegenüber beträgt der Gesamtzuschlagssatz auf Fertigungslöhne und -gehälter nach Grundordnung Teil II 52,4 % und nach der neuen Baupreisverordnung 51,8 %. Also hier eine Verminderung um 0,6 %. Demnach steht der Erhöhung des Zuschlagssatzes von 5,3 % bei Material nur eine Verminderung des Zuschlagssatzes um 0,6 % bei den Löhnen und Gehältern gegenüber. Diejenigen, die sich nur oberflächlich mit beiden Verordnungen befassen, übersehen, daß in dem Zuschlagssatz von 51,8 % auf Löhne und Gehälter der neuen Preisverordnung zusätzlich Zuschlagssätze in Höhe von 8 % enthalten sind, als Umlageanteile für Lohn- und Ge-

¹⁾ Stellungnahme zu dem gleichnamigen Artikel von Wilhelm Sander (DFW 1952. II. Halbb., Heft 15, S. 820).

haltsabrechnung, Werkzeuge und Kleingeräte, Gütekontrolle, Produktions- und Oberbauleitung und betriebliche Ausbildung, welche nach der Kalkulationsmethodik nach Grundordnung Teil II an anderen Stellen der Kalkulation in anderer Form zur Berechnung kommen und dabei zum Teil in der Höhe nicht begrenzt sind.

Ebenso verhält es sich mit dem tariflichen Werkzeuggeld und der betrieblichen Werkzeug- und Kleingeräteverhaltung und -instandhaltung. Nach der Grundordnung Teil II wird das tariflich zu zahlende Werkzeuggeld bei den Ansätzen der Mittellohnberechnung berücksichtigt und das betriebliche Werkzeug und Kleingerät mit dem Höchstsatz von 3 % der Bruttolöhne im Leistungsbereich „Betrieb der Baustelle“ berechnet. In der neuen Preisverordnung sind zur Vereinfachung beide Kostenarten zusammengefaßt und haben unter Berücksichtigung des gleichen Ergebnisses nach eingehenden Berechnungen als Umlageanteil bezogen auf die Fertigungslöhne und -gehälter den gemeinsamen Zuschlagsatz von 4 % ergeben.

Die für den Betrieb der Baustelle anfallenden Löhne und Gehälter des technischen und kaufmännischen Personals und die Hilfslohne sind nach keiner bisherigen Preisverordnung als Nachweisleistungen abzurechnen. Erstmalig bringt die neue Preisverordnung hierfür Höchstsätze. Diese Maßnahme war erforderlich, um hohen ungerechtfertigten Ansätzen in der Kalkulation einen Riegel vorzuschieben und zur besseren und genaueren Ausweisung der hier erfolgten Kostensenkung.

Der im Gesetz über den Volkswirtschaftsplan eines jeden Planjahres festgelegte Satz der Baukostensenkung mit dem Bezugsjahr 1950 machte es erforderlich, die Baupreislage 1950 festzulegen, um eine Kontrolle und einen Nachweis führen zu können. Die HV Bauindustrie, damals noch im Ministerium für Schwerindustrie, das Ministerium für Aufbau, das Ministerium der Finanzen, die Deutsche Investitionsbank und noch andere hinzugezogene Dienststellen haben aus dem zusammengestellten Kalkulationsmaterial 1950 der damaligen zentralen, landesgesteuerten und KWU-Baubetriebe die durchschnittliche reale Baupreislage 1950 festgelegt. Die neue Baupreisverordnung wurde mit ihren Gesamtzuschlägsätzen und Höchstsätzen und unter Berücksichtigung anderer Kostenfaktoren so abgestimmt, daß der nach

ihm errechnete Preis eines Bauobjektes 7 % unter der Baupreislage 1950 liegt, d. h. die Preislage 1951 ergibt. Selbstverständlich wurde dabei der Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen lt. Gesetzblatt Nr. 16 1951 Rechnung getragen und konnte die Zustimmung gegeben werden, die mit 1. September 1950 erfolgten Lohnerhöhungen auch kalkulatив zu berücksichtigen. Für das Jahr 1952 ist die Kostensenkung gegenüber 1950 mit 11 % festgelegt. Da Ende des Jahres 1951 nicht vorausgesehen werden konnte, bei welchen Kostenfaktoren die Senkung erreicht wird, ist die zusätzliche Senkung 1951 zu 1952 in Höhe von 4,3 % von der Endsumme der Festpreisleistungen abzuziehen, um somit den Preis 1952 zu erhalten. Für 1953 werden in Ausweitung der Ergebnisse der Betriebsabrechnungen der Betriebe bis 30. September 1952 die Zuschlags- und Höchstsätze der Preisverordnung neu festgelegt und der unter Berücksichtigung der übrigen Kostenfaktoren vorläufig nicht unterzubringende Teil der Senkungsauflage 1952 und 1953 wiederum mit einem Satz festgestellt, mit welchem die Endsumme der Festpreisleistungen zu kürzen ist, um den Preis 1953 zu erhalten.

Da die Preisangebote der Bau-Union infolge der neuen Preisverordnung wieder Einheitspreise je Leistungsposition angeben, welche alle Kosten, die mit der Leistung im Zusammenhang stehen, enthalten, ist die Beurteilung der Angemessenheit der Preise für Fachleute auch ohne Vorliegen der Kalkulation möglich. Bei Meinungsverschiedenheiten der Partner haben nach den Allgemeinen Bedingungen der volkseigenen Bauindustrie für die Übernahme und Durchführung von Bauarbeiten die Baubetriebe dem Auftraggeber Einsicht in die Preisermittlung zu geben.

Die Praxis hat gezeigt, daß fast alle Kalkulationen den preisrechtlichen Bestimmungen entsprechen und die als überhöht zu bezeichnenden Preise sich in der technischen Kalkulation ergeben. Hier Wandlung zu schaffen, ist Aufgabe des Staatssekretariats für Bauwirtschaft, und es ist sich dessen voll und ganz bewußt und wird die hierfür erforderlichen Maßnahmen treffen. Es bedarf jedoch der Mitarbeit aller am Bau Schaffenden, damit sehr bald eine einwandfreie, reale Preisbildung mit kostensenkender Tendenz Platz greift, die die sich steigernde Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten in den Preisen widerspiegelt und damit den sparsamsten Umgang mit den Investitionsgeldern gewährleistet.

Preisüberwachung im Einzelhandel — überflüssig?

Ein Diskussionsbeitrag

Rudolf Lorenz, Staatliche Plankommission

Den Finanz- und Bankorganen sind besondere Aufgaben auf dem Gebiete des Material- und Geldverbrauches, der Einführung eines strengen Sparsystems, der Einhaltung der festgesetzten Preise, der Mobilisierung der inneren Reserven, der Beschleunigung der Umlaufmittel und der Einhaltung der Finanzdisziplin durch die volkseigenen Betriebe zu stellen.

Aus der Entschließung der 6. Tagung des ZK der SED

Gilt dies auch für Betriebe des Einzelhandels, des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes? Man sollte meinen, daß es auch für solche Betriebe gilt. Die Praxis jedoch beweist das Gegenteil. Zahlreiche Leserzuschriften an unsere demokratische Presse bringen laufend Beispiele für Verstöße des staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Einzelhandels gegen die Preisgesetzgebung. Alle aufmerksamen Käufer — besonders unsere Frauen — finden täglich unzulässige Handlungen. Jeder Leser wird aus eigener Erfahrung wiederholt bestätigen können, daß die Gläser in Privat-, aber auch in HO-

Gaststätten nicht bis zum Eichstrich gefüllt sind, daß bei Speisen offensichtliche Differenzen zwischen vorgeschriebener und verwendeter Menge der Zutaten bestehen, daß völlig gleiche Waren in verschiedenen HO-Geschäften zu verschiedenen Preisen ausgezeichnet sind, daß Waren zu falschen Preisen verkauft wurden usw., kurz, die Zahl der vorkommenden Verstöße ist groß und mannigfaltig.

Man ist zunächst geneigt, diese Dinge als „Kleinigkeiten“ zu bezeichnen, geneigt, diese Verstöße in Anbetracht ihrer Geringfügigkeit im Einzelfall als unbedeutend anzusehen. Diese Ansicht ist falsch. Sie unterschätzt die Auswirkungen derartiger Verstöße und hilft nicht, sie zu bekämpfen. Es ist keinesfalls zu übersehen, daß solche negativen Erscheinungen erhebliche Auswirkungen auf unsere werktätige Bevölkerung haben, und zwar in zweierlei Hinsicht:

Erstens tritt durch solche Preisverstöße eine Senkung des Reallohnes ein. Die Politik der planmäßigen Preissenkung und Lohnerhöhung, die von unserer Regierung konsequent verfolgt wird, bringt eine ständige Erhöhung des Reallohnes mit sich. Dieser grundlegende Unterschied unserer Preis- und Lohnpolitik zu der der imperialistischen Länder, in denen der Reallohn ständig sinkt, zeichnet unseren Staat als Staat der Werktätigen aus. Das bedingt aber, daß die Erhöhung des Reallohnes unseren Werktätigen tatsächlich zugute kommen muß und nicht durch unzulässige Handlungen vermindert werden darf. Jeder Verminderung des Reallohnes durch ungesetzliche Maßnahmen ist der schärfste Kampf anzusagen. Zweitens bringen solche Preisverstöße psychologische Auswirkungen mit sich, besonders dann, wenn sie in staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben auftreten. Jede Möglichkeit der Bereicherung auszunützen, liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft. Damit haben wir gebrochen, und dies weiß auch unsere Bevölkerung. Dieser Bruch muß aber in der Tätigkeit unserer Handelsorgane zum Ausdruck kommen; keinesfalls dürfen sich Angestellte dieser Handelsorgane ähnlicher Praktiken bedienen. Ganz klar muß den werktätigen Menschen bei jedem Kauf bewußt werden, daß er in einem Geschäft kauft, das ihm selbst gehört. Es muß ihm auch von dieser Seite her deutlich werden, welchen gewaltigen Fortschritt wir erzielt haben und noch erzielen werden.

Bis zum Jahre 1950 lag die Einzelhandels- und Gaststättenpreisüberwachung in den Händen der Volkspolizei und wurde dann der Abgabenverwaltung übertragen. Seitdem ist ein starkes Nachlassen, an vielen Stellen ein vollkommenes Einschlafen der Überwachungstätigkeit festzustellen. Die Einzelhandelsgeschäfte und Gaststätten glauben, sich infolge dieser mangelnden Kontrolle der zuständigen Verwaltung ungestraft über Preisvorschriften hinwegsetzen zu können. Es muß den verantwortlichen Angestellten der staatlichen Verwaltung klar sein, daß hier Abhilfe geschaffen werden muß. Dabei ist ohne weiteres ersichtlich, daß die Notwendigkeit besteht, in der Überwachung dieser Wirtschaftszweige zu neuen Methoden überzugehen.

Drei Faktoren sind für die Überwachung maßgebend:

1. Keinesfalls kann auf eine Überwachung durch staatliche Organe vollkommen verzichtet werden. Sie muß zumindest „stichprobenweise“ erfolgen, da eine nachträgliche jährliche Kontrolle dieser Betriebe allein von der Preisseite her wenig Erfolg zeigt. Diese Stichprobenkontrolle kann nicht von einem Fahndungsangestellten allein durchgeführt werden. Vielmehr muß der Oberprüfer des zuständigen Finanzamtes; dann, wenn er es für notwendig hält, mit allen Prüfern kurzfristige Überprüfungen durchführen.

2. Diese naturgemäß lückenhafte Kontrolltätigkeit muß durch die Mitarbeit der Bevölkerung verstärkt werden.

Hier ist ein breites, noch unerschlossenes Betätigungsfeld für die Mitarbeit der Bevölkerung vorhanden. Gerade auf diesem Gebiet ist die Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Verwaltung sehr schwach. Diese Zusammenarbeit kommt nicht von selbst, sie muß durch die Verwaltung angeregt und angeleitet werden. Jeder kann feststellen, wie groß das Interesse der Frauen für Einzelhandelspreise ist und wie dankbar sie sind, wenn sie sich entsprechende Auskünfte holen können. Dabei muß man sich darüber klar sein, daß es nicht genügt zu sagen: „Schön, wer Auskunft haben will, braucht ja nur in das Finanzamt zu kommen.“ So bequem dürfen wir es uns nicht machen. Wie man arbeiten kann, zeigt ein Beispiel:

Im April 1951 fand in Bernau bei Berlin eine DFD-Versammlung statt, bei der u. a. ein Vertreter der Preisüberwachung des Ministeriums der Finanzen über Preisfragen sprach. Die lebhafteste Diskussion der Frauen und der Wunsch nach Erweiterung und Wiederholung zeigte, wie groß das Bedürfnis ist, das Wissen auf diesem Gebiete zu erweitern, zeigte auch, wieviel Preisverstöße noch vorkommen und wie man sie mit Hilfe der Bevölkerung überwinden kann. Auf Wunsch des DFD wurde im Mai 1951 eine gleiche Aussprache in Neuenhagen durchgeführt. Die DFD-Mitglieder wiesen besonders darauf hin, daß ähnliche kurze Referate der Verwaltungsangestellten sehr erwünscht seien und zum Verständnis vieler Maßnahmen der Regierung beitragen, damit gleichzeitig Argumente der feindlichen Hetze zerschlagen werden. Die Auswertung dieser Versammlung erfolgte in einem Vorschlag an die Brigade zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit der Abgabenverwaltung, der jedoch nicht bearbeitet wurde.

3. Die Unterschätzung des Problems der Einhaltung der Einzelhandelspreise bei den Angestellten der Handelsorganisation HO und bei den Konsumgenossenschaften muß beseitigt werden. Die verantwortliche Tätigkeit im volkseigenen und genossenschaftlichen Handel setzt einen solchen Stand demokratischen Bewußtseins voraus, der es nicht zuläßt, mit Preisfragen lasch umzugehen. Besonders aber muß dies den Objektleitern der Gaststätten gesagt werden. Die Prüfer der HO müssen mit mehr Konsequenz an Preisverstöße herangehen und müssen Angestellte, die bewußt gegen Preisvorschriften verstoßen, zur Rechenschaft ziehen lassen. Auf keinen Fall darf geduldet werden, daß Werktätige sagen müssen: „Seht, unsere HO versucht, uns zu betrügen!“ Nicht auf den verantwortungslosen Angestellten fällt dieses Urteil, sondern auf unseren staatlichen Handel.

Das Ministerium der Finanzen aber bitten wir, dem Problem der Einzelhandels- und Gaststättenpreisüberwachung mehr Aufmerksamkeit zu widmen und keine Unterschätzung dieser Frage zuzulassen.

Der internationale Warenaustausch ist ein bedeutendes Mittel zur Anbahnung und Vertiefung freundschaftlicher Beziehungen zum besseren gegenseitigen Verständnis der Völker. Enge und feste internationale Wirtschaftsbeziehungen wirken sich zum Vorteil für die Entwicklung der Friedensproduktion und damit positiv auf die Lebenshaltung der Völker der beteiligten Länder aus. Wir teilen die auf der Moskauer Wirtschaftskonferenz zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß der Außenhandel unter normalen Verhältnissen für alle an ihm beteiligten Länder von Nutzen ist. Wir sind bereit, mit allen Ländern einen solchen friedlichen, völkerverbindenden Handel auf der Basis der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung zu betreiben und haben entsprechend auch bisher gehandelt.

Heinrich Rau zur Eröffnung der Leipziger Messe

Staatshaushalt

Die Lage der Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe bedarf einer Klärung

Horst Uhlig, Annaberg-Buchholz

Aus der Veröffentlichung des Kollegen Curt Domschke¹⁾ ist zu ersehen, daß überall auf dem Gebiete der Versorgungs- und Dienstleistungs- (VuD-) Betriebe die verschiedensten Versuche angestellt und die verschiedensten Wege beschritten wurden. Mit Auflösung der ehemaligen KWU traten viele Sorgen und Nöte für die verantwortlichen Kollegen auf. Durch dauerndes Probieren und Versuchen ist es wahrscheinlich nirgends geglückt, mit der übrigen VEW Schritt zu halten. Es könnte sogar möglich sein, daß das Streben und der intensive Arbeits-einsatz der Kollegen in den Buchhaltungen der VuD-Betriebe nachläßt und erlahmt und an Stelle eines Fortschritts ein Stillstand oder gar ein Rückschritt eintritt.

Wodurch ist das bedingt? — Zunächst muß man feststellen, daß von den Ministerien keine präzisen Anleitungen gegeben wurden, oder diese evtl. nicht bis in die VuD-Betriebe gelangten. Anscheinend ist dieses Gebiet als zu klein und unwichtig betrachtet worden. Man hat auch keine Arbeitstagungen oder Kurse gestartet. Jedenfalls sind dazu nicht die Kollegen aus den VuD-Betrieben geladen worden. Zum anderen ist den Kollegen der VuD-Betriebe der Vorwurf zu machen, daß sie die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches nicht genügend beachtet haben. Geseitert ist dies hauptsächlich an der Belastung der einzelnen Mitarbeiter. Ich glaube, bei einem organisierten Erfahrungsaustausch wären wir auf diesem Gebiet ein großes Stück weiter. Dies beweist ja auch die Ausführung des Erfahrungskollektivs der sechs sächsischen Städte.

Bei Vorschriften und Anordnungen für die VEW weiß man bis heute noch nicht, inwieweit diese auch auf VuD-Betriebe anzuwenden sind, obwohl diese Betriebe auch nach den Richtlinien der VEW arbeiten. Ob und inwieweit etwas zutrifft, stellt sich erst heraus, wenn eine Arbeit geleistet worden ist. Dafür ein Beispiel:

Die VuD-Betriebe waren 1951 von den ehemaligen KWU geplant worden, bzw. war deren Planung auf die einzelnen Betriebe zerpfückt worden. Eine Korrektur- oder Feinplanung war nicht angeordnet. Man mußte also annehmen, daß die alte Planung als gültig anerkannt worden ist. Ob und inwieweit eine besondere Bestätigung der Planung vorlag oder hätte vorliegen müssen, ist durch die Umstellung von KWU zu Einzelbetrieben infolge Aufarbeitung der übermäßig hohen Rückstände nicht beachtet worden. Bei den Abschlußarbeiten hat es sich gezeigt, daß beispielsweise ein Betrieb, der einen Verlust geplant hatte, der seit der Auflösung der ehemaligen KWU fast ganz beseitigt werden konnte. Zugegeben, daß die Planung evtl. nicht ganz real gewesen ist, so ist aus diesem Beispiel doch ersichtlich, daß ein großer Erfolg erzielt wurde, dem nicht ein Planfehler zugrunde liegt. Hier haben Kollegen den Düngerabfuhr-Brigaden durch Anwendung fortschrittlicher Arbeitsmethoden, Einführung des Leistungslohnnes, bei Steigerung der Leistung eine erhebliche Selbstkostensenkung erreicht. Es hätte daraufhin eine größere Zuführung zum Direktorfonds erfolgen können, um diese Leistungen auch entsprechend prämiieren zu können. Man hatte auch damit gerechnet. Aber

plötzlich mußten wir hören, daß die Planung nicht real sei, obwohl das ganze Jahr über der Haushalt auf seine Plansummen bestand. Eine Zuführung zum Direktorfonds wurde abgelehnt.

Weiter ist für die VuD-Betriebe zur Zeit die Frage der persönlichen Verantwortung noch unklar. Vor allem ist die Frage der Person des Betriebsleiters noch nicht geklärt. Hierin ist noch keine schriftliche Entscheidung gefallen, wenigstens ist uns diese nicht bekannt geworden.

Was ist mit der Handelsregistereintragung?

Was ist mit einheitlicher Bezeichnung?

Wie ist das Verhältnis zur Stadt als Gebietskörperschaft? Was kann und muß der Betriebsleiter und was kann und muß die Gebietskörperschaft entscheiden? Welche Betriebe kommen 1953 für die Planung als VuD-Betrieb und welche als zum Haushalt gehörend in Frage?

Auch für die Planung ist die Frage der persönlichen Verantwortung von Bedeutung.

Wichtig ist auch die Frage einer evtl. eigenen BGL.

Es wären noch weitere Aufzählungen dieser Art möglich. Ich will mich aber hierauf beschränken. Mit meinen Ausführungen wollte ich nur beweisen, daß nachstehender Satz in den Ausführungen des Koll. Domschke ein tiefer und ernster Mahnruf für die verantwortlichen Kollegen des Ministeriums sein muß: „Durch fortwährende Veränderungen in der Zuordnung der Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe ist eine Unruhe entstanden, die endlich einmal beseitigt werden muß.“ Ich stehe ebenfalls auf dem Standpunkt, daß man die bis jetzt erreichte Wirtschaftlichkeit einzelner Betriebe nicht durch Einfügung in den Haushalt verlorengehen lassen kann.

Einen Vorwurf müssen wir Kollegen der VuD-Betriebe uns selbst machen. Warum haben wir nicht früher den Weg der Diskussion in der Presse ergriffen, obwohl wir bei jeder Ausgabe der „Deutschen Finanzwirtschaft“ und der Wochenzeitung „Die Wirtschaft“ selbst nach irgendeiner Ausführung über VuD-Betriebe gesucht haben?

Zum Schluß noch eine Frage und eine Bitte an das Erfahrungskollektiv der sechs sächsischen Städte. Warum sind es nur sechs Städte, wahrscheinlich die größten? Warum sind nicht mehr Städte daran beteiligt? Ich würde im Interesse einer nunmehr dringend nötigen festen Grundlage auf dem Gebiete der VuD-Betriebe gern an diesem Erfahrungsaustausch teilnehmen, um zu lernen und mitzuhelfen, diese Grundlagen zu schaffen oder vorzubereiten. Ich schlage den Kollegen aus anderen kleineren Städten vor, sich meiner Bitte anzuschließen. Dadurch könnte endlich auch eine planvollere Arbeit der einzelnen Buchhalter und damit die dringend nötige Entwicklung dieser Kräfte und Steigerung ihrer fachlichen Qualifikation schneller und besser erreicht werden.

Anmerkung der Redaktion:

In diesem Zusammenhang möchten wir erwähnen, daß es sich bei dem Erfahrungskollektiv der sechs sächsischen Städte, von dem im Beitrag des Koll. Domschke in Heft 12 berichtet wurde, um die Städte Bautzen, Freiberg, Freital, Meißen, Pirna und Zittau handelt.

¹⁾ Vgl. DFW 1952, I. Halbb., Heft 12, Seite 657.

Abgaben

Normativsteuern sind anpassungsfähig!

Die Verordnung zur Ergänzung und Änderung der Steuertarife des Handwerks vom 7. August 1952

Siegfried Grummt, Abgabenverwaltung

Um die Steuer des Handwerks für einzelne Handwerkszweige zu bearbeiten, kamen in den vergangenen Monaten wiederholt die Landesobermeister der betreffenden Handwerkszweige, Vertreter der Handwerkskammern und Angestellte des Abgabenapparates im Ministerium der Finanzen zusammen. Diese Art der Vorbereitung gesetzlicher Bestimmungen bringt das demokratische Prinzip der Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung — hier Handwerk — und der Verwaltung der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck. Die Vertreter aller Beteiligten an der Besteuerung des Handwerks nahmen so Anteil an der Gestaltung der sie angehenden Gesetzesbestimmungen. Sie betrachteten es als ihre Aufgabe, eine einfache, den Wünschen und Forderungen des Handwerks und des Staatshaushaltes entsprechende Steuer des Handwerks zu schaffen.

Eine Neuregelung für einzelne Handwerkszweige war erforderlich, weil die Bemessungsgrundlage für die Steuer sich für die Mehrzahl der Handwerker der betreffenden Handwerkszweige wesentlich geändert hatte. Bei einzelnen Handwerkszweigen, über die in diesem Kreis ebenfalls Besprechungen stattfanden und Untersuchungen erfolgten, waren diese Tatbestände nicht gegeben. Aus diesem Grunde erfolgte auch keine generelle Änderung. Dies ist bei der Gestaltung der Steuer des Handwerks zu beachten. Die Vertreter des Handwerks müssen sich darüber klar werden, daß nur bei generellen Veränderungen der Besteuerungsgrundlage eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen in Frage kommen kann.

Bei folgenden Handwerkszweigen führten die Untersuchungen zu einer Veränderung der Steuer des Handwerks:

Senkung des Grundbetrages	Messerschmiede
	Herrenschneider
	Damenschneider
	Lohnmüller
Änderung (Senkung) der Handwerkssteuer-Zuschläge	Friseur in Orten unter 1000 Einwohnern
	Augenoptiker, Optiker und Optikmechaniker
	Müller
	Brauer
	Kürschner

Für die Mälzer wurde erstmals ein Tarif ausgearbeitet.

Als ein Erfolg und Musterbeispiel der guten Zusammenarbeit ist der Tarif für die Augenoptiker, Optiker und Optikmechaniker zu nennen. Eine Vorbesprechung ergab, daß der Optikertarif nach der Preissenkung zu hoch und damit reformbedürftig war. Eine Senkung um X % wäre einfach gewesen, hätte aber den Wünschen der Augenoptiker keinesfalls entsprochen. Bei der Besprechung ergab es sich, daß sich die Steuer des Handwerks in der alten Form, d. h. mit der Lohnsumme als alleiniger Besteuerungsgrundlage, für die gesamte Wirtschaft schädigend auswirkt. Gewissenlose Handwerker fragten nicht mehr nach der Qualität der Erzeugnisse — der Brille als Sehhilfe vieler werktätiger Menschen. Um Steuern zu sparen, entließen sie die qualifizierten Arbeitskräfte, z. B. staatlich geprüfte Optikermeister.

Mit weniger qualifizierten Arbeitskräften, die natürlich auch weniger Lohn erhielten, wodurch sich die Jahresbruttolohnsummen und die Steuer des Handwerks des Betriebes senkten, versuchten sie die Brillenerzeugung noch zu steigern. Diese Brillen entsprachen dann nicht mehr der geforderten Qualität, d. h. sie waren keine gute Sehhilfe. Die schlechte Qualität kann der Sehbehinderte leider erst nach geraumer Zeit feststellen, d. h. wenn die Brille nicht mehr genügt.

Um diese Augenoptiker zu veranlassen, Qualitätsware zu erzeugen, vereinbarten die Vertreter des Handwerks und die Angestellten des Abgabenapparates, einen besondern Tarif auszuarbeiten. Neben dem Handwerksteuerzuschlag auf die Lohnsumme wurde noch ein Handwerksteuerzuschlag auf den überdurchschnittlichen Materialeinsatz vorgeschlagen. Nun begann die Untersuchung zur Ermittlung der Normen. Der Landesobermeister von Sachsen, Herr Dr. Postel, mit seinen Kollegen und Angestellten des Abgabenapparates, insbesondere der Kollege Nöbel, Dresden, und die Kollegin Habertzettel, Chemnitz, leisteten eine ausgezeichnete Arbeit.

Bei einer weiteren Besprechung der Landesobermeister des Augenoptikerhandwerks, der Vertreter der Handwerkskammern und Angestellten des Abgabenapparates wurde über die Normen eingehend diskutiert. Sämtliche Beteiligten der Besprechung erklärten ihr Einverständnis zur Neuregelung und zu den Normen. In der Verordnung sind die Normen nun festgelegt. Ihre Festsetzung ist ein weiterer Beweis der neuen demokratischen Gesetzgebung auf dem Gebiete des Handwerks. Sie sind ein Beweis, daß Gesetzesnormen nicht starr sind. Da die Notwendigkeit einer Änderung bestand, wurden sie neu geformt, entsprechend dem Gesetz zur Förderung des Handwerks. So wie die Normen der Steuer des Handwerks für Augenoptiker, Optiker und Optikmechaniker geschaffen wurden, so geschah es auch bei den anderen Handwerkszweigen. Bei den Mälzern wurde erstmals ein Tarif erarbeitet, nachdem für Mälzer die Eintragung in der Handwerksrolle geregelt war. Im Mälzertarif sind die produzierten Malzmengen, die Kapazitätsausnutzung und, wegen unterschiedlicher Preise, auch der Preis als Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Steuer des Handwerks vorgesehen.

Im Müllertarif war bisher die Walzenlänge als Bemessungsgrundlage maßgebend. Diese Bemessungsgrundlage berücksichtigte aber nicht ausreichend die unterschiedliche Leistungsfähigkeit und die Getreidezuteilung der Mühlen. Es war deshalb notwendig, einen neuen Tarif mit dem Produktionsausstoß als Bemessungsgrundlage auszuarbeiten.

Die Senkung der Steuer des Handwerks für Brauer war erforderlich infolge der Bierpreissenkung.

Der Kürschnertarif wurde ebenfalls gesenkt. Die Kürschnermeister kalkulierten bislang nach der Preisverordnung vom 17. Februar 1942. Mit den neuen Regelleistungspreisen sind nunmehr einheitliche Berechnungsgrundlagen geschaffen, die dem neuen Tarif zugrunde gelegt wurden.

Die Senkung der Grundbeträge für Messerschmiede auf 580,— DM Ortsklasse I, 520,— DM Ortsklasse II und

472,— DM Ortsklasse III wird diesen Handwerksmeistern bewiesen, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihren berechtigten Forderungen Rechnung trägt.

Die Senkung der Grundbeträge der Herrenschneider auf 520,— DM, 472,— DM und 420,— DM in Ortsklasse I—III, der Damenschneider auf 336,— DM, 306,— DM und 276,— DM in Ortsklasse I—III, der Lohnmüller auf 336,— DM und 292,— DM in Ortsklasse I sowie II und III und die Einstufung der Herren- und Damenfriseure in der Anlage A Abschnitt II des Gesetzes über die Steuertarife des Handwerks beweisen auch diesen Handwerkszweigen, daß ihrer Lage entsprechend die Steuer des Handwerks nunmehr richtig festgesetzt wurde.

Die Herrenschneider zahlen ab 1. Januar 1951 an Steuern des Handwerks und Sozialversicherungsbeiträgen in Ortskl. I 160,— DM weniger, die Damenschneider „ „ I 112,— „ „ die Messerschmiede „ „ I 272,— „ „ die Lohnmüller „ „ I 424,— „ „ die betr. Dorfrriseure 100,— bzw. 200,— „ „

Diese Änderungen der Handwerksteuer-Grundbeträge und -Zuschläge führen zugleich zu einer Vereinfachung

der Besteuerung des Handwerks. Nach der Herabsetzung der Handwerksteuer-Grundbeträge und -Zuschläge dürften von seiten der Handwerker der betreffenden Handwerkszweige kaum noch Erlaßanträge gestellt werden, so daß von den Unterabteilungen Abgaben der Kreisverwaltungen bzw. von den Gutachterausschüssen diese Erlaßanträge kaum mehr zu bearbeiten sind, wodurch eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung entsteht.

Zugleich wird ein großer Teil der Handwerker, die z. Z. noch Schwarzarbeit ausführen, ihr Handwerk in der Handwerksrolle wieder anmelden, weil sie die gesenkten Handwerksteuer-Grundbeträge in Zukunft entrichten können.

Die neue Regelung gibt den Handwerkern die Bestätigung, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend der wirtschaftlichen Lage des Handwerkers bzw. einzelner Handwerkszweige die Steuer des Handwerks festsetzt und nicht starr an den bestehenden Bestimmungen festhält. Damit ist wesentlich das demokratische Prinzip der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den Werkträgern gewährleistet.

Die Sozialversicherungsbeiträge des Handwerkers

Gerhard Bahr, Ministerium der Finanzen, Berlin

Sehr lange hat es gedauert, bis die zuständigen Stellen sich über die seit Herbst vorigen Jahres bearbeitete teilweise Abänderung der Bestimmungen für die SV-Beiträge der Handwerker einig geworden sind. Mehrfach wurde diese Verzögerung in der DFW kritisiert¹⁾. Nunmehr ist durch die Dritte Durchführungsbestimmung zum Gesetz zur Förderung des Handwerks vom 16. August 1952 endlich die Neuregelung ergangen. Die Reg.

Die Veränderungen in der Besteuerung des Handwerks konnten auch für die Erhebung des Pflichtbeitrages zur Sozialversicherung nicht ohne Einfluß bleiben. Es war ferner zu berücksichtigen, daß die Stellung des Handwerkers in der Deutschen Demokratischen Republik dahingehend seine Beachtung fand, daß durch das Gesetz zur Förderung des Handwerks dem Handwerker der Schutz der Sozialversicherung in gleichem Maße wie den Lohnempfängern gewährleistet worden ist.

Seit dem 1. Januar 1952 werden daher die Beiträge zur Sozialversicherung in Höhe des vollen Handwerksteuergrundbetrages erhoben. Die Höhe des Beitrages wird also, wie auch beim Handwerksteuergrundbetrag, nur von der eigenen und der normalen Arbeitsleistung sowie von normalen Verdienstmöglichkeiten bestimmt. Die Durchführung der Besteuerung hat jedoch gezeigt, daß die der Norm zugrunde gelegte Arbeitsleistung in besonderen Fällen nicht erreicht wurde, so daß sich bei der Besteuerung Härten ergaben. Die vom Ministerium der Finanzen erlassenen Durchführungsbestimmungen zu den Gesetzen über die Steuer und die Steuertarife des Handwerks haben dazu beigetragen, diese Härten zu beseitigen und die Besteuerung der Handwerker zu verbessern.

Mit dieser Maßnahme war jedoch das Problem nicht endgültig gelöst, denn auch in der Höhe des Sozialversicherungsbeitrages waren Härten aufgetreten. Hiervon betroffen waren die alten und erwerbsgeminderten Handwerker, die allein arbeiten und Handwerker, die nur zum Teil handwerklich tätig waren. Wenn diese Handwerker auch nicht die normale Arbeitsleistung erreichen können, so ist ihre Tätigkeit im Rahmen unserer Wirtschaft von Bedeutung und auch im Interesse der Versorgung unserer arbeitenden Bevölkerung mit handwerklichen Leistungen notwendig.

Durch die Dritte Durchführungsbestimmung zum Gesetz zur Förderung des Handwerks vom 16. August 1952, welche im Gesetzblatt Nr. 112 veröffentlicht ist, wurden

nunmehr die Härten beseitigt, die in der Höhe des Sozialversicherungsbeitrages aufgetreten waren.

Weiche Änderungen ergeben sich im Sozialversicherungsbeitrag?

Für Alleinhandwerker, die infolge Alters oder Erwerbsminderung nicht mehr in der Lage sind, die dem Handwerksteuergrundbetrag zugrunde gelegte normale Arbeitsleistung zu erreichen, beträgt der Beitrag entsprechend dem Grad der Erwerbsminderung oder des erreichten Alters 25% bis 75% des vollen Handwerksteuergrundbetrages.

Bei den Handwerkern, die in der Ausübung ihrer vollen handwerklichen Tätigkeit gehindert sind, weil sie gesellschaftliche Funktionen während der normalen Arbeitszeit ausüben oder noch als Lohnempfänger oder Lehrer in Berufs- und Fachschulen tätig sind, wird für je 200 volle Stunden der anderen Tätigkeit $\frac{1}{4}$ vom Handwerkerbeitrag abgesetzt.

Vielfach haben Dorfhandwerker noch eine Bauernwirtschaft und müssen ohne Beschäftigung von Arbeitskräften ihre eigene Arbeitskraft z. T. für die Arbeit in der Wirtschaft verwenden. Diesen Handwerkern, die nicht voll in ihrem Handwerksbetrieb tätig sein können, wird, wenn sie keine Lohnempfänger beschäftigen, der Handwerkerbeitrag entsprechend der Größe der Bauernwirtschaft herabgesetzt.

Ferner haben alle blinden Handwerker, die ihre Arbeitskraft noch dem Aufbau unserer Deutschen Demokratischen Republik zur Verfügung stellen, den Sozialversicherungsbeitrag nur in Höhe von $\frac{1}{4}$ des vollen Handwerksteuergrundbetrages zu entrichten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat durch die allseitige Unterstützung und Förderung des Handwerks bewiesen, daß sie die Funktionen, die das Handwerk in der gesellschaftlichen Produktion ausübt, voll und ganz anerkennt. Die Verbesserung in der Handwerkerbesteuerung und die nunmehr erfolgte Neuregelung in der Erhebung des Beitrages zur Sozialversicherung, sind ein weiterer Beweis hierfür.

¹⁾ Vgl. DFW 1952, Heft 3, Heft 7, Heft 10, Heft 11.

Trinkgelder unzeitgemäß!

Zur Anweisung der Abgabenverwaltung Nr. 119/42

Alfred Krätzschar, z. Z. Brandis

Wie viele Klagen mußte sich die Abgabenverwaltung von seiten der Trinkgeldempfänger in Bezug auf die Versteuerung der Trinkgelder anhören, und wie wenig konnte sie auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen Abhilfe schaffen. Endlich ist durch die Anweisung Nr. 119/52 vom 30. April 1952 der Abgabenverwaltung die Trinkgeldbesteuerung mit Wirkung vom 1. Mai 1952 aufgehoben worden. Es könnte den Anschein haben, als sei damit eine steuerliche Begünstigung ausgesprochen worden zur Förderung des Trinkgeldempfanges schlechthin. Diese Meinung ist aber völlig abwegig und entspricht nicht unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Die Aufhebung der Trinkgeldbesteuerung ist vielmehr aus der Erkenntnis geschehen, daß heute das Bewußtsein unserer Werktätigen schon so weit entwickelt ist, daß Trinkgelder keine wesentliche Rolle mehr spielen. Trotzdem gibt es immer noch viele Werktätige, besonders in den Reihen des Gaststätten- und Friseurgewerbes, die die unrühmliche Rolle des Trinkgeldes noch nicht erkannt haben. Sie davon zu überzeugen, daß sie mit der Annahme von Trinkgeldern ihren gesamten Berufszweig und nicht zuletzt sich selbst keinen guten Dienst erweisen, ihnen das Wesen der Trinkgelder klarzumachen, muß Aufgabe der Berufsverbände, besonders des FDGB, sein. Auch dieser Artikel soll dazu beitragen, die Unsitte des Trinkgeldempfanges aufzuzeigen. Er soll verhindern, daß die Anweisung Nr. 119/52 in den Kreisen der Trinkgeldempfänger so ausgelegt wird, als solle sie den Trinkgeldempfang begünstigen und die Bedeutung der Trinkgelder erhöhen. Das Gegenteil ist der Fall. Auf Grund des Entwicklungsstandes unserer Gesellschaft und der fortschrittlichen Einstellung eines großen Teiles der Menschen in diesen Berufszweigen hielt die Abgabenverwaltung es an der Zeit, die Besteuerung dieser unwesentlichen und im letzten Grunde ungerechtfertigten Einkünfte aufzuheben.

Betrachten wir die Entwicklung der Trinkgelder allgemein, so müssen wir erkennen, daß das Trinkgeld im Zeitalter des Kapitalismus nicht immer nur ein Brosamen vom Tische der „Wohlhabenden“ für gute Arbeit ihrer Bediensteten war, sondern nicht selten auch dazu diente, um besonders im Gaststättengewerbe willige Leistungen für oft unsaubere Geschäfte zu erhalten. Aber wenn man auch von diesen krassen Fällen absieht, die dank unserer neuen volksdemokratischen Ordnung nur noch sehr selten in Erscheinung treten dürften, ist das Trinkgeld auch in seiner abgeschwächten Form doch etwas Unzeitgemäßes, eine Entwürdigung und keine Würdigung der Tätigkeit des Lohnempfängers. Die Lohnpolitik in unserer Republik wird getragen von dem Leistungsprinzip. Danach erhält jeder Bürger seine Entlohnung entsprechend der für die Gesellschaft geleisteten Arbeit. Diese Entlohnung nach dem Leistungsprinzip zu regeln, kann aber nicht Aufgabe des Trinkgeldgebers sein, der sich in erster Linie nicht nach den Leistungen des Bediensteten, sondern nach den eigenen finanziellen Verhältnissen richten wird, sie muß vielmehr dem Tarifvertrag überlassen bleiben. Die Tarifverträge für alle Berufe, in denen üblicherweise Trinkgelder gegeben werden, sehen heute eine entsprechende tarifmäßige Entlohnung vor, die dem Lohnempfänger eine ordnungsgemäße Bezahlung für seine Tätigkeit ohne den Bezug von Trinkgeldern garantiert. Dadurch werden die betreffenden Berufsgruppen unabhängig von den Trinkgeldalmosen, auf die sie bisher angewiesen waren, und gelangen somit zur Gleichachtung und Gleichberechtigung anderen Berufen gegenüber.

Es ist deshalb heute nicht mehr so, daß der Kellner, Friseur, Gepäckträger usw. keine eigene Meinung haben darf, daß er stets in das Horn desjenigen blasen muß, für den er im Augenblick Leistungen ausführt, nur um mit einem möglichst hohen Trinkgeld ausgestattet zu

werden. Sämtliche Bürger haben das demokratische Recht, ihre Meinung zu äußern, und wenn früher die Hungerlöhne dieser Branchen den Arbeiter und Angestellten zwangen, mit Rücksicht auf das zu erwartende Trinkgeld gegen ihre Überzeugung den „Herrschaften“ zu Munde zu reden, so war das ein Teil der so gelobten Redefreiheit im Kapitalismus. Heute garantieren sämtlichen Arbeitern und Angestellten dieser Berufe angemessene Tarifverträge eine auskömmliche Entlohnung, die sie von dem Trinkgeld unabhängig machen und dadurch von dieser unterwürfigen Liebedienerei befreien. Jeder Beruf, der der Gesellschaft dient, ist zu achten und eine Beschränkung der persönlichen Meinung, die eine Berufsausübung mit sich bringen könnte und durch die Zahlung von Trinkgeldern mit sich brachte, ist zu verwerfen und mit unserer demokratischen Entwicklung unvereinbar.

Durch die Spende von Trinkgeldern will der Spender aber nicht nur eine ihm passende Bedienung, sondern er bringt mehr oder weniger seine finanzielle Überlegenheit zum Ausdruck. Und gerade hierin besteht das Entwürdigende in Bezug auf die vom betreffenden Lohnempfänger geleistete Arbeit. Eine gerechte Belohnung für gute Arbeit würde aber jeder Meister gern entgegennehmen. Da er aber genau weiß, daß das Trinkgeld für „kleine“ Angestellte und Arbeiter ein Brosamen vom Tische der Wohlhabenden ist, muß er es selbstverständlich als „gut situierter“ Selbständiger ablehnen, weil er sich ja mit den „kleinen“ Angestellten und Arbeitern seiner Branche nicht auf eine Stufe stellen kann.

Diese Ausführungen zeigen, daß das Trinkgeld keinerlei Berechtigung mehr hat, daß es im Gegenteil eine Entwürdigung der Tätigkeit unserer Arbeiter und Angestellten in bestimmten Berufszweigen herbeiführt, die keinesfalls zukünftig mehr bestehen bleiben darf. Erst die Abschaffung des Trinkgeldes wird eine gleiche Achtung für die Berufe mit sich bringen, in denen bisher Trinkgeldspenden üblich waren.

Die Abschaffung des Trinkgeldes ist deshalb eine politische Frage, die desto eher gelöst werden wird, je eher es gelingt, die Bevölkerung unserer Deutschen Demokratischen Republik über den wahren Charakter des Trinkgeldes aufzuklären und besonders die Kellner und Friseure als Haupttrinkgeldempfänger davon zu überzeugen, daß es ihrer unwürdig ist, Trinkgelder anzunehmen.

Es hat sich gezeigt, daß bereits weite Kreise unserer fortschrittlichen HO-Kellner das wahre Wesen der Trinkgelder erkannt haben und eine Annahme von Trinkgeldern ablehnen. Die fortschrittlichen Kellner mehrerer HO-Gaststätten haben sich zum Beispiel verpflichtet, ihre sämtlichen Trinkgelder zugunsten der Weltfriedensbewegung oder zum Aufbau unserer Hauptstadt Berlin abzuführen. Sie geben diese ihre Verpflichtung durch Tischkarten den Gästen bekannt und jeder Gast erhält für sein Trinkgeld einen kleinen vorgedruckten Bon mit der Höhe des der Weltfriedensbewegung bzw. des Wiederaufbaues unserer Hauptstadt Berlin oder anderen gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung gestellten Betrages. Derartige Verpflichtungen dienen nicht nur zur finanziellen Unterstützung von bedeutsamen Aktionen, sondern demonstrieren gleichzeitig die Einstellung der Kellner gegenüber dem großen politischen Zeitgeschehen.

Es wäre zu begrüßen, wenn auch andere Berufssparten, in denen Trinkgelder anfallen, ähnliche Verpflichtungen auf sich nehmen würden. Da es besonders Aufgabe der Friseure ist, neue Haarfrisuren anzulegen, wären die fortschrittlichen Kellner bestimmt sehr erfreut, wenn die Friseure durch derartige Verpflichtungen ebenfalls mithelfen würden, den alten Trinkgeldzopf, der noch hier und da besteht, abzuschneiden.

Banken

Das landwirtschaftliche Kreditwesen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Rolle der Deutschen Bauernbank¹⁾

Friedrich Grünberg und Oskar Lehmann

II. Teil

B. Mittelfristige Kredite

Neben den kurzfristigen Krediten gewährt die Deutsche Bauernbank in der Landwirtschaft auch mittelfristige Kredite. Die mittelfristigen Kredite werden in der Hauptsache gewährt zur Anschaffung von lebendem und totem Inventar, zur Ausführung größerer Reparaturen an Inventar und Bauten sowie auch zur Ausführung von Neubauten und Neuanlagen, wenn der benötigte Kredit innerhalb von acht Jahren zurückgezahlt werden kann. Ein mittelfristiger Kredit darf aber nur einem volkswirtschaftlichen Zweck dienen, der durch die Deutsche Bauernbank geprüft sein muß. Ein mittelfristiger Kredit soll für den bäuerlichen Betrieb in der Regel 5000,— DM nicht übersteigen.

Der mittelfristige Kredit muß durch Vermögenswerte des Kreditnehmers ausreichend gesichert werden. Für die Sicherung kommen neben Grundschulden bzw. Hypotheken für Inventaranschaffungen Sicherungsübereignungen, Verpfändung oder Hinterlegung von Wertpapieren, Bürgschaften, Abtretung von Forderungen usw. in Frage. Bei wertvollen Zuchttieren ist auch eine Tierlebensversicherung erforderlich. Der Zinssatz für einen mittelfristigen Kredit beträgt 4,5 %.

Die Rückzahlung erfolgt nach freier Vereinbarung. Sie muß längstens in 16 Halbjahresraten vorgenommen werden, wobei die vereinbarte Rückzahlungsfrist des Kredites die Lebensdauer des Kreditobjektes nicht übersteigen soll. Jeder Kreditnehmer hat für die Dauer der Kreditinanspruchnahme einer Kreditüberwachung zuzustimmen. Zu dieser Überwachung gehören folgende Maßnahmen:

- a) jährliche Vorlage von Berichtsbogen bzw. Buchabschlüssen,
- b) örtliche Betriebsprüfung durch Beauftragte der Deutschen Bauernbank.

Für den Kreditantrag sind einheitliche Formulare vorgeschrieben. Der Kreditnehmer muß sich schriftlich verpflichten, daß er seine gesamten Geld- und Kreditgeschäfte ausschließlich über seine BHG abwickeln wird. Vor jeder Kreditusage ist die Stellungnahme der örtlichen VdGB einzuholen.

Eine Barauszahlung des Kredits an den Kreditnehmer ist unzulässig. Die Rechnungen müssen von dem Kreditnehmer vorgelegt und bestätigt werden; die zuständige BHG überweist dann dem Rechnungsaussteller den Betrag.

Inzwischen hat man die Bezeichnung „mittelfristiger Kredit“ fallengelassen und diese Kreditart ebenfalls unter die langfristigen Kredite eingereiht; die Höchstdauer der Rückzahlung von acht Jahren wurde beibehalten.

C. Langfristige Kredite

Eine weitere Aufgabe der Deutschen Bauernbank ist es, aus ihrem Eigenkapital bzw. den von ihr auszugebenden Schuldverschreibungen langfristige Kredite zu finanzieren, um dadurch in erster Linie die Genossenschaften zugunsten des kurzfristigen Kreditgeschäftes zu entlasten. Einen langfristigen Kredit können ebenfalls nur Mitglieder der Genossenschaften bzw. diese selbst erhalten.

Sie werden für folgende Zwecke zur Verfügung gestellt:

- a) für Neubauten oder umfangreiche, mit größeren Aufwendungen verbundene Reparaturen von landwirtschaftlichen Wirtschafts- und Wohngebäuden,
- b) zur Errichtung von Neubauten, Umbauten, für die Ausführung größerer Reparaturen von genossenschaftlichen Lager-, Betriebs- und Verwaltungsgebäuden sowie für sonstige genossenschaftliche Gemeinschaftsbauten und Einrichtungen. Zu den Gemeinschaftsbauten gehören insbesondere Düngerschuppen, Kohlschuppen, Gemeinschaftswaschanlagen, Kükenaufzuchtstationen usw.,
- c) für jede Art von Neulandgewinnungs- oder Bodenverbesserungszwecken.

Die Höhe eines langfristigen Kredits soll in der Regel 10 000,— DM nicht übersteigen. In begründeten Fällen kann aber auch darüber hinausgegangen werden. Hinsichtlich der Sicherung gilt dasselbe, was bereits für die mittelfristigen Kredite gesagt ist.

Der Zinssatz beträgt auch für langfristige Kredite 4,5 %. Die Höhe des Tilgungssatzes wird unter Beachtung der notwendigen wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Überlegungen mit dem Kreditnehmer vereinbart. Der jährliche Mindestsatz beträgt 1 %. Der Tilgungsbeginn für langfristige Kredite kann ebenfalls frei vereinbart werden, muß aber spätestens im dritten Kalenderjahr nach der vollständigen Kreditauszahlung beginnen. Der Kredit kann vom Kreditnehmer vorzeitig zurückgezahlt werden.

Hinsichtlich der Kreditüberwachung und Kreditbearbeitung gelten die gleichen Grundsätze wie bei dem mittelfristigen Kredit.

Auch bei den langfristigen Krediten gilt der Grundsatz, daß eine Barauszahlung an den Kreditnehmer nicht erfolgt, sondern dem Rechnungsaussteller der vom Kreditnehmer bestätigte Rechnungsbetrag jeweils überwiesen wird.

D. Die Neubauernkredite

Neben diesen behandelten Kreditarten spielt in der Landwirtschaft noch eine Kreditart eine besondere Rolle, nämlich der Neubauernbaukredit und der Neubauernwirtschaftskredit.

¹⁾ I. Teil s. DFW 1952, II. Halbb., Heft 16, S. 889

Der Neubauernbaukredit wird, soweit es sich um die Ausreichung der Mittel und um die Kontrolle der Bauausführungen handelt, noch bei der Deutschen Investitionsbank geführt. Er soll aber ab 1. Januar 1953 auf die Deutsche Bauernbank übergeführt werden.

Bei der Zins- und Tilgungseinzahlung wirken aber die Bezirks- und die Kreisstellen der Deutschen Bauernbank bereits mit. Die Konten über jedes einzelne Bauobjekt werden dagegen bei der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft geführt. Im Augenblick ist zwar die Kontenführung noch unterschiedlich, wird aber in Kürze einheitlich geregelt, so daß sich dann alle diese Konten nur noch bei den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften befinden. Aufgabe der Kreisstellen der Deutschen Bauernbank ist es, diese Konten fortlaufend zu kontrollieren, damit der Einzug der Zinsen und der jetzt inzwischen auch erstmalig fällig gewesenen Tilgungsraten gegenüber dem Staatshaushalt gewährleistet ist.

Die Gewährung der Neubauernwirtschaftskredite hingegen ist eine Angelegenheit der Deutschen Bauernbank. Durch Beschluß der ehemaligen Deutschen Wirtschaftskommission vom 26. Mai 1948 wurde angeordnet, daß die Neubauern alljährlich einen Wirtschaftskredit für Bestell- und Erntezwecke, der kurzfristig läuft und nach Einbringung der Ernte zurückgezahlt werden muß, und für die Anschaffung von Inventar, der als mittelfristiger Kredit anzusehen ist, in Anspruch nehmen können. Der Gesamtkredit soll 2500,— DM nicht übersteigen. Hiervon gelten etwa 1000,— DM als kurzfristiger Bestell- und Erntekredit und etwa 1500,— DM als Inventarkredit. Aus diesem Kredit kann lebendes und totes Inventar beschafft werden. Dieser Kredit ist längstens innerhalb von acht Jahren zurückzuzahlen. Ausreichende Stelle für die Wirtschaftskredite sind die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften, die sich zu diesem Zweck bei der Deutschen Bauernbank refinanzieren können. Die Refinanzierungsmittel werden den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften gegen einen Zinssatz von $2\frac{3}{8}\%$ zur Verfügung gestellt; dem Neubauern dürfen nicht mehr als 3% Zinsen für die Wirtschaftskredite berechnet werden. Da die Wirtschaftskredite in einer Höhe von 2500,— DM häufig nicht ausreichen, waren bisher die Landesregierungen ermächtigt, in begründeten Fällen Erhöhungen zu genehmigen, die in einzelnen Ländern nur einige 100,— DM, in anderen dagegen mehr betragen. So gewährte z. B. die ehemalige Landesregierung Brandenburg eine Erhöhung um 400,— DM, während in Mecklenburg, in dem ja bekanntlich die meisten Umsiedler sesshaft geworden sind, Erhöhungen bis zu 4000,— DM unter gewissen Voraussetzungen genehmigt wurden. Die Wirtschaftskredite waren also in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich hoch. Das Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik hat vor kurzem eine Ergänzungsverordnung zu der vorerwähnten Verordnung herausgegeben, nach welcher der Neubauernwirtschaftskredit 2500,— DM beträgt, wovon wiederum 1000,— DM kurzfristig und 1500,— DM mittelfristig sind.

E. Sonderkredite für die Landwirtschaft

Daneben stehen der Landwirtschaft noch eine Anzahl Kredite zur Verfügung, die auf Grund besonderer Verordnungen festgelegt sind.

Durch das von der Volkskammer am 8. September 1950 beschlossene Gesetz über Entschuldung und Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern und das Gesetz zur Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik vom gleichen Datum ergeben sich verschiedene Möglichkeiten der weiteren Kredithilfe für die Landwirtschaft.

Als wichtigster Gesetzesakt ist die Entschuldung von Neubauernhöfen anzusehen. Danach wurden alle bis einschließlich 30. Juni 1950 gewährten Bodenreformbaukredite mit Wirkung vom 1. Juli 1950 und zu dem Stand des Kreditkontos vom 30. Juni 1950 um 50 % herabgesetzt.

Die zu diesem Stichtage gewährten Bodenreformbaukredite hatten eine Summe von rund 600 Mill. DM erreicht. Es trat also für die Neubauern eine Gesamtentschuldung von rund 300 Mill. DM ein. Diese Entschuldungshilfe machte aber bei den Neubauern nicht halt, sondern liquidierte gleichzeitig das von den Großgrundbesitzern gegen die Altsiedler begangene Unrecht, indem diesen die Restschuldsumme aus den Siedlungsverträgen ebenfalls um 50 % herabgesetzt wurde. Die sowohl bei den Neubauern als auch bei den Altsiedlern verbliebene Restschuldsumme ist mit 3% jährlich zu verzinsen und mit 1% jährlich zu tilgen. Neben diesem bedeutsamen Gesetzesakt für die Neubauern und die Altsiedler wurde in dem vorerwähnten Gesetz weiterhin Kredithilfe an Klein- und Mittelbauern für die Wiederinstandsetzung bzw. den Wiederaufbau ihrer Wohn- und Wirtschaftsgebäude beschlossen.

Durch den verbrecherischen Hitlerkrieg, besonders durch den anglo-amerikanischen Bombenkrieg, haben auch viele bäuerliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude schwere Schäden erlitten. Um diesen bäuerlichen Betrieben zu helfen, ihre durch Kriegseinwirkung beschädigten Wohn- und Wirtschaftsgebäude wiederaufzubauen, was ihnen aus eigener Kraft bisher nicht möglich war, sind in dieser Kredithilfe Maßnahmen geregelt, die zur Erlangung von Krediten für die Wiederinstandsetzung bzw. den Wiederaufbau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden der Klein- und Mittelbauern erforderlich sind. In dem Gesetz ist zwar gesagt, daß diese Kredithilfe nur für Klein- und Mittelbauern zu gewährt ist. Es kommt darin aber nicht näher zum Ausdruck, wer als solcher anzusehen ist. In einer Arbeitsanweisung, die die Deutsche Bauernbank im Einvernehmen mit dem zuständigen Ministerium erlassen hat, wurde festgelegt, daß diese Frage eine Kommission zu beantworten hat, die am Wohnort ihres Antragstellers ihren Sitz hat und sich aus dem Bürgermeister sowie Vertretern der VdGB (BHG) und dem örtlichen FDGB zusammensetzt. Die Entscheidung hierüber war mitunter nicht ganz leicht. Maßgebend für dieselbe sind die örtlichen Verhältnisse je nach der Güte der Bodenklasse des landwirtschaftlichen Besitzes unter Berücksichtigung des Einheitswertes.

Ebensowenig ist in dem Gesetz die Höhe des zu gewährenden Wiederaufbaukredites bestimmt. Es ist darin vielmehr lediglich gesagt, daß der Kredit bis zur Höhe von 60 % der Aufbauskosten gewährt wird. Die Arbeitsanweisung der Deutschen Bauernbank ist hierin konkreter und sagt, daß die Baukosten im Einzelfalle 15 000,— DM nicht übersteigen sollen. Entsprechend der Bestimmung muß der Eigentümer zu diesen Kosten wenigstens 40 % an Eigenleistungen aufbringen, so daß die Kreditsumme im Einzelfalle 9000,— DM betragen kann. Hat aber der Eigentümer vor Stellung des Kreditantrags durch Eigeninitiative bereits Wiederaufbauarbeiten durchgeführt und auch tatsächlich bezahlt, können diese bis zu 20 % der Baukosten als Eigenleistungen in Anrechnung gebracht werden.

Die Eigenleistungen können entweder in Eigenkapital oder in der Ausführung praktischer Arbeiten, wie z. B. Ausschachtungsarbeiten, Fundamentierungsarbeiten sowie in der Lieferung von Bauholz aus der eigenen Forst aufgebracht werden. Die Laufzeit dieses Wiederaufbaukredits kann bis zu 30 Jahren betragen und richtet sich nach dem Grad der Beschädigung. Neu in diesem

Gesetz ist, daß die zur Sicherung des Wiederaufbaukredites einzutragende Grundschild den Vorrang vor allen eingetragenen Rechten hat und unkündbar ist. Die Regelung der Rechte der Nachgläubiger ist in dem Gesetz besonders entschieden. Der Zinssatz beträgt 4,25 %. Auf Grund des Gesetzes über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik können den bedürftigen Neubauernumsiedlern für den Bau von Häusern und Wirtschaftsgebäuden über den Rahmen der Kreditrichtlinien zur Weiterführung des Bodenreformbauprogramms hinaus ein zinsloser Kredit entsprechend dem Grad ihrer Bedürftigkeit bis zur Höhe von 5000,— DM gewährt werden. Diese Kredite gewährt die Deutsche Investitionsbank.

F. Die Bildung der landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften stellt das landwirtschaftliche Kreditwesen vor neue Aufgaben.

Seit längerer Zeit schon gibt es in einigen Dörfern der Deutschen Demokratischen Republik landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, deren Mitglieder den Boden gemeinsam bestellen. In einer weiteren Anzahl von Dörfern haben Landarbeiter, Neubauern und andere werktätige Bauern die Bildung von Produktionsgenossenschaften vorbereitet und begründen ihr Vorhaben damit, daß sie durch die gemeinsame Bodenbearbeitung höhere Erträge erzielen können und ihre Arbeit leichter wird.

Die II. Parteikonferenz der SED hat sich mit diesen Fragen sehr eingehend beschäftigt und die Anregungen der werktätigen Bauern sehr sorgfältig studiert. Nachdem die werktätigen Bauern von sich aus die Frage gestellt haben, soll in allen Fällen, in denen sie sich in freier Entscheidung entschließen, eine Produktionsgenossenschaft zu bilden, ihnen die größte Unterstützung zuteil werden.

Auf Vorschlag des Zentralkomitees der SED hat der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik am 24. Juli 1952 in einer Verordnung verschiedene Vergünstigungen für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihre Mitglieder beschlossen. Das Verfahren über die Bestätigung und Registrierung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist in einer Regierungsverordnung vom 7. August 1952 geregelt. Hierauf braucht jetzt nicht besonders eingegangen zu werden. Wichtig ist aber für die Deutsche Bauernbank die Anordnung des Ministeriums der Finanzen über die Gewährung von Krediten an landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und deren Mitglieder vom gleichen Datum. Hiernach erfolgt die Kreditgewährung an landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften durch die Deutsche Bauernbank, die beauftragt ist, die Kreditgewährung nach besonderen Richtlinien durchzuführen.

Bei diesen Krediten an landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften handelt es sich sowohl um kurzfristige als auch um langfristige Kredite. Soweit die Mitglieder der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften kurzfristige Kredite benötigen, werden sie durch die VdgB — BHG e. G. nach den Richtlinien der Deutschen Notenbank ausgereicht.

Die Deutsche Bauernbank hat die vorerwähnten Kreditrichtlinien für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften inzwischen fertiggestellt. Danach können diejenigen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Kredite erhalten, die im Register der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bei den Kreisen und kreisfreien Städten eingetragen sind.

Ausweis der Deutschen Notenbank über den Noten- und Münzen-Umlauf

	per 9. 8. 52	per 20. 8. 52 Millionen DM	per 30. 8. 52
In Betrieb gegebene Noten . . .	4 094	4 094	4 094
In Betrieb gegebene Münzen . . .	75	75	75
	4 169	4 169	4 169
davon:			
in den Kassen der Deutschen Notenbank	633	740	640
	3 536	3 429	3 529
in den Kassen der sonstigen Kreditinstitute	91	97	95
im Umlauf bei der Bevölkerung, den Betrieben und Organisationen befanden sich also:	3 445	3 332	3 434

Die Genossenschaften haben sämtliche Geld- und Kreditgeschäfte ausschließlich über die Kreisstellen der Deutschen Bauernbank abzuwickeln. Maßgebend für die Kreditgewährung an die Genossenschaften ist ihr Finanzplan, der auf ihrem Produktionsplan basieren muß. Beide Pläne sind von der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft aufzustellen, wobei ihnen die Deutsche Bauernbank Hilfe leisten wird.

Der Finanzplan hat erst dann Gültigkeit, wenn er von der Vollversammlung der Genossenschaft angenommen und vom Rat des Kreises bestätigt ist.

Der Deutschen Bauernbank wird über die Verwendung der ausgereichten Kredite ein Kontrollrecht eingeräumt. Über etwaige Fehler und Mängel auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft und des Rechnungswesens der Genossenschaft ist der Rat des Kreises sowie das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft zu informieren.

Den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften können folgende Kredite gewährt werden:

I. Kurzfristige Kredite als Betriebsmittel, und zwar an

- a) Genossenschaften, die den Boden gemeinsam bewirtschaften:
 1. für die Bezahlung von Dünger, Saatgut usw.,
 2. für MAS-Gebühren mit Ausnahme der Arbeiten für die Ernte des Jahres 1952, wofür eine besondere Regelung erfolgt,
 3. für kleinere Reparaturen an Maschinen, sofern dieser Kredit aus den Erträgen des laufenden Jahres gedeckt werden kann, und
 4. für verschiedene andere Anschaffungen sowie zur Auszahlung von Vorschüssen an die Mitglieder der Genossenschaft, die keine eigene Produktion haben;
- b) Genossenschaften, deren Mitglieder Boden, Geräte, Maschinen und Zugkräfte eingebracht haben, erfolgt die Kreditgewährung wie unter a);
- c) Genossenschaften, die außer der gemeinsamen Bodenbearbeitung die Errichtung einer genossenschaftlichen Viehwirtschaft beschlossen haben, erfolgt die Kreditgewährung ebenfalls wie unter a) sowie zur Bezahlung zusätzlicher Futtermittel.

Alle diese kurzfristigen Kredite sind nach den geplanten Einnahmen aus der Realisierung der nächsten Erträge zu betristen, jedoch nicht über ein Jahr hinaus. Der Zinssatz beträgt jährlich 2 %.

II. Langfristige Kredite

- a) an Genossenschaften, die den Boden gemeinsam bewirtschaften:
 1. für den Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte,
 2. zur Einrichtung von Gemüseplantagen und Anschaffung kultureller Einrichtungen,

3. für Gebäudereparaturen,
4. für den Bau von Scheunen und entsprechenden Wirtschaftsgebäuden,
5. für eine Anzahl weiterer Maßnahmen;
- b) an Genossenschaften, deren Mitglieder Boden, Geräte, Maschinen und Zugkräfte eingebracht haben, erfolgt die Kreditgewährung wie unter a), ferner
 - für den Bau von Ställen für Zugkräfte,
 - für den Bau von Schuppen für Maschinen und Geräte,
- c) an Genossenschaften, die außer der gemeinsamen Bodenbearbeitung die Errichtung einer genossenschaftlichen Viehwirtschaft beschlossen haben, erfolgt die Kreditgewährung wie unter b), ferner
 - für den Ankauf von Zucht- und Nutzvieh,
 - für den Bau von Viehställen und Futtersilos,
 - für die Anschaffung maschineller Anlagen und Einrichtungen für die Viehwirtschaft.

Die Tilgung der Kredite für lebendes und totes Inventar sowie für Baulichkeiten usw. erfolgt nach den Abschreibungssätzen für die volkseigene Landwirtschaft. Die Fälligkeit der Zins- und Tilgungsbeträge wird in einem Kreditvertrage vereinbart. Der Zinssatz für langfristige Kredite beträgt ebenfalls 2%.

Die von den Genossenschaften zur Finanzierung von Objekten, für die langfristige Kredite gewährt werden, aufzubringenden Eigenmittel betragen mindestens 30 %. Sie sind dem unteilbaren Fonds zu entnehmen.

Der Kreditantrag der Genossenschaften ist unmittelbar bei der Kreisstelle der Deutschen Bauernbank zu stellen. Ihm sind beizufügen:

- a) der Finanzplan,
- b) ein Protokollauszug über die Zustimmung der Vollversammlung,
- c) der Nachweis über abgeschlossene Versicherungen,
- d) ein Kostenvoranschlag mit Angabe über die mögliche Eigenleistung.

Aus diesen Ausführungen ist zu ersehen, daß bei der Kreditgewährung an die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften neue Wege beschritten werden. Vor allen Dingen wird jeder Bürokratismus dabei ausgeschaltet, so daß die Produktionsgenossenschaften in kürzester Frist in den Genuß der von ihnen gewünschten notwendigen Kredite kommen können. Der Kontrollapparat der Deutschen Bauernbank wird für die Produktionsgenossenschaften weitgehend eingeschaltet werden, aber nicht nur um zu kontrollieren und nach Fehlern zu suchen, sondern um Anleitung zu geben und um zu helfen.

Auch auf dem Gebiete der Kreditgewährung langfristiger Art an Klein- und Mittelbauern, die noch keiner Produktionsgenossenschaft angehören, wird die Deutsche Bauernbank dazu übergehen, ihre Kreditrichtlinien entsprechend der Entwicklung in der Landwirtschaft zu ändern. Die Vorarbeiten dazu sind bereits im Gange.

Die Aufgaben der Bargeldprüfer

Kurt Brückner, Deutsche Notenbank Berlin

Eine wichtige Rolle beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik spielen die volkseigenen Banken. Das Geld, das in den kapitalistischen Staaten ein Machtinstrument in den Händen der Ausbeuterklasse ist, wird bei uns in der Hand des Volkes und unter seiner Lenkung und Kontrolle zum Wohle aller Werktätigen angewandt.

Wie geschieht das? Die dem Volke gehörenden Banken arbeiten im Interesse des Volkes. Bei der Erfüllung des Fünfjahresplans und der auf der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorgeschlagenen weiteren Aufgaben hat die Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik, die Deutsche Notenbank, besondere Aufgaben zu erfüllen. Die Deutsche Notenbank plant und lenkt den Geldumlauf und den kurzfristigen Kredit und ist als Kassenvollzugsorgan des Staatshaushaltes tätig. Durch die Kontrolle des Waren- und Zahlungsverkehrs hilft sie, die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Ziele zu sichern.

Eine der vielen Kontrollfunktionen, die die Staatsbank im Rahmen der Gesamtwirtschaft ausübt, ist die Kontrolle des Bargeldumlaufs. Die operativen Bargeldkontrollen werden von den Bargeldprüfern der Deutschen Notenbank persönlich in den kontoführungspflichtigen Betrieben, Verwaltungen usw. vorgenommen. Der Zweck dieser Kontrolle ist, die Verwendung des Geldes nach den gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen. Um die einheitliche Versorgung unserer Wirtschaft mit Zahlungsmitteln sicherzustellen, wurde am 21. April 1950 das Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs erlassen. Diesem Gesetz folgten drei Durchführungsbestimmungen und in der letzten Zeit die Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 15. November 1951.

Das Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs und seine Durchführungsbestimmungen brachten folgende

grundlegende Veränderungen auf dem Gebiet des Geldumlaufs:

1. Die Ausgaben, der Umlauf und die Verwendung des Bargeldes werden zweckbestimmend geplant.
2. Die Betriebe und Verwaltungen sind verpflichtet, ihren Zahlungsverkehr bargeldlos abzuwickeln und Konten bei Kreditinstituten einzurichten. Sie werden gleichzeitig angehalten, alle Bargeldeingänge unverzüglich auf ihre Konten einzuzahlen.
3. Bargeld wird den Kontoführungspflichtigen nur noch für Löhne und Gehälter zuzüglich eines Pauschalbetrages für laufende kleine Ausgaben zur Verfügung gestellt.
4. Die Ansammlung von Bargeld ist den Kontoführungspflichtigen verboten und für laufende kleine Ausgaben wird ein Kassenlimit, d. h. ein genehmigter Kassenbarbestand festgesetzt.

Diese wichtigen Maßnahmen zur Verbesserung der Planung und Regulierung des Geldumlaufs dienen u. a. der Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und der Verhinderung einer unzweckmäßigen Anhäufung von Bargeld in den einzelnen Betrieben und Verwaltungen. Sie ermöglichen außerdem, daß der Girogeld- und Bargeldumlauf auf die eigentlichen Aufgabengebiete einer geplanten Wirtschaft zurückgeführt werden.

Die Durchführung dieser Maßnahmen, die ja einzig und allein der Entwicklung unserer Volkswirtschaft dienen, laufend zu überwachen, ist die Aufgabe der Bargeldprüfer. Damit leisten sie auch eine große erzieherische, anleitende und helfende Arbeit, die der Verbesserung der Zahlungs- und Kassendisziplin dient. Gleichzeitig führt diese Arbeit bei den Kontoführungspflichtigen zu einem wachsenden Verständnis für alle gesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiet des Bargeldumlaufs.

Es ist bekannt, daß noch nicht alle Menschen eine solche Staatsdisziplin üben, wie es die Anwendung des Gesetzes über die Regelung des Zahlungsverkehrs verlangt. Das Rechnen mit dem Pfennig und die Achtung vor der Mark ist noch nicht zum Allgemeingut geworden.

Die Finanzdisziplin wird von manchen Wirtschaftsfunktionären im volkseigenen Sektor, der übrigen Wirtschaft und der Verwaltung nicht so geübt, wie es die Erfüllung der Finanzpläne verlangt.

Die Hauptaufgabe der Bargeldprüfer der Deutschen Notenbank besteht darin, zu verhindern, daß die gesetzlichen Bestimmungen umgangen oder gar sabotiert werden. Auch dort, wo unbewußt gegen diese Anordnungen verstoßen wird, sollen sie helfend und belehrend eingreifen. Denn jeder Verstoß gegen die Organisation unseres Geldumlaufs ist Sabotage an den Erfolgen unserer Werktätigen.

Dem Bargeldkontrolleur sind daher folgende konkrete Aufgaben gestellt:

1. Kontrolle der Kontenführungspflichtigen im volkseigenen Sektor, in Verwaltungen, Institutionen und in der übrigen Wirtschaft auf die gewissenhafte Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere unter Beachtung der Rolle der Deutschen Mark in unserer Wirtschaft.

Darunter fällt die Kontrolle über bar vereinnahmte Beträge, deren Verwendung und Abführung seitens der Kontenführungspflichtigen entsprechend der gesetzlichen Regelung vorzunehmen ist. Den damit im Zusammenhang stehenden Überprüfungen der Einhaltung der festgesetzten Kassenlimite, der Benutzung der bargeldlosen Zahlungsmöglichkeiten seitens der Kontenführungspflichtigen, kommt neben den bei besonderen Anlässen durchzuführenden Kurzprüfungen zur Förderung des Bargeldrückflusses eine besondere Bedeutung zu.

2. Kontrolle der Angaben hinsichtlich der Bargeldplanung von Seiten der Planungspflichtigen gemäß der Zweiten Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Deutsche Notenbank vom 15. November 1951.

Zu kontrollieren sind die Zahlen der Erfüllungsmeldungen zum Bargeldplan hinsichtlich der Übereinstimmung der Bargeldein- und -ausgänge mit den Aufzeichnungen des Kassenkontos des Betriebes unter Hinzuziehung des Bargeldplans und der Kontrollkontokarten, wobei im Betrieb die Differenzen aufzuzeigen und mit den Planungspflichtigen durchzusprechen sind, um für die Zukunft Fehler in der Bargeldplanung zu vermeiden. Das stellt für diese Betriebe eine besondere Hilfe dar.

3. Operative Unterstützung und Anleitung der Betriebe bei der Aufstellung der Bargeldpläne. Hierbei kommt besonders die Verbundenheit der Bank mit den Betrieben und Werktätigen zum Ausdruck.

4. Erzieherische Anleitung der Kontenführungspflichtigen zu einem wachsenden Verständnis für die auf dem Gebiet des Geldumlaufs getroffenen gesetzlichen Maßnahmen und Anordnungen.

5. Die Verrechnungen im innerdeutschen Zahlungsverkehr gemäß Gesetz vom 15. Dezember 1950 im Rahmen der Aufgaben zu 1 zu überwachen.

6. Die in Ausübung seiner Funktionen festgestellten Verstöße gegen sonstige Gesetze, insbesondere gegen das Gesetz zum Schutz des Innerdeutschen Handels vom 21. April 1950 hat der Bargeldkontrolleur seiner Dienststelle zu melden.

Die von den Kontrolleuren bei ihrer Tätigkeit oft festgestellten Verstöße bewiesen die Bedeutung der Bar-

geldkontrolle. Dazu nur einige Beispiele aus der Reihe vieler:

- a) Feststellung illegaler Ost-West-Geschäfte in Höhe von etwa 250 000,— DM bei der Firma Adolf Ziegelmann, Berlin O 17, und Firma Walter Kögler KG, Chemnitz.
- b) Scheckzahlung der Firma Volstorff, Berlin, in Höhe von 115 000,— DM nach Westdeutschland.
- c) Unerlaubte Bargeldbeschaffung der Firma Max Fellner, Berlin, in Höhe von 190 000,— DM.
- d) Feststellung unerlaubter Ost-West-Geschäfte und nicht gebuchter Geschäftsumsätze in Höhe von 2 650 000,— DM bei der Katadyn GmbH., Berlin.
- e) Feststellung illegaler Ost-West-Geschäfte durch Überprüfung von Schecks, die nach Umlauf in den Westsektoren zur Einlösung gelangten, in Höhe von etwa 300 000,— DM bei der Firma Schebeler & Kupfer, Berlin.

Die Ermittlungen illegaler Ost-West-Geschäfte bedingen in den meisten Fällen umfangreiche Prüfungen. Gerade diesen Prüfungen kommt durch die Spaltung Deutschlands, und vor allem Berlins, eine besondere Bedeutung zu. Sie verhindern großen Schaden für unsere Volkswirtschaft. Die Ahndung der durch Bargeldprüfer festgestellten Verstöße erfolgt nicht nur im Ordnungsstrafverfahren. Bei schwerwiegenden Fällen werden sie der Staatsanwaltschaft zwecks Einleitung eines Wirtschaftsstrafverfahrens oder dem Amt zur Kontrolle des Warenverkehrs zur Weiterverfolgung übergeben.

Daß dabei die Tätigkeit der Prüfer nicht einfach ist und oft die unangenehmsten Begleiterscheinungen seitens der Überprüften zeitigt, mag folgendes Beispiel beweisen:

Am 24. Januar 1952 wurde die Firma K. M. in W. wegen dauernder Überschreitung des bestätigten Kassenlimits mit einer Geldstrafe in Höhe von 50,— DM bestraft.

Im Verlauf der Kassenkontrolle bat M. den Prüfer der Deutschen Notenbank, doch später noch einmal wiederzukommen, und zwar dann, wenn er „die Sache mit der Strafe in Ordnung gebracht habe.“ M. ließ dabei durchblicken, daß es ihm dabei auf 20,— DM nicht ankomme.

Bei Ausfertigung des Verstoßberichtes versuchte M., den Kassenprüfer zu bestechen und bot ihm 30,— DM an. Der Prüfer lehnte jedoch energisch das Geld ab. Daraufhin steckte M. ihm das Geld in die Tasche und sagte, daß es weiter keine Bewandnis habe und er das Geld als Geschenk betrachten solle. Der Kassenprüfer entledigte sich mehrmals des ihm zugesteckten Geldes.

Die Angelegenheit wurde damals von der Deutschen Notenbank an die Staatsanwaltschaft Magdeburg zur Weiterverfolgung übergeben. M. wurde inzwischen durch rechtskräftiges Urteil vom 2. April 1952 wegen aktiver Bestechung zu 400,— DM Geldstrafe verurteilt.

Die Bargeldkontrolle verlangt von den Prüfern selbst ein hohes Maß an Staatsbewußtsein und Staatsdisziplin. Eine solche Tätigkeit im Interesse aller verlangt darüber hinaus eine ständige fachliche und gesellschaftliche Qualifikation. Starkes Pflichtbewußtsein, Wachsamkeit, Ehrlichkeit und Eigeninitiative werden jeden Bargeldkontrolleur für seine Funktion besonders befähigen und den Kontenführungspflichtigen wie der gesamten Bevölkerung von Nutzen sein.

Die Bargeldkontrolle beugt gegen Übertretungen und Gesetzwidrigkeiten vor, sie ist keine formale Kontrolle vom grünen Tisch aus, sondern lebendig und helfend. Sie ist deshalb auch keine Übergangserscheinung, sondern ein wichtiger operativer Bestandteil der Planung des Geldumlaufs und damit zugleich der gesamten Wirtschaftsplanung.

Versicherung

Kulturarbeit nicht vernachlässigen!

Albrecht Willrich, Halle (Saale)

Zu dem Artikel des Kollegen Plitt „Drei Bezirksdirektionen der Versicherungsanstalt Sachsen treten in Wettbewerb“¹⁾ möchte ich bemerken:

Auch in Sachsen-Anhalt findet ein Wettbewerb unter den Versicherungsanstalten der drei Städte Halle, Magdeburg und Dessau statt. In den Grundzügen sind die Bedingungen und Bewertungen die gleichen. Die Zusammenkunft der Wettbewerbskommissionen fand in Halle in der Bezirksdirektion am 28. April 1952 statt. Es wurde hier beschlossen, daß der Wettbewerb mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar bis 31. Dezember 1952 läuft. Bewertungsgrundlage sind die Zahlen unserer Hauptverwaltung mit quartalsweisen Zwischenbewertungen.

Wir haben uns nicht begnügt, nur einen Leistungswettbewerb zu starten, sondern haben auch zum kulturellen Wettbewerb herausgefordert. Walter Ulbricht sagte zu den kulturellen Aufgaben im Fünfjahrplan:

„Mit dem Fünfjahrplan setzen wir uns das Ziel, die kulturelle Rückständigkeit und die Kulturzersetzung, die durch die Herrschaft der deutschen faschistischen Monopolherren und Junker herbeigeführt wurde, endgültig zu überwinden und eine fortschrittliche deutsche Kultur für unser ganzes Vaterland zu entwickeln.“

Herbert W a r n k e sagte auf der Chemnitzer Konferenz: „Unsere kulturelle Massenarbeit muß dazu dienen, die großen Massen der Werktätigen durch Vorträge, durch Zirkel, durch Theaterveranstaltungen, durch Chöre, durch Laienspielgruppen und durch alle möglichen Methoden für unseren Kampf um den Frieden, Einheit und Aufbau restlos zu gewinnen und gleichzeitig die künstlerischen Kräfte unter den Werktätigen zu entwickeln. Das bedeutet aber, daß unsere Kulturarbeit unsere ganze übrige Arbeit durchdringen muß, und wer sie unterschätzt, wird einfach nicht in der Lage sein, die gewerkschaftlichen Probleme durch Entfaltung der gewerkschaftlichen Demokratie und durch

die Aktivität aller Gewerkschaftsmitglieder zur Lösung zu bringen.“

Unter Berücksichtigung dieser Worte haben wir den Kulturwettbewerb gestartet. Arbeit und Freude gehören im täglichen Geschehen zusammen, und unter diesem Motto wird im September 1952 in Sachsen-Anhalt der Wettbewerb der Bezirksdirektionen Halle, Magdeburg und Dessau ausgetragen.

In dem an dem Leistungswettbewerb angeschlossenen Kultur- und Sport-Wettbewerb wurden folgende Disziplinen festgelegt:

Chorsingen (2 Lieder vierstimmig),
Laienspiel (selbstgeschrieben),
Jugendvolkstanzgruppe,
Volksmusik,
Fußball,
Tischtennis,
Platztennis,
Wahlfach.

An der Austragung der Disziplinen dürfen nur Betriebsangehörige mitwirken. Alle drei Bezirksdirektionen hoffen, daß dadurch ein guter, für kommende Arbeit nachwirkender Erfolg hinterlassen werden wird. Eine Jury wird die Bewertung vornehmen. Die Kulturarbeit ist für die Werktätigen eine große und herrliche Kraftquelle, und sie muß zu einem festen und notwendigen Bestandteil unseres Lebens werden. Bemerkt sei noch, daß die Bezirksdirektion Halle der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt einen Patenschaftsvertrag mit dem Versuchsgut Tornau abgeschlossen hat, dem sie in sonntäglicher Arbeit ihre tatkräftige Unterstützung (zur Zeit Kartoffelkäfersuche und Erntehilfe) gibt, während sie in den Wintermonaten und auch zu anderen Gelegenheiten die kulturelle Betreuung übernimmt. Dies sind Beweise der richtigen Auffassung eines Patenschaftsvertrages. Unsere Gesamttätigkeit ist darauf abgestimmt, zu unserem Teil dazu beizutragen, daß Frieden, Einheit, Aufbau und Wohlstand für alle bald erreicht werden.

¹⁾ DFW 1952, II. Halbb., Heft 13, S. 723.

Unsere Volkskorrespondenten haben das Wort

Was gibt es zur Finanzschule Siebenlehn zu sagen?

Große Bedeutung innerhalb des Volkswirtschaftsplanes kommt dem Staatshaushaltsplan der Deutschen Demokratischen Republik zu, der einen wesentlichen Teil des Volkswirtschaftsplanes darstellt.

Wir haben hier klar erkannt, daß sowohl die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes von der Erfüllung des Staatshaushaltes, wie auch umgekehrt, abhängt.

Aus diesem Grunde ist gerade die Gründung der Haushaltsschule der Deutschen Demokratischen Republik in Siebenlehn von großer Wichtigkeit.

Die staatliche Verwaltung als anleitendes und kontrollierendes Organ unserer Wirtschaft hat deshalb auch allen Grund, das Entwicklungstempo ihrer

Arbeit gegenüber unseren Werktätigen in den Betrieben wesentlich zu erhöhen.

Im Augenblick müssen wir jedoch feststellen, daß die staatliche Verwaltung, gemessen am Stande des Arbeitstempos, kaum noch anleiten und kontrollieren kann.

Nun jedoch zum Lehrgang selbst. Es handelt sich hier um den 4. Grundlehrgang, der am 5. Mai 1952 begann und am 8. August 1952 endete. Welche Mängel ergaben sich bereits bei der Beschickung dieses Lehrganges?

Einige Kolleginnen und Kollegen kamen erst verspätet zum Lehrgang, zu denen auch ich gehörte. Wo liegen die Gründe dafür?

Ich nehme an, daß die Beschickung der Schule vom Ministerium der Finanzen als Träger der Schule geplant wird.

Allerdings konnte ich davon sehr wenig verspüren.

Es ist sehr schlecht, wenn zwei Tage vor Lehrgangsbeginn die Einladung übermittelt wird.

Wenn ein Kollege, ganz gleich, aus welcher Ebene unserer staatlichen Verwaltung er kommen mag, für 13 Wochen seinen Arbeitsplatz verläßt, so bedarf es einer bestimmten Zeit, um den Arbeitsplatz ordnungsgemäß zu übergeben, besonders wenn die Lehrgangszeit in die Zeit der laufenden Überarbeitung der Haushaltsplan-Entwürfe fällt.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich hieraus? Eine so kurzfristige Einladung hat zur Folge, daß der Auswahl der Teilnehmer meist nicht die notwendige Beachtung geschenkt wird. Bei einer derartig kurzen Zeit (fünf Tage Landesebene) kann man in der unter-

sten Ebene unseres Staatsapparates (Gemeinde) kaum eine Auswahl vornehmen.

Dies zeigt auch die Zusammenstellung des 4. Lehrganges. Man sollte auch die Verantwortung und Arbeit in der Gemeinde nicht unterschätzen.

Auch das zur Einladung mitgegebene Literaturverzeichnis ist zu bemängeln. Man muß hier feststellen, daß es äußerst ungenügend ist. Viele Literaturangaben, die unbedingt zu dem gebotenen Stoff nötig wären, fehlen ganz. Viele Schüler würden sich gern, wenn sie es schon vorher wußten, ihre eigene Literatur, soweit vorhanden, mitbringen, zumal viele sehr wichtige Literatur innerhalb der Schulbibliothek nur teilweise oder überhaupt nicht vorhanden ist.

Zum Lehrplan ist zu sagen, daß man etwas schematisch an dessen Aufstellung herangegangen ist. Es gibt innerhalb der Vorlesungsreihe Themen, die eines längeren Studiums bedürfen, als vorgesehen. Man möchte sagen, daß gleiche Normen bei unterschiedlich wichtigen Themen angesetzt wurden.

Scharf zu kritisieren ist, daß die gemeldeten Gastdozenten teilweise nicht zum angesetzten Termin kommen, was sich sehr nachteilig auf die Schülerschaft auswirkt.

Im wesentlichen können wir jedoch feststellen, daß uns allen hier ein Grundwissen für unsere künftige Arbeit gegeben wird.

Die Schulung wird dazu beitragen, eine einheitliche Auslegung unserer Gesetze und Verordnungen zu erreichen, woran es zur Zeit noch sehr mangelt.

Wir sind uns alle bewußt, daß der Erfolg all unseres Schaffens, daß die Vorwärtsentwicklung auf allen Gebieten unseres Lebens von der Erhaltung des Friedens abhängt.

Hoffen wir, daß unser reger Briefwechsel mit unseren westdeutschen Brüdern und Schwestern feste Formen annimmt und wir auch nach Verlassen dieser Schule noch weitere Verbindung mit allen Friedensfreunden behalten.

VK Heinz Erbgen, Siebenlehn

Mehr Sorge um die Förderung unserer Bankgrundschulen

Die Grundlage für eine wissenschaftliche Arbeit ist das Vorhandensein der entsprechenden Quellenliteratur und die Auswertung der wissenschaftlichen Fachliteratur und der Presse. Im Lehrerkollektiv der Bankgrundschule in Eisenach wurde in einer eingehenden Aussprache hierüber eine Einigung erzielt und einstimmig der Beschluß gefaßt, um unsere Arbeit an der Schule zu verbessern, sofort an die Schaffung einer eigenen Lehrerbibliothek und an den Auf- und Ausbau eines Archivs heranzugehen.

Dabei stoßen wir allerdings auf Schwierigkeiten. Nach einer Mitteilung der Abteilung Schulung der Zentrale der Deutschen Notenbank, die uns bis zum 31. Mai 1952 anleitete, ist es uns nicht gestattet, Bücher anzuschaffen, sondern lediglich Broschüren. Daraus ergibt sich der Widerspruch, daß auf der einen Seite für Lehrmittel und Schulbedarf genügend Mittel zur Verfügung stehen, wir dieses Geld jedoch nicht benutzen können, um Bücher zu kaufen. In unserer Schulbibliothek besitzen wir kein einziges Werk „Das Kapital“ und auch die Werke Stalins können keine Vervollständigung erfahren, da sie nun ein-

mal nicht in Broschüren, sondern in Buchform herausgegeben werden. Die gleiche Situation haben wir auch auf dem Fachgebiet Bank- und Finanzpolitik zu verzeichnen, da die herausgegebenen Werke sowjetischer Wissenschaftler aus den oben schon einmal angeführten Gründen nicht gekauft werden können. Wir möchten in diesem Zusammenhang hiermit bei der Abteilung Schulung des Ministeriums der Finanzen öffentlich anfragen, wie es unseren Kollegen Lehrern möglich sein soll, vor allem durch die Aneignung und weite Verbreitung der Ergebnisse der sowjetischen Wissenschaft die Arbeit an unserer Schule zu verbessern, wenn ihr nicht die Möglichkeit gegeben wird, eine Auswertung dieser Werke vorzunehmen. Dabei dürfte es nicht uninteressant sein, zu erwähnen, daß wir laufend — und dafür sind wir der Abteilung Schulung beim Ministerium der Finanzen dankbar — Hinweise bekommen für die neuesten Werke sowjetischer Wissenschaftler —, allerdings können wir diese nicht kaufen. Das Lehrerkollektiv hat von sich aus selbstverständlich einen Großteil dieser Werke für sich selbst gekauft. Wir sind jedoch der Überzeugung, daß in erster Linie auch diese Werke in der an jeder Schule unbedingt notwendigen Lehrerbibliothek vorhanden sein müssen.

Die zweite Frage ist der Stand des Wettbewerbs zur Verbesserung der schulischen Arbeit. Seit Januar 1952 befinden sich alle Bankgrundschulen in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik in einem Wettbewerb zur Verbesserung der schulischen und gesellschaftlichen Arbeit. Obwohl die Abteilung Schulung der Zentrale der Deutschen Notenbank von der Schulleitung der Bankgrundschule Eisenach oft um Mitteilung über den Stand in diesem Wettbewerb gebeten wurde, ist von seiten der Abteilung Schulung der Zentrale der Deutschen Notenbank bisher noch keine definitive Antwort erfolgt.

Wir sind der Ansicht, daß alle Schulen versuchen würden, wenn ihnen bekannt wäre, an welcher Stelle im Wettbewerb sie liegen, noch größere Anstrengungen zu unternehmen, um eine Verbesserung im Stand des Wettbewerbs zu erfahren.

Wir können es nicht verstehen, daß bis heute eine Unterrichtung über den Stand des Wettbewerbs von der Abteilung Schulung noch nicht erfolgt ist, nachdem bereits der zweite Grundlehrgang in diesem Jahr zu Ende geht.

Wir hoffen, daß durch diese Zeilen der Anstoß gegeben wird, die Arbeit der Abteilung Schulung der Deutschen Notenbank zu beschleunigen. Die bisherige Arbeit an unserer Schule hat gezeigt, daß schon vieles getan worden ist, daß aber auf der anderen Seite auch noch vieles zu tun übrig bleibt.

VK Kotzmann

Lehrerkollektiv
der Bankgrundschule Thüringen

Frauen

in verantwortliche Stellungen!

Haben sich diese Aufgabe schon alle für die Personalpolitik in den Finanzämtern verantwortlichen Funktionäre gestellt? Nein! Es müßten sonst viel mehr Frauen leitende Funktionen in den Finanzämtern ausüben. Die Förderung der Frauen in den Finanzämtern ist bisher zu wenig beachtet worden. Es wird jetzt höchste Zeit, mit der Sorglosigkeit auf diesem Gebiet Schluß zu machen.

Die guten Erfahrungen einiger Finanzämter, die Frauen in leitende Stellungen eingesetzt haben, sollten für alle Finanzämter ein Ansporn sein. Ich denke unter anderem an die Kollegin Ruth Thiel, die Leiterin eines Finanzamtes in Brandenburg ist.

Frauen können in allen Abteilungen des Finanzwesens tätig sein. Auch auf dem Gebiet der Betriebsprüfung sind Frauen mit gutem Erfolg tätig. Der von der Landesfinanzdirektion Sachsen-Anhalt in Elbingerode (Harz) durchgeführte Lehrgang zur Ausbildung von Betriebsprüfern war erfreulicherweise gut mit Frauen besetzt. Die Kollegin Ursula Pfennig vom Finanzamt Wernigerode, die bisher als Stenotypistin tätig war, ist von diesem Lehrgang trotz der sehr starken männlichen Konkurrenz als Landesbeste hervorgegangen. Bravo, Kollegin Pfennig! Die Kolleginnen und Kollegen des Finanzamtes Wernigerode sind stolz auf deinen Erfolg!

Wenn die für die Personalpolitik verantwortlichen Kollegen aller Finanzämter sich intensiv mit der Förderung von Frauen beschäftigen, dann tragen sie dazu bei, die im Fünfjahrplan gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Ich empfehle allen Personalleitern, sich mit den Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der beschäftigten Frauen in den Betrieben und mit der Anleitung zur Aufstellung von Frauenförderungsplänen in den Betrieben vertraut zu machen. Diese Anweisungen des Ministeriums der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik sind auch für die Finanzämter Richtschnur zur Erfüllung der Forderung — Frauen in verantwortliche Stellungen!

VK Alfred Goy,

Finanzamt Wernigerode

Sparsamkeit am falschen Platze

Wir haben das Finanzamt Nauen seit etwa einem Jahr mehrere Male telefonisch gebeten, uns für unsere eigenen Unterlagen ein zweites Formular für Umsatzsteuervoranmeldungen zuzustellen, um nicht ständig die Arbeit des Abschreibens des Formulars für unsere eigenen Unterlagen zu haben. Außerdem war unser BGL-Vorsitzender vor längerer Zeit persönlich dort in derselben Angelegenheit. Es wurde ihm zugesagt, daß künftig von jeder verlangten Voranmeldung für unsere Betriebsunterlagen ein Formular zusätzlich geliefert wird.

Leider ist die Zusage nicht eingehalten worden, denn wir erhielten jetzt wieder nur einen Vordruck für jede der obigen Voranmeldungen.

Nachdem in der „Deutschen Finanzwirtschaft“ Nr. 5 von 1952 auf Seite 245 unter besonderer Hervorhebung ein Hinweis auf diese „Sparsamkeit am falschen Platz“ gegeben wurde, nahmen wir an, daß endlich auch das Finanzamt Nauen diesen Hinweis beachtet, was aber leider nicht der Fall war.

Wir erwarten, daß das Finanzamt Nauen uns umgehend je ein Exemplar der obigen beiden Vordrucke für unsere Betriebszwecke zustellen wird.

Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um in Zukunft diesem selbstverständlichen Verlangen aller Betriebe in dieser Beziehung Rechnung zu tragen.

VK Reinhardt

ME-WE

Mechanische Werkstatt
VEB (K), Falkensee

Buchbesprechungen

G. F. Dundukow: „Die Finanzplanung“. Eine Anleitung für die Praxis, Berlin 1952, Verlag „Die Wirtschaft“ GmbH, 211 Seiten, DIN A 5, Halbleinen, DM 3,50

Der Verlag „Die Wirtschaft“ legt der Öffentlichkeit das oben genannte Buch vor. Es handelt sich um ein weiteres Werk über die Finanzwirtschaft der sozialistischen Staatsbetriebe der Sowjetunion, das in deutscher Sprache erscheint.

Dundukow wendet sich mit seinem Buch an die Haushaltsbearbeiter des Finanzsystems, an die Bearbeiter der Finanzplanung und Finanzkontrolle in den Fachministerien und Verwaltungen volkseigener Betriebe und an die Mitarbeiter der Finanz- und Buchhaltungsabteilungen der sozialistischen Betriebe.

Das Buch behandelt zunächst die Kennziffern der Produktion als Grundlage der Finanzplanung. Darüber hinaus wird der Leser mit der Struktur des sozialistischen Finanzplanes bekannt gemacht. Besondere Schwerpunkte bildet der Verfasser hinsichtlich des Problemkreises der Umlaufmittelpflege, der Investitionen und der Beziehungen der Betriebe zum Staatshaushalt. Außerdem behandelt der Verfasser die in der volkseigenen Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik noch sehr unentwickelten zusammenfassenden analytischen Tabellen, die eine Form der Finanzkontrolle sind.

Das Buch ist sehr übersichtlich gegliedert und mit Tabellen und Formeln reich illustriert. Besonders hervorzuheben ist die knappe, aber tiefgründige Formulierung der Abhandlungen. Allerdings setzt das Verständnis der von Dundukow behandelten Probleme gewisse Grundkenntnisse in der Finanz- und Betriebswirtschaft voraus.

Es ist sehr zu begrüßen, daß der Verlag „Die Wirtschaft“ gerade jetzt in der Periode der Vorbereitung der Betriebsplanung des Jahres 1953 das Buch in deutscher Sprache vorgelegt hat.

Die Festigung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung wird unter den neuen Perspektiven des sozialistischen Aufbaues in unserer Republik durch dieses Werk in dankenswerter Weise gefördert. Der Kern der wirtschaftlichen Rechnungsführung besteht ja gerade darin, die volkseigenen Betriebe auf neue Art und Weise durch die Werktätigen und durch den Staat zu leiten. Es kommt darauf an, die sozialistische Ökonomik, insbesondere das Prinzip der materiellen Interessiertheit, bewußt anzuwenden, damit sich jeder Betrieb, jede Brigade und jeder einzelne Arbeiter für die Erfüllung seines Betriebsplanes verantwortlich fühlt.

Im vorliegenden Werk werden gerade diese Probleme der Ausnutzung der Betriebsökonomik sehr gründlich und detailliert behandelt. Dundukow zeigt besonders ausführlich die aktive Rolle des Finanzplanes bei der Aufstellung des Betriebsplanes. Er geht davon aus, daß der Finanzplan nicht nur eine Widerspiegelung der dem Betriebsplan zugrunde liegenden Produktionsziffern ist.

Dundukow schreibt:

„Jedoch werden während der Aufstellung des Finanzplanes diese Kennziffern der Produktion unter dem Einfluß einer Reihe Faktoren, darunter auch finanzieller, präzisiert und verändert.“ (Seite 9.)

Daraus zieht Dundukow die Schlußfolgerung, daß der Finanzplaner die Ökonomik seines Wirtschaftszweiges gut kennen muß. Die Behandlung des Themas unter diesem Blickwinkel gibt den Praktikern in unseren volkseigenen Betrieben besonders wertvolle Anregungen. Es ist kein Geheimnis, daß in unseren volkseigenen Betrieben in der Vergangenheit die Finanzplanung bis zu einem gewissen Grade als eine Ansammlung buchhalterischer Zahlen und Tabellen betrachtet wurde, da die Finanzplanung teilweise losgelöst von den Produktionskennziffern erfolgte. Dundukow zeigt, daß die Mobilisierung der innerbetrieblichen Reserven nur möglich ist, wenn bei der Betriebsplanung die Ressortarbeit liquidiert wird und der Finanzplan die Reserven in der Kapazitäts-, Arbeitskräfte- und Materialplanung sowie in der Entwicklungsplanung aufdeckt. Diese aktive Rolle kann der Finanzplan aber nur spielen, wenn eine Einheit zwischen Produktions- und Finanzplan besteht.

Besonders hervorzuheben ist, daß Dundukow sein Thema nicht nur vom Standpunkt des betrieblichen Finanzplanes her behandelt, er beleuchtet die Problematik zugleich vom Standpunkt des Finanzplanes der Wirtschaftsorgane oder des Fachministeriums bzw. des Staatshaushaltes her.

Die Systematik der sowjetischen Betriebsplanung scheint überhaupt so aufgebaut zu sein, daß eine Summierung der Plandaten sowie der Daten der Planerfüllung nach oben leicht möglich ist.

Eine Reihe von speziellen Fragen, die in dem genannten Buch behandelt werden, bereiten dem deutschen Leser einige Schwierigkeiten, weil in der Sowjetunion ein anderes Rechnungswesen als bei uns üblich ist. Die sozialistische Wirtschaft in der Sowjetunion kennt auch einen anderen Selbstkostenbegriff als wir.

Es ist offensichtlich, daß das sowjetische Rechnungswesen nicht wie das bisherige der volkseigenen Betriebe mit dem monopolkapitalistischen Erbe belastet ist. Beim Studium des Buches wird offensichtlich, daß das Rechnungswesen den Aufgaben der Plankontrolle und Plananalyse voll untergeordnet und

entsprechend gegliedert ist. Mögen unsere Wissenschaftler und Praktiker hieraus Schlußfolgerungen ziehen für eine Verbesserung des Rechnungswesens unserer volkseigenen Betriebe. Insbesondere die bei uns übliche Praxis der Gemeinkostenzurechnung hemmt uns noch, eine genaue Finanzplanung durchzuführen. Demgegenüber ist es bestechend, wie eindeutig im sowjetischen Rechnungswesen die Kostenstruktur aufgebaut ist. Dadurch sind auch Soll- und Istvergleiche bei jeder beliebigen Position des Planes möglich.

Aus all diesen Gründen können wir dem angesprochenen Kreis von Fachleuten und Interessierten dieses Buch nur wärmstens empfehlen. Es wird bei der Festigung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Deutschen Demokratischen Republik eine große Hilfe sein. Auch dieses Buch legt Zeugnis davon ab, welchen großen Wert der Sowjetstaat auf die Fragen der Finanzen und der Rechnungslegung legt.

Stalin sagt in seiner Rede auf der ersten Unionskonferenz der Funktionäre der sozialistischen Industrie im Jahre 1931 folgendes:

„Häufig wird die Frage gestellt: Weshalb gibt es bei uns keine individuelle Leitung? Wir haben sie nicht und werden sie nicht haben, solange wir die Technik nicht gemeistert haben. Solange es unter uns, unter den Bolschewiki, nicht genügend Leute geben wird, die mit den Fragen der Technik, der Wirtschaft und der Finanzen gründlich vertraut sind, werden wir keine wirkliche individuelle Leitung haben. Ihr könnt so viel Resolutionen schreiben wie ihr wollt und beliebige Eide leisten, wenn ihr aber die Technik, die Wirtschaft, das Finanzwesen eines Werkes, einer Fabrik, einer Grube nicht gemeistert habt, wird alles unnütz sein, wird es keine individuelle Leitung geben.“

In diesem Sinne ist das Buch von G. F. Dundukow ein wertvoller Lehrmeister.

Erhart Knauths

Deutsche Verwaltungs-Akademie „Walter Ulbricht“

Zahlungs- und Handelsverkehr mit Einschuß sämtlicher geltenden Bestimmungen des Devisenrechts der Deutschen Demokratischen Republik und Groß-Berlins.

Deutscher Zentral-Verlag, Berlin, Format DIN A 6, Umfang 280 Seiten, Halbleinen, 4,90 DM

Der Deutsche Zentralverlag hat unter dem Titel „Zahlungs- und Handelsverkehr“ eine Sammlung der gesetzlichen Bestimmungen des innerdeutschen Handels, des innerdeutschen Zahlungsverkehrs und der geltenden devisenrechtlichen Verordnungen der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin herausgebracht, die einem oft geäußerten Wunsch der Mitarbeiter des Handels, der Banken und der Kontrollorgane nach einer vollständigen Übersicht in handlicher, jederzeit griffbereiter Form nachkommt.

Dieses Taschenbuch wird insbesondere denjenigen Mitarbeitern eine gute Hilfe sein können, die neu in die Arbeitsgebiete des innerdeutschen Handels, der Bankinstitute oder der Kontrollorgane eintreten und zur einwandfreien Durchführung ihrer Tätigkeit die gesetzlichen Grundlagen immer wieder nachlesen müssen.

Soweit wird die vorliegende Zusammenfassung ihren Zweck erfüllen.

Erwünscht wäre es jedoch gewesen, daß man vor jeden der vier Hauptteile einen kurzen Kommentar als Einführung in das betreffende Arbeitsgebiet und zum besseren Verständnis der Schwerpunkte, die durch die jeweiligen gesetzlichen Anordnungen berührt werden, gesetzt hätte.

Außerdem erscheint der Preis von 4,90 DM für ein Taschenbuch von 276 Seiten zu hoch, wenn wir bedenken, daß in ihm nur Gesetzestexte abgedruckt sind, die weder Aufwendungen für den Erwerb des Urheberrechtes noch eine redaktionelle Überarbeitung der nur zu übernehmenden Gesetzestexte notwendig machen.

Dieser Preis wird viele Mitarbeiter, die sich sonst zum Kauf des Büchleins gern entschließen würden, zurückstehen lassen. Es entspricht nach meiner Auffassung auch dem Grundsatz unseres Staates, alle Lehr- und Fortbildungsmittel für jeden erhältlich zu machen.

Ich empfehle deshalb dem Verlag, recht bald eine erweiterte Ausgabe vorzubereiten, die als ein wirkliches Informations- und Lehrbüchlein mit den Vertretern des innerdeutschen Handels, des Amtes für die Kontrolle des Warenverkehrs und der Fachabteilung der Deutschen Notenbank beraten wird und deren fachlicher und wirtschaftspolitischer Wert so groß ist, daß eine hohe Auflage zum entsprechend niedrigen Preis ohne Bedenken zum Vorteil aller Mitarbeiter in der Verwaltung und bei den Banken herausgebracht werden kann.

Anerkennung gebührt auf jeden Fall dem Verlag und den Initiatoren dieser Zusammenstellung, die zum erstenmal dieses verhältnismäßig schwierige Gebiet übersichtlich gegliedert, durch ein Sachregister leicht überschaubar gestaltet und durch Wiedergabe der wichtigsten geltenden Formulare ergänzt haben. Deshalb kann es bereits in der vorliegenden Form empfohlen werden.

Toddmann

¹⁾ „Fragen des Leninismus“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1946, Seite 397.

²⁾ Zu beachten ist allerdings, daß der Buchpreis von der Auflagenhöhe abhängig ist, die bei diesem Buch wahrscheinlich relativ niedrig ist. (D. Red.)

Nachrichten

Steigende Kapitalflucht aus USA

Der Kurs des kanadischen Dollar steht seit Anfang Februar d. J. über dem des USA-Dollar. Es besteht die Möglichkeit, daß er noch höher steigt. Seine hohe Bewertung wird auf die großen Kapitalimporte nach Kanada und auf die Steigerung der kanadischen Warenausfuhr zurückgeführt, aber auch darauf, daß eine gewisse Kapitalflucht aus dem USA-Dollar in den kanadischen Dollar stattfindet, da der USA-Dollar infolge der gewaltigen Rüstungsausgaben stark entwertet ist und vielleicht doch einmal die Notwendigkeit einer Abwertung eintreten könnte, zumal von den goldproduzierenden Ländern immer wieder Vorstöße für eine Heraussetzung des Goldpreises unternommen werden, den die USA mit 35 Dollar für die Unze Feingold künstlich niedrig halten.

Erhöhung des Banknotenumlaufs in Frankreich*)

Der Notenumlauf in Frankreich hat sich nach dem letzten Quartalsausweis der Bank von Frankreich um weitere 64,42 Mrd. frfs erhöht. Er hat damit die Rekordhöhe von 1,95 Billionen frfs erreicht.

Österreichische Schillingabwertung in Kürze erwartet*)

Infolge der starken Passivität der österreichischen Zahlungsbilanz (im Finanzjahr 1951/52 115 Mill. \$ Defizit) rechnet man damit, daß der Schilling spätestens im Herbst abgewertet wird. In Finanzkreisen verlautet, daß der jetzige Kurs von 21,3 Schilling für 1 \$ auf 26 herabgesetzt wird.

Rekordhöhe des Zahlungsmittelumschs in Westdeutschland*)

Mit 10,41 Mrd. DM hat der Zahlungsmittelumschlag in Westdeutschland Ende Juni eine neue Rekordhöhe erreicht und damit die vorhandenen inflationistischen Tendenzen wiederum unterstrichen. Das geht aus dem Wochenausweis der westdeutschen Notenbank vom 30. Juli hervor. Im Vergleich zur Vorwoche weist der Umlauf an Zahlungsmitteln die beträchtliche Steigerung von 1,25 Mrd. DM auf.

Dabei sind wegen des Halbjahresultimo und den sich daraus für die westdeutsche Wirtschaft ergebenden Zahlungsverpflichtungen bei der Notenbank die hereingegebenen Inlandswechsel um 142,5, die Schatzwechsel um 116,4, die Lombardforderungen um 307,5 und die Forderungen gegenüber der öffentlichen Hand um 350,7 Millionen DM. gestiegen.

Zunehmender Geldumschlag in Japan*)

Bisher ist es der Regierung nicht gelungen, der inflationistischen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Der Staat konnte einen großen Teil der Ausgaben nur durch zunehmende Verschuldung bei der Notenbank decken, die ihrerseits wieder den Notenumlauf stark vermehrte. Er erhöhte sich in den letzten zwei Jahren um mehr als 40 % und betrug am 31. Mai 1952 438,6 Mrd. Yen gegenüber 311,0 Mrd. Yen zur gleichen Zeit 1950.

*) Den „Außenhandelsnachrichten“ entnommen.

Anweisungen der Abgabenverwaltung

Anweisung Nr. 182/1952

Betr.: Berechnung der Gewerbesteuer 1952 bei den Abgabenschuldnern VEW

Auf Grund von § 6 des Abgabengesetzes vom 9. Februar 1950 (GBl. S. 130) wird das Folgende bestimmt:

I. Die Gewerbesteuer ist bei den Abgabenschuldnern VEW für das Planjahr 1952 nach den tatsächlichen Bemessungsgrundlagen abzurechnen.

II. Die Abrechnung der Gewerbesteuer nach den tatsächlichen Bemessungsgrundlagen ist zum 30. September 1952 und zum 31. Dezember 1952 auf einem besonderen Formblatt vorzunehmen, das gleichzeitig mit dem Kontrollbericht an das zuständige Finanzamt einzureichen ist. Die Abrechnung hat jeweils den gesamten Zeitraum vom 1. Januar 1952 bis zum Ende des Abrechnungszeitraumes zu umfassen. Soweit in einzelnen Zweigen der VEW (z. B. bei der örtlichen VEW) zum 30. September 1952 Kontrollberichte nicht aufgestellt werden, erfolgt die Abrechnung der Gewerbesteuer nach den tatsächlichen Bemessungsgrundlagen nur zum 31. Dezember 1952.

III. Die Gewerbesteuer nach den tatsächlichen Bemessungsgrundlagen ist wie folgt zu berechnen:

A. Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital

1. Anlagenfonds nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 1951,
2. zuzüglich Istumlaufmittelfonds (Umlaufmittelausstattung) zum 31. Dezember 1951,
3. zuzüglich Kreditlimit laut Richtsatzplan bzw. bei vierteljährlicher Umlaufmittelausstattung das niedrigste Kreditlimit für ein Vierteljahr. Bei Saisonbetrieben sind Saisonkredite hierbei nicht zu berücksichtigen,
4. abzüglich Bilanznettowerte der unbebauten und bebauten Grundstücke und der Gebäude (Gruppe 00 abzüglich 090),
5. Gewerbekapital zum 1. Januar 1952 (abgerundet auf volle 1000,— DM nach unten),
6. Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital (8 % des Betrages zu 5).

B. Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag

1. Vorläufiger Gesamtgewinn oder Gesamtverlust (die für den Stichtag der Abrechnung zu ermittelnde Nachzahlung oder Überzahlung ist hierbei nicht zu berücksichtigen),
2. zuzüglich der bei der Ermittlung des Körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns nicht abzugsfähigen Aufwendungen,
3. zuzüglich der tatsächlich angefallenen Zinsen für Richtsatzplankredite (Konto 485, jedoch ohne Zinsen für Saisonkredite),

4. zuzüglich der auf Konto 452 gebuchten Gewerbesteuerbeträge (müssen per 30. September 1952 mit den für den gleichen Zeitraum fällig gewesen Planraten übereinstimmen; per 31. Dezember 1952 erhöht oder vermindert sich dieser Betrag um die Nachzahlungen bzw. Überzahlungen per 30. September 1952),

5. abzüglich Zuweisungen zum Direktorfonds aus dem Gesamtgewinn. Hierbei ist Abschnitt IV dieser Anweisung zu beachten,

6. abzüglich 3 % der Bilanznettowerte der Grundstücke und Gebäude. Grundlage ist der Betrag unter A 4. Bei der Errechnung zum 30. September 1952 sind nur drei Viertel dieses Betrages = 2,25 % abzusetzen.

7. Vorläufiger Gewerbeertrag.

8. Die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag wird nach folgender Formel errechnet:

Vorläufiger Gewerbeertrag (B 7) \cdot 7 % \cdot Gewerbekapitalsteuer (A 8)*)

C. Berechnung der Gesamtgewerbesteuer und der Nachzahlungen oder Überzahlungen

1. Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital (Betrag aus A 6; zum 30. September 1952 sind nur drei Viertel dieses Betrages anzusetzen),
2. zuzüglich Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag (Betrag aus B 8),
3. Gesamtgewerbesteuer (abzurunden auf volle DM nach unten),
4. abzüglich der auf Konto 452 ausgewiesenen Gewerbesteuer (Betrag wie B 4),
5. Nachzahlung oder Überzahlung.

IV. Bei der Berechnung der Zuweisungen zum Direktorfonds auf Grund einer überplanmäßigen Selbstkostensenkung in Verbindung mit einem entsprechenden Überplanertrag ist die Gewerbesteuer wie folgt zu behandeln:

1. Zum 30. September 1952 sind als Aufwand (Kosten) nur die Gewerbesteuerzahlungen zu berücksichtigen, die bis zum 30. September 1952 nach dem Kassenplan fällig gewesen sind.
Die sich aus der Gewerbesteuerabrechnung zum 30. September 1952 ergebenden Nachzahlungen oder Überzahlungen sind bei der Berechnung der überplanmäßigen Selbstkostensenkung und des vorläufigen Überplanertrages für die Zwecke der Zuweisungen zum Direktorfonds nicht zu berücksichtigen.
2. Zum 31. Dezember 1952 sind als Aufwand (Kosten) die bis zum 31. Dezember 1952 nach dem Kassenplan fällig gewordenen Gewerbesteuerzahlungen zu berücksichtigen;

*) Bei der Errechnung der Gewerbesteuer zum 30. September 1952 sind nur drei Viertel des Jahresbetrages anzusetzen.

diese erhöhen sich um die bei der Abrechnung zum 30. September 1952 ermittelten Nachzahlungen und vermindern sich um die bei der Abrechnung zum 30. September 1952 festgestellten Überzahlungen. Die sich aus der Gewerbesteuerabrechnung zum 31. Dezember 1952 ergebenden Nachzahlungen oder Überzahlungen sind bei der Berechnung der überplanmäßigen Selbstkostensenkung und des vorläufigen Überplangewinns für die Zwecke der Zuweisungen zum Direktorfonds nicht zu berücksichtigen.

V.

1. Eine Nachzahlung ist als Verbindlichkeit (Konto 1863) zu Lasten Konto 452, eine Überzahlung als Forderung (Konto 1563) zugunsten Konto 452 zu buchen. Diese Buchungen sind zu dem jeweiligen Stichtag der Abrechnung vorzunehmen und finden daher ihren Niederschlag in dem entsprechenden Kontrollbericht.
2. Nachzahlungen sind zum Einreichungstermin der Kontrollberichte fällig (vergleiche sinngemäß auch § 3 Abs. 2 der Zweiten Durchführungsbestimmung zum Abgabengesetz vom 9. Februar 1952 — GBl. S. 143).
3. Überzahlungen werden auf die nächst fällig werdenden Planraten angerechnet.

VI. Ergeben sich gegenüber den Berechnungen des Abgabenschuldners VEW Abweichungen, so ist diesem ein Festsetzungsbescheid zu erteilen. Die auf Grund eines Festsetzungsbescheides ermittelten Nachzahlungen sind binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe des Festsetzungsbescheides an die für die Besteuerung des Abgabenschuldners VEW zuständige Dienststelle der Abgabenverwaltung abzuführen. Gegen den Festsetzungsbescheid ist das Rechtsmittel der Beschwerde gegeben.

VII.

1. Die Vorschriften des § 2 Abs. 2 der Zweiten Durchführungsbestimmung zum Abgabengesetz vom 9. Februar 1952 über die Entrichtung monatlicher Gewerbesteuerzahlungen werden durch diese Anweisung nicht berührt.
2. Der Abschnitt V der Anweisung Nr. 51/1952 vom 11. Februar 1952 und die Anweisung Nr. 113/1952 vom 25. April 1952 werden mit Wirkung vom 1. Januar 1952 außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 30. Juli 1952.

B 9083 — IV A/10 — Gd/We

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser**Anweisung Nr. 185/1952****Betr.: § 46 Einkommensteuergesetz**

Bei der Neufassung des Einkommensteuergesetzes 1951 (Anordnung 102/1951 vom 28. April 1951) ist bei der Drucklegung in § 46, Abs. 3 ein Fehler unterlaufen.

§ 46, Abs. 1 ist wie folgt zu berichtigen:

„Besteht das Einkommen teilweise aus Einkünften, von denen der Lohnsteuerabzug vorgenommen worden ist, so wird der Steuerpflichtige mit dem Einkommen veranlagt, wenn die Einkünfte, von denen der Lohnsteuerabzug nicht vorgenommen worden ist, mehr als 720,— DM betragen.“

Berlin, den 1. August 1952

B 131 — V/40 Gei/Gr/Bg — 032 A

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser**Anweisung Nr. 187/1952****Betr.: Berechnung und Entrichtung der Abschlagszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer — Kundverfügung Nr. 110/1952 vom 28. März 1952 und Anweisung Nr. 152/1952 vom 13. Juni 1952**

In verschiedenen Wirtschaftszweigen ist der Reingewinnsatz 1952 gegenüber dem der Jahre 1950 bzw. 1951 erheblich gestiegen. Den betreffenden Steuerpflichtigen ist

empfohlen worden, der Ermittlung des Vierteljahresgewinns diesen höheren Reingewinnsatz zugrunde zu legen und die Abschlagszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer nach dem hiernach errechneten Gewinn zu bemessen!

Eine Überprüfung hat ergeben, daß die betreffenden Steuerpflichtigen dieser Empfehlung nur in wenigen Einzelfällen nachgekommen sind.

Um die Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne in finanzieller Hinsicht zu gewährleisten, ist es erforderlich, daß dem Staatshaushalt die von der privaten Wirtschaft zu leistenden Steuern laufend in der gesetzlich vorgesehenen Höhe zufließen.

Es wird deshalb auf Grund des § 6 des Abgabengesetzes vom 9. Februar 1950 (GBl. S. 130) das Folgende angeordnet:

1. Steuerpflichtige, die nach § 3 der 1. Durchführungsbestimmung zu der Verordnung über die Selbstberechnung und die Fälligkeit von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen vom 18. März 1952 verpflichtet sind, Vierteljahres-Erklärungen abzugeben und den vierteljährlichen Gewinn aus Gewerbebetrieb nach dem bei der letzten Betriebsprüfung festgesetzten Reingewinnsatz zu errechnen, müssen an Stelle dieses Reingewinnsatzes den voraussichtlichen Reingewinnsatz 1952 anwenden, wenn er den bei der letzten Betriebsprüfung festgestellten Reingewinnsatz übersteigt.

2. Körperschaftsteuerpflichtige Betriebe, Einzelunternehmen oder Personengesellschaften, die mehr als 100 Arbeiter und Angestellte beschäftigen, haben zur Feststellung des voraussichtlichen Reingewinnsatzes des laufenden Jahres Halbjahresbilanzen aufzustellen und an das Finanzamt einzureichen.

Den Halbjahresbilanzen ab dem Wirtschaftsjahr 1953 (1952/53) muß eine ordentliche Inventur zugrunde liegen.

3. Die danach zum 10. April und 10. Juli 1952 zu niedrig geleisteten Abschlagszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer sind bis zum 30. September 1952 unter gleichzeitiger Abgabe der nach Ziffer 1 berichtigten Vierteljahres-Erklärungen nachzuentrichten. Die nach Ziffer 2 abzugebenden Halbjahres-Abschlüsse sind gleichfalls bis zu diesem Termin einzureichen.

4. Wird bei einer Nachprüfung festgestellt, daß der Steuerpflichtige diesen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, so ist der, nach § 3 Absatz 6 der 1. Durchführungsbestimmung zu der Verordnung über die Selbstberechnung und Fälligkeit von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen vorgesehene Strafzuschlag zu erheben, wenn
 - a) der durch die steuerliche Betriebsprüfung festgestellte tatsächliche Reingewinnsatz 1952 von dem der Gewinnermittlung zugrunde gelegten um mehr als ein Fünftel abweicht oder

- b) die bei Anwendung des geprüften Reingewinnsatzes 1952 für das einzelne Quartal zu leistende Einkommen- oder Körperschaftsteuer-Abschlagszahlungen die tatsächlich für dieses Quartal entrichtete Abschlagszahlung um 1000,— DM oder mehr übersteigt.

Berlin, den 7. August 1952

B 13 240 — V/40 — Gei/Bg

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser**Anweisung Nr. 189/1952****Betr.: Verfeinerte Tarife der Steuer des Handwerks**

Auf Grund des § 5 der Verordnung zur Ergänzung und Änderung der Steuertarife des Handwerks vom 7. August 1952 wird folgendes bestimmt:

Die Steuer des Handwerks für Augenoptiker, Optiker, Optikmechaniker, Müller und Brauer ist nach den verfeinerten Tarifen zu berechnen, die in dem Sonderdruck „Steuer des Handwerks“, Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, veröffentlicht werden.

Berlin, den 8. August 1952

B — 1200 — V/20

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser

Verlag „Die Wirtschaft“; Verlagsdirektor: Gerhard Kegel; Chefredakteur des Verlages: I. V.: Martin Doering. Deutsche Finanzwirtschaft. Zeitschrift für das gesamte Finanzwesen mit amtlichen Nachrichten des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik. Erscheint monatlich zweimal am 15. und 30. Bezugspreis vierteljährlich Ausg. A. 6,21 DM, Ausg. B. 7,50 DM; Einzelheft Ausg. A. 1,— DM, Ausg. B. 1,25 DM. Bestellungen durch den Buchhandel oder die Postanstalten oder unmittelbar beim Verlag. Chefredakteur: I. V. Franz Kuczorra, Berlin W 8, Französische Straße 13/14, Fernsprecher: 22 44 41/42. Anzeigenannahme: Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin W 8, Französische Straße 13/14, Fernsprecher: 22 44 41/42 und „Dewag“, Berlin C 2, Oberwallstraße 20 und ihre Bezirksfilialen (z. Z. gültig Anzeigenpreisliste Nr. 9). — Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. — Lizenz-Nr. 3110. — Alle Rechte vorbehalten. — Rotationsdruck: (125) Grevt-Gaschischer Großbetrieb, Werk II, Berlin N 54.

ASTRA

BUCHUNGSMASCHINEN



*Spitzenleistungen
der deutschen
Büromaschinen-
Industrie*

MECHANIK · ASTRAWERKE VEB · CHEMNITZ

„Definitiv“

Buchungs-Apparate in jeder Breite

Kostenstellen - Kostenträger - Rechnung im 3- und 4-Blatt-Verfahren

Klassierungs-Kästen

Karteien

Schrägfahnen-Sicht

Register-Sicht

Formulare, Bücher

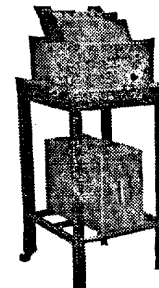
Abschlußmittel

Durchschreibe-Papiere

Ablage-Bücher

für Konten und Journale

Kartelständer



Wir beraten Sie gern auf Grund unserer langjährigen Erfahrungen in der Buchhaltungs-Organisation

Unsere Geräte tragen das Gütezeichen

Zur Leipziger Messe: Stentzlers Hof, III. Stock, Stand 391 B

„Definitiv“
Kontroll - Buchhaltung

in Verwaltung

Berlin-Weißensee, Bizetstraße 102

Fernruf: 56 22 83, 56 23 83

Wir stellen ein:

einen Revisor

Bewerbungen mit den entsprechenden Unterlagen sind zu richten an die Personalabteilung der
VEB Volkswerft Ernst Thälmann
Verwaltung Volkseigener Werften
Brandenburg (Havel)

Oberbuchhalter

der mit dem neuzeitlichen Rechnungswesen der volkseigenen Industrie, Betriebsabrechnung, Planung, Kalkulation usw. bestens vertraut ist, bieten wir ab sofort verantwortungsvollen selbständigen Wirkungskreis.

DEWAG WERBUNG, Filiale Döbeln (Sa.), Rudolf-Breitscheid-Str. 1

Über dem Durchschnitt stehender

Oberbuchhalter,

ungekündigt, sucht Stellung in Industrie oder Handel, möglichst mit Wohnung. Angebote unt. FW. 2266 an Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8 erbeten.

Erfahrener Revisor

der VEW sucht Wirkungskreis (Metall- oder Nahrungsmittel-Industrie)

Zuschriften m. Gehaltsangaben erbeten unter FW 2319 an Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8

Junger fortschrittlicher Verwaltungsangestellter (Finanz-Abgabeverwaltung), z. Z. in ungekünd. leitender Stellung, perfekt auf dem Gebiete des Rechnungswesens einschl. Kostenrechnung und Betriebsabrechnung sowie des Steuer- und Handelsrechts sucht baldmöglichst neuen Wirkungskreis als

Revisionsgruppenleiter oder evtl. Revisor

bei einer zentralen Leitung oder Verwaltung in Berlin für das Gebiet Berlin oder DDR

Zuschriften mit Gehaltsangaben erbeten unter FW. 2271 an den Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8.

Ruf

Machen Sie

*noch gleiche Eintragungen
zweimal?*

Sie sollten sich vom Fachmann
Vorschläge machen lassen, das
zu ersparen!

Organisation

RUF - BUCHHALTUNG

Karl Frech, Dresden A 27, Einsteinstr. 8, Tel. 43337

Zur Leipziger Messe: Stentzlers Hof, IV. Stock, Zimmer 421

SECRET

Neuerscheinung

JOHANNES THAMM
HERBERT LANGE
EHRHARD KNAUTE

DER BETRIEBSPLAN DES VOLKSEIGENEN INDUSTRIEBETRIEBES

Format 16,5×24 — 285 Seiten — brosch. 3,20 DM

Die ständige Verbesserung der betrieblichen Planung ist mit eine wichtige Voraussetzung zur weiteren Festigung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechungsführung.

Eine umfassende wissenschaftlich begründete Anleitung für die Aufstellung, Durchführung und Kontrolle der Betriebspläne gibt dieses Werk.

Unter Auswertung der Gesetze und Verordnungen unserer Regierung, der Beschlüsse der SED, sowjetischer Veröffentlichungen über den Betriebsplan und am Beispiel des Betriebsplanes 1952 werden die Produktionsplanung, die Entwicklungsplanung, die Kapazitätsplanung, die Materialplanung, die Planung der Arbeit, die Kultur- und Sozialplanung, die Kosten- und Ergebnisplanung, die Planung der Umlauf- und Grundmittel ausführlich behandelt.

Ein besonderer Vorteil dieser grundlegenden Veröffentlichung liegt in ihrer systematischen Gliederung und den zahlreichen, das Verständnis des Betriebsplanes erleichternden Formulare.

Das Studium und die Auswertung der gegebenen Anleitungen setzt die Werktätigen in den Betrieben, insbesondere die Betriebsleitung, die Mitarbeiter der Planungsabteilungen, die Angehörigen der Technischen Intelligenz, die Aktivisten und Bestarbeiter, die Funktionäre der Massenorganisationen und der Betriebsparteiorganisationen in die Lage, eine weitestgehende Verbesserung der Betriebsplanung vorzunehmen und damit eine wichtige Voraussetzung zur Erfüllung und Übererfüllung unserer Volkswirtschaftspläne zu schaffen. Auch die Wirtschaftswissenschaftler und der wissenschaftliche Nachwuchs bekommen durch dieses Werk genauen Einblick in die Planungsarbeit auf der Betriebsebene.

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt beim



VERLAG DIE WIRTSCHAFT GMBH

Berlin W 8, Französische Straße 53-55, Sammelruf: 22 53 71

SECRET